

**Grossgrundeigentum und die soziale Frage
- Versuch einer neuen Grundlegung der
Gesellschaftswissenschaft: Systematischer Teil -
Grundlegung der Physiologie und Pathologie des
sozialen Körpers der Tauschwirtschaft**

Oppenheimer, Franz

Veröffentlichungsversion / Published Version
Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oppenheimer, F. (1898). *Grossgrundeigentum und die soziale Frage - Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft: Systematischer Teil - Grundlegung der Physiologie und Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft*. Berlin: Vita, Dt. Verlagshaus. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50459-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter der CC0 1.0 Universell Lizenz (Public Domain Dedication) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskunft zu dieser CC-Lizenz finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under the CC0 1.0 Universal Licence (Public Domain Dedication). For more Information see:
<https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en>

Grossgrundeigentum

und

soziale Frage.



Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft

von

Dr. Franz Oppenheimer.



VITA

Deutsches Verlagshaus

Berlin W.

[1898]

Vorwort.

Das Werk, das ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe, zerfällt in zwei Teile, einen systematischen und einen wirtschaftsgeschichtlichen.

Der systematische Teil erbringt zunächst (I. Kap.) auf breiterer Grundlage den Beweis für meine schon früher aufgestellte und mir bestrittene These, dass das agrarische Grossgrundeigentum ein fremdes Gebilde im Körper der entwickelten Tauschwirtschaft ist. Es folgt dann in zwei Kapiteln eine rein logische Deduktion, die zum ersten Male angestellt ist. Da es sich hier um ein volles, in sich geschlossenes System handelt, sozusagen, um ein mathematisches Exempel, das, Ziffer für Ziffer, nachgerechnet zu werden verlangt; — und da es einer derartigen Rechnung gegenüber nur zwei Möglichkeiten der Stellungnahme giebt, nämlich Acceptieren oder Widerlegen!: so muss ich meine zukünftigen Herren Kritiker schon bitten, diese zwei Kapitel Wort für Wort zu prüfen.

Das auf diese Weise gewonnene System, wie es die gesamte soziale Lage der Gegenwart ohne Rest erklärt, wird dann im historischen Teil als ordnendes Prinzip angewendet und bewährt sich, wie ich glaube, auch hier vollkommen.

Ich erkläre offen, dass ich mich mit der wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung auf ein Gebiet begeben habe, auf dem ich keine eigenen Einzeluntersuchungen als Legitimation anführen kann. Ich erhebe auch durchaus keinen

Anspruch auf die Palmen des Historikers: nur als national-ökonomischer und soziologischer Theoretiker habe ich dies Gebiet betreten, nur, um eine neue paradoxe Theorie zu stützen und gleichzeitig zu illustrieren: und darum bitte ich, mich auch in diesem Teile nur als Theoretiker zu werten. Das soll sagen, dass man von mir nicht jene absolute Zuverlässigkeit in jedem Detail verlangen wird, die von dem Historiker mit Recht erwartet wird. Denn wenn ich auch tief in die Einzelheiten gegangen bin, um dem geschichtlichen Bilde ein möglichst farbiges Leben zu verleihen, so ist doch für meine Beweisführung das gesamte Beiwerk gänzlich ohne Bedeutung. Nur die Hauptlinien, nämlich Einteilung und Charakterisierung der von mir beschriebenen Wirtschaftsperioden sind für die systematische Auffassung von Wichtigkeit; und über diese Hauptlinien besteht eine absolute Übereinstimmung aller berufenen Forscher. Ich habe nichts fortgenommen und nichts hinzugefügt: neu ist nur die von mir gegebene nationalökonomische Erklärung.

Ich bin im Vorhinein davon überzeugt, dass Spezialforscher auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte mir in Einzelheiten hier und da die Benutzung unzuverlässiger Quellen, ja sogar grobe Missverständnisse und Fehler nachweisen werden. Ich bitte selbstverständlich darum, derartiges anzumerken, darf aber wiederholen, dass im Hinblick auf den Zweck des Ganzen derartige Missgriffe nur die Bedeutung von Druckfehlern haben. Sie liegen innerhalb der hier erlaubten „Fehlergrenze“.

Wer nicht von vornherein der Ansicht ist, dass Arbeiten überflüssig sind, die ein ganzes Hauptgebiet menschlichen Wissens zusammenfassen, der muss auf die Genauigkeit der exakten Kleinarbeit ebenso verzichten, wie auf die vollständige Benutzung der vorliegenden Litteratur. Keine menschliche Arbeitskraft könnte derartigen Forderungen gerecht werden.

Man wird mir also auch keinen Vorwurf daraus machen

dürfen, dass meine Litteraturkenntnis keine sehr breite ist. Dass die Hauptergebnisse dieser Untersuchung neu und mir eigentümlich sind, wird mir niemand bestreiten wollen; wo Anschauungen, die ich hier über Einzelfragen entwickle, schon vor mir ausgesprochen worden sind, bin ich ebenso loyal bereit, jeden Prioritätsanspruch anzuerkennen, wie ich jede mir bekannt gewordene Ansicht loyal zitiert habe.

Möge dies Buch zur Lösung der schweren Rätsel dieser Zeit sein Scherflein beitragen!

Grunewald bei Berlin,
Beymestrasse 7.

Dr. Franz Oppenheimer.

Inhalts-Übersicht.

	Seite.
Vorwort	III
Inhalts-Übersicht	VI
Inhalts-Verzeichnis	VII
Quellen-Verzeichnis	XIII

Systematischer Teil: Grundlegung der Physiologie und Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft.

Einleitung	1
1. Kapitel. Die Entstehung des Grossgrundeigentums.	3
2. Kapitel. Grundlegung der Physiologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft.	10
1. Die „ideale“ Naturalwirtschaft	43
2. Entwicklungsgeschichte des sozialen Körpers	47
3. Physiologie des sozialen Körpers	52
3. Kapitel. Grundlegung der Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft.	57
Schlusswort. Der soziale Staat und der Malthusianismus.	95
	191

Historischer Teil: Abriss einer systematischen Wirtschafts- geschichte Deutschlands.

Einleitung: Das Gesetz der geschichtlichen Bewegung.	217
1. Kapitel. Die Entstehung des Grossgrundeigentums.	219
2. Kapitel. Physiologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft. 1. Die Naturalwirtschaft unter Nomadenrecht	230
2. Entwicklungsgeschichte des Tauschrechts und der Tauschwirtschaft .	283
3. Physiologie der Tauschwirtschaft.	294
3. Kapitel. Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft. . .	322
4. Kapitel. Therapie der sozialen Krankheit. Die Siedlungs-Genossen- schaft.	391
Schlusswort. Aphorismen zur Philosophie der Geschichte.	477
	491

Inhaltsverzeichnis.

(Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Seite.)

Systematischer Teil.

Grundlegung der Physiologie und Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft.

Einleitung.

Die „organisistische“ Hypothese (3). Die menschliche Gesellschaft kein Individuum, sondern ein Kollektivorganismus (5). Die soziale Krankheit (7). Das Ergebnis einer früheren induktiven Untersuchung: die causa morbi ist das Grossgrundeigentum (8).

Erstes Kapitel.

Die Entstehung des Grossgrundeigentums. (10).

Die herrschende Ansicht über die erste Klassenbildung (14). Bodenwert im primitiven Ackerbaustaat (16). Das natürliche Mass der Hufe (17). Unmöglichkeit der Entstehung von Grossgrundeigentum aus rein ökonomischen Ursachen (18). Trotzdem ist es vorhanden (20). Die Klassengliederung der Nomaden: Adel, Freie, Sklaven (22). Das Gesetz des Reichtums (26). Patriarchat (29). Nomadenrecht (32). Die Entstehung des Grossgrundeigentums aus dem Nomadenrecht (37). Die Ausbildung der Grundaristokratie (41).

Zweites Kapitel.

Grundlegung der Physiologie des sozialen Organismus der Tauschwirtschaft (Die reine Wirtschaft) (43).

„Nomadenrecht“ und „Tauschrecht“ (44). Die geschichtlichen Wirtschaftsformen sind Mischformen. Daher Notwendigkeit der rein logischen Deduktion (44). Methode (45). Das Grundgesetz der „Naturlehre“ (46).

1. Die „ideale“ Naturalwirtschaft (47).

Verfassung (48). Verteilung der Bevölkerung (50). Careys Gesetz (51). Gleichheit sämtlicher Einkommen (52).

2. Entwicklungsgeschichte des sozialen Körpers (52).

Lokale (52) und nationale Arbeitsteilung (Bergbau, Fischerei, Handel) (53). Primäre und sekundäre „Minima“ (Orte geringeren wirtschaftlichen Druckes) (55). Die Kaufkraft des Marktes (Formel) (55). Gleichheit sämtlicher Einkommen bei stetig steigendem Niveau (56).

3. Physiologie des sozialen Körpers (57).

Verteilung der Bevölkerung auf die Berufe bei wachsenden Völkern (57).
 1. Statik bei stabil gedachter Bevölkerung. v. Thürens isolierter Staat (58). Die Stellung der Industrie im System als sekundärer Trieb der Urproduktion (59). Die Stadt (60) und der „natürliche Getreidepreis“ im isolierten Staat (61). Das „Gesetz der Bodenkapazität“ (62). Der „Lohn“ ländlicher Lohnarbeiter gleich ihrem Arbeitsertrage (65). Die Thürenschen Zonen (66). Erster Beweis für die „Harmonie der Interessen“ (67). — 2. Dynamik bei wachsender Bevölkerung. Die Kurve der Kornpreissteigerung (67). Abwanderung in die Stadt (68). Komfortbreite (70). Auswanderung (71). Die Gleichheit sämtlicher Einkommen bei stetig wachsender Komfortbreite (72). Das relative Wachstum der Stadtbevölkerung (75). Die „sekundären Städte“ (76). Die interurbane Arbeitsteilung (78). — Der Unternehmer im isolierten Staat (80). Lohn stets gleich Arbeitsertrag, d. h. produktivgenossenschaftlich (81). „Unternehmergewinn“ = Lohn qualifizierter Arbeit. Risikoprämie (83). Krisen unmöglich, da stets volles Gleichgewicht der Produktion und Konsumtion vorhanden (84). Kapitalzins (85). Ausblick auf eine mögliche gesellschaftliche Kapitalbildung (86). — Bodenwert kann im isolierten Staat nicht existieren (87). Auch von städtischem Wohnboden nicht (89). Daher Unmöglichkeit der Entstehung von „römischem“ Bodeneigentum (91). — Ergebnis der reinen Deduktion aus Tauschrecht: Harmonie der Interessen, d. h. Gleichheit aller Einkommen für gleiche wirtschaftliche Leistung bei fortwährend wachsender „Komfortbreite“ (93). Ergebnis stimmt nicht mit der Wirklichkeit. Ursache aller bisherigen Irrtümer: Verkennung der Natur des Grossgrundeigentums.

Drittes Kapitel.

Grundlegung der Pathologie des sozialen Organismus der Tauschwirtschaft. (Die kapitalistische Wirtschaft) (95).

Das „Gesetz der Verteilung“ (95). Das „Gesetz der Erzeugung“ (96). Einführung nomadenrechtlicher Störungen in die „reine Deduktion“ (97).

Die Theorie des einseitigen Druckes (97).

Der gleichseitige Druck (98). Der einseitige konstante Druck (99). Der einseitige wachsende Druck in einer an Zahl stabil gedachten Gesellschaft (101). Der Tod des Wirtschaftskörpers (102). Der einseitige wachsende Druck bei zunehmender Volkszahl (103). Das agrarische Grossgrundeigentum die Ursache eines solchen Druckes (103). „Zuwachsrente“ (105). Pathologische Aus- und Abwanderung (106). Die v. Thürensche „Landrente“ (107). „Zuwachsbevölkerung“ (108). Die Frage des Luxus (108). Ist für die Produzenten ohne jeden Vorteil (109). Der Umschwung zur Luxusproduktion (111). Der „psychologische Faktor“ (112). — Das adlige Grossgrundeigentum (113). Bodenwert und rein ökonomische Besitzverschiebung, Hypothekarverschuldung und Spekulationsrate (114). — Grossgrundeigentum und Bauernbezirk (115). Stauung (116). Bodenwert und rein ökonomische Besitzverschiebung (117). Grossbauer und Büdner (118). Relative Zahl der Aus- und Abwanderung vom Grossgrundeigentum bzw. dem Bauernbezirk (119). Das Gesetz der Wanderung (123).

Die Industrie. Der städtische Grundbesitz erhält „Wert“ (125). Städtische Zuwachsrente (126) identisch mit der Landrente (127). Rein ökonomische Besitzverschiebung, Hypothekarverschuldung und Spekulationsrate (130). Unternehmer,

Unternehmergewinn und Arbeitslohn in der „reinen Gesellschaft“ (131) und in der „kranken Gesellschaft“ (133). Mehrwert (134). Der Ursprung des Unternehmers und des Kapitaless (135). „Entbehrungslohn“ (137). Die Unternehmer als herrschende Klasse (137).

Die „entartete Konkurrenz“ (138). Käufer und Verkäufer (139). Der „Verkäufer“ der reinen Wirtschaft gleich dem „Käufer“ der kapitalistischen (142). Stellung zu den übrigen Käufern resp. Verkäufern (145). Interessen-Harmonie aller Käufer und der „reinen Verkäufer“, Interessengegensatz der kapitalistischen Verkäufer (147). Folgen: „entartete Konkurrenz“ im Gegensatz zum „reinen Wettbewerb“ (149). Der wirtschaftliche Vernichtungskampf (150). Die Vernichtung der Mittelstände (151). Das monopolistische Bündnis (Trust, Syndikat) (153). Die Krisen. Die Überproduktion (154). Die Häufung der Krisen (155). Der Cyklus (156). Der Anteil der Cirkulation (157). Warengeld und Rechengeld (158). Kreditverkehr (159). Rechengeld schlägt in Warengeld um (160). Die Spekulation (162). Konjunktur, Produktenbörse, Effektenbörse und Börsenspiel (163). — Die Industriearbeiterschaft. Pauperismus, Kriminalismus, Prostitution, Standard of life (165), fünfter Stand (166). Revolutionen, Strikes. Gewerkschaften nutzlos (167). Arbeiterfrage nur vom Lande her lösbar (168).

Die Agrarkrise (169). Das Sinken des „natürlichen Kornpreises“ durch Frachtermässigung (170). Verschlimmerung durch Exportindustrialismus und Spekulation (172). Grossgrundeigentum unrettbar: Selbstheilung des Wirtschaftskörpers (174).

Deduktion stimmt völlig mit der Wirklichkeit. Also war die Voraussetzung richtig (177). Die „mechanistische“ und „individualistische“ Stellung der Smithschen Lehre (179). Soziale Krankheit eine Entwicklungskrankheit (182).

Die politische Organisation der pathologischen Gesellschaft (183). Nomadenstamm der erste Klassenstaat (184). Die Naturalbauerngesellschaft: streng aristokratische Verfassung (185). Handelsvölker (186). Industrie- und Handelswirtschaft: Liberalismus und Konservatismus, Konstitutionalismus (187). Äussere Form (187). Handelspolitik ist Klassenpolitik (188).

Schlusswort:

Der soziale Staat und der Malthusianismus (191).

Ist der „soziale Staat“ möglich? Frage der Massenpsychologie. Alt-Liberalismus, Manchestertum, Staatssozialismus, Marxismus (191). Die Lösung der psychologischen Frage durch die Scheidung zwischen „Käufern“ und „Verkäufern“ und ihren Interessen. Der „s. St.“ möglich in der „reinen Gesellschaft“ (194). — Der Malthusianismus. Die ernste wissenschaftliche Theorie. Bestimmung seines begrifflichen Inhalts (196). Unvereinbar mit Geschichte (198) und Statistik (200). Ursache des Trugschlusses: „Gesetz der sinkenden Erträge“ wird überkompensiert durch das „Gesetz der Bodenkapazität“ (202). — Der „prophetische Malthusianismus“ (205). Rechenfehler (206). Die Weltwirtschaft. Wachstum der Anbauflächen stärker als das der Volkszahl (207). Westeuropa ist „Stadt“ im Thünenschen Sinne (209). — Der „prophetische Malthusianismus, der mit Zahlen jongliert“ (210). Das „Wachstum“ (212).

Historischer Teil.

Abriss einer systematischen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands (217).

Einleitung.

Das Gesetz der geschichtlichen Bewegung (219).

Die „heroistische Geschichtsauffassung“ (219). Begriff der „Ursache“ (222) und „Veranlassung“ (225). Die Völkerwanderungen (225). Materialistische Geschichtsauffassung (227).

Erstes Kapitel:

Die Entstehung des Grossgrundeigentums (230).

Germanen: Nomaden (230). Kannibalismus, Mutterrecht, Vaterrecht (231). Adel, Gemeinfreie, Liten, Sklaven (232). Verfassung und Politik (233). Wirtschaft (234). Ausbildung der Grundaristokratie (235). Beschleunigt durch die Aufnahme des römischen Bodenrechts (236) und der gallischen Latifundien (238). Rückwirkung der fränkischen Eroberung auf die Heimat (239). Die politische Rolle des Adels (239), sein Wesen (240). Gefolge (241). Zerfall der Zentralgewalt im Naturalstaat 243. Wachstum des adligen Besitzes durch Belehnung (244) und Rodung in den „Marken“ (245). — Folge: Verfall der freien Markgenossenschaften (246). Klassenherrschaft des Adels (247). Die Sperrung des Bodens (249). Stauung der Bauerschaften, wirtschaftliche Differenzierung in Grossbauern und Büdner (249). Die Wälder werden grundherrlich (250): Vernichtung der Vollfreiheit (251). Rom und Deutschland (262). Ursache des verschiedenen Ausgangs. Der Nationalcharakter (262). Das Christentum (263). Privatwirtschaftliche und staatliche Verwaltung (265). Der Wettlauf um den hörigen Bauern (266). Die Umwandlung der Grundherrschaft (267) in das Territorialfürstentum (269). Der niedere Adel (270). Zerfall der wirtschaftlichen Seite, Aufschwung der politischen Seite der Grundherrschaft (271). Aufstieg der Bauern (273). *Glebae adscriptio* (274). Erbllichkeit (275). Hofrechtsgenossenschaften, Hofrecht (277). Der Kurs steht für den Bauern (278). Die Festlegung der Zinse (279): Grossgrundeigentum in die harmlose Grossgrundherrschaft verwandelt (281): Folge „reine“ Wirtschaft.

Zweites Kapitel.

Physiologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft (283).

1. Die Naturalwirtschaft unter Nomadenrecht (283).

Der Embryo des Tauschrechtes ist der „Frieden“ (284). Feuertausch, Warentausch (285). Marktfrieden kulturhistorisch (286). Stadtrecht und Kaufmannsrecht Wurzeln des Menschenrechtes (287). Die deutsche Naturalwirtschaft zu Ausgang der Karolingerzeit (288). Handel, Industrie (289). Die erweiterte Naturalwirtschaft der Fronhöfe (Industrie, Handel, Geldverkehr) (291). Städte: nur Kauf-, nicht Gewerbstädte (293).

2. Entwicklungsgeschichte des Tauschrechtes und der Tauschwirtschaft (294).

Auflösung der Naturalwirtschaft der Fronhöfe (295). Entwicklung der Gewerbstädte (297). Wochenmärkte (299). Städtegründungen, Stadtrecht (300). Die Beseitigung der Hörigkeit der Handwerker (302). Magisterium (303). *Fraternitas* (304). Die Beseitigung der politischen Vorrechte der städtischen Geschlechter (305). Das Patriziat der alten Kaufstädte (305), der neugegründeten Städte (306), Marktrecht (307). Das niedere städtische Patriziat der alten Zünfte (309). Die patrizische

Klassenherrschaft (310) und ihre Stützen (313). Die Revolution im Grundbesitz (316). Koalitionsverbot (318), Zunftkämpfe (319). Der Sieg des Tauschrechts (321).

3. Physiologie der Tauschwirtschaft (322).

Die deutsche Wirtschaft von ca. 1000 bis ca. 1400 ist eine „reine Wirtschaft“. Die „historische Schule“ (323). Der Beweis aus der Zunftentwicklung (324). [Die nomadenrechtlichen Störungen der reinen Wirtschaft (326): Die Münz- und Zollpolitik (327), das Leihemonopol der Judenschaft (328)]. Das Problem des „genossenschaftlichen Geistes“ (330). Mangel „freier Arbeiter“ (332). Keine „wirtschaftliche Ausbeutung“ (334). Produktivgenossenschaftliche Ertragsteilung (335). Kein „Mehrwert“, keine „Krisen“; der „reine Wettbewerb“ (336). Der genossenschaftliche Geist (338). Die Zunft und ihre Entstehung (340), Zunftzwang (341). Die genossenschaftliche Zunftstadt (342). Bürgerzwang (343). Ausbürgerrecht (345). Inhalt des Bürgerrechtes (346).

Die Verteilung des Volkseinkommens. Steigender Wohlstand der Bauern und der Städter (349). Der Arbeitslohn (350). Soziale Gleichstellung beider produktiven Stände (350). Der „wirtschaftliche Gradient“ sehr klein (352). Die „soziale Frage“ des 13. Jahrh. (353).

Die Verteilung der Bevölkerung. Geringe Volkszahl der Städte (354), starke Volksdichtigkeit des platten Landes (355). Städtische Bodenrente sehr gering, keine „Zuwachsrente“ (356).

Das Wachstum der Organe der Volkswirtschaft:

Urproduktion (357). Zunahme der Intensität (359). Verkleinerung der Einheiten (360).

Gewerbe. Zunahme der Arbeitsteilung (362), Berufsteilung (367).

Handel. „Stadtwirtschaft“ (369). Internationaler Handel (370). Der flandrisch-brabantische Zentralmarkt (370). Der Ostseehandel (371). Hansa (374). Handelswaren (375). Handelsstrassen (379). Interlokaler Handel (380).

Geldwirtschaft (381). Entwicklung von der Naturalwirtschaft durch die Silberwährung (384) zur Goldwährung (385).

Kreditwirtschaft nicht entwickelt (386). Keine Produktivkredite. Die „Bankiers“. Hypothekarkredit (387). Judenkredite (388). Das Wesen des Zinses (388).

Drittes Kapitel.

Pathologie des sozialen Körpers der Tauschwirtschaft (391).

Die volkswirtschaftliche Revolution (391). Datierung auf ca. 1370. Polemik gegen die „historische Schule“, die auf 1550 datiert. (392). Gründe für meine Datierung (395). Die Erklärung der „historischen Schule“: Die organisistische Erklärung (396), die malthusianische Erklärung (397). Die *Petitio principii* (398). Die richtige Erklärung (402). Die „befördernden Momente“ der „historischen Schule“ und ihre Widerlegung (405).

Das mittelalterliche Getreideimportgebiet (410) und das Exportgebiet (411). Der ostelbische Getreidehandel (412).

Die Entstehung des ostelbischen Grossgutsbetriebes (414). Ursache seiner eigentümlichen Entwicklung (415). Die nomadenrechtliche Hörigkeit der slawischen Bauern (417) Slawenrecht und Deutschenrecht (419). Die Entwicklung in Polen (420). Die Ausbildung der geschlossenen Grossgüter (423). Sperrung des Landes (425). Der erste kapitalistische Betrieb (426).

Der Niedergang der westdeutschen Bauerschaften (428). Die Not der herrschenden Klassen, Verfall des Rittertums (429). Das Wiedererwachen der „Zuwachsrente“ (430). Pachtverträge (431). Verfall des Hofrechts (432). Römisches Recht (433). Die „Zuwachsrente“ wird wieder manifest (434). Usurpation des Gemeindelandes (435), Grossherdenhaltung und Waldusurpation der Grundherren (436). Stauung der Bauerschaft, ökonomische Differenzierung (437). Untergang neuer Dorfschaften (438). Steuerüberlastung (439). Sinken der Produktenpreise (440). Sozialer Sturz des Bauern (441).

Der Niedergang der Städte und Gewerbe. Äussere Schicksale. Änderung in der Richtung der Nachfrage und im Standort der Gewerbe (442). Luxusproduktion (443). Der einseitige wachsende Druck: Abwanderung (444), Wachstum der Grossstädte (445). Verfall der Kleinstädte (446), relative gewerbliche Überproduktion und Exportindustrialismus (447). Der Ruin (448). Die Verwandlung des inneren Wesens: „Transformation“ der Städte (449) in kapitalistische Verkäufergenossenschaften. Verfall des Burgrechts (450), Entartung der Bestimmungen über Bannmeile und Marktverkehr (451). „Transformation“ der Zunft. Gesetz der Transformation (452). Desorganisation und Parasitismus (454), Sperrung der Zunft (455). Die Gesellen; Koalitionsverbote, Lohnkämpfe und Gewerkvereine (457). Der fünfte Stand (458). Pauperismus (459).

Die kapitalistische Wirtschaft in ihrer Reife: Mehrwert, Kapital und „Gradient“ (460), Verlagssystem und Heimindustrie (462), Schwitzsystem (463); der Lohnsturz, die „Reserve-Armée“ (464). Vagabondage, Kriminalismus und Prostitution (465). Der „Gradient“ wächst enorm (465). Die Haute Finance (467), Bankspekulation, Jobbertum, Kredit- und Handelskrisen. Die „Mittelstandsbewegung“ (468). Das kapitalistische Arbeitsverhältnis: Schwitz- und Trucksystem. Verlängerung der Arbeitszeit bei sinkendem Lohn (469), Stücklohn; Grossindustrie vernichtet das Handwerk (470).

Zusammenfassung (470).

Überblick über die nächsten Jahrhunderte: Aufhebung der Freizügigkeit (473). Emporkommen des absoluten Staats und des dritten Standes. Die besoldete Bürokratie (474). Englands industrieller Vorsprung (474). Die übrigen Staaten (475). Die internationale Konkurrenz. Ausblick (476).

Viertes Kapitel.

Therapie der sozialen Krankheit (Die Siedlungsgenossenschaft).

Die Wanderdüne (477). Innere Kolonisation. Die staatliche Rentengüterbildung (478). Die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft in ihrem Wesensgegensatz gegen die industrielle (479). Ihre Geschichte. Ihre technische Überlegenheit. Gross- und Kleinbetrieb (480). Der Arbeitermangel des Grossbetriebes (481). Die Vorzüge der Genossenschaft (482). Die Siedlungsgenossenschaft (483). Kritik und Antikritik (484). Die „Utopie“ als historische Thatsache (489).

Schlusswort.

Aphorismen zur Philosophie der Geschichte.

Auseinandersetzung mit der materialistischen Geschichtsauffassung (491). „Stoff und Kraft“ der Geschichte (494). Die Konstante (495) und Variable der Massenseele (497). Das Wertresultat der Geschichte (498). Der Verlauf der Geschichte (500). Die drei Rechtsperioden (501), Zusammenfassung und Ausblick (503).

Quellen.

Vorbemerkung: In das folgende Quellenverzeichnis sind nur solche Schriften aufgenommen, aus denen in diesem Buche zitiert worden ist. Um die lästige Wiederholung des ganzen Titels, Erscheinungsjahres und -ortes zu vermeiden, ist bei den Zitaten in der Regel nur der Name des Autors und die Seitenzahl angeführt worden. Wo mehrere Schriften desselben Verfassers benutzt wurden, ist ausserdem stets noch ein kurzes Stichwort beigelegt worden, das den Titel resümiert: „Art.“ bezeichnet stets einen Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Konrad, Jena 1890 ff.).

- Arndt, E. M. Versuch einer Geschichte der Leibeigenschaft in Pommern und Rügen nebst einer Einleitung in die alte teutsche Leibeigenschaft. Berlin. 1803.
- Arnold, W. Zur Geschichte des Eigentums in den Städten. Basel. 1861.
- Derselbe. Das Aufkommen des Handwerkerstandes im Mittelalter. Basel. 1861.
- Barth, Paul. Die Philosophie der Geschichte als Soziologie. 1. Teil. Leipzig. 1897.
- Beer, Adolf. Allgemeine Geschichte des Welthandels. Wien. 1860.
- v. Below, G. Zur Entstehung der deutschen Stadtverfassung.
I. Hist. Ztsch. (v. Sybel) Bd. 58 (N. F. 22. 1887. V.)
II. „ „ „ „ „ 59 (N. F. 23. 1888. II.)
- Derselbe. Die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde. Düsseldorf. 1889.
- Derselbe. Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung. Düsseldorf. 1892.
- v. Bergmann, Die Wirtschaftskrisen. I. Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien. Stuttgart. 1895.
- Bernheim, M. Geschichtsforschung und Geschichtsphilosophie. Göttingen. 1880.
- Böhlau, A. Über Ursprung und Wesen der Leibeigenschaft in Mecklenburg. Ztsch. f. Rechts-Gesch. 1872. Bd. 10.
- v. Brederlow. Geschichte des Handels und der gewerblichen Kultur der Ostseereiche im Mittelalter bis zum Schlusse des 16. Jahrhunderts mit besonderem Bezug auf Danzig als Quartierstadt des Hansebundes. Berlin. 1820.
- Brentano, Lujo. Die Arbeitergilden der Gegenwart. 2 Bände. Leipzig. 1871/72.
- Derselbe. Das Arbeitsverhältnis gemäss dem heutigen Recht. Geschichtliche und ökonomische Studien. Leipzig. 1877.
- Broglia d'Ajano, Graf Romolo. Die Venetianische Seidenindustrie und ihre Organisation bis zum Ausgange des Mittelalters. Stuttgart. 1893.
- v. Brünneck. Die Leibeigenschaft in Ostpreussen. Ztsch. f. Rechtsgesch. VIII. 1887.
- Derselbe. Die Leibeigenschaft in Pommern. Ztsch. f. Rechtsgesch. IX. 1888.

- Bücher, Karl. Die Bevölkerung von Frankfurt a/M. im XIV. und XV. Jahrhundert. Sozialstatistische Studien. 1 Bd. Tübingen. 1886.
- Carey, H. C. Die Grundlagen der Sozialwissenschaft, deutsch von Karl Adler. München. 1863. 3 Bde.
- Dühring, E. Kursus der National- und Sozialökonomie. 3. Aufl. Leipzig. 1892.
- Eberstadt, Rudolf. Magisterium und Fraternitas. Eine verwaltungsgeschichtliche Darstellung der Entstehung des Zunftwesens. Leipzig. 1897.
- Ehrenberg, R. Das Zeitalter der Fugger. 2 Bände. Jena. 1896.
- Engels, Friedrich. Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Hottingen-Zürich. 1884.
- Frensdorff. Die Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks. Lübeck. 1861.
- George, Henry. Fortschritt und Armut. Deutsch von Gütschow. 5. Aufl. Berlin. 1892.
- Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Hersg. von Bernstein und Kautsky. Stuttgart. 1895.
- Gierke, O. Das deutsche Genossenschaftsrecht, 1. Teil. Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft. Berlin. 1868.
- Gothein, E. Die Lage des Bauernstandes am Ende des Mittelalters, vornehmlich in Südwestdeutschland. Westdeutsche Ztsch. Jhrg. 4. 1885.
- Hanssen, Georg. Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogtümern Schleswig-Holstein. St. Petersburg. 1861.
- Derselbe. Agrarpolitische Abhandlungen. Leipzig. 1880.
- Hasbach, W. Die englischen Landarbeiter in den letzten 100 Jahren und die Einhegungen. Leipzig. 1894.
- Hegel, Karl. Städte und Gilden der germanischen Völker im Mittelalter. 2 Bde. Leipzig. 1891.
- Herkner. Drei Dorfgemeinden der badischen Hard. Neue deutsche Rundschau. 1895. V.
- Hüllmann, Karl Dietrich. Geschichte des Ursprungs der Stände in Deutschland. Berlin. 1830.
- v. Inama-Sternegg, Karl Theodor. Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 2 Bde. Leipzig. 1879 und 1891.
- Kaerger, Karl. Die Arbeiterpacht, ein Mittel zur Lösung der ländlichen Arbeiterfrage. Berlin. 1893.
- Kloeden, K. F. Über die Entstehung, das Alter und die früheste Geschichte der Städte Berlin und Köln. Berlin. 1839.
- Derselbe. Beiträge zur Geschichte des Oderhandels, Berlin. 1845 (u. folgd. Jahre).
- Knapp. Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit. Leipzig. 1891.
- Kruse, E. Die Kölner Richerzeche. Ztsch. f. Rechtsgesch. IX. 1888.
- Kunze. Die deutschen Städtegründungen oder Römerstädte und deutsche Städte im Mittelalter. Leipzig. 1891.
- Lamprecht, Karl. Das Schicksal des deutschen Bauernstandes bis zu den agrarischen Unruhen des 15. und 16. Jahrhunderts. Preuss. Jahrbücher. Heft 2. 1885.
- Derselbe. Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Bd. I. 1. 2) Bd. II. Leipzig. 1886.
- Derselbe. Die Entwicklung des deutschen, vornehmlich des rheinischen Bauern-

- standes während des Mittelalters und seine Lage im 15. Jahrhundert.
Westdeutsche Ztsch. Jahrg. 6. Heft 1. 1887.
- Laveleye, Emile de. Das Ureigentum, hersg. von Karl Bücher. Leipzig. 1879.
- Lippert, Julius. Kulturgeschichte der Menschheit in ihrem organischen Aufbau.
2 Bde. Stuttgart. 1886.
- Marx, Karl. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 4. Aufl. Berlin. 1890.
- v. Maurer, G. L. Geschichte der Städteverfassung in Deutschland. 4 Bde.
Erlangen. 1869—71.
- Meitzen, A. Siedelung und Agrarwesen der Westgermanen, Ostgermanen, der
Kelten, Römer, Finnen und Slawen. Bd. 1 u. 2. Berlin. 1895.
- Merklinghaus, O. Die Bedeverfassung der Mark Brandenburg bis zum
14. Jahrhundert. Forschg. z. brandbg. preuss. Gesch. Bd. 8. 1895.
- Meyer, Richard. Lehrbuch der Handelsgeschichte auf Grund der Wirtschafts-
und Sozialgeschichte. Wien. 1894.
- Müller, H. Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und
ihre Resultate. Basel. 1896.
- Nitzsch, K. W. Ministerialität und Bürgertum im 11. und 12. Jahrhundert,
ein Beitrag zur deutschen Städtegeschichte, Leipzig. 1859.
- Noël, Octave. L'Histoire du Commerce du Monde depuis les temps les plus
reculés. Paris. 1891.
- Oppenheimer, Franz. Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven
Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems
und der Agrarfrage. Leipzig. 1896.
- Rietschel, S. Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis, ein Beitrag
zur Geschichte der deutschen Stadtverfassung. Leipzig. 1897.
- Roepell-Caro. Geschichte Polens, 4 Bde. Hamburg. 1840. Gotha. 1863. 1869.
- Sattler, C. Handelsrechnungen des deutschen Ordens. Leipzig. 1887.
- Schäfer, D. Das Buch des Lübeckischen Vogts auf Schonen. Halle. 1887.
- Schäffle. Kapitalismus und Sozialismus. Tübingen. 1870.
- Schanz, G. Zur Geschichte der deutschen Gesellenverbände. Leipzig. 1877.
- Schmoller, Gustav. Strassburg zur Zeit der Zunftkämpfe und die Reform
seiner Verfassung und Verwaltung im 15. Jahrhundert. Strassburg. 1875.
- Derselbe. Strassburgs Blüte und die volkswirtschaftliche Revolution im 13. Jahr-
hundert. Strassburg. 1875.
- Derselbe. Die Strassburger Tucher- und Weberzunft. Urkunden und Darstellung.
Strassburg. 1879.
- Derselbe. Das brandenburgisch-preussische Innungswesen von 1640—1806. Forschg.
z. brandbg.-preuss. Gesch. Bd. 1.
- Derselbe. Die Epochen der Getreidehandelsverfassung und -politik. Jahrbuch
f. Gesetzgeb., Verwaltung und Volkswirtschaft. Neue Folge. XX. 3.
- Schönlank, Br. Soziale Kämpfe vor 300 Jahren. Altnürnbergische Studien.
Leipzig. 1894.
- v. Schulze-Gävernitz. Zum sozialen Frieden, eine Darstellung der sozial-
politischen Erziehung des englischen Volkes im 19. Jahrhundert. 2 Bde.
Leipzig. 1890.
- Sering. Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Leipzig. 1893.
- Sickel, W. Die Entstehung der fränkischen Monarchie. Westdeutsche Ztsch. IV.
1885. Heft 3 und 4.

- Smith, Adam. Natur und Ursachen des Völkerwohlstandes, hersg. von Löwenthal, Berlin. 1879.
- Sohm, Rudolf. Die Entstehung des deutschen Städtewesens. Leipzig. 1890.
- Stahl, Fr. W. Das deutsche Handwerk. Bd. 1. Giessen. 1874.
- Steffen, Gustaf. Streifzüge durch Grossbritannien. Deutsch v. Reyher Stuttgart. 1896.
- v. Stein, Lorenz. Die drei Fragen des Grundbesitzes und seiner Zukunft, (die irische, die kontinentale und die transatlantische Frage). Stuttgart. 1861.
- Stieda, W. Zur Entstehung des deutschen Zunftwesens. Jena. 1876.
- Sugenheim, Samuel. Geschichte der Aufhebung der Leibeigenschaft und Hörigkeit in Europa bis um die Mitte des 19. Jahrhundert. St. Petersburg. 1861.
- v. Thünen, J. H. Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, oder Untersuchungen über den Einfluss, den die Getreidepreise, der Reichtum des Bodens und die Abgaben auf den Ackerbau ausüben. 2 Aufl. Rostock. 1842.
- Webb-Potter. Die britische Genossenschaftsbewegung, hersg. von Brentano. Leipzig. 1893.
- Wiebe. Preisrevolution im 16. Jahrhundert. Leipzig. 1895.
- Wittich, W. Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. Leipzig. 1896.
- Wolf, Julius. Sozialismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung. Kritische Würdigung beider als Grundlegung einer Sozialpolitik. Stuttgart. 1892.

Berichtigung.

S. 9. Z. 6 v. o. lies Organismus statt Organismus.

Systematischer Teil.

Grundlegung der Physiologie und Pathologie des sozialen
Körpers der Tauschwirtschaft.

Einleitung.

Als ich in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ daran ging, durch Untersuchung und Ordnung des vorhandenen, namentlich des statistischen Materiales auf dem Wege der reinen Induktion die Wurzel der „sozialen Frage“ bloss zu legen, diente mir eine Hypothese als „heuristisches Prinzip“, diejenige des „Organismus“.

Die menschliche Gesellschaft ist ein organisches Wesen, das ist die Hypothese, von der ich ausging; sie ist ein „Wesen, welches lebt, d. h. fortwährend bemüht und in weiten Grenzen auch befähigt ist, sich veränderten Lebensbedingungen anzupassen“,¹⁾ oder, um mit Spencer zu reden, „durch Veränderung innerer Relationen sich veränderten äusseren Relationen gegenüber in seiner wesentlichen Form und seinem Bestande zu erhalten.“ Ich habe an der angezogenen Stelle einige Thatfachen des Volkslebens angeführt, die mir auch heute noch so starke Beweise für jene Hypothese zu sein scheinen, wie in einer nicht mathematischen Wissenschaft nur möglich.

So sicher mir diese allgemeine Grundlage auch erscheint, so vorsichtig hat man dagegen in den Folgerungen zu sein. Speziell geht jeder durchgeführte Vergleich mit einem besonders ins Auge gefassten anderen Organismus, z. B. dem menschlichen Körper, nach meiner Meinung über die Grenzen des wissenschaftlich Zulässigen hinaus, sobald er mehr sein will, als eben ein Vergleich zur besseren Illustration schwer verständlicher abstrakter Sätze.

Wissenschaftlich zulässig erscheint mir einzig und allein die Verwertung desjenigen konkreten Inhaltes, den der Begriff „Organismus“ an sich einschliesst, der einfache wie der verwickelte, der individuelle wie der kollektive.

¹⁾ Siedl. Gen. S. 2.

Diesen, jedem Organismus gemeinsamen Begriffsinhalt möchte ich folgendermassen zusammenfassen:

Der Organismus ist zusammengesetzt aus verschiedenen Organen, die zu verschiedener Arbeitsleistung differenziert und gleichzeitig zu der einen übergeordneten Lebensfunktion integriert sind; die Organe bestehen wieder aus lebenden Elementarteilchen, die einer gewissen Selbständigkeit geniessen und sich zu dem Organ verhalten, wie diese zum Organismus.

Ist diese weite Charakteristik des Aufbaus gültig für jeden Organismus, so ist es die folgende für seine Leistung (Funktion): Jeder Organismus hat die Fähigkeit, sich innerhalb gewisser Grenzen wechselnden Bedingungen der Umgebung anzupassen, d. h. eben zu leben. Der normalen Beanspruchungs- oder Angriffsbreite der Aussennatur entspricht die „physiologische Anpassungsbreite“ der Innennatur. Die Thätigkeit der Anpassung innerhalb dieser Breiten verläuft bei voller Harmonie der Einzelfunktionen; sie ist die „Physiologie“ des Lebewesens.

Jeder Organismus hat also seine Physiologie. Und darin liegt logisch eingeschlossen, dass jeder Organismus auch seine Pathologie haben muss, wenn die Aussennatur ihn mit einer Kraft angreift, welcher die physiologische Breite nicht sofort Herr werden kann. Das Ergebnis ist eine Krankheit, d. h. eine Disharmonie der Einzelfunktionen, ein Vorgang, der in Heilung übergeht, wenn die Störung zuletzt überwunden wird, oder in Tod, wenn die Anpassungskraft dazu nicht ausreicht.

Jeder Organismus kann also erkranken und kann auch sterben.

Mehr an konkretem Inhalt enthält, wie mir scheint, der allgemeine Begriff des Organismus nicht. Darum ist es nicht zulässig, mehr als die hier festgestellten Charakteristika auf den Organismus der Tauschwirtschaft zu übertragen. So lange man sich in diesen Grenzen hält, ist die Darstellung objektiv; geht man darüber hinaus, so wird sie bildlich und sofort unzulässig, wenn man vergisst, dass man sich nur bildlich ausdrücken wollte.

Es scheint mir, als wenn alle Einwendungen gegen den Organismus darauf zurückzuführen sind, dass seine Anhänger

diese sehr feine Grenzlinie nicht immer respektiert haben. Sie haben sehr oft dadurch gesündigt, dass sie sich noch mitten in der objektiven Darstellung zu befinden glaubten, während sie thatsächlich schon im Vergleich steckten, nämlich einen bestimmten Organismus zum spezialisierten Vergleiche heranzogen.

Das verkehrteste von allem ist aber, einen individualen Organismus zum Vergleichsobjekt zu wählen. Die menschliche Gesellschaft ist ein Kollektivorganismus: will man einen anderen Organismus zu einem etwas spezialisierten Vergleich heranziehen, so darf es nur auch ein anderer Kollektivorganismus sein, z. B. ein Wald, ein Korallenstock, ein Ameisen- oder Bienenstaat. Aber der Vergleich mit einem Individuum ist schlechthin unzulässig: er stellt zwei in jeder Beziehung (ausser der allgemeinen organischen Grundlage) inkommensurable Grössen zusammen, das der Dauer Fähige mit dem Vergänglichen, die „Substanz“ mit dem „Modus.“

Die menschliche Gesellschaft erhält sich durch sich selbst in Raum und Zeit durch Ernährung und Fortpflanzung: das menschliche Individuum ist isoliert nicht lebensfähig; es kann sich weder selbst ernähren — denn der isoliert gedachte Säugling muss verhungern — noch sich fortpflanzen. Das Elementarteilchen der Gesellschaft, ihre „letzte Einheit,“ ihr „Individuum“ im Sinne der Naturwissenschaft, ist nicht der Einzelmensch, sondern die Familie, ebenfalls ein Kollektivorganismus kleinsten Umfangs.

Gesellschaft und Einzelmensch sind also inkommensurabel. Und darum ist namentlich die sehr gebräuchliche Sitte, historische und wirtschaftliche Veränderungen der Gesellschaft mittels der Phasen des individualen Lebens zu erklären, schlechthin Missbrauch. Dass ein Mensch altern und sterben muss, wissen wir rein empirisch, als eine Regel, die unter Milliarden von Fällen keine Ausnahme litt; dass ein Volk sterben kann, wissen wir ebenfalls: und diese Möglichkeit liegt auch, wie wir sahen, in dem Allgemeinbegriffe des organischen Lebens; dass aber ein Volk sterben muss, ist weder durch unser kleines empirisches Material zu beweisen, noch geht es aus dem Begriffe des Organismus hervor.

Hier waltet ein ungeheurer Unterschied vor. Jeder

Organismus stirbt, wenn die Fähigkeit der Anpassung dauernd kleiner ist, als die Veränderungen der äusseren Welt. Ein altersschwach gewordenes Individuum stirbt daran, dass die innere Anpassungskraft immer kleiner wird und schliesslich auf Null sinkt; ein junges Individuum stirbt daran, dass die Veränderungen der Aussenwelt stärker werden, als die normale Anpassungsfähigkeit (z. B. ein Sturz, eine Verletzung, eine bösartige Infektionskrankheit, ungesunde Lebensweise.) Das erste ist Alterstod, das zweite Krankheitstod.

Nun kann Niemand zweifeln, dass bei gleich bleibenden Verhältnissen der Aussenwelt ein Volk niemals „sterben“ würde, so wenig wie ein Wald, wenn Klima, Feuchtigkeitsverhältnisse u. s. w. sich nicht änderten. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass ein Volk überhaupt altern kann; aber ganz unzulässig anzunehmen, dass es altern muss; und irgend welche Erscheinungen eines bestimmten Volkslebens daraus zu erklären. —

Damit hoffe ich den wissenschaftlich legitimen Organismus genügend gegen seine Auswüchse abgegrenzt und verteidigt zu haben.

Innerhalb seiner Grenzen durfte er mir aber als „heuristisches Prinzip“ dienen. Ich durfte mich berechtigt halten, die Soziologie als Wissenschaft von einem organischen Wesen aufzufassen und darum als ein Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaften zu behandeln; ich durfte die praktische Nationalökonomie als angewandte Wissenschaft von diesem lebendigen Wesen geradezu als Grenzgebiet zwischen Geisteswissenschaften und Medizin behandeln. Und ich gewann die Legitimation, die naturwissenschaftlich-medizinische Methode auf die Soziologie anzuwenden, gewann für mich persönlich den Anschluss an die Wissenschaft, von der ich ausgegangen bin, die Medizin.

Von diesem Standpunkt aus ergab sich als erste Folgerung, dass der physiologische Zustand des sozialen Körpers unserer zur Tauschwirtschaft entwickelten Gesellschaft sein müsse: „eine mit überwiegenden Lustgefühlen verknüpfte, harmonisch ineinandergreifende Funktion der Organe derart, dass sowohl das Ganze als auch die einzelnen Teile im Gleichgewicht der Kräfte bleiben“. ¹⁾

¹⁾ Siedl. Genoss. S. 5.

Verglichen an diesem, jedem Organismus gemeinsamen Bilde der Gesundheit ergab sich sofort, dass der gegenwärtige Zustand der Tauschgesellschaft derjenige einer Krankheit sei, nämlich „eine mit überwiegenden Unlustgefühlen verbundene, disharmonisch gegen einander wirkende Thätigkeit der Organe, derart, dass das Gleichgewicht der Kräfte je länger je schwerer gestört wird.“

Diese Feststellung, deren Begründung ich hier nicht wiederhole, stellte an den Volksarzt die Forderung der Diagnose. Es ist feststehende medizinische Methodik, grundsätzlich nur eine Ursache jeder Krankheit vorauszusetzen; die Diagnose gilt erst als gesichert, wenn diese „causa morbi“ entdeckt und mit sämtlichen Symptomen in den richtigen Causalzusammenhang gesetzt ist.

Ich suchte also nach dieser vorausgesetzten causa morbi auf dem Wege der Induktion. Ich untersuchte eine That- sache, stellte sie als Folge einer Ursache fest, untersuchte diese wieder und musste so ganz allmählich dem Mittelpunkt der Frage näher kommen.

Dieser Mittelpunkt konnte, das war klar, nur da sich befinden, wo für eine wirtschaftliche Wirkung keine wirtschaftliche Ursache mehr aufzudecken war. An irgend einer Stelle musste eine dem Organismus selbst fremde Macht in den harmonischen Ablauf seiner Funktionen eingreifen, sie zu stören oder zu zerstören. Da eine gewaltsame Störung sich der Entdeckung nicht lange hätte entziehen können, war es im höchsten Masse wahrscheinlich, dass es sich um einen Bestandteil des Rechts handele.

Ich untersuchte die städtische Arbeiterfrage und fand, dass die Ursache der niedrigen Löhne und der damit verbundenen wirtschaftlichen, moralischen und hygienischen Not nur darauf zurückzuführen war, dass ein Überangebot von Händen auf dem Markte, die „Reserve-Armee“, den Preis der Arbeit drückte. Ich untersuchte den Ursprungsort dieser Reservearmee und fand, dass sie nicht, wie Marx fälschlich annahm, aus der Industriebevölkerung selbst stammte, sondern durch eine massenhafte Abwanderung vom Lande her in die gewerblichen Zentren strömte, welche sie massenhaft aufnehmen, ohne sie doch alle aufnehmen zu können. Ich untersuchte, aus welchen Teilen des Landes diese Massen

stammten, und fand, dass sie so gut wie gänzlich der Tagelöhnerbevölkerung der Grossgutsbezirke angehörten.

Ich untersuchte die Agrarkrisis und fand, dass sie durch den Preissturz der Urprodukte verursacht sei, diese wieder durch eine plötzliche und unerhörte Ausdehnung des landwirtschaftlichen Areales der Weltwirtschaft, diese wieder durch eine masslose Auswanderung, und dass diese Auswanderermassen ebenfalls von der Tagelöhnerbevölkerung der europäischen Grossgutsbezirke gestellt waren.

Ich untersuchte ferner das Missverhältnis zwischen Produktiv- und Kaufkraft der Nationen, das ich als die Ursache der Krisen und des gefährlichen Exportindustrialismus erkannt hatte; ich fand, dass es durch eine Hypertrophie der Industrie und eine Atrophie des landwirtschaftlichen Marktes hervorgerufen sei, und dass die erste wieder der Zuwanderung (Abwanderung) in die Städte, die letzte wieder der Ab- und Auswanderung zuzuschreiben sei.

Auch die von der sozialen Massenpsychologie ausgehende Untersuchung brachte mich zu demselben Ziele. (Diese Dinge werden in den folgenden Blättern noch einmal auf das genaueste behandelt werden; ich kann mir also hier die Begründung ersparen.)

Wo immer ich begann, immer kam ich auf den verschiedensten Wegen zu demselben Resultat. Das Grossgrundeigentum erwies sich als ein Hochdruckgebiet, von dem endlos Menschenfluten herabströmten und die Niederungen verwüsteten. Diese wirtschaftliche Thatsache war thatsächlich der gesuchte Kernpunkt der sozialen Krankheit.

Die „Sedes mali“, der „Sitz des Übels“ war gefunden. Was aber war die „causa morbi?“

Es gab nur zwei Möglichkeiten. Die Entscheidung, welche von beiden Wirklichkeit war, entschied auch über die Wahrheit der dem ganzen Verfahren zu Grunde gelegten Hypothese, des „Organisismus“.

War das Grossgrundeigentum nämlich eine legitime Bildung, eine notwendige Einrichtung der Tauschwirtschaft, so war es unmöglich, sie noch länger als einen Organismus zu betrachten. Denn einem solchen ist die Harmonie immanent, wenn keine fremde Störung hineingreift.

War also das Grossgrundeigentum keine fremde Störung, so war die Tauschwirtschaft kein Organismus, sondern ein sehr fehlerhafter Mechanismus.

Wenn aber das Grossgrundeigentum sich nicht als tauschwirtschaftliche Bildung, sondern als Fremdkörper erwies, dann war dem Organismus ein neuer Beweisgrund gewonnen.

Ich untersuchte also das Grossgrundeigentum, jetzt mit Hilfe der historischen Induktion, und fand, dass es in der That ein Fremdkörper ist, die letzte überlebende Schöpfung eines der Tauschwirtschaft fremden, von ihr überall sonst überwundenen Rechtes, **des Nomadenrechtes.**

Diese Behauptung ist mir vielfach bestritten worden, durchaus auf Grund von Missverständnissen. Die Bedeutung des Gegenstandes rechtfertigt es daher, wenn ich meinen Beweis auf erweiterter Grundlage noch einmal wiederhole, ehe ich an meine eigentliche Aufgabe gehe.

Die eigentliche Aufgabe, die dieses Buch lösen soll, ist folgende:

Drei Methoden dienen der Nationalökonomie: die Induktion der Thatsachen unserer Gegenwart, die historische Induktion und die abstrakte Deduktion.

Ich werde meine These, wie ich sie in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ mit der ersten Methode bewiesen habe, hier mit den beiden anderen beweisen.

Diese These lautet:

Das agrarische Grossgrundeigentum ist der einzige Störenfried der entwickelten Tauschwirtschaft, das einzige Hindernis der „Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit.“

Erstes Kapitel.

Die Entstehung des Grossgrundeigentums.

In meiner „Siedlungsgenossenschaft“ habe ich darauf hingewiesen, dass der Grossgrundbesitz der deutschen Urzeit nur auf der Grundlage einer dem damaligen Staatsrechte eigentümlichen „Rechtsinstitution, nämlich der auf politischer Vergewaltigung beruhenden Unfreiheit eines Teiles der Urbevölkerung“¹⁾ entstehen konnte. Ich begründete diese Behauptung folgendermassen: „Bei dem enormen, unerschöpflich scheinenden Vorrat an nutzbarem Lande, das . . . jeder Gemeinde in ihrer „Mark“ zur Verfügung stand, war der Massstab, nach dem die Feldstücke vermessen wurden, ein sehr einfacher; jeder erhielt so viel Feldland, als ein Hausvater mit seiner Familie bebauen konnte . . . Wenn schon in diesem Stadium sich Verschiedenheiten in der Grösse des Ackerbesitzes entwickeln konnten, indem den Häuptlingen hier und da grössere Stücke überwiesen wurden, so war das nur möglich durch die Existenz jener hörigen Klasse, zumeist Kriegsgefangener. Ohne ihre Arbeitskraft hätte der Häuptling das Mehrmass an Boden eben nicht bewirtschaften können, es hätte für ihn nicht den geringsten Wert gehabt“²⁾

Ich habe dann verfolgt, wie aus diesem urwüchsigen Grossbesitz der altgermanischen Zeit sich durch Rodung und königliche Verleihung die Grossgrundherrschaft der Frankenzzeit herausbildete: „Es ist auch hier wieder klar, dass beides, Erwerbung von Rottland und Landschenkungen, für den Besitzer keinen wirtschaftlichen Wert gehabt hätten, ohne die Arbeit unfreier Leute, die für ihn schaffen mussten.“³⁾

¹⁾ S. 175/6.

²⁾ S. 177.

³⁾ S. 178.

Ich habe dann bei einer späteren Gelegenheit¹⁾ das Gesagte noch einmal folgendermassen zusammengefasst:

„Wir sahen, dass ursprünglich die Landnutzung aller Familienväter gleich war, mit anfangs wenigen Ausnahmen, dem etwas grösseren Anteil der Häuptlinge. Wir sahen, dass die wirtschaftliche Ausbeutung dieser grösseren Landstrecken von Anfang an nur möglich war mit unterworfenen Arbeitern, den Liten. Wir sahen, dass einzig und allein die Existenz dieser rechtlichen Institution der Sklaverei bezw. Hörigkeit auch die später sich herausbildenden Unterschiede des Bodenbesitzes erklären konnte, ob es sich um Neu-rodungen in der gemeinen Mark, oder um die grossen Land-belehnungen handelte.

Unser geltendes Bodenrecht ist also eine Folge aus der Rechtsinstitution der Unfreiheit.“

In seiner Besprechung meines Buches in „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung“, Bd. XXI, Heft 2, schreibt nun Herr Wiedenfeld über diesen Punkt folgendes (S. 382): „Die geschichtliche Begründung, die Oppenheimer seiner Ansicht von der fehlerhaften Organisation der Landwirtschaft und Verteilung des Grundbesitzes giebt, ist die alte; er wiederholt die Behauptung, dass die Unterschiede im Besitz nur auf Gewaltakten beruhen. Diese Anschauung ist so oft und so eingehend widerlegt und in ihrer Haltlosigkeit besonders für die gegenwärtigen Verhältnisse blossgestellt worden, dass ich hier nicht darauf einzugehen habe.“

Ich sehe mich zunächst genötigt, gegen die in dieser kurzen Abfertigung enthaltene Darstellung der von mir vertretenen Theorie Protest einzulegen. Ich habe die ursprüngliche Bodenbesitzverschiedenheit nirgend auf „Gewaltakte“ zurückgeführt, sondern auf eine Rechtsinstitution, nämlich die Sklaverei, die freilich ihrerseits auf „Gewalt“ beruht. Die Wurzel des Grossgrundeigentums steckt also nach meiner Meinung nicht, wie es nach W.'s Worten den Anschein haben könnte, in ungesetzlichen, sondern in durchaus gesetzlichen Handlungen. Nur dass jene Rechtsinstitution einer Epoche angehört, in welcher die Wirtschaft auf einer der unseren durchaus entgegengesetzten Rechtsverfassung und Produktions-

¹⁾ S. 258.

weise fusste: damals die Produktion durch Sklaven, heute die Produktion freier Arbeiter in der Tauschwirtschaft.

Da ich auf dem Standpunkte stehe, dass die Entwicklung der menschlichen Kultur durchaus nur so möglich war, dass sie durch das Stadium der Sklavenwirtschaft hindurchging, so verknüpft sich meine Meinung von der Entstehung des Grossgrundeigentums aus der Sklaverei auch nicht einmal mit einem sittlichen Widerwillen gegen das Institut selbst und seine Wurzel. Wenn ich auf den Ursprung des Grosseigentums am Agrarlande überhaupt entscheidenden Wert lege, so geschieht es nicht, um ethisch, von der Empfindungssphäre aus, dagegen Stimmung zu machen, sondern lediglich, um logisch, von der Verstandessphäre aus, die Einsicht davon zu wecken, dass das Grossgrundeigentum, als ein Rudiment aus einer in allem übrigen verschwundenen Geschichts- und Wirtschaftsperiode, der einzige Störenfried des zur Tauschwirtschaft entwickelten sozialen Körpers ist. Diese gesamte Auffassung kann man unmöglich schiefer und missverständlicher darstellen, als wenn man sie als die Theorie von „Gewaltakten“, d. h. einzelnen, ungesetzlichen Handlungen bezeichnet, während sie genau umgekehrt die Theorie von einer allgemeinen, gesetzlichen Handlungsweise ist.

Neben dieser Darstellung enthalten die zitierten Worte zwei Behauptungen, erstens, dass die Theorie alt, und zweitens, dass sie falsch sei. Die erste Behauptung ist richtig. Ich habe mich davon überzeugt, dass die von mir vertretene Anschauung z. B. in Dührings „Kursus der National- und Sozialökonomie“ nicht nur implicite in seinen Gesamtanschauungen enthalten, sondern sogar auf das deutlichste in Bezug auf den Einzelfall des Grossgrundeigentums ausgesprochen ist.¹⁾ Ob Dühring die Priorität des Gedankens zukommt, mögen Litterarhistoriker entscheiden; schwerlich wird er grossen Wert darauf legen, da diese Erkenntnis eine Binsenwahrheit ist, die sich einem Jeden aufdrängen muss, der überhaupt mit Ernst volkswirtschaftliche Dinge untersucht.

Damit ist bereits ausgesprochen, was ich über die zweite Behauptung denke, diejenige, dass die von mir vertretene

¹⁾ Dritte Auflage S. 20.

Theorie der Entstehung des Grossgrundeigentums falsch sei. Sie ist nicht nur nicht falsch, sondern im Gegenteil so unzweifelhaft richtig, dass mir ein Zweifel daran ganz unmöglich erschien. Darum habe ich geglaubt, mich für ihre Begründung mit den wenigen oben abgedruckten Zeilen begnügen zu dürfen. Darin scheine ich mich getäuscht zu haben. Und so sehe ich mich veranlasst, den Beweis auf einer breiteren Grundlage zu erbringen. Ich will aber von vornherein bemerken, dass ich nicht etwa beabsichtige, eine „Theorie“ gegen andere zu empfehlen; sondern ich will ein für allemal die Fiktion zerstören, als sei eine andere Entstehung des Grossgrundeigentums denkbar, als die von mir entwickelte. Hier handelt es sich nicht um ein Mehr oder Weniger an Wahrscheinlichkeit, sondern um so viel Gewissheit, als in einer nicht-mathematischen Wissenschaft irgend denkbar ist.

Der Gegenstand rechtfertigt die eingehendste Behandlung. Es handelt sich um die Ausrottung eines Irrtums, der wie kein anderer bisher die Wissenschaften der Geschichte und Nationalökonomie an der Erkenntnis der grundlegenden Zusammenhänge gehindert hat. Die schwersten Unklarheiten und Fehler beider Disziplinen führen auf diesen Irrtum als auf ihre Wurzel zurück. Herr Wiedenfeld hat ganz Recht, wenn er sich auf die „allgemeine Übereinstimmung“ beruft. Er befindet sich mit seiner Ablehnung der von mir vertretenen — aber nicht etwa entdeckten — Theorie in Einklang mit der herrschenden Schulmeinung.

Dass die Verschiedenheit des Vermögens und die der Klassenlage in irgend einer ursächlichen Beziehung zu einander stehen müssen, ist ein Schluss, der sich jedem Beobachter geschichtlicher Dinge aufdrängen muss. In unserer Zeit ist der Zusammenhang für die oberflächliche Betrachtung zweifellos der, dass die Verschiedenheit des Vermögens die Ursache, und diejenige der Klassenlage die Folge ist. Wenn eine Familie aus der untersten Schicht des Volkes sich zu Reichtum erhebt, so steigt sie auch in der Klasse, bis sie zuletzt auch gesellschaftlich die volle Ebenbürtigkeit erringt, wie zum Beispiel die Nachkommen der ersten grossen Fabrik-

besitzer und Bankiers in ganz Europa. Umgekehrt hat der Vermögensverfall einer vornehmen Familie auch den Verlust der Klasse zur Folge. „Deklassiert“ ist ein treffender Ausdruck dafür.

Es scheint, als wenn diese Erfahrung des täglichen Lebens die Geschichtsforscher verleitet hat, auch die erste geschichtliche Klassenbildung aus Verschiedenheiten des Vermögens abzuleiten. Am schärfsten ausgeprägt finde ich diese Auffassung bei Lorenz v. Stein. Er will die Zersetzung der alten deutschen Gauverfassung folgendermassen erklären:

„Mit dem Auftreten des Eigentums fängt eine Neuordnung der Dinge an. Nicht darum, weil das Eigentum allerdings eine höhere Ordnung des Besitzes ist, sondern darum, weil durch das Eigentum das zweite Moment vernichtet wird, auf dem die Geschlechterordnung und Gauverfassung neben der Einheit beruhte. Das ist die Gleichheit. Der Besitz kann gleich sein, das Eigentum muss ungleich werden, und damit Ungleiches erzeugen. So wie daher diese Verteilung als die des Eigentums zur Ungleichheit des Besitzes führt, muss die Ungleichheit auch in das Recht der Verfassung hineintreten. Ungleichheit des Rechts ist aber Ungleichheit der Freiheit, das ist das Entstehen der Unterschiede von Freien und Unfreien. Und eben dieser Unterschied ist es, der aus der alten Gauverfassung eine neue bildet.“¹⁾

An einer anderen Stelle fasst derselbe Autor, seiner guten Gewohnheit scharfer Prägung der Formeln getreu, seine Meinung noch einmal folgendermassen zusammen:

„Wir sagen am kürzesten, dass auf diese Weise mit der Entstehung des Einzeleigentums durch die wirtschaftliche Kraft des letzteren der Prozess der Klassenbildung entsteht, den die alte Verfassung nicht kennt.“²⁾

Ich zitiere ferner Inama-Sternegg, welcher den Verfall der alten vollfreien Markgenossenschaft ebenfalls auf ursprünglich ökonomische Verschiedenheiten zurückführt: „Der verständige, thatkräftige, sparsame Wirt gewinnt Vermögen, welches der Unkluge, Lässige und Verschwender einbüsst; persönliches

¹⁾ L. v. Stein. Drei Fragen 39.

²⁾ „ „ „ „ „ 52.

Ansehen, in friedlicher Beschäftigung erworben, gewinnt das Übergewicht über die bloss kriegerische Tüchtigkeit; organisatorische, spekulative Talente gelangen zu Einfluss und wirtschaftlicher Kraft, wo das ängstliche Verharren in isolierter und primitiver Wirtschaft unterliegt.“¹⁾

Etwas weiter unten sagt er: „Wie hätte aber auch eine Gleichheit des Besitzes für die Dauer bestehen sollen, da der Veräusserung und Teilung kein Gesetz hindernd im Wege stand, und auch beides nach den Volksrechten und Urkunden fortwährend vorkam?“²⁾

Dass die wirtschaftliche Begabung die Wurzel der Vermögensverschiedenheiten gewesen sei, wird dann später noch einmal mit folgenden Worten ausgedrückt: „Nicht, weil Eigentum verteilt wurde, sind dann auch die Deutschen so verschieden in ihrem Leben und ihren Gütern geworden; sondern weil verschiedener Bedarf verschiedenes Interesse an beschränkten Gütern erzeugte, ergriff der Mensch die Quelle dieser Güter mit innerer Notwendigkeit und machte sich das Land zu eigen, das doch nicht jedem gleich dienen konnte, sondern jedem anders, je nachdem der Herrscher war.“³⁾

Der Historiker Weber schreibt von den Germanen: „Die ganze bürgerliche und gesellschaftliche Lebensordnung der Folgezeit, die Scheidung in Freie und Unfreie, in Grundeigentümer und Gutshörige, beruht auf der Voraussetzung geschlossener Eigengüter von grösserem oder geringerem Umfang.“⁴⁾

Selbst die Führer der Sozialdemokratie haben dieselbe Auffassung. Engels schreibt gegen Dühring: „Mit den Unterschieden der Verteilung treten die Klassenverschiedenheiten auf.“⁵⁾

Es besteht hier überall dieselbe Auffassung, dass die wirtschaftlichen Verschiebungen die Ursache sind und die Klassenunterschiede die Folge. Überall liegt, ausgesprochen oder nicht, der Theorie der Gedanke zu Grunde, dass von einem Zustande wirtschaftlicher Gleichheit

¹⁾ Inama-Sternegg. Deutsche Wirtschaftsgesch. I. 53.

²⁾ „ „ I. 80.

³⁾ „ „ I. 487.

⁴⁾ Weber, Weltgeschichte IV. 111.

⁵⁾ Engels, Umwälzung 123.

aus die Völker durch ökonomische Differenzierung zu tiefgreifenden Verschiedenheiten des Vermögens und dadurch zu Klassenunterschieden gekommen seien.

Dass diese Auffassung geschichtlich unhaltbar ist, werden wir unten beweisen können. Dass sie aber auch als Theorie, namentlich aber als nationalökonomische Theorie unhaltbar ist, soll das Thema probandum unserer jetzt folgenden Auseinandersetzung bilden. Auf der Grundlage einer ursprünglichen Gleichheit konnte die „ökonomische Differenzierung“ zu klassenbildenden Verschiedenheiten des Vermögens durchaus nicht Platz greifen. „Rein ökonomische“ Verhältnisse können weder die Entstehung der Vermögens-, noch der Klassenverschiedenheiten erklären.

Der Volkswirt und der Geschichtsschreiber, welcher die Vorgänge bei der ersten Besitzergreifung eines Landes durch einen zum Ackerbau übergehenden Stamm begreifen will, hat sich vor einem Irrtum zu hüten, in welchen bisher fast alle Forscher verfallen sind, den Irrtum, mit unseren modernen Begriffen von Bodenwert und Bodenbegrenztheit an die Dinge der Vorzeit heranzugehen. Er muss sich klar machen, dass damals unmöglich eine Vorstellung davon vorhanden sein konnte, dass der Vorrat an Ackerland erschöpfbar sei, und dass aus diesem Grunde auch von einem Werte des Bodens durchaus keine Vorstellung bestehen konnte. So wenig wie die Luft trotz ihres unermesslichen Gebrauchswertes jemals Privateigentum werden könnte, weil der Begriff des Vermögensstückes sich nur an Dinge knüpft, denen das wertbildende Kennzeichen der Arbeit oder der Seltenheit anhaftet, so wenig konnte damals der Naturboden irgend einen Wert haben.¹⁾ Der Begriff des Naturbodens schliesst einen Arbeitswert aus, und von „Seltenheit“ konnte gar keine Rede sein.

Nun freilich gewinnt geurbares Land einen Wert, den Arbeitswert, und wird damit Vermögensbestandteil, Privat-

¹⁾ Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht S. 53.

„Nomadische Stämme kennen kein wahres Grundeigentum. Die Erde gilt ihnen, wie uns Luft und Meer, als herrenloses Gut. Ihre Erzeugnisse, ohne menschliche Bemühung in reicher Fülle gespendet, gehören dem, der sie ergreift. Der Boden an sich und sein ungewonnenes Produkt haben keinen Vermögenswert.“

eigentum. Aber kann hier jemals eine bedeutende Verschiedenheit der Vermögensgrösse resp. der Besitzgrösse aus irgend welchen wirtschaftlichen Motiven und Gesetzen entstehen? Es ist nicht zu erkennen, wie das geschehen sollte.

Versuchen wir, uns den Vorgang in einer ersten Ur-Ansiedelung, welcher Land im Überschuss zur Verfügung steht, vorzustellen. Wir haben beispielsweise nach der gebräuchlichen Vorstellung eine „Hundertschaft“ von ca. 100 gleichen freien Bauern mit einem Markgebiet von ca. 4 Quadratmeilen. Wenn wir heute 100 Wirten 100000 Morgen Land zuweisen, so teilen sie: jeder nimmt sich ca. 1000 Morgen. Wir sind unwillkürlich geneigt, anzunehmen, dass der Verlauf damals ein ähnlicher gewesen ist. Nichts kann verkehrter sein! Heute hat Naturboden das Requisit der Seltenheit, also Wert, und jeder beeilt sich, soviel wie möglich davon für sein Privatvermögen zu sichern; damals hatte Naturboden keinen Wert, und es kam niemandem in den Sinn, sich das Wertlose zu sichern.

Was bestimmte also das Mass des Urbauernbesitzes? Offenbar nur eins: der Nahrungsbedarf! Der Bauer urbarte genau so viel Land, wie er brauchte, um bei der bestehenden Technik sein Kornbedürfniss hervorzubringen, eine verhältnismässig grosse Fläche, da sie in extensivster Kultur genutzt wurde. Wenn heute eine bäuerliche Familie von drei Morgen mittleren Roggenlandes bei tüchtiger Düngung und sorgfältigem Anbau die 15 Centner Korn zieht, welche sie jährlich für Brot braucht, so bestellte der altgermanische Hufner ca. 30 Morgen und mehr in wilder Feldgras- oder gar Brandwirtschaft, um denselben Ertrag zu erzielen. Er handelte durchaus ökonomisch, indem er derart extensiv wirtschaftete; denn nach dem Gesetz der sinkenden Erträge erzeugte er gerade auf diese Weise mit der geringsten Arbeitsleistung diejenige Menge Brotstoff, die er gebrauchte. Wer seinen Thünen kennt, weiss, dass unter den Bedingungen sehr dünner Bevölkerung und reiner Naturalwirtschaft eine intensivere Art der Bodennutzung gar nicht denkbar ist.

Also ca. 30 Morgen Ackerland war das ungefähre Durchschnittsmass einer bäuerlichen Feldfläche, war die „Hufe“, ein Wort, das kennzeichnender Weise mit „Behuf, Bedarf“

verwandt sein soll. Konnte der Bauer irgend einen Beweggrund haben, mehr als diese dreissig Morgen für sich mit Beschlag zu belegen? Um sie ungenutzt liegen zu lassen, sozusagen als „Spekulationsobjekt“, hätte doch irgend ein Seltenheits-Wertbegriff schon existieren müssen. Davon kann also keine Rede sein. Wollte er sie aber nutzen, d. h. eine grössere Fläche bebauen, so entstehen die Fragen: 1. wie viel hätte er bebauen können? und 2. welches wirtschaftliche Motiv konnte ihn dazu führen?

Selbst die ausschweifendste Beantwortung der ersten Frage kann nie zu einer Vorstellung von bedeutenden Besitzverschiedenheiten berechtigen. Auch heutzutage wird höchst selten irgendwo in Deutschland ein Bauer ein Grundstück von mehr als sechzig Morgen nur mit den Kräften seiner eigenen Familie bewirtschaften; ein solcher Betrieb wird stets der Hilfe von Lohngesinde bedürfen. Und dabei ist der Bauer von heute nur Bauer; aber der Urhufner war gleichzeitig Krieger, Richter, Jäger, Hirt, Fischer, Holzfäller und Gesamthandwerker; keine lokale, nationale und internationale Arbeitsteilung verhalf ihm zu Haus, Kleidung, Nahrung und Werkzeugen; seine Zeit war durch unzählige Berufe in Anspruch genommen: und so konnte unmöglich auch eine ans Phantastische grenzende Arbeits-Kraft und -Lust irgend ein Mitglied des Urdorfes befähigen, zu einer Art von Grossgrundbesitz zu gelangen.

Selbst wenn aber die physische Möglichkeit vorgelegen hätte: welches wirtschaftliche Motiv konnte den Urhufner dazu treiben, die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen? Wozu sollte er mehr Korn erzeugen? Man kann Korn nicht schatzbildend anlegen, es verzehrt sich schnell, namentlich unter primitiven Verhältnissen. Und der Urmensch denkt nicht viel an eine ferne Zukunft. Man konnte Korn damals auch nicht verkaufen. Es gab noch keinen Markt. Die paar Handelskarawanen, welche vielleicht durchs Land zogen, handelten in jenem Stadium noch kein Korn, sondern Pelze, Hörner, Elfenbein, Goldkörner und derartige Seltenheiten.

Es liegt also einerseits die physische Unmöglichkeit, andererseits die moralische Unmöglichkeit der Entstehung wesentlicher Verschiedenheiten des Bodenbesitzes bei der

ersten Ansiedlung klar zu Tage, wenn man nur ökonomische Erwägungen anstellt. Es lässt sich gar nicht daran zweifeln, dass, wenn nur wirtschaftliche Gesetze gewaltet hätten, das Mass des Landbesitzes sämtlicher Eigentümer, die „Hufe“, überall ungefähr gleich gross gewesen wäre, weil das Mass des Nahrungsbedarfes, Intensität des Anbaues, Arbeitskraft und Arbeitsantrieb überall gleich gross sein mussten.¹⁾

Aber vielleicht konnte bei weiterem Fortschreiten der Besiedelung und Volksvermehrung sich diese ursprüngliche notwendige Gleichheit der Besitzgrösse aus „ökonomischen“ Ursachen nach und nach so stark verschieben, dass ein Grossgrundbesitz auf der einen Seite zersplittertem Zwergbesitz auf der andern gegenüberstand!?

Auch hier wieder müssen wir uns davor hüten, mit modernen Begriffen an die Dinge heranzugehen. Wenn wir heute ein bestimmtes Gebiet zu gleichen Teilen an eine Bauerschaft verteilen, so werden wir nach drei Generationen gewaltige Verschiedenheiten der Besitzflächen finden. Der eine Hof wird unzersplittert und unverschuldet dem Enkel des ersten Besitzers gehören, der seinem einzigen Sohne mit dem Gute die Weisheit hinterliess, nur einen Erben in die Welt zu setzen; der andere wird in fünfzig, in hundert Parzellen zerfetzt sein, wenn zwei Generationen das Wort der Schrift befolgt haben: Seid fruchtbar und mehret euch. Ein fleissiger, intelligenter Bauer, ein rücksichtsloser Wucherer wird seinen Besitz durch Auskauf und Zwangsversteigerung unglücklicher oder liederlicher Wirte vergrössert haben u. s. w.

Kann von solchen Dingen im Urdorfe die Rede sein? Unter keinen Umständen! Wenn der Hufner zwanzig Söhne hat, so gehen neunzehn in die Gemeine Mark und roden sich neue Hufen; eine Zersplitterung des Stammgutes durch Erbteilung ist undenkbar, so lange das Land noch Raum hat; und ebensowenig ist Verschuldung und Verpfändung denkbar. Der Boden hat keinen Wert, ist also kein Pfand- oder Kaufobjekt. Niemand zahlt für etwas, was er umsonst haben kann, niemand leiht auf etwas, was keinen Wert hat. Man pflegt als Merkmal einer unentwickelten Gesellschaft zu be-

¹⁾ Vgl. Gierke S. 74.

trachten, dass das älteste fränkische Gesetzbuch nichts von Immobiliärprozess u. s. w. weiss: wenn man sich klar macht, dass Boden damals keinerlei Wert haben konnte, so wundert man sich nicht darüber.¹⁾ Irgend welche rechtlichen Bestimmungen über Realverschuldung, Immobiliär-Erbrecht etc. etc. können ja erst von dem Augenblick an entstehen, in dem der Boden einen Tauschwert, einen Vermögenswert erhalten hat.

Ich glaube ausführlich genug gewesen zu sein, um jeden Zweifel auszuschliessen. Unter der Wirkung rein ökonomischer Gesetze hätten starke Verschiedenheiten der landwirtschaftlichen Nutzflächen, hätte ein Grossgrundeigentum nie und nimmer weder bei der ersten Okkupation des Bodens entstehen, noch sich später entwickeln können, so lange noch ein Überschuss von Land vorhanden war.

Nun findet sich aber überall, wo ein Nomadenvolk zur Sesshaftigkeit gelangt, ein starker Grossgrundbesitz sofort bei der Ansiedelung gegenüber dem mittleren und kleineren Besitz. Beispielsweise schildert uns Caesar noch die Sueven als Dreiviertels-Nomaden; Tacitus kennt die Germanen schon nur als sesshafte Ackerbauer; und er hebt schon ausdrücklich hervor, dass die Häuptlinge grössere Güter haben, als die Gemein-Freien. Hier besteht also ein Grosseigentum, das sich nach der herrschenden Schulmeinung in drei Generationen „ökonomisch“ herausgebildet haben müsste, in einem Lande, dessen Reichtum an ungenutztem Boden noch den Zeitgenossen der Staufer als unerschöpflich galt:

„Dem reichen Walt es lützel schadet,
Wenn sich ein Mann mit Holze ladet,“

sagt Vridanes Bescheidenheit.

Hier besteht also ein unlösbarer Widerspruch. Aus der Gleichheit der Rechte kann sich eine Ungleichheit der Rechte nicht entwickeln. Trotzdem ist sie vorhanden. Folglich ist die Voraussetzung falsch: die Entwicklung ist nicht von einer Gleichheit der Vermögen und Rechte ausgegangen, sondern von einer Ungleichheit! Die Klassenverschiedenheit ist nicht die Folge, sondern die Ursache, die Vermögensverschiedenheit nicht die Ursache, sondern die Folge! Es muss hier eine jener sozusagen kopernikanischen Umkehrungen

¹⁾ Vgl. v. Inama-Sternegg, Wirtsch. Gesch. I. 111.

des angenommenen Kausalverbandes vorgenommen werden, welche schon mehrfach in der Wissenschaftsgeschichte das Dunkel in plötzliches Licht verwandelt haben. Die Erkenntnis, dass sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt, dass die Vorstellungen aus dem Willen erwachsen sind und nicht umgekehrt, haben die schwierigsten Probleme spielend gelöst; und so lösen sich auch die schwierigsten Probleme der Geschichte und Nationalökonomie spielend, wenn man erst einmal erkannt hat, dass die Vermögensunterschiede aus den Klassenunterschieden entstanden sind, und nicht umgekehrt! Der Versuch, die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit aus der Gleichheit abzuleiten, ist misslungen; aber es ordnet sich alles glatt und leicht, wenn man sie aus der Ungleichheit ableitet.

Wäre diese Erkenntnis nur als reine Theorie aufgetreten, so könnte man sich nicht darüber wundern, dass sie nicht anerkannt ist.

Nach Julius Wolfs treffendem Worte ist die Geschichte der Nationalökonomie die Geschichte des Kampfes mit dem Vorurteil. Wenn also die schon längst z. B. von Eugen Dühring zur Grundlage seines gesamten Systems gemachte Theorie noch nicht Allgemeingeltung errungen hat, so teilt sie nur das Schicksal der anderen menschlichen Errungenschaften, den „Kampf ums Dasein der Idee“.

Aber das merkwürdige ist, dass diese Theorie ebenso mit den Thatsachen der Geschichte übereinstimmt, wie die jetzt herrschende sie vernachlässigt. Und zwar handelt es sich nicht etwa um Thatsachen, welche eine noch nicht anerkannte Forschung ans Licht gefördert hat, sondern um Dinge, die jedermann kennt und anerkennt. Jedermann weiss mit absoluter Sicherheit, dass die modernen Völker mit ausgeprägten Klassenunterschieden in die Geschichte und die Sesshaftigkeit eingetreten sind. In jedem Lehrbuch der Geschichte sind die einschlägigen Thatsachen enthalten! Und dennoch vernachlässigt man diese gesicherte Grundlage ganz allgemein. Dass das wirklich allgemein geschieht, beweist die Polemik, die ich hier zu führen gezwungen bin, und beweist die Thatsache, dass die notwendigen und revolutionierenden Folgerungen, die sich daraus ergeben, noch nirgend gezogen sind.

Man stellt sich anstatt dessen auf die nicht tragfähige Grundlage der theoretisch wie historisch gleich unhaltbaren Geschichts-Konstruktion von der ursprünglichen Gleichheit der Klassen- und Vermögenslage, die vielleicht auf Jean Jacques Rousseau zurückzuführen ist. Eine Erklärung dieser erstaunlichen Thatsache zu geben ist mir unmöglich.

Nehmen wir wieder das Beispiel unseres Volkes! Die ersten Schilderungen, die des Caesar und Tacitus, zeigen es uns bereits in scharfer Klassenteilung in die drei Stände der Edeling (und der daraus erwachsenen Fürsten), der Freien und der Sklaven. Und genau das Gleiche findet sich bei jedem kulturtragenden Volke der Weltgeschichte. Überall treten sie noch als wandernde Nomaden mit scharf geprägter Klassengliederung in das Licht der Weltgeschichte.

Wenn also die Vermögensbildung die Ursache, und die Klassenbildung die Folge sein soll, dann ist es jedenfalls falsch, die Anfänge der Vermögensbildung in der Zeit der Sesshaftigkeit zu suchen. Man muss ihre Wurzeln mindestens in der Nomadenzeit, vielleicht noch weiter rückwärts, aufspüren.

Das aber ist nirgends geschehen, wenigstens nicht in der Weise, dass die gewonnenen Ergebnisse zur Grundlage einer neuen Grundlegung der gesamten Soziologie, d. h. Geschichte und Nationalökonomie gemacht worden wären, ausser von Dühring, der es aber unterlassen hat, seine richtige Theorie aus der Geschichte unangreifbar zu beweisen.

Diese Aufgabe bleibt mir also jetzt zu erfüllen. Es handelt sich darum, in der Vorgeschichte der Kulturvölker die Anfänge der Klassen- und Vermögensunterschiede aufzusuchen; und festzustellen, was von beiden Ursache und was Folge ist. Das Material dazu wird uns selbstverständlich im wesentlichen die Kulturgeschichte und vergleichende Ethnographie liefern müssen; historische Quellen fliessen uns hier nur spärlich.

Es liegt im Plane dieser Arbeit, die kulturhistorische Entwicklung etwas breiter zu halten, als für die historische und nationalökonomische Beweisführung unumgänglich erforderlich ist. Ich wünsche nämlich mit diesen Betrachtungen die vorgeschichtliche Grundlage für den Abriss der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu geben, welche der zweite Teil ent-

hält. Dabei folge ich fast ausschliesslich einem Autor, Julius Lippert, und erspare mir das Eingehen auf die zahlreichen Kontroversen, welche über viele kulturgeschichtliche Fragen, z. B. die Ehe, noch schweben. Ich darf das ohne Bedenken thun, weil diese sämtlichen Kontroversen die eine Thatsache nicht berühren, welche meine Beweisführung braucht. So weit ich zu sehen vermag, besteht darüber keine Meinungsverschiedenheit, dass die Klassenunterschiede auf der Nomadenstufe aus politischen Ursachen entstehen und zur Ungleichheit der Vermögen führen.

Versuchen wir also, die Entwicklung eines der jetzt kulturtragenden Völker von der ersten Stufe der Organisation bis zur Sesshaftigkeit mit wenigen grossen Strichen zu zeichnen. Den Embryo des sozialen Körpers bildet das Stämmchen, das, vereint durch die Bande desselben Blutes, d. h. Abstammung von derselben Mutter, als eine etwas vergrösserte Familie durch die Öde schweift. Die Wirtschaft ist rein „okkupatorisch“; wilde Pflanzen werden gesammelt, Muscheln und Fische gefangen, Tiere erlegt. Alle Angehörigen des Stämmchens fühlen sich, je nach dem Alter der einzelnen, als Väter und Mütter, Brüder und Schwestern, Söhne und Töchter aller anderen. Die Fortpflanzung geschieht auf der niedersten Stufe vielleicht durch „Sumpfzeugung“, d. h. wahllose Begattung beliebiger weiblicher durch beliebige männliche Individuen; später werden die Kinder eines Blutes, d. h. der gleichen mütterlichen Abstammung mehr und mehr von der Vermischung ausgeschlossen, bis die Organisation der „Punalua-Ehe“ ausgebildet ist, wie sie uns die höchst entwickelten Jägervölker, die Nordindianer, zeigen. Hier besteht noch kein Sondervermögen ausser Leibwaffe und Leibschmuck; selbst das Haus gehört vielfach dem „Blute“, d. h. dem Geschlecht; den fremden Schwiegersohn, der hineingeheiratet hat, kann die Schwiegermutter austossen. Von Klassenverschiedenheiten ist keine Rede; der kriegsgefangene Feind wird entweder zu Tode gemartert oder mit allen Rechten in den Stamm als Blutsbruder adoptiert, selbst der Weisse.¹⁾ „Dem

¹⁾ Vgl. Engels, Ursprung des Privateigentums etc. S. 29.

Mutterrechte ist die Scheidung von Freien und Knechten unbekannt.“¹⁾

Die Sitte der Nordindianer, ihre Gefangenen zu martern, ist anerkanntermassen so gut ein Rest der Menschenfresserei, wie die mexikanischen und germanischen Menschenopfer und ihr hebräischer Kultrest, die Beschneidung. In der That ist auf der niedersten Stufe der Feind gleichzeitig Jagdwild. Noch heute sind die „Kriegszüge“ zentralafrikanischer Negerstämme vielfach nichts als Treibjagden auf menschliches Wild. Die ungeschminkte „Konsumption“ war in dem ersten Stadium die einzige Form, in welcher der Mensch den unterworfenen Menschen nutzbar zu machen verstand: es ist der „Kampf ums Dasein“, wie ihn das Tier führt.

Diese Epoche währt so lange, bis mit der Zähmung des Haustieres der Jägerstamm zum Nomadenstamm wird. Das ändert alle Verhältnisse: auf der einen Seite kann das Bedürfnis nach frischem Fleische aus den immer stärker anwachsenden Herden befriedigt werden; auf der anderen Seite erfordern diese Herden mit ihrem Wachstum immer vermehrte Arbeitskräfte. Damit ist die Anthropophagie wirtschaftlich überwunden; der Feind verliert seinen Wert als Wild und erhält einen neuen Wert als Arbeitskraft; er wird also nicht mehr ohne weiteres konsumiert, sondern lebend erhalten und zinstragend angelegt: er wird Sklave; die Bewirtschaftung des Menschen durch den Menschen hat ihren Anfang genommen.

Ein Umschwung von ungeheurer Tragweite! Wir halten es für richtig, die treffenden Worte hierherzusetzen, mit welchen Julius Lippert den Gegensatz gekennzeichnet hat:²⁾

„Der Indianer kannte wohl ein Anrecht der Gesamtheit auf die Nutzung bestimmter Jagdgründe; aber darüber hinaus gelangte auf diesem Gebiete sein Eigentumsbegriff nicht. Er schlummerte noch eingeschlossen in dem des Besitzes, und besitzen konnte er — mit wenigen Ausnahmen — nur das erlegte Tier. Der Nomade aber schuf sich ein Eigentum am lebenden Tiere, und dieses Tier ist ihm ein lebender Motor seiner Arbeit. Fortan geht jedes mit Arbeits-

¹⁾ Lippert, Kulturgesch. II. 84.

²⁾ II. 82 ff.

verpflichtung verbundene Verhältnis in diesen **Eigentumsbegriffen** auf. Indem der Stammfremde so wenig wie das Tier in irgend einem Rechtsverhältnisse steht, greift der Nomade bei seinem Broterwerb auch nach diesem und bringt ihn, so oft es gelingt, als Arbeitsmotor in seinen Besitz.

... „Viele Beobachter haben den Kontrast in der Kriegsführung dies- und jenseits des Ozeans hervorgehoben; hierin hat er seinen Grund. Dem Indianer ist der Feind nichts als vernichtenswert; dem Nomaden wird er, in seinen Besitz gebracht, ein Arbeitsmotor.“

Erst mit dem Nomadentum entstand „das System der Beherrschung eines Volkes durch das andere;“¹⁾ als die Irokesen 1651 die Eries und die neutrale Nation besiegt hatten, boten sie ihnen an, als Gleichberechtigte in ihren Bund zu treten; erst, als sie sich weigerten, wurden sie vertrieben.²⁾ Aber niemand dachte daran, noch konnte daran denken, sie zu unterjochen und wirtschaftlich auszubeuten. Erst mit dem Nomadentum erstand das Institut, das Rechtsinstitut der Sklaverei.³⁾

Die politische Seite dieser radikalen Umgestaltung der Gesellschaftsordnung besteht also darin, dass innerhalb der bisher einheitlichen Demokratie des Jägerstammes zunächst eine Zweiteilung in Klassen auftritt: die Vollgenossen, der Waffenadel oben als herrschende, die Schutzgenossen, Sklaven unten als beherrschte Schicht. Aber das ist nur der Anfang einer viel einschneidenderen Gliederung, welche von jetzt an auch die herrschende Klasse zu teilen beginnt. Dieser Prozess ist von einer so fundamentalen Wichtigkeit, dass wir ihn etwas näher betrachten müssen.

So lange die rohe Appropriation der wildwüchsigen Natur die Bedürfnisse decken musste, konnten sich keine dauernden wirtschaftlichen Verschiedenheiten entwickeln. Gewiss hatte der stärkere und geschicktere Jäger und Krieger reichere Jagdbeute an Wild und menschlichen Gefangenen und darum mehr Aussicht, durch Auslese des Passendsten im Kampfe

¹⁾ Lippert. II. 402.

²⁾ Engels. S. 29.

³⁾ Lippert. II. 182.

ums Dasein zu überdauern. Gewiss mochte sich auch hier und da schon eine gewisse Vererblichkeit des Führeramtes herausgebildet haben; jedoch diese beruhte stets noch auf der Voraussetzung grösserer Tüchtigkeit resp. Amtserfahrung der Erben und war durchaus nicht dynastisch gefestigt. Aber Jagdbeute kann man nicht kapitalisieren, sondern muss sie so schnell als möglich konsumieren; und da Land noch keinen Wert hat, so besteht auch für den Tüchtigsten keine Möglichkeit, ein Vermögen zu erwerben, also auch keine Möglichkeit der Vermögensverschiedenheit.

All das ändert sich, wenn die Herdenhaltung, das Nomadentum fortschreitet. Hier besteht ein Vermögen, ein echtes Kapitalvermögen,¹⁾ das dem Eigentümer durch seinen natürlichen Zuwachs Zinsen liefert, und das er mit unterwerfener Arbeit ausnützt. Und darum kann sich nicht nur, sondern muss sich sogar eine Verschiedenheit der Vermögen ausbilden.

Den ersten Anfang macht der grössere Beuteanteil der Kriegshäuptlinge. Fast überall erhalten sie — eine einfache Konsequenz ihrer hervorragenden „Leistungen“ — eine grössere Quote an erbeutetem Vieh und gefangenen Sklaven. Jetzt ist damit die Bahn zu dauernder ökonomischer Übermacht eröffnet. Neben ihnen schwingen sich friedlichere Naturen durch grösseres Glück — der Anfang der Konjunkturen — und grössere Geschicklichkeit und Sorgfalt der Aufzucht — der Anfang der ökonomischen Leistungsfähigkeit — zu Reichtum auf. Und jetzt entfaltet sich zum erstenmale das Gesetz des Reichtums, das bis auf unsere Zeit hinauf die Wirtschaft beherrscht: die Aufhäufung der Vermögen um vorhandene Krystallisationskerne. Wie im Urnebel des Weltenraumes die erste nähere Anlagerung zweier Molekeln den Kern abgab, um den sich allmählich der Zentralsonnenkörper häufte; wie in einer gesättigten Mutterlösung ein hineingeworfener Fremdkörper genügt, um als seine Schale den wachsenden und wachsenden Krystall aufschliessen zu lassen: so sammelte sich der zuwachsende Teil des werdenden Volksreichtums zum grössten Teile um die vorhandenen Vermögen der Herdenbesitzer.

¹⁾ Kapital stammt charakteristischerweise ab von Caput, Viehhaupt.

Während die Häuptlinge zu Fürsten gehoben wurden, sank mindestens relativ, häufig auch absolut Ansehen und Stellung der einfachen Freien. Waren sie doch äusseren und inneren Gefahren ungleich mehr ausgesetzt, als die Reichen. Ihre kleinen Herden wurden durch die häufigen Viehseuchen viel leichter gänzlich vernichtet, als die grossen Bestände der Häupter; sie waren bei Fehden mit Nachbarstämmen viel mehr dem Raube unterworfen, als die durch ganze Scharen wohlbewaffneter und wohlgedrillter Sklaven gehüteten fürstlichen Herden; und schliesslich war es nicht zu vermeiden, dass sich *αἰζλα* und *μοιχεία*, die nach Aristoteles ewige Begleiter des Reichtums sind, auch gegen die kleinen Freien selbst wandten. Wir kennen aus den ältesten Gesetzbüchern Irlands einiges aus dem Zustande einer so gegliederten Gesellschaft.¹⁾ Wir erkennen die Urform des Feudalsystems, das *beneficium*, das Lehen, welches den Beliehenen zu Diensten gegen den Lehnsggeber verpflichtet und seine Vollfreiheit mindert, hier schon in einer Gesellschaft, welche noch keinen Ackerbau treibt und keinen Sonderbesitz an Land kennt. Der an Vieh, dem einzigen Besitz jener Zeit, überreiche Häuptling belehnt verarmte Freie mit Herden und drängt sie dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis, in eine Art Schuldknechtschaft.²⁾ Bezeichnenderweise ist die etymologische Wurzel des Wortes *feudum* aus Vieh-eigen (*fee-od*), entstanden. So nehmen die Worte für die beiden Herrschaftsformen der Weltgeschichte, Feudalsystem und Kapitalismus, beide ihren Ursprung von dem Urvermögen der Menschheit, dem Viehbesitz.

Die Verfügung über einen Stamm überschüssiger Nahrungsmittel führte dem Häuptling noch aus anderen Quellen abhängige Elemente zu. Wer sollte friedlos gewordene Verbrecher anderer Stämme (die „Fuidhirs“ der *leges Brehon* Irlands) aufnehmen und ernähren als er? Wem sollten sich die Reste vernichteter, benachbarter Clans „anempfehlen“ (kommendieren) als ihm, dem einzigen, welcher sie erhalten konnte?

¹⁾ Laveleye, *Ureigenthum*. S. 432. Vgl. a. Meitzen. I. 188. 190. 228. — Charakteristisch ist, dass sich dieselbe Gesellschaftsordnung noch heute bei den Kafirn findet.

²⁾ Vgl. Meitzen. I. 138. II. 228.

So kommt es schliesslich zu tiefgreifenden Klassenverschiedenheiten innerhalb der vollentwickelten Nomadenvölker, zu einer Dreiteilung in ein durch Vermögen und bewaffnete Hausmacht übermächtiges Fürstentum bzw. Adelstum, eine breite Schicht der ärmeren Vollfreien und eine Schicht rechtloser Sklaven.

Die geschilderte Art der Standesentwicklung aus der wirtschaftlichen Ausbeutung unterworfenen Kriegsgefangener heraus ist für die Germanen typisch. Es darf aber nicht verkannt werden, dass vereinzelt auch bei den Germanen, namentlich aber bei Kelten und Slawen eine andere Art der Entwicklung einen breiten Raum eingenommen hat.

Es ist dies eng verknüpft mit dem Übergang vom Mutterrecht zum Vaterrecht, welcher seinerseits wieder mit dem Übergang vom Jägerleben zum Hirtenleben entwicklungsgeschichtlich zusammenhängt.

Das Jägerleben führt den Mann auf lange Zeiten aus der Ansiedelung hinaus. So blieb den Frauen die Erhaltung des Hauses, die gewerbliche Beschäftigung: Flechten, Weben, Spinnen, der Landbau und die Küche. Als Frucht der weiblichen Arbeit war Haus und Gerät, Garten und Feld das Eigentum der weiblichen Linie. Der Jäger und Krieger ist nur geduldeter oder willkommener Gast in der Zeit seiner Ruhe, das Weib ist Herrin. Diese ihre Herrschaftsstellung wird gestützt durch die physiologische Urmenschenvorstellung, dass das Weib allein dem Kinde das Leben gebe, dass „das Blut“ der Mutter das Prinzip der Zeugung sei.

Diese beherrschende Stellung der Frau wird in dem Augenblick erschüttert, in welchem der Hauptteil der Ernährung des Haushaltes nicht mehr von ihr, sondern von dem Manne geliefert wird, d. h. mit der Herdenhaltung. Denn die Herde ist Mannes Eigentum. Er hat sie mit der Waffe erworben, samt ihren Hirten, er muss sie mit der Waffe schützen. Auf der anderen Seite wird der geringe Grad von Sesshaftigkeit, welchen der Jäger besass, zur Unmöglichkeit, sobald der nomadische Weidebetrieb sich ausbildet; Feld und Garten werden verlassen; und nun ist die Ernährung der Familie fast ausschliesslich auf den Erwerb des Mannes angewiesen.

Diese gänzlich veränderte Art und Richtung der Produktion musste, wenn auch langsam, schon an sich eine Umwälzung

der sozusagen politischen Ordnung des Stammes herbeiführen. Aber es kamen noch manche andere Momente hinzu, um die alteingewurzelte Frauenherrschaft, das Mutterrecht, gänzlich zu entthronen und die Männerherrschaft, das Patriarchat an ihre Stelle zu setzen.

Zunächst war für den kriegsgefangenen Sklaven in der Blutsverwandtschaftsfamilie kein Platz. Man konnte einen Stammfremden durch die Ceremonie des Bluttausches zum Blutsbruder machen und adoptierte ihn dadurch in alle Rechte des Stammgenossen: der als Arbeitswerkzeug am Leben erhaltene Gefangene aber war ein rechtloser Sklave; man weigerte ihm die Blutsfreundschaft, weil man ihm die Bruderrechte weigerte: welche Stellung sollte er einnehmen in einer Herrschafts-Organisation, deren einziger Rechtsgrund die Abstammung vom Blut der einen Herrin — Mutter war? Die Sklaven standen zu ihr in keinerlei Beziehung der Pietät; sie gehörten den Männern zu Eigentum an, wie Leibwaffe und Leibschmuck.

Damit war die alte, uneingeschränkte Demokratie des Jägerstammes durchbrochen, in welcher die Frauen das gleiche Stimmrecht mit den Männern genossen, in welcher Chief und Capitaine („König“ und „Herzog“) nur konstitutionelle Beamte waren. Und es konnte nicht ausbleiben, dass die Gewohnheit, welche die Männer jetzt zum erstenmale annahmen, zu herrschen, sich auch auf das Innere der Familie erstreckte, auf Weiber und Kinder.

Diese Entwicklung wurde ferner dadurch beschleunigt, dass der Hirtenstamm naturgemäss zu einer weit höheren Volkszahl gelangt als die Jägernationen, nicht bloss, weil die gesichertere Nahrungsversorgung aus dem Bestande der Herden den Spielraum der Bevölkerung mächtig erweitert hat, sondern namentlich auch aus dem Grunde, weil die Gewinnung tierischer Milch die Säugepflicht der Mutter auf ein Drittel bis ein Viertel der früher notwendigen Zeit verkürzt und darum eine schnellere Geburtenfolge ermöglicht.¹⁾ Nach Engels²⁾ zählt ein Nordindianerstamm durchschnittlich 2000 Köpfe, während Lamprecht³⁾ die germanischen Völkerstämme zur Zeit Caesars,

¹⁾ Lippert. I. S. 74.

²⁾ Ursprung S. 52.

³⁾ Schicksal etc. S. 20.

also auf der Grenze zwischen Nomadentum und Sesshaftigkeit, auf durchschnittlich 20—25000 Köpfe veranschlagt. Eine so beträchtlich grössere Menschenmenge kann unmöglich noch in der Art von familienhaft engem Zusammenhalt bleiben, wie ihn die Mutterrechtsorganisation zeigt; sie bedurfte eines kräftigeren Kittes, um in sich Ordnung und nach aussen hin Kraft zu entwickeln.

Zu alledem hatte die physiologische Auffassung des Urmenschen mit dem Übergang zur planmässigen Herdenhaltung und Tierzucht eine grundstürzende Änderung erfahren. Dem Züchter konnte unmöglich lange verborgen bleiben, dass auch dem Vater eine Mitwirkung bei der Zeugung des Kindes zukommt; damit fiel die religiöse Scheu vor der „Mutter“ zum Teil hinweg, und es war auch von dieser Seite her dem neuen Vaterrecht der Weg geebnet.

Es ist hier nicht der Ort, den Kampf der beiden Prinzipien näher zu betrachten, die Mischformen zu untersuchen, welche die Zwischenstufen zu dem allmählichen Siege des neuen Rechtes bildeten, von denen z. B. eine das dem Tacitus so auffällige, besonders enge Verhältnis von Mutterbruder und Neffe ist: genug, das Vaterrecht wird, wie die Sklaverei und der Adel, erst möglich mit dem Übergang zum Nomadentum, wird aber auch nötig damit.

Und nun bedingt das Vaterrecht seinerseits eine neuartige Form der Ehe. Sobald einerseits die Beteiligung des Vaters an der Zeugung des Kindes feststand, andererseits der Mann in Herden und Sklaven ein Sondervermögen erwerben konnte, musste es sich für ihn auch darum handeln, sich echte, unzweifelhaft von ihm erzeugte Erben zu schaffen; damit war die Wurzel gelegt zur Forderung der Keuschheit des Weibes mindestens in der Ehe, bald auch bis zur Ehe. Auch das ist also ein unterscheidender Charakterzug des Nomadenrechtes vom Jägerrecht.

Und mit diesem neuentstandenen Eherecht war ein neues Moment der Standesbildung gegeben. „Vaterherrscher“, Patriarch, konnte in einem ungetrennt lebenden Hirtenstamme nur einer sein — und starke Zersplitterung verbot sich aus Gründen der Selbsterhaltung. Ursprünglich mochte die ganze Gemeinschaft ihr Oberherrschaftsrecht in der Wahl des Vaters beweisen; doch wurde dies bald unthunlich, weil

das Stammeshaupt eine grosse Menge von Kenntnissen besitzen musste, die sich mangels schriftlicher Aufzeichnungen nur von Person zu Person fortpflanzen konnten. Es waren dies einestheils diplomatisch-politische Überlieferungen: so verwahrt der Sachem der Nordindianer (entsprechend dem deutschen Kuning, von kuni = γένος, Sippe, der Friedensbewahrer) die sämtlichen „Friedensgürtel“ des Stammes, urtümliche Dokumente, die er allein zu deuten weiss.¹⁾ Andererseits aber — und das ist das wichtigere — ist der Patriarch überall der Opferpriester — man denke an Nestor — und, je komplizierter das Ceremonial des Gottesdienstes wird, je peinlicher das abergläubische Geschlecht die Beobachtung aller Regeln des Kultus fordert, um so weniger werden Personen zur Nachfolge des Patriarchen geeignet, welche nicht seine persönliche Dienstanweisung erhalten haben.

So bildet sich naturgemäss eine Erbfolge im Führer-
amte aus — und damit ist die Grundlage eines neuen Adels
gelegt. Ganz selbstverständlich erlischt nach einigen Gene-
rationen in den Nachkommen der von der Stammesherrschaft
ausgeschlossenen Verwandten das Bewusstsein ihrer Ab-
stammung, „die meisten Menschen verlernen ihr Geschlecht“, ²⁾
nur der Patriarchenstamm erhält es sich und bleibt als „Adel“
übrig. Namentlich fallen die Nachkommen der „Kebsweiber“,
d. h. der nachfolgenden Gattinnen, leicht aus der stolzen Ober-
schicht der „echten“ Kinder heraus und bilden einen Stand
geminderter Ehre.³⁾ Da nun der „Vater“ im Patriarchal-
verhältnis eine fast uneingeschränkte, nur durch seine reli-
giösen Verpflichtungen begrenzte Verfügung über die Per-
sonen und das Vermögen des Stammes hat, so ist ver-
ständlich, namentlich wenn man bedenkt, wie leicht der
Priesterherrscher den Aberglauben des Stammes missbrauchen
kann, wie schliesslich das Verhältnis zwischen Oberhaupt und
Stammgenossen so weit verschoben werden kann, dass jener
als Eigentümer, absoluter Herrscher seiner „Unterthanen“
erscheint. Unzweifelhaft ist die Ausbildung der keltischen
Clans und der slavischen Verfassung stark durch derartige
Entwicklungen beeinflusst worden.

¹⁾ Lippert. II. 524.

²⁾ „ II. 88.

³⁾ Vgl. Lippert II. 541.

Um es zusammenzufassen: im Jägerstamm, im Mutterrecht sind Klassenverschiedenheiten gänzlich unbekannt. Aber beim Hirtenstamm drängen alle Verhältnisse von den verschiedensten Seiten darauf hin, Klassenverschiedenheiten, und zwar drei Stände zu schaffen, einen „geschlechtigen“, an Vieh und Sklaven reichen Adel, eine Schicht nichtadliger, d. h. ohne Geschlechtsüberlieferung dastehender Freier mit geringerem Besitz — und die Sklaven selbst als rechtlose Sachen. „Adel und Sklaverei erheben sich erst auf dem Boden des Patriarchates tierzüchtender Völker.“¹⁾

Wenn also ein Nomadenstamm zur Sesshaftigkeit des Ackerbaues übergeht, dann besteht er nicht aus lauter ökonomisch und politisch gleichen Genossen; sondern es ist die Klassengliederung der späteren Zeit bereits voll ausgebildet vorhanden.²⁾ Darum ist die herrschende Ansicht falsch, welche die Klassenverschiedenheiten der Ackerbauvölker sich durch „ökonomische Differenzierung“ aus einer ursprünglichen Gleichheit heraus entwickeln lässt. Die erste Anlage mindestens dieser politischen Unterschiede wächst nicht aus wirtschaftlicher Überlegenheit, sondern aus politischer Vergewaltigung; nicht aus dem Rechte der voll entwickelten, auf freier Arbeit beruhenden Tauschwirtschaft, sondern aus dem älteren Rechte der voll entwickelten, auf unterwerfener Arbeit beruhenden Sklavenwirtschaft, nicht aus dem „Menschenrecht“, sondern aus dem Nomadenrecht.

Freilich entwickeln sich diese politischen und darum auch wirtschaftlichen Klassenunterschiede erst zu ihrer vollen Höhe im Ackerbaustaate. Mit dem Übergang von der Viehzucht zum Ackerbau und Bodenbesitz verschärfen sie sich unermesslich. Wir wollen auch diesen Übergang in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung verfolgen:

Auch hier hat man sich vor der Gefahr zu hüten, welche in den abstrakten Begriffen liegt. Jeder, dem die übliche Stufenleiter der Kulturgeschichte: „Jäger, Nomaden, Ackerbauer“ geläufig ist, ist zunächst geneigt, sich die Dinge in der historischen Wirklichkeit so schroff geschieden vorzustellen,

¹⁾ Lippert II. 522. Vgl. a. Engels, l. c. 104.

²⁾ Vgl. Meitzen. I. 139. 188.

wie in den Begriffen. Das ist natürlich ganz irrig. *Natura non facit saltum*. So unmerkliche Übergänge führen von einem Zustande der Kultur zum anderen, wie von einer Farbe des Sonnenspektrums zur anderen. Wer die sonderbare Agrarverfassung der Urzeit verstehen will, d. h. sie erklären will nicht aus mystischen Spekulationen über den Charakter des Urmenschen, sondern aus dem Zwange der Thatsachen, der muss auch hier entwicklungsgeschichtlich vorgehen, muss mit der Kraft der Logik und so weit wie möglich an der Hand der Thatsachen zu ergründen wissen, wie sich aus der Nomadenwirtschaft die Ackerwirtschaft, aus dem unstäten Wanderleben die Sesshaftigkeit allmählich herausgebildet hat.

Die Anfänge des Ackerbaues liegen vor der Zähmung des Haustieres. Wir kennen eine ganze Anzahl von Rassen und Völkern, welche zum entwickelten Ackerbau gelangt sind, ohne jemals durch die Züchterstufe gegangen zu sein. Es ist nur nötig, an Japan zu erinnern. Auch findet sich die Kultur der korntragenden Gräser bei reinen Jägerstämmen als Frauenwerk, so z. B. bei den Nordindianern. Wir dürfen also annehmen, dass die Indogermanen die ersten rohen Kenntnisse der Feldwirtschaft schon mit auf ihre nomadischen Wanderzüge nahmen.¹⁾ Wenn auch die stabilere Hütte im Dorfe des Jägerstammes dem Zelte des Wanderers weichen musste, so war doch das Leben nicht so unstät, dass die Frauen nicht Zeit gehabt hätten, in der Nähe des sommerlichen Hauptquartiers ihre alte Kunst zu üben. Sie ritzten den Boden mit dem Grabstock und streuten die Körner einer schnell reifenden Sommerfrucht in die Furchen; die Ernte wurde abgewartet, und nach ihrer Einheimsung zog die Horde weiter. So rückten die Cimbern und Teutonen nicht mit einem Stosse vorwärts, sondern in Jahresrasten, die nur aus dem Anbau von Getreide erklärbar sind;²⁾ gerade so stiegen die Meernomaden, die Phönicier, zur Sommerzeit an unbekannten Küsten aus ihren Schiffen, pflügten, säten und ernteten, um mit den neugewonnenen Vorräten weiter zu Handel und Seeraub in die Ferne zu dringen;³⁾ und so säen und ernten noch heute

¹⁾ Meitzen. I. 11.

²⁾ Meitzen. I. 134|5.

³⁾ Lippert. I. 448.

nomadisierende Tataren den nach ihnen benannten Buchweizen (*Polygonum tataricum*) während ihrer Sommerrast.

Wenn wir uns nun die Fragen vorlegen, wie gross die mit Getreide bestellte Fläche war, und wer sie bestellte und erntete, so beantwortet sich die erste Frage auf das naturgemässeste dahin, dass ausschliesslich der Bedarf des Stammes an Brotkorn die Ausdehnung des Ackerlandes bestimmte. So kleine Gruppen mit ihrem leicht zu übersehenden Bedarfe müssen verhältnismässig schnell zu ausreichenden Erfahrungen darüber gekommen sein.¹⁾

Die Art der Bearbeitung konnte unter den gegebenen Verhältnissen kaum eine andere sein, als die gemeinschaftliche. Für individualistische Strömungen war in dem Hirtenstamm so wenig Platz, wie in der Blutsverwandtschaftsfamilie. Gemeinsam war allen Wanderung und Weide, Angriff und Abwehr, Ratsversammlung und Gericht; demgemäss war denn auch der Ackerbetrieb kommunistisch, nach dem Satze: „Jedem nach seiner Fähigkeit, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ So erklärt sich ohne weiteres, dass der Stamm den gemeinsamen Betrieb und Genuss des Feldbaues mit in die Sesshaftigkeit hinübernimmt, dass die erste Stufe der Ackerwirtschaft auf kommunistischem Betriebe beruht, wie es z. B. Hanssen für die Germanen²⁾ annimmt. Dasselbe wissen wir aus der Urzeit Russlands,³⁾ der Italiker,⁴⁾ verschiedener griechischer⁵⁾ und slavischer⁶⁾ Völkerschaften, aus Indien⁷⁾ und von zahlreichen wilden Stämmen der alten und neuen Welt.⁸⁾ Gleiche Ursachen erzeugen gleiche Wirkungen!

Nun erzwingen die Verhältnisse je länger je mehr eine immer stärkere Beschäftigung mit dem Feldbau. Und zwar ist es die Nahrungsmittelversorgung, welche das Nomadenleben allmählich unmöglich macht. Der Stamm wächst aus schon geschilderten Ursachen stark an Menschen. Sehr bald ist die Zeit erreicht, in welcher die verfügbaren Weiden voll

¹⁾ Meitzen. I. 154.

²⁾ Hanssen, agrarpol. Abhandl. S. 30. Vgl. a. Caesar, de bello gall. IV. 1.

³⁾ Laveleye. S. 11.

⁴⁾ „ 317.

⁵⁾ Laveleye 325.

⁶⁾ „ 289.

⁷⁾ „ 61.

⁸⁾ „ S. 273, 289, 294, 298, 299, 303.

besetzt sind; eine weitere Vermehrung der Herden ist nicht mehr möglich, d. h. die weiter wachsende Bevölkerung würde empfindlich gegen ihren Nahrungsspielraum pressen, wenn es nicht gelänge, der Flächeneinheit mehr Nahrungsmittel zu entziehen, als das weidende Vieh in Fett und Muskeln aufzuspeichern vermag.

Diese Erweiterung des Nahrungsspielraumes schafft der Feldbau. Sie muss erkaufte werden mit einem Opfer an freier Beweglichkeit. Von zwei Seiten her wird die Wanderbreite des Urnomaden eingengt. Von aussen durch die Nachbarn, seien es blutsverwandte Horden, selbständige Stammesteile, mit denen die Grenzen durch Vertrag festgelegt sind, oder seien es Feinde, welche ihre Weiden mit den Waffen umschancen. Von innen her ist es der Zwang zu ausgedehnterer und sorgfältigerer Ackerwirtschaft, welcher den freien Hirten immer fester an eine bestimmte Scholle fesselt. So verlegt sich der Schwerpunkt der Wirtschaft und der Volksernährung allmählich immer mehr von der Viehzucht auf den Ackerbau; die Sueven zu Caesars Zeit sind in dem Augenblick auf die historische Platte gebracht, in welchem das eigentliche Hirtenleben noch im letzten Verflackern ist. Damit erlosch in Westeuropa das Nomadenleben; nur in den Almen- und Sjäter-Wirtschaften der Alpenweiden lebt es noch rudimentär fort.

Betrachten wir nun ein einzelnes Dorf agrargeschichtlich zur Zeit der völligen Sesshaftwerdung. Wie wir aus Caesars Schilderungen wissen, ist die „Nation“ längst zu zahlreich geworden, um ihre Herden auf einer Weide zusammenzuhalten, wenigstens unter den geographischen Verhältnissen Westeuropas, wo die endlosen Steppen des Ostens fehlen. Ihr Gesamtgebiet ist nach aussen hin von ebenso starken Nachbarn begrenzt, also nicht erweiterungsfähig. Dieses Gebiet hat die Gesamtnation längst an untergeordnete Organisationen aufteilen müssen, und diese wieder sahen sich im Laufe der Zeit mit dem Wachstum der Bevölkerung genötigt, ihr Teilgebiet an kleinere Gruppen aufzulassen. So kommt es schliesslich zur Ausscheidung der den einzelnen Sippen oder militärischen Unterabteilungen, in Altgermanien Hundertschaften, zugewiesenen „Marken“.

In dem ihr zugewiesenen engen Gebiete, wenigen Quadrat-

meilen, treibt die Weidegenossenschaft ihre Herden. An solchen Stellen, wo der Boden leicht und möglichst baumfrei ist,¹⁾ hat sie Stücke Feldland ausgesondert, gross genug, um den Kornbedarf der Dorfschaft zu befriedigen, „Kampe“, „Gewannen“; das Land wird kommunistisch bestellt und genutzt.

Aber die Bevölkerung wächst weiter. Die Viehhaltung hat ihr Maximum erreicht, da die Weiden nicht vermehrt werden können. Der gesamte Bevölkerungszuwachs ist also auf Feldfrüchte angewiesen. Die Gemeinde sendet Tochteransiedlungen in die „Mark“ oder sie legt neue „Kampe“ aus.

So erklärt sich genetisch ohne weiteres die ursprüngliche Anlage der Ackerstücke, wie sie sich auf der ersten Stufe der Feldwirtschaft Germaniens ausgebildet hat, weil sie sich so ausbilden musste. Die einzelnen „Gewannen“ sind nicht gleichzeitig ausgelegt worden, sondern nach und nach, in dem Masse wie mit der Bevölkerung das Kornbedürfnis wuchs; und zwar finden sich die ältesten Felder auf dem leichtesten Boden, während die jüngeren Urbarungen sich, entsprechend dem Bedürfnis, der grösseren Leistungsfähigkeit einer dichteren Bevölkerung und der durch Arbeitsteilung verbesserten Technik, auf schwereren Böden finden, bis schliesslich Kraft und Geschicklichkeit ausreichte, die fruchtbaren Niederungen der Urwälder zu entstocken und zu entwässern.

Aber noch ehe diese höchste Leistungsfähigkeit erreicht war, musste sich die Organisation des Betriebes ändern. Die kommunistische Produktion war die rechte Wirtschaftsform für den Nomadenbetrieb; für den Feldbau führte sie zu Unzuträglichkeiten. Dem lebhaften Gerechtigkeitsgefühl der Kinderseelen dieser Barbarenstämme musste bald die Ungerechtigkeit einer Verteilung der gewonnenen Feldfrüchte auffallen, welche den fleissigen und starken Pflüger nicht besser lohnte, als den Tagedieb und Schwächling. Vielleicht war es auch das egoistische Sonderinteresse der sklavenhaltenden Adeligen, welches sich gegen die kommunistische Verteilung auflehnte; ist doch anzunehmen, dass ihre Sklaven einen Hauptteil der Arbeit für die durch Jagd, Krieg und Gericht behinderten und zur Feldarbeit zu stolzen kleinen

¹⁾ Careys Gesetz. Vgl. v. Inama, Dtsch. Wirtschaftsgeschichte. I. 48. 218.

Gemeinfreien mitleisten mussten. Es ist menschlich begreiflich, dass sie einer derartigen Ausnützung ihres Eigentums für die Privatzwecke der Genossen ein Ende machten.

Kurz und gut, gleichgiltig aus welchen Gründen: überall sehen wir, dass in einem gewissen Stadium der Entwicklung der kommunistische Betrieb dem individualistischen Platz macht. Das Ackerland wird aufgeteilt, nicht zu Sondereigentum, sondern zur Sondernutzung; natürlich erhält jede Haushaltung in jedem Kamp einen gleich grossen Anteil. Jetzt erst ist die Urform der Dörfer ausgebildet, welche im alten Germanien die „Hufenverfassung“ kennzeichnet: Sondereigentum im Dorf an Haus und Kohlgarten, die „terra salica“, die „bina jugera“ der Quiriten; Sondernutzung am Feldland; Gemeinnutzung in der „Mark“ an Weide, Wald, Wasser, Wild und Wegen.

Nun stellt man sich die Teilung allgemein so vor, dass jeder Genosse der Dorfansiedlung ein gleiches Mass Landes erhielt. Das wird auch richtig sein für die kleinen Gemeinfreien, welche keine oder sehr wenige Sklaven besaßen. Aber der „Adel“, der grosse Sklavenbesitzer, musste bei der Teilung genug Acker erhalten, um seine Sklaven ernähren zu können. Nicht für sein Vieh wurde ihm aus dem Gemeineigentum eine grössere Nutzfläche ausgesondert; das weidete noch Jahrhunderte lang mit den Herden der einfache Hufner in Wald und Ödung: aber seine Hirten und Wächter brauchten Korn; und da sie als rechtlose Sklaven nicht eigentumsfähig waren, so fiel ihrem Besitzer, dem „Herrn“, das für ihren Unterhalt erforderliche Ackerland zu.¹⁾

Auf diese Weise also entstand der erste Grossgrundbesitz. Er hat sich nicht aus einer ursprünglichen Gleichheit der Besitzflächen durch die grössere ökonomische Tüchtigkeit einzelner Bauern heraus entwickelt; er beruht auch nicht auf einem Verständnis für den ökonomischen Wert wilden Landes, ist nicht aus einer glücklichen Spekulation heraus entstanden: sondern er bildet sich einzig und allein aus der im Nomadenrechte entstandenen, ihm eigentümlichen Klassenverschiedenheit der Ange-

¹⁾ Vgl. Meitzen I. 156. 183. II. 535.

hörigen eines Stammes, aus dem Rechtsinstitut der Sklaverei.

Ich fasse zusammen:

Erstens: Von der üblichen Voraussetzung aus, wonach die zur Sesshaftigkeit übergehenden Nomadenvölker eine Demokratie gleicher, gleichberechtigter Genossen dargestellt haben, ist die Entstehung einer irgendwie belangreichen Bodenbesitzverschiedenheit weder psychologisch noch wirtschaftlich zu verstehen.

Zweitens: Wenn man aber die Nomadenvölker in ihrer ethnologisch und geschichtlich verbürgten Klassengliederung begreift, dann erklärt sich die überall vorhandene Thatsache des primitiven Grossgrundbesitzes ohne weiteres aus dem Nahrungsbedürfnis der Sklaven und der Notwendigkeit, ihrem Herrn, dem Edeling, eine genügende Bodenfläche für ihre Ernährung auszuwerfen.

Ich glaube damit meine Behauptung, dass der ursprüngliche Grossgrundbesitz ein direkter Abkömmling der Sklaverei, also in letzter Linie der Gewalt, sei, sowohl direkt wie indirekt über jeden Zweifel hinaus bewiesen zu haben.

Der primitive Grossgrundbesitz wurde nun seinerseits die Wurzel einer noch viel tiefer greifenden Verschiedenheit der Vermögen und damit der Klassen. Mit ihm nämlich entstand naturgemäss der Begriff vom Werte des rohen Naturbodens. Je mehr die Herdenhaltung gegen den Ackerbau zurücktrat, um so gewichtiger fielen die Zinse der jetzt als „*mancipia casata*“ angesetzten Knechte in das Budget ihrer Herren; es zeigte sich, dass die Verfügung über viel Land die Möglichkeit gewähre, viel zinsende Unfreie anzusetzen: und damit war der wirtschaftlichen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eine neue, viel breitere Bahn eröffnet, als je im Nomadenzustande. Denn die Grösse der Herden war immerhin, wenigstens unter den topographischen Bedingungen Westeuropas, durch Umfang und Nährkraft der Weiden auf ein vergleichsweise bescheidenes Mass beschränkt geblieben; und so war auch die Zahl von Knechten, welche ein Besitzer mit Vorteil halten konnte, beschränkt. Aber die Herrschaft über den Naturboden gab die Möglichkeit, fast unbegrenzte Mengen von Knechten wirtschaftlich auszunützen.

War auf diese Weise mit dem neugeschaffenen Rechte der Verfügung über grosse Landstrecken die Möglichkeit gegeben, die schon im Nomadenzustande vorhandene Verschiedenheit der Vermögen und damit der Klassenrechte auf ein bisher unerhörtes Mass zu steigern, so diente dieselbe Veränderung auch besonders dazu, diese Verschiedenheiten zu festigen und zu verewigen. Der grösste Herdenbesitzer kann völlig verarmen — wir haben das jetzt erst bei dem reichsten Manne der schwedischen Lappen, dem „Renntierkönig“ (Grahus, erlebt,¹⁾ der seinen ganzen Reichtum durch Misswachs und Seuchen verlor und heute von der Armenunterstützung der Regierung leben muss. Derartige Unglücksfälle können den Grundbesitzer nicht treffen, dessen Vermögen unvernichtetbar ist. Im Gegenteil, die Geschichte beweist, dass jedes grosse nationale Unglück, wie der „schwarze Tod“, die Cholera-Epidemien, der dreissigjährige Krieg, während sie den Bauernstand dezimierten, den Grundbesitz des Adels nur vermehrt haben; denn einer wird von dem verzweigten Geschlechtsverband fast immer übrig bleiben, welcher nicht nur die Erbgüter der Familie, sondern auch noch so und so viele der erledigten Bauernhöfe an sich zu bringen vermag.

So erhielt der nomadische Herdenadel die eigentlich gefährliche Grösse seines Reichtums und vor allem die Gewähr der Dauer erst durch das Grossgrundeigentum, und wurde damit erst zum Adel im eigentlichen Sinne.

Und nun zeigte sich zum zweitenmale das Gesetz der Reichtumshäufung um vorhandene Kerne. Der primitive Grossgrundbesitz bescheidenen Umfangs, entstanden aus dem Bedürfnis der Ernährung der Sklaven, ward der Kern eines ungeheuren Grossgrundeigentums, entstanden aus dem neu entstandenen Bewusstsein des Bodenwertes.

Wieder gingen, wie auf der Stufe des Jäger- und Nomadenlebens, Kriegszüge hinaus auf die Menschenjagd, aber nicht mehr, um Wild, nicht mehr, um Hirten, sondern um hörige Bauern zu erbeuten. Aber es zog nicht mehr der ganze Stamm aus; der kleine Gemeinfreie hatte keine Zeit mehr zu Raubzügen; er focht vorerst nur noch im Verteidigungskriege. Sondern der Adel, dessen wirtschaftliche Existenz durch die

¹⁾ Dtsch. Tageszeitung. 1897. Nr. 426.

Arbeit seiner Knechte sicher gestellt war, zog hinaus zum „Beduinenerwerb.“ Junge, nachgeborene Söhne der Geschlechtshäupter namentlich waren es, gehärtet in der Jagd und der Fehde, welche auf eigene Faust mit geworbenem „Gefolge,“ teils bewaffneten Knechten, teils abenteuerlustigen Kameraden, in den Beutekrieg zogen. Sie kehrten zurück mit neuen kriegsgefangenen Knechten, und bei der Verteilung ging der daheim gebliebene gemeinfreie Bauer natürlich leer aus, während sich der glückliche Krieger einen neuen Grossgrundbesitz aus dem Vorrat an Land nahm. So wuchs der Reichtum des Adels, bis schliesslich der eine Mann, gestützt auf seine bewaffnete Hausmacht und seine erprobte Kriegstüchtigkeit, stärker wurde, als die geschlossene Masse der kampfentwöhnten Dorfgemeinschaft. Und von diesem Moment an wandte sich der Landhunger des Adels, der sich bis jetzt jenseits der Grenzen befriedigt hatte, angreifend nach innen. Nach altem Nomadenrecht hat der „Patriarch“, der Edeling, der „Kuni“ (vom Stamme dschanas, *γένος*, genus, cunnus, gan), das Geschlechtsoberhaupt, in Vertretung des Stammes das Verfügungsrecht über den Stammesbesitz an Grund und Boden. Der zum Fürsten gewordene Edeling macht daraus ein persönliches Eigentumsrecht. Er erwirbt Land zu Spekulationszwecken, „legt Terrains hin“, d. h. er sperrt alles noch ungenutzte Land für die Gemeinfreien und gestattet die Bebauung nur gegen Abgaben. Damit erhält einerseits auch Bauernland das Requisit der Seltenheit und damit Wert; der Nachwuchs der Dorfschaften kann sich nicht mehr ohne weiteres neue Hufen schaffen, und so kommt es durch Zersplitterung und Rechtsgeschäfte auch innerhalb der Dorfschaften zu Vermögensverschiedenheiten; andererseits wird nach uralter Rechtsanschauung der Freie, der vom Fürsten gegen Abgabe Land empfängt, in seiner Freiheit gemindert. Indem so der Fürst immer mächtiger, die Dorfgemeinschaft immer schwächer und in sich gespalten wird, dehnen sich die politischen Befugnisse des Herrn immer weiter. Er gewinnt bald das Recht, seine „Unterthanen“ auch zu Angriffskriegen aufzubieten, welche er im Interesse seiner persönlichen Machterweiterung führt. Dadurch wird der gemeinfreie Bauer wirtschaftlich zu Grunde gerichtet; er gerät in Schulden, in Knechtschaft, der

germanische Bauer gerade so wie der römische Plebejer. Amtsmissbrauch, Rechtsbruch und brutale Gewalt vollenden den Sturz der Wankenden: und das Schlussergebnis ist überall eine Ordnung der Gesellschaft, in welcher eine kleine Zahl von Eigentümern ungeheurer Landstrecken über ein zur Hörigkeit herabgedrücktes Volk herrscht.

Es waren also auch auf späteren Stadien der Entwicklung nicht ökonomische Ursachen (verschiedenes Glück und verschiedene Leistungsfähigkeit), welche das Grossgrundeigentum dieser Stufen erzeugten, erhielten und vergrösserten, sondern ausschliesslich politische Ursachen: das Grossgrundeigentum auch dieser Stufen ist nicht aus Tauschrecht, sondern aus Nomadenrecht gewachsen.

Wir werden in einem späteren Abschnitt verfolgen, wie sich speziell das moderne deutsche Grossgrundeigentum aus diesem eben geschilderten Stadium der „Grossgrundherrschaft“ entwickelt hat. Es wird aber im übrigen nirgends bestritten, dass das moderne Grossgrundeigentum, als aus der Lehnsvorfassung entstanden, ein direkter Abkömmling der mittelalterlichen Grossgrundherrschaft ist. Dass freilich seine heutige Verteilung und Rechtsordnung durch ökonomische Ursachen ganz wesentlich bedingt ist, kann nicht bestritten werden. Aber entstanden und vorhanden ist auch das moderne Grossgrundeigentum nicht aus Tauschrecht, sondern aus Nomadenrecht. Das Tauschrecht allein hätte es nie schaffen können, so lange noch Naturboden ungenutzt war: und das ist noch jetzt der Fall.

Und ebenso konnte der Begriff des Wertes von Naturboden nie aus reinem Tauschrecht entstehen, so wenig wie die an diesen Wertbegriff geknüpfte Rechtsordnung des Bodeneigentums. Die einzige Rechtsform, welche in Bezug auf den Boden das reine Tauschrecht entwickeln kann, ist das Nutzungsrecht: volles, vererbliches und veräusserliches Niessbrauchrecht an dem Boden, den der Besitzer nutzt, aber Heimfall des ungenutzten Bodens an die Gesamtheit.¹⁾ Das Eigentumsrecht aber, welches, wie bei beweglichen Sachen, so auch beim Grundeigentum das Recht des „Usus et abusus“ gewährt, welches das „Weglegen auf Spekulation“, das

¹⁾ Vgl. meine Siedl. Genossenschaft S. 558.

Sperren ungenutzten Landes möglich macht, ist nur möglich in einer Gesellschaft, welche auf Nomadenrecht aufgebaut ist. Nur auf dieser Grundlage konnten sich also auch die Rechtsformen des Verkaufs, der Verpfändung, Realbelastung, der Pacht, Emphyteuse, Superficies, des Métayage und des Grossgutsbetriebes entwickeln.

Wir werden im nächsten Abschnitt die Entwicklung des Bodenrechtes nach reinem Tauschrecht zu zeichnen versuchen. Von diesem Untergrund wird sich das geltende Recht schärfer abheben, als es hier erreichbar war. Fürs erste kam es nur darauf an, festzustellen, dass das agrarische Grossgrundeigentum thatsächlich als ein Rudiment aus einer in allem übrigen überwundenen Rechtsepoche im Körper der freien Tauschwirtschaft steckt.

Zweites Kapitel.

Grundlegung der Physiologie des sozialen Organismus der Tauschwirtschaft. (Die reine Wirtschaft.)

Um einen hochstehenden Organismus von entwickeltem Bau und gesteigerter Leistung zu begreifen, ist das beste — und meist das einzige — Mittel, ihn entwicklungsgeschichtlich zu betrachten. Denn die erste Anlage der Lebewesen ist verhältnismässig einfach organisiert. Sie ist gekennzeichnet durch eine Nebeneinanderordnung einander sehr ähnlicher und in ihrer Funktion von einander sehr unabhängiger Elementarteilchen, die sich verhältnismässig leicht auffassen lassen. Je höher die Organisation aufsteigt, um so mehr besondern (differenzieren) sich die einzelnen Teilchen zu Organen, die einander immer unähnlicher sind, deren Funktion in immer grössere Unterordnung, in immer straffere Wechselbeziehungen zu derjenigen aller anderen Organe tritt (Integration). Dadurch entsteht ein Wesen von äusserst schwer übersehbarem Bau und höchst verwickelter Funktion.

Der Organismus der entwickelten Tauschwirtschaft ist ein Wesen auf hoher Stufe der Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung. Der besondere Bau der von ihm entwickelten Organe, die Wechselbeziehungen der einzelnen Organfunktionen zu einander und ihre Unterordnung unter die Gesamtleistung sind von einer verwirrenden Mannigfaltigkeit, welche ein klares Bild seiner physiologischen Thätigkeit schwer gewinnen lässt. Es wird darum von Vorteil sein können, wenn man auch diesen Organismus entwicklungsgeschichtlich studiert, seine einfachen Anfänge zu verstehen sich bemüht und von der so gewonnenen sicheren Basis aus stufenweise sein Werden verfolgt bis zu dem Zustande, in welchem er heute vor uns dasteht.

Diese Unternehmung würde sehr leicht sein, wenn es zugänglich wäre, aus den kultur- und staatengeschichtlichen Überlieferungen von dem historischen Werden der modernen Völker ohne weiteres die Stufen der Entwicklung abzuleiten. Leider ist das aber nicht möglich. Und zwar aus folgendem Grunde: die moderne Tauschwirtschaft beruht auf dem Rechtssatze, dass kein Individuum für Zwecke eines anderen da sei. Ihre staatliche und wirtschaftliche Grundlage ist die Gleichheit und Freiheit der erwachsenen, männlichen Staatsangehörigen; zwischen ihnen anerkennt sie keine anderen wirtschaftlichen Beziehungen, als den freien Vertrag; sie kennt kein anderes Motiv zur Arbeit, als den eigenen Willen und Nutzen.

Geschichtlich aber hat sich die freie Tauschwirtschaft nicht ungestört entwickeln dürfen. Sie entstand, wuchs und reifte in steter Berührung und in stetem Kampfe mit einer auf ganz entgegengesetzten Rechtsgrundsätzen gegründeten älteren Ordnung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, mit der auf Nomadenrecht gegründeten Patriarchal- und Feudalordnung. Diese beruhte gerade im Gegenteil auf der Ungleichheit und Unfreiheit der Staatsangehörigen; sie kannte kaum andere wirtschaftliche Beziehungen als die zwischen dem berechtigten Herrn und dem verpflichteten Knechte, kaum ein anderes Motiv zur Arbeit als den Zwang.

Von dem Augenblick an, wo die freie Tauschwirtschaft als schwacher Keim im „Frieden“ der alten Märkte entstand, hat sie mit der Zwangswirtschaft gerungen. Dieser Kampf ist, wie sich herausstellen wird, noch heute nicht beendet. Und aus diesem Grunde lassen sich die geschichtlich überlieferten Stufen der Volksentwicklung nicht für eine Untersuchung der Entwicklung der reinen Tauschwirtschaft verwerten. Was in der Geschichte sich ausbildete, war die Diagonale aus dem Parallelogramm der beiden widerstreitenden Kräfte, waren Mischformen. Die Entwicklungsstufen der reinen, freien Tauschwirtschaft überliefert uns keine Geschichte; und darum sind alle Versuche, solche in ihr aufzufinden, so oft sie auch gemacht sind, als grundsätzlich verfehlt, gescheitert.

Wenn man also die Entwicklungsgeschichte des Organismus der freien Tauschwirtschaft schaffen will, kann man

nicht auf unmittelbarer Beobachtung fussen. Man kann sich nur der Methode der übrigen, rein deduktiven Wissenschaften bedienen, welche darin besteht, dass man mittels eines willkürlichen, logischen Aktes, indem man „störende“ Nebeneinflüsse in Gedanken auszuschalten sich bemüht, nur aus dem allgemeinsten Gesetz der betreffenden Wissenschaft seine Schlüsse ableitet.

Solche Gesetze sind für die Mechanik die Gravitation, für die Chemie die Affinität. Es sind Abstraktionen, welche durch das Experiment an unzähligen Thatsachen sicher gestellt sind und unbestrittene Geltung haben.

Anders in der Nationalökonomie! Das einzige umfassende „Gesetz“ dieser Wissenschaft, das „Gesetz des wirtschaftlichen Selbstinteresses“ der „Naturlehre“ der Physiokraten und Liberalen, ist durch die angestellten Experimente eher erschüttert als bestätigt worden. Darum leugnen die heute massgebenden Schulen überhaupt, dass es ein umfassendes Gesetz von allgemeiner Giltigkeit, ein Grundgesetz sei. Von diesem Standpunkte aus ist natürlich jede Deduktion unmöglich.

Wenn ich trotzdem, *faute de mieux*, aus den Gesetzen der „Naturlehre“ rein logisch zu deduzieren unternehme, so bin ich mir der Gefährlichkeit dieses Weges wohl bewusst. Ich verkenne die Gefahr nicht, welche die von der Wirklichkeit absehende Spekulation in der That läuft, sich im Wesenlosen zu verlieren; und ich verkenne die weitere Gefahr nicht, dass meine Leser, in dem leider berechtigten Misstrauen gegen die Methode, die folgenden Ausführungen überschlagen. Da ich aber die Aufmerksamkeit meiner Leser nicht entbehren kann, so sehe ich mich genötigt, hier vorgehend zu bemerken, dass ich hoffe, im dritten Kapitel die Voraussetzung der Naturlehre dadurch wieder in ihre einstige Geltung als beherrschendes Gesetz der Volkswirtschaft einzusetzen, dass ich die Irrtümer aufweise, welche sie diskreditiert haben; und dass ich ferner im zweiten Buch die Sätze, welche ich jetzt deduktiv gewinnen werde, historisch belegen zu können hoffe.

Im übrigen ist ja die Methode an sich durchaus einwandfrei. Wenn uns die Deduktion aus einer gewählten Voraussetzung zu Schlussfolgerungen führt, welche augenscheinlich der Wirklichkeit widersprechen, so ist damit wissenschaftlich

immerhin etwas gewonnen, nämlich die Gewissheit, dass die gewählte Voraussetzung falsch war. Ich werde also im folgenden ganz unbekümmert um die Thatsachen der wirklichen Welt meine Schlüsse ziehen dürfen. Mein Leser wird auch bei den krausesten Ergebnissen nur fragen dürfen, ob die Schlüsse logisch gewonnen sind. So lange ich nicht behaupte, dass sie auch wahr sind, kommt gar nichts anderes in Frage, als die formalen Gesetze des reinen Denkens. Und ich behaupte vorläufig nicht, dass meine Ergebnisse wahr, sondern nur, dass sie logisch sind.

Die Grundvoraussetzung der „Naturlehre“, die ich also für jetzt acceptiere, ist folgende: Die Menschen sind vor dem Grundgesetz der Wirtschaft gleich. Alle „individuellen Unterschiede“ der Begabung und Leistungsfähigkeit, des Temperaments und der Moral verschwinden vor dem Gesetz, haben nur untergeordnete Bedeutung innerhalb des Gesetzes. Um ein Beispiel zu wählen: wie alle Gase, Elemente und Verbindungen, reine und gemischte, leichte und schwere, giftige und harmlose, den Gasgesetzen Avogadros und Gay-Lussacs unterliegen; wie ihre Elementarteilchen vor diesen Gesetzen trotz aller Verschiedenheit ihrer chemischen Natur als gleich betrachtet werden dürfen: so unterliegt nach der hier gewählten Voraussetzung jede menschliche Wirtschaft der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, in jeder Rasse und jeder Verfassung dem Gesetz der Wirtschaft; — und so dürfen ihre Elementarteilchen, die wirtschaftenden Subjekte, vor diesem Gesetze trotz aller Verschiedenheit ihrer individuellen Natur als gleich betrachtet werden. Ich gehe also von dem aus, was Schmoller die „abstrakte Menschennatur“ genannt hat.

Jenes Grundgesetz der Naturlehre, von dem ich ausgehe, formuliere ich folgendermassen:

Die Menschen strömen vom Orte höheren wirtschaftlichen Druckes zum Orte geringeren wirtschaftlichen Druckes auf der Linie des geringsten Widerstandes.

Es ist leicht ersichtlich, dass in dieser Fassung das Gesetz des „Selbstinteresses“ sich nur als eine besondere Ansicht des universalen Weltgesetzes der Bewegung darstellt, welches alles Bewegliche, lebloses, wie lebendes, Gase und

Flüssigkeiten ebenso wie die Tier- und Pflanzenwelt beherrscht.

Ich sehe ferner, wie gesagt, für die Deduktion der Entwicklungsgeschichte des Tauschwirtschaftskörpers von jeder Einwirkung des „Nomadenrechtes“ ab. Das heisst: ich stelle mir eine Gesellschaft vor, welche niemals die Sklaverei und darum auch nicht den Adel gekannt hat und welche trotzdem durch das Stadium der Viehzucht zur Sesshaftigkeit und zum Ackerbau gelangt ist.

Ich nehme also als Ausgangspunkt meiner logischen Ableitung dieselbe Konstruktion eines aus lauter gleichberechtigten und freien Genossen bestehenden Nomadenvolkes, welche sonderbarer Weise in der Mehrzahl der bisherigen Darstellungen zum Ausgangspunkt der realen, geschichtlichen Darstellung gemacht worden ist. Nur mit dem Unterschiede, dass ich mir bewusst bin, mich hier einer Konstruktion zu bedienen, welcher niemals ein geschichtliches Wesen entsprochen hat.

1. Die „ideale“ Naturalwirtschaft.

Dieser „ideale Nomadenstamm“, der, um politische Einflüsse auszuschalten, keine feindlichen Nachbarn haben soll, kommt zur Sesshaftigkeit mit einer ziemlich weitgehenden Gleichheit des Viehbesitzes. Zwar verursachen Glück (Konjunktur) und Geschick (ökonomische Leistungsfähigkeit) Vermögensverschiedenheiten; jedoch können sie keine grossen Differenzen bedingen, da die Kräfte einer Familie nur für Hütung und Schutz eines gewissen Maximalbestandes ausreichen, und da andererseits die freie Verfügung über die Weidegebiete es jedem Genossen gewährleistet, seine Herden nach Unglücksfällen allmählich wieder auf einen gewissen Minimalbestand zu bringen. Im Wechsel der Generationen wird die verschiedene Fruchtbarkeit der Ehen auch diese kleinen Verschiedenheiten ausgleichen.

In ihrer sozusagen politischen Gliederung wird dieser ideale Nomadenstamm das Mutterrecht zwar überwunden haben, weil die Versorgungslast auf die Schulter des Mannes gewälzt ist, und die Erfahrungen des Züchters ihn

gelehrt haben, dass auch der Vater an der Zeugung beteiligt ist. Jedoch wird sich das eigentliche Patriarchat, d. h. die uneingeschränkte Herrschaft des Vaters über die Gesamtfamilie, nicht entwickelt haben, weil der Begriff des Eigentums an Menschen und mit ihm der Herrschaft gar nicht aufkommen konnte. Der Bestand eines väterlichen Vermögens wird mit der Sorge um echte Erben eine Form der Ehe erzwungen haben, welche schon darum unserer Monogamie ähnlich sehen muss, weil die Zahl der geschlechtsreifen Männer, hier durch keine Fehdezüge vermindert, derjenigen der geschlechtsreifen Weiber überall gleich ist; und weil kein „Herr“ seine aristokratische Begierde auf Kosten rechtloser Knechte an seinen Sklavinnen befriedigen kann. Die politische Organisation des Stammes kann nur ungefähr dieselbe sein, wie die des Jägerstammes: eine uneingeschränkte Demokratie mit Beamten zur Vertretung und Exekutive. Da kein Reichtum und keine Verfügung über Klienten und Knechte diesen Beamten eine Hausmacht verleiht, welche gegen die Majorität der Volksgenossen in Betracht kommt, so kann sich auch ein etwa erblich gewordenes Beamtentum unter keinen Umständen zum Adel oder zum Fürstentume aufwachsen.

An dieser demokratischen Gleichheit der Rechte und des Vermögens — besser wohl: des Vermögens und darum der Rechte — ändert sich nichts in dem Stadium des Übergangs von der Weidewirtschaft zum Ackerbau. Auch unser Stamm legt Kamp nach Kamp aus, verlegt das Schwergewicht seiner Nahrungsversorgung allmählich von der Viehzucht auf den Körnerbau, den er zuerst kommunistisch betreibt, und kommt, so wollen wir annehmen, ebenfalls auf einer gewissen Höhe der Entwicklung zur Individual-Wirtschaft, zur Aufteilung des Feldlandes.

Da rohes Land keinen Wert hat, da das Mass der von jeder Familie beanspruchten Sondernutzung lediglich durch ihren Getreidebedarf bestimmt wird, da ein Kornverkauf nicht möglich, also kein Antrieb zur Mehrproduktion vorhanden ist, so wird die Hufe überall ungefähr gleiche Grösse oder vielmehr gleiche Ertragsfähigkeit haben müssen; die Vermögensgleichheit bleibt erhalten und mit ihr notwendig die politische Ordnung der freien Demokratie.

In der Gleichmässigkeit der Vermögen kann das Wachstum der Bevölkerung keine Änderung hervorbringen, so lange noch urbares Land vorhanden ist. Es ist oben gezeigt worden, dass keine Erbteilung, kein „ökonomischer Vorgang“ (Verkauf, Verpfändung) die anfängliche Hufenverfassung durchbrechen kann, so lange die nachgeborenen Söhne Platz haben, sich eigene Hufen aus dem unverteilten Lande herauszuschneiden, und so lange unbebauter Boden mangels des Requisites der „Seltenheit“ keinen Vermögenswert erhalten hat.

Wäre das Land, wie in der Konstruktion des Thünenschen „isolierten Staates“ durchweg von gleicher Beschaffenheit und Verkehrslage, so müsste sich die Bevölkerung in völlig gleichmässiger Schichtung über das gesamte Gebiet verteilen. Da aber überall die geographische Lage Verschiedenheiten bedingt, so entsteht die Frage, nach welchen Gesetzen die Verteilung erfolgt?

Es sei hier gestattet, zum erleichterten Verständnis das Gesetz der Strömung zum Gleichgewicht an einem der Physik entnommenen Beispiel zu erläutern:

Eine Flüssigkeit strömt vom Orte des höchsten Druckes zum Orte des niedrigsten Druckes dadurch, dass jeder einzelne Tropfen so lange fällt, bis er im stabilen Gleichgewicht angelangt ist. Ist die neue Grundfläche eine mathematische, genau horizontal gestellte Ebene, so steht die Flüssigkeit überall gleich hoch; ist die Grundlage unregelmässig, so steht die Flüssigkeit über den Vertiefungen am höchsten, über den Erhöhungen am niedrigsten: aber unter allen Umständen stellt sich die Oberfläche in eine Ebene ein: erst damit haben sämtliche Tropfen ihre Gleichgewichtslage erreicht.

Gerade so soll nach der von uns einmal als Voraussetzung gewählten Naturlehre die Menschenflut zum Orte des mindesten wirtschaftlichen Druckes strömen.

Wären also hier keine Druckunterschiede der geographischen Beschaffenheit vorhanden, eben im „isolierten Staate“, so würde sich die Besiedelung in ganz gleichmässiger Schichtung über das gesamte Gebiet verbreiten, wie Flüssigkeit auf einer horizontalen Ebene; da aber in der Wirklichkeit naturgegebene Druckunterschiede vorhanden sind, zunächst in

der verschiedenen Fruchtbarkeit der verschiedenen Bezirke, so füllt der Menschenstrom sein Gebiet, wie die Flüssigkeit eine unregelmässige Mulde: es häuft sich in den Orten des wirtschaftlichen Minderdruckes eine dichtere, in den Orten des Mehrdruckes eine spärlichere Bevölkerung an, als dem Durchschnitt entspricht. Aber nichts desto weniger kommt das Streben zum Gleichgewicht der einzelnen Tropfen auch hier erst zur Ruhe, wenn sich das Niveau in die Wage gestellt, d. h. wenn das Einkommen aller wirtschaftenden Subjekte gleich gross geworden ist.

Diese Nivellierung der Einkommen,¹⁾ diese Einstellung zum stabilen Gleichgewicht der Volkswirtschaft ist, wie ohne weiteres ersichtlich, identisch mit der ebenso berühmten wie übel berufenen „Harmonie der Interessen“ der Freihandelschule, jener kühnen Prophezeiung, deren Nichteintreffen sie um ihren wissenschaftlichen Kredit gebracht hat. Wir haben hier nicht zu untersuchen, wie weit diese Hoffnung Wirklichkeitswert hat: uns muss genügen, dass sie thatsächlich aus der Voraussetzung der „Naturlehre“ folgt, deren wir uns hier als Denkmittels bedienen.

Kommen wir also jetzt auf unsere Entwicklung zurück! Unsere Frage: nach welchen Gesetzen erfolgt die Verteilung der Bevölkerung? lautet in der schärferen Fassung: wo befinden sich die Maxima und Minima des wirtschaftlichen Druckes?

Da nach unserer Voraussetzung friedlicher Entwicklung keine militärisch-politischen Gründe die Wahl der Niederlassung beeinflussen, kommt für die Ansiedelung unseres Stammes nur die naturgegebene Bodenbeschaffenheit als Ursache von wirtschaftlichen Druckdifferenzen in Betracht. Und auch hier müssen wir uns vor trügerischen Analogieschlüssen aus modernen Erfahrungen hüten. In jenem Stadium ist nicht der fruchtbarste Boden der „beste“.

Für eine dünne Bevölkerung im neuen, weitgedehnten Gebiet, namentlich aber für ein Barbarenvolk, das in seine neue Heimat keine entwickelten Geräte mitbringt, wie etwa der Squatter der nordamerikanischen Wälder, ist nach Careys

¹⁾ Vgl. Ad. Smith. *Wealth of Nations*. Ausg. v. Loewenthal. S. 106.

unwiderleglicher Feststellung nicht der schwerste Boden der beste, sondern der leichteste. Nicht in dem fetten Marschboden der Flussthler, nicht auf den unerschöpflichen Humuslagern des Waldbodens erheben sich in allen Kolonisationsgebieten der Welt die ersten festen Ansiedelungen, sondern im leichten Sandboden der Berghänge, wo der Pflug mühelos seine Furchen zieht, die Erdfeuchte ihrem natürlichen Eigengeflle folgt, und schlimmstenfalls ein lichter Waldbestand mit lockerem Wurzelwerk den Bauer hemmt. Hier wird das schon lang gezähmte Feuer des Menschen Arbeitsgehilfe, indem es den Wald rodet; und hier wachsen dem Menschen die ersten Ernten. Nicht vom besseren Boden zum schlechteren drängt der Gang der Wirtschaft den Menschen, wie Ricardo meinte, sondern umgekehrt vom weniger ertragreichen zum reicheren.

Je mehr die Bevölkerung wächst, je wirksamer die technische Ausrüstung und Erfahrung wird, je mehr genossenschaftliches Zusammenwirken möglich und erlernt wird, um so kräftiger wird die Herrschaft des Menschen über die wilde Natur. Der Urwald fällt unter den Hieben der Axt, Gräben entwässern die Sümpfe, reicher tragen die neuen Felder, dichter sammeln sich die Menschen an; um in unserem Bilde zu bleiben: der dünne Wasserfaden, welcher niedersickerte, hat zuerst eine flache Mulde gefllt, die noch am Abhang liegt; erst als diese bis zu ihrem unteren Rande gefllt war, gewann der neue Zufluss das weitere Gefälle in das tiefere Gebiet.

Verfolgen wir diesen Vorgang bis zu seinem letzten, möglichen Ende, so finden wir das ganze Land bis an seine Grenzen erfüllt von Bauerngtern, und die Bevölkerung so verteilt, dass an den Orten des geringsten wirtschaftlichen Druckes, d. h. an den fruchtbarsten Orten, mehr Menschen sitzen, als an den Orten höheren wirtschaftlichen Druckes. Vielleicht sind die ersten Ansiedelungen jetzt ganz verlassen; aber wo die Menschen auch sitzen: ihr durchschnittliches Einkommen, d. h. das gesamte Mass wirtschaftlicher und sozialer Annehmlichkeiten, dessen sie geniessen, muss überall gleich sein: im fruchtbaren Gebiet ist ja die Bevölkerung dichter, d. h. die Hufe kleiner; und ist auch der Krnerertrag der kleinen Hufe auf schwerem Boden vielleicht noch immer grösser als derjenige der grossen

auf schlechterem Boden, so ersetzt doch hier Viehweide, Jagd und Holzschlag den Ausfall. Niemand wird bestreiten wollen, dass bis zu dem Augenblicke, in dem das ganze Land voll besiedelt ist, unter der Wirkung der Freizügigkeit und des unbeschränkten Okkupationsrechtes eine Verteilung der Bevölkerung erfolgen muss, welche ein durchschnittlich gleiches „Einkommen“ bei gleicher Arbeitsleistung gewährleistet.

Sehen wir uns in diesem Augenblick die Wirtschaft dieser Bauern an. Sie steht noch sehr nahe jenem ersten Zustande völlig fehlender Differenzierung und Integrierung, die wir als Kennzeichen der Anfänge des organischen Lebens kennen lernten; die einzelnen „Zellen“ des Wirtschaftskörpers sind noch fast unabhängig von einander. Urproduktion und Stoffveredelung sind noch kaum irgendwie gesondert. Jede Familie genügt noch fast allen ihren Bedürfnissen selbstthätig, ohne Tausch. Bauer, Fischer, Jäger, Holzfäller, Züchter; Spinner, Weber, Schneider; Gerber, Kürschner und Schuster; Zimmermann, Maurer, Wagner; Metzger, Selcher, Müller, Bäcker; Töpfer und Büttner, Brauer, Brenner und Koch; Pfeilschnitzer und Schmied ist noch in einer Person, resp. einer Familie vereinigt.

Aber doch sind schon einige Züge der Arbeitsteilung und -Vereinigung angelegt, abgesehen von der Familie selbst, in welcher schon die Urarbeitsteilung zwischen Mann und Weib, Schutz und Fortpflanzung, einige Teilung der Lasten herbeiführen musste. Darüber hinaus zeigen sich die ersten Spuren der lokalen und nationalen Arbeitsteilung und -Vereinigung.

2. Entwicklungsgeschichte des sozialen Körpers.

Es haben sich in den Dorfschaften, deren Ausbildung der soziale Trieb und das Bedürfnis gegenseitigen Schutzes vor den natürlichen Feinden herbeiführen musste, die ersten Spuren lokaler Arbeitsteilung natürlich herausgebildet. Der geschickte Schütze und Fischer tauscht gern einen Teil seines Fanges gegen Körner, welche der phlegmatischere Nachbar dem Acker entlockte. Beide finden ihren Vorteil dabei: der Jäger erhält mehr Korn, der Bauer mehr Wildbret, als er in der Nebenbeschäftigung erzielt hätte. Ebenso hat ein

technisch begabter Bauernsohn das Zimmern der Blockhäuser, das Schnitzen von Pfeilen, das Weben von Garn zu einer Meisterschaft gebracht, welche ihn befähigt, für einen Tag Weberarbeit mehr Korn zu erhalten, als er in zwei Tagen dem Acker entrissen hätte; und seine Nachbarn, für einen Tag Ackerarbeit mehr Gewebe, als sie in zwei Tagen am Webstuhl hätten fertigen können.

Gleichzeitig hat sich die erste Anlage einer nationalen Arbeitsteilung angelegt, vergleichbar der ersten Spur eines gemeinsamen Zirkulationsapparates für die sonst selbständigen, aber sesshaften Elemente eines Korallenstocks. Es ist der erste Tausch zwischen den verschiedenen Zweigen der Urproduktion.

Wo die Metalle wachsen und die unentbehrliche Würze, das Salz, in Quellen zu Tage tritt, ist das Land meist rauh und steinig; wo am Meeresstrande der Fischer seine Beute macht, giebt meist der leichte Sand nur spärlichen Kornwuchs. So wird, sobald erst eine genügende Dichtigkeit der landbauenden Bevölkerung verfügbare Überschüsse und somit einen Markt geschaffen hat, in Bergproduktion und Fischerei sich auch eine Produktion für den Markt ausbilden. Vielleicht hat der erste Handel mit Obsidianknollen zur Bereitung von Pfeil- und Lanzenspitzen und mit Salz stattgefunden; Korn und Gewebe brachten die Händler zurück in ihre Heimat.

Insofern ist der alte Satz richtig, dass der Handel älter ist, als das Gewerbe, wenn man unter „Gewerbe“ den zur Spezialität gewordenen Sonderberuf versteht.

Selten nur, auf rauen, unwirtlichen Wegen, die noch kaum den Namen einer Strasse verdienten, durchzogen diese Tauschhandelskarawanen das Land. Je dichter die Bevölkerung wurde, um so häufiger kamen sie, und um so dichter wurde auch die Bevölkerung der Produktionsstellen im Gebirge und an der See. Auch jetzt wieder verteilt das Gesetz der Freizügigkeit die Bevölkerung hier und dort so, dass gleiche Arbeitsleistung ungefähr gleiches Einkommen gewährt; auch hier wieder hebt die fortschreitende Arbeitsteilung die Bevölkerung auf ein höheres Niveau der Produktivität und des Einkommens jeder einzelnen Arbeitskraft. Schon hier legt sich die erste Scheidung getreideimportierender und

-exportierender Bezirke an, schon hier beginnt die Absonderung der v. Thünenschen „Zonen“.

Unmöglich kann es bei dem Handel mit dem rohen Naturprodukt bleiben. Die Sonderbeschäftigung mit einem Zweige der Urproduktion muss notwendig die technische Vertrautheit mit dem gewonnenen Material hoch steigern; andererseits braucht es keine Bekanntschaft mit den Gesetzen der theoretischen Nationalökonomie, um den Kaufmann zu belehren, dass verarbeitete Waren transportfähiger sind als Rohstoffe. Am Orte der Urproduktion entstehen Centren spezialisierter Gewerbethätigkeit: statt roher Obsidianknollen führt der hausierende Händler von jetzt an zurechtgeschlagene, später polierte Pfeilspitzen durch das Kornland, führt er später Bronze-, noch später Eisenwaffen; er tauscht mehr Korn dafür ein oder bringt es in der transportfähigeren Gestalt von Herden oder Geweben in die Heimat zurück. Wieder haben beide Teile in ihrer Lebenshaltung gewonnen, wieder hat sich die Gleichheit des Niveaus in leichten Schwingungen um einen Gleichgewichtszustand erhalten, hat sich der Import von Korn und Vieh oder Viehprodukten in bestimmte Distrikte verstärkt.

Sehen wir uns in diesem Zustande der Gesellschaft wieder die Verteilung der Bevölkerung an:

Wir hatten im ersten Stadium eine Verteilung, welche ausschliesslich von den naturgegebenen Druckverhältnissen bedingt war: dichtere Bevölkerung in fruchtbarerem, weniger dichte in unergiebigem Lage. Jetzt sehen wir die Bevölkerung in neu entstandenen Minimis stärker angehäuft, welche zwar auch naturgegebenen Bedingungen ihre Entstehung verdanken, aber doch erst unter Mitwirkung eines rein gesellschaftlichen Faktors. Zwei Zweige der Urproduktion konnten zum Sonderberufe ganzer Bevölkerungsteile werden auf einem Boden, der sie nach seinen natürlichen Bedingungen nicht ernähren könnte; Handel und eigentliches Gewerbe (Stoffveredelung) konnten anderen Teilen der Bevölkerung Aufnahme gewähren nur unter der einzigen Bedingung, dass die Nahrungsüberschüsse der Nahrungsproduzenten gross genug wurden, um sie mit zu ernähren.

So entstanden neue Minima sekundärer Art, wie man sie nennen kann, aus dem Zusammenwirken zweier

Faktoren: ihr Standort ist durch die Bodenverhältnisse bedingt; ihre Entstehung wird erst möglich, wenn die bäuerliche Bevölkerung Nahrungsüberschüsse erzielt; ihr Wachstum geht genau parallel dem Wachstum dieser Überschüsse an Nahrung. **Diese Überschüsse sind genau das, was man heute in der Wissenschaft die Kaufkraft des Marktes nennt.**

Betrachten wir zunächst den Standort dieser neuen sekundären Minima, der zukünftigen Städte und Industriebezirke.

Es sind, entstanden aus der Urproduktion, Bergorte mit Minenbetrieb und Salinen, ferner die Punkte der Seeküste, an welchen ein schiffbarer Strom ins Meer fällt. Hier wirkt der Handel bereits mit. Er allein bewirkt eine dichtere Ansiedelung da, wo zwei (naturgegebene) Karawanenwege sich kreuzen; die Entwicklung derartiger Knotenpunkte z. B. Biarma-Perm¹⁾ reicht bis in die graueste Sagenzeit zurück; ferner an „Umschlagsstellen“ wo Wasser- und Landtransport sich ablösen, an Furten, die nicht bei jedem Wasserstande passierbar sind, an Gebirgspässen u. s. w.; und schliesslich, wenn ein Seehandel technisch möglich geworden ist, an natürlichen Häfen.

Andere „Städte“ entwickeln sich aus der lokalen Arbeitsteilung. Wenn sich die oben geschilderte Aussonderung beruflicher Spezialitäten aus der gleichartigen Masse einer Bauernschaft einmal dauernd fixiert hat, so kann auch hier das „Gewerbe“ in genau dem Masse wachsen, als die landbauende Bevölkerung Überschüsse erzielt, d. h. Kaufkraft hat, nur noch stärker, als bei der nationalen Arbeitsteilung, weil hier der Tauschverkehr ohne wesentliche Kosten für den Vermittler, d. h. Händler von statten geht.

Es sei gestattet, hier einzuflechten, dass unter den Verhältnissen einer nicht wirtschaftlich „reinen“ Gesellschaft noch andere Minima, solche rein politischer Art vorhanden sein werden. Es sind das erstens natürliche, nämlich in Ländern mit beträchtlicher öffentlicher Unsicherheit verteidigungsfähige, von Natur feste Plätze, und zweitens künstliche, welche sich um den Wohnort eines politischen Herrn ausbilden, sei der Ort durch natürliche Vorzüge, sei er durch

¹⁾ Lippert. I. 459.

den Zufall des Sieges eines dort ansässigen Geschlechtes, sei er durch Laune oder politische Berechnung bestimmt. Sehr viele der europäischen Städte verdanken solchen politischen Bedingungen ihre Entstehung, von Nürnberg mit seiner starken Feste und fast allen Städten im Kolonisationsgebiet östlich der Elbe bis auf Karlsruhe und Karlshafen. Noch stärker vielleicht haben Einflüsse des Kultus mitgewirkt. Nach Lippert¹⁾ haben sich bei allen überhaupt zur Sesshaftigkeit gelangten Völkern um die Stätten der Opfer und des Gerichtes, die Malstätten, Städte gebildet. Und von Below schreibt von den deutschen Städten:²⁾ „Die Kirchspielkirchen haben unendlich mehr gethan für das Aufkommen der Städte, als die Fronhöfe“.

Für die Naturlehre enthält das nichts auffallendes: Wasser fließt gerade so in einen Graben, wie in eine natürliche Mulde.

Wir haben also in einem etwas vorgerückteren dritten Stadium der Entwicklung eine Verteilung der Bevölkerung über das gesamte Gebiet, welche, teils durch primäre, teils durch sekundäre Druckverschiedenheiten bedingt, eine nicht unbedeutende Ungleichartigkeit der Dichtigkeit aufweist. Aber die Menschenflut steht überall unter gleichem Druck, d. h. die Freizügigkeit hat sie so verteilt, dass das Einkommen gleicher Leistung überall, in Handel, Gewerbe und Urproduktion ungefähr und durchschnittlich das gleiche ist. Dieses Einkommen jedes einzelnen ist mit der lokalen und nationalen Arbeitsteilung ständig gewachsen; je mehr sich jeder seinem Sonderberufe allein zuwenden konnte, um so grössere technische Erfahrung und Gewandtheit errang er sich, um so vollkommener wurden seine Werkzeuge, um so weniger wurde seine Zeit durch den Wechsel der Beschäftigung, durch Wege und Transportleistungen vergeudet, und darum wuchs seine Produktivität; da die Produktionskraft jedes einzelnen Mitgliedes der Gesamtheit aus demselben Grunde ebenso stark steigen musste, so hat jetzt jeder mehr und bessere Bekleidung, Ernährung, Behausung, Waffen und Schmuck, als er sich jemals in isolierter Thätigkeit hätte schaffen können.

¹⁾ II. 565.

²⁾ Zur Entstehung der deutsch. Stadtverfassung. I. 224.

Hier ist also die Volkswirtschaft in ihrer Hauptorganisation fertig gebildet: Urproduktion, Stoffveredelung und Handel haben sich differenziert und integriert, Land und Städte, Nahrung exportierende und importierende Bezirke haben sich gesondert. Alle Organe sind vorhanden und unter einander verbunden; was jetzt noch folgen kann, ist lediglich sekundäre Differenzierung innerhalb der Organe, Wachstum der Organe, straffere Integration aller Haupt- und Nebenfunktionen. All das enthält der Begriff des Wachstums. Betrachteten wir in der Entwicklungsgeschichte des Wirtschaftskörpers bis zu diesem Augenblick die Stadien des sich organisierenden Embryo, so haben wir jetzt den voll entwickelten Körper vor uns und haben nur noch sein ferneres Wachstum zu verfolgen.

3. Physiologie des sozialen Körpers.

Ein organischer Körper wächst nicht durch einfache Multiplikation seiner Masse und Maasse, wie ein lebloses Konglomerat. Ihm stellen sich in dem Grade, wie er wächst, neue Aufgaben der Anpassung an die umgebende Welt, denen er nur durch neue innere Regulierungen gerecht werden kann. Darum kann das Zahlenverhältnis, nach welchem die Summe seiner Elemente auf seine einzelnen Organe verteilt ist, unmöglich ein starres sein, sondern muss sich fortwährend verändern.

So auch im wachsenden Wirtschaftsorganismus! Seine Hauptorgane sind Urproduktion, Gewerbe und Handel. Wenn in einem bestimmten Stadium der Entwicklung diese drei Organe a, b und c Familien („Zellen“) umschliessen, so wird diese Proportion $a:b:c$ durchaus nichts dauerndes sein; wächst das Volk zu der doppelten Menschenzahl, so wird man gewiss nicht $2a$, $2b$ und $2c$ Familien in denselben Beschäftigungen finden, sondern eine wesentlich veränderte Verhältniszahl.

Da sich die Volkswirtschaft von heute ganz wesentlich mit wachsenden Völkern zu beschäftigen hat, so ist es von der allergrössten Tragweite, sich über die Gesetze klar zu werden, welche die Verteilung der Bevölkerung auf diese

drei Hauptgruppen der Berufsteilung regeln. Das fehlt noch zum allergrössten Teile. Eine mit Quantitäten rechnende, d. h. im Sinne der Naturwissenschaft wissenschaftliche Statik und Dynamik der inneren Bevölkerungsverteilung ist noch ein ungestilltes Bedürfnis.

Nur ein gewaltiger Baustein für das Fundament dieser Lehre liegt seit langen Jahren im Speicher der national-ökonomischen Schatzverwalter: Johann Heinrich v. Thünens „isolierter Staat“. Hat dieses Ewigkeitswerk auch im wesentlichen die Aufgabe gelöst, die es sich gestellt hatte, so hatte es sich doch eben nur eine Teilaufgabe gestellt. Es schafft für künftige dynamische Untersuchungen erst die Unterlage, die Statik; und es behandelt auch die Statik nur zur einen Hälfte, nur in so fern, als es die sekundäre Verteilung der Bevölkerung und die notwendige Art des Betriebes für die verschiedenen Zonen der landwirtschaftlichen Urproduktion ermittelt. Die Dynamik bei wachsender Volkszahl wird wesentlich nur in gelegentlichen Ausblicken entworfen.

Aber selbst in dieser Beschränkung ist es der einzige mögliche Ausgangspunkt für die Statik der Gewerbebevölkerung und für eine Dynamik des gesamten wachsenden Wirtschaftskörpers. Es muss jetzt versucht werden, eine flüchtige Skizze des Gegenstücks zum „isolierten Staate“, der „isolierten Stadt“ zu entwerfen; und wenigstens die grössten Züge der quantitativen Verschiebungen zu ermitteln, welche ein Wachstum der Bevölkerung mit sich bringen muss.

v. Thünen hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, zu ermitteln, in welcher Weise die Entfernung vom Markte einerseits und die Kaufkraft des Marktes andererseits auf Standort und Betriebsart der Landwirtschaft einwirkt. Er konnte dabei nicht anders verfahren, als dass er den Markt in Grösse und Kaufkraft als gegeben, fest bestimmt annahm. Nachdem er seine berühmten Leitsätze gefunden hatte, durfte er die Kaufkraft des Marktes als sinkend oder steigend annehmen und konnte zeigen, dass die Reihenfolge seiner „Zonen“ dieselbe bleibt, nur ihre Radien und Flächengrössen sich verändern.

Dass die Nationalökonomie nicht schon längst den Ver-

such gemacht hat, das Verfahren einmal umzukehren, die Landbevölkerung und ihre Kaufkraft als den festen Ausgangspunkt zu wählen und nun Standort und Betriebsart der Gewerbe daraus zu entwickeln, das ist eins der sonderbarsten Rätsel in der an Rätseln so reichen Geschichte dieser Wissenschaft. Schon das lebendige Gefühl der Symmetrie hätte es fordern müssen; schon die elementarste Betrachtung musste den Gemeinplatz ergeben, dass die Industrie nur ein sekundärer Trieb an dem Stamme der Urproduktion ist, dass ihr Wesen nur aus der Urproduktion zu begreifen ist, dass, wie ihr Wachsen und Werden, so auch ihr Blühen und Vergehen durchaus nur zu verstehen ist, wenn man Wachsen und Werden, Blühen und Vergehen ihres Mutterbodens, der Landwirtschaft, versteht. Aber das Thünensche Buch blieb isoliert, wie sein Staat. Die grossartige organische Auffassung, welche die Gestaltung und Leistung des einen Organs aus der des koordinierten begriff und schilderte, fand keine Nachfolger. Niemand wollte sehen, dass, wenn die Landwirtschaft mit den Gewerben organisch verknüpft ist, es auch die Gewerbe mit der Landwirtschaft sein müssen, da alle organische Verknüpfung Wechselbeziehung ist.

Aus diesem schweren Übersehen stammen alle Irrtümer der Nationalökonomie seit Smith; stammt sein eigener verhängnisvoller Schliessfehler, der das agrarische Grosseigentum für eine legitime ökonomische Bildung hielt, stammt der grossartige Trugschlussbau des Marxschen Kommunismus, stammt der Irrtum der Proud'honschen Cirkulationstheorie, die Ratlosigkeit des modernen Staatssozialismus und die fehlerhafte Geschichtsschreibung, nicht nur der Wirtschafts-, sondern auch der politischen Geschichte. Sie alle gingen oder gehen mit verschlossenem Auge an der Binsenwahrheit vorbei, dass die gewerbliche Entwicklung nur aus derjenigen der Urproduktion zu begreifen, nur von hier aus zu beeinflussen ist.

Um die „isolierte Stadt“ zu schreiben, müsste man ein zugleich volkswirtschaftliches und mathematisches Genie vom Range Thünens sein. Einem Kommenden sei die gewaltige Aufgabe überlassen. Nur die grössten Züge logisch zu entwickeln, sei hier versucht.

Auch das wäre unmöglich, dürfte man sich nicht des Thünenschen Schemas bedienen, welches alle zufälligen Verhältnisse auf gewisse einfache Grundthatsachen „reduziert“. Glücklicherweise herrscht ja über den unermesslichen, auch praktischen Wert dieser Abstraktion nur eine Stimme, ist es anerkannt, dass es unschwer möglich ist, den Reibungskoeffizienten des Einzelfalls richtig in die abstrakten Allgemeinformeln einzuführen.¹⁾

Wir machen also jetzt eine neue Abstraktion. Aus unserer ersten, der Annahme freier gleicher Bevölkerung, konnten wir ein ungefähres Bild davon gewinnen, wie sich in einem Gebiete realer, geographischer Beschaffenheit die Bevölkerung nach dem Gesetze der Strömung verteilt, wie zuerst primäre, rein naturbedingte, dann sekundäre, natur- und kulturbedingte Minima einer dichteren Bevölkerung Raum gewähren.

Jetzt entfernen wir uns wieder einen gewaltigen Schritt von der Wirklichkeit. Wir nehmen ein „ideales“ Niederlassungsgebiet an, eine endlose Ebene von durchweg gleichem Klima und gleicher Bodengüte. Kein schiffbarer Fluss durchzieht sie, nur Landwege. Alle Gewerbsthätigkeit und den Sitz allen Handels denken wir uns zusammengedrängt auf eine Stelle, die Stadt.

Da die Ebene als endlos gedacht, freier Boden also noch verfügbar ist, so ist nach den obigen Ausführungen die Bevölkerung so verteilt, dass überall für gleiche Arbeitsleistung gleiches Einkommen gewonnen wird.

Wo ist die Stadt entstanden? Nach Thünens fernerer Voraussetzung in einem sekundären (natur- und kulturbedingten) Minimum, dem Orte nämlich, an dem allein im ganzen Gebiete Mineralschätze gewonnen werden. Würde ein solches naturgegebenes Minimum fehlen, so würde ein primäres der Standort der Stadt sein, nämlich der zufällige Ort der ersten Ansiedlung. Die lokale Arbeitsteilung hat eingesetzt, hat sich entwickelt in dem Masse, als die Landwirtschaft der Nachbarschaft höhere Überschüsse zeitigte, d. h. Kaufkraft entwickelte, und ist so immer in voller Abhängigkeit von diesem Versorgungsgebiet geblieben. „Stadt“

¹⁾ Vgl. Conrad. Artikel: Getreidepreise Hdwb. d. St. III. 889.

ist das ursprüngliche Dorf von dem Augenblick an geworden, in welchem der regelmässige Bedarf seiner Einwohner die Produktionskraft an Nahrungsstoffen seines eigenen landwirtschaftlichen Areales überstieg, in welchem die Ansiedelung also anfang, regelmässig Nahrung zu importieren, einen Markt für Urprodukte darzustellen.

Was zahlt der Städter für die Nahrungsstoffe, als deren Vertreter wir von jetzt an das Getreide wählen wollen? Wie hoch stellt sich der Getreidepreis auf dem Markte?

Offenbar so hoch, dass dem entferntesten Bauern, dessen Zufuhr noch für die Ernährung der Stadt nötig ist, seine Gestehungskosten am Orte der Produktion und die Kosten der Zufuhr und der Rückfuhr der Tauschwaren vergütet werden. Wir bezeichnen diesen Preis in Zukunft als den „natürlichen Marktpreis“. Die Transportkosten wollen wir zunächst als eine fest bestimmte Summe annehmen, da es sich nur um Landtransport handelt bei durchaus gleicher Beschaffenheit der Strassen. Es fragt sich also, wie hoch ist der Gestehungspreis am Orte?

Dieser Gestehungspreis muss erstens die Selbstkosten — Produktionsauslagen — decken, und zweitens dem Bebauer das, wie wir wissen, für alle Familien des Landes gleiche Einkommen sichern.

Nun erhält jeder den gleichen „natürlichen Marktpreis“ für seine Zufuhren. Wer dem Markte näher wohnt, hat also grösseren Nutzen an der Einheit, weil er geringere Transportkosten zu tragen hat, als sein entfernterer Nachbar. Wie gleicht sich also das Einkommen aus?

Dadurch, dass die dem Markte näher belegenen Kreisringe dichter besiedelt werden. Wohin die Kaufkraft der Stadt reicht, dort entsteht ein Ort wirtschaftlichen Minderdrucks, den die nachströmende Bevölkerung sofort und stets in dem Masse wieder bis zum Durchschnittsniveau füllt, als er sich vertieft. Mit einem Worte: wo der Bauer A von dem Morgen Acker einen doppelt so hohen Reinertrag hat, als der Bauer B, weil er dem Markte um so viel näher sitzt, da hat er doch nur denselben Gesamtertrag, weil sein Besitz nur halb so gross ist, als der des B.

Um diese Entwicklung richtig zu verstehen, muss man sich daran erinnern, dass im Stadium der reinen Natural-

wirtschaft die „Gemeinen Marken“ der Dorfschaften ausserordentlich viel grösser sind, als das eigentliche Ackerland. Es haben also überall noch sehr viel Bauernhöfe Platz. Sobald die Nachfrage nach Korn seitens der Stadt wirksam wird, gleichen sich die Druckunterschiede dadurch aus, dass den Dorfschaften um so mehr Neubauern zuwachsen oder zuwandern, je geringer die Entfernung von der Stadt ist. Im Anfang wird hier noch die Hufengrösse und Intensität der Feldwirtschaft ungefähr die gewohnte der Naturalwirtschaft sein; so lange wird das noch geringe Plus am Preisgewinn der näher sitzenden Bauern durch das Minus an Viehweide, Holzschlag und Jagdbeute ausgeglichen. Das heisst: die „Hufe“ im weiteren Sinne, als Gesamtanteil am Gesamtboden betrachtet, ist schon kleiner geworden, während die Ackerhufe noch ihren alten Umfang bewahrt hat.

Wenn dann aber die Gemeine Mark der marktnahen Dorfschaften immer dichter besiedelt wird, dann zeigt sich das von mir formulierte Gesetz der Fassungskraft des Bodens für Menschen auf das klarste:

„Der Satz, dass die Bodenfläche eines Landes eine gegebene Grösse ist, ist ein lediglich geometrischer Gemeinplatz.

„Wirtschaftlich besagt er äusserst wenig. Man kann im Gegenteil sagen, dass innerhalb gewisser, sehr weiter Grenzen die Bodenfläche eines Landes anwächst proportional seiner Bevölkerung.

„Damit soll gesagt sein: entsprechend dem Wachstum eines Volkes wächst auch die Zahl der selbständigen Landwirte, welche sein Boden ernähren kann.

„Je mehr nämlich ein Volk an Zahl zunimmt, um so grösser wird die Arbeitsteilung, um so vollkommener die Werkzeuge, mit welchen der Landwirt produziert, um so freier von Nebenberufen seine Zeit für seinen Hauptberuf: und darum wächst der Rohertrag seines Ackerstückes. Und gleichzeitig wird die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und das Angebot von Gewerbserzeugnissen seitens der industriellen Bevölkerung immer grösser: und darum wächst in gleichem Masse, von zwei Seiten her, die Kaufkraft der Produkte der Landwirtschaft, also ihr Reinertrag.

„Diese Fortschritte der Technik und diese Wertsteigerung der Erzeugnisse intensivieren nun den Ackerbau. Und das Merkmal der Intensität ist, dass mehr menschliche Arbeitskräfte auf der Bodeneinheit thätig sind.

„Insofern kann man also aussprechen, dass der Boden proportional der Bevölkerungszunahme wächst.“¹⁾

Wir haben dies Gesetz schon zweimal in seiner Wirkung kennen gelernt; wir sahen, dass der Übergang zur Viehzucht die Fassungskraft des einstigen Jagdgebietes für neue Einwohner stark vermehrte; wir sahen ferner, dass dasselbe „relative Wachstum“ der Bodenfläche der Bevölkerung einen neuen, ungeheuer erweiterten Spielraum gewährte beim Übergang vom Nomadenleben zum Ackerbau. Jetzt zeigt es sich zum dritten Male beim Übergang von der ungegliederten Natural- zur gegliederten Tauschwirtschaft; wir sehen mehr Bauern in der ehemaligen Mark in besserem Einkommen, als die geringere Zahl ihrer naturalwirtschaftlichen Vorfahren. Dass dasselbe Gesetz auch in alle Zukunft weiter besteht, werden wir noch entwickeln.

Hier sei vorerst nur auf die nächsten Stadien hingewiesen. Nach unserer Voraussetzung bestellte der naturalwirtschaftliche Hufner etwa 30 Morgen bestenfalls in Dreifelderwirtschaft, d. h. liess mindestens je ein Drittel brach liegen. Wenn die Stadt Korn einführt, und seine Mark sich dichter besiedelt, wenn ihn also einerseits die Beschränkung von Holzschlag, Viehweide und Jagd, andererseits die steigenden Kornpreise darauf hindrängen, dem eigentlichen Kornbau mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden; wenn der Bezug verbesserter Werkzeuge und vor allem der Bezug von Dünger aus der Stadt ihm gleichzeitig die Möglichkeit zu intensiverem Feldbau geben: dann kommt eine Zeit heran, wo Stallfütterung und Düngerbezug die Brache entbehrlich machen; dann wird die Dreifelderwirtschaft verlassen und ein volles Drittel des bisherigen Feldlandes wird für neue Bauern frei. — Wenn dann nach einer gewissen Zeit die Stadt und ihr Nahrungsbedarf weiter so stark gewachsen ist, dass das bisherige Bauernland in die Zone des Gartenbaues rückt, dann kann der einzelne Bauer nur etwa noch ein Viertel seines auf 20 Morgen

¹⁾ Siedl. Genossensch. S. 259.

verkleinerten Feldlandes bestellen, und es werden wieder drei Viertel freigesetzt, welche entweder die eigene Descendenz oder Zuwanderung aus den entfernteren Kreisen besetzt.

Es ist klar, dass, so lange die Gemeine Mark noch nicht vollständig unter Pflug und Spaten genommen ist, keine „ökonomische Verschiebung“ innerhalb der Dorfschaft beträchtliche Besitzverschiedenheiten hervorrufen kann. Der Nachwuchs, so weit er nicht auf der väterlichen Hufe selbst Raum hat, resp. in die Stadt wandert, nimmt sich seinen Bedarf aus dem gemeinsamen Vorrat an Land. Dieser Vorrat, wenn er sich auch absolut verringert, wächst doch relativ fortwährend.

Wenn nun aber die Gemeine Mark einmal doch voll besetzt ist? Was dann?

Wir wollen uns folgenden Einwand machen: wir haben einen Bauernhof von der ursprünglichen Hufengrösse, ca. 30 Morgen, der so glücklich gelegen ist, dass er, wenn die Stadt zum Markte geworden ist, sich in der Zone des Gartenbaues findet. Was veranlasst den Eigentümer, andere Leute in den Mitgenuss seines Eigentums zuzulassen? Was erzwingt die Verkleinerung der Einheiten in der Nähe des Marktes?

Nehmen wir an, der Fall sei möglich; es sei eine Hufe in der Gartenbauzone wirklich im Wechsel der Geschlechter dadurch unzersplittert geblieben, dass stets nur ein Sohn vorhanden war, der sie übernahm. Will der Bauer sein Grundstück allein bewirtschaften, so reicht die Arbeitskraft seiner Familie gerade hin für einen äusserst extensiven Betrieb mit geringer Ergiebigkeit; er kann sein Vieh nicht im Stalle füttern, kann, da die Gemeinweide längst in Gartenland verwandelt ist, überhaupt nur sehr wenig Vieh halten; er kann seine Felder nicht gehörig düngen, weil ihm Zeit und Arbeitskräfte fehlen, um den Dünger aus der Stadt holen zu lassen. Er kann seinen gesamten Acker also, wenn er ihn ohne gemietete Arbeitskräfte bestellen will, nur unter Verzicht auf sämtliche Vorteile seiner Marktnähe bewirtschaften: und so wird sein Reinertrag von dreissig Morgen — von denen zehn in der Brache liegen und zwanzig spärlich tragen — eher geringer sein, als der seines Nachbars Gärtner von fünf Morgen.

Ja, aber wer hindert ihn, Arbeitskräfte zu mieten? Niemand natürlich! Es fragt sich nur, wie viel Lohn er ihnen zu zahlen hat. So lange freies Land verfügbar ist, wie in unserer Voraussetzung, hat jedes erwachsene Mitglied der Bevölkerung die Möglichkeit, an der Grenze eine eigene Hufe zu besetzen. Es ist also kein Lohnarbeiter für weniger zu haben, als das Einkommen des freien Hufners beträgt; ja, er wird noch eine Entschädigung für den Verzicht auf seine Selbständigkeit verlangen und erhalten.

Wenn also unser Bauer in der Gartenbauzone zum Gartenbau übergehen will, so muss er 5—6 Gehilfen mieten. Dann wird ihm an Reinertrag nach Abzug der Produktionskosten, d. h. namentlich der Löhne, nicht mehr übrig bleiben, als seinem Nachbar von vier Morgen, und sein Einkommen wird nicht höher sein, als das seiner Gehilfen (wenn nicht etwa seine Arbeitskraft höher qualifiziert und darum sein Ertrag, sein Lohn grösser ist). Aber der blosse Eigentumstitel kann ihm unter diesen Umständen keinen Gewinn bringen. Die Gewinnverteilung dieser „Unternehmung“ unter Verhältnissen einer „reinen“ Wirtschaft ist die der echten Produktivgenossenschaft¹⁾: jeder Beschäftigte erhält den vollen Gegenwert seiner Arbeitsleistung; und damit ist unsere Behauptung bewiesen, dass in der Nähe des Marktes die Bevölkerung entsprechend dichter gehäuft und trotz der Vorteile der Marktnähe die Einkommen von gleicher Höhe sind.

Diese Betrachtungen geben uns zugleich Aufschluss über die Art der Verteilung der Bevölkerung. Es ist nämlich die landwirtschaftliche Bevölkerung auf einer Kreisfläche ansässig, deren Mittelpunkt die Stadt einnimmt; und es nehmen von der Peripherie zum Centrum ganz gleichmässig ab: die Transportkosten der Landwirte und die Grösse ihrer Nutzfläche; dagegen nimmt ganz gleichmässig zu: die Dichtigkeit der Bevölkerung. Die Bevölkerung ist in Gestalt eines Kegels aufgeschichtet, dessen Spitze der Mittelpunkt der Stadt ist, dessen Basis die äussere Grenze derjenigen Äcker umzirkelt, deren Zufuhren noch zur Ernährung der Stadt erforderlich sind.

Legt man also um die Spitze verschiedene konzentrische Kreise, so zerlegt man das Gebiet in eine Anzahl Ringe, in

¹⁾ Vgl. meine Siedlungsgenossenschaft. S. 511 ff.

deren jedem die Bevölkerungsdichtigkeit um so grösser ist, je näher er dem Markte liegt. Eine dichtere Bevölkerung auf der agrarischen Flächeneinheit ermöglicht und erzwingt zugleich intensivere Wirtschaft; die Art der Bewirtschaftung muss also um so intensiver sein, je näher wir dem Markte kommen; wir werden demgemäss vor den Thoren der Stadt die intensivste Bodennutzung in Gestalt des Gartenbaues haben, werden nach der Peripherie hin durch die Zonen der freien Wirtschaft, Fruchtwechsel-, Koppel-, Dreifelderwirtschaft kommen, bis wir an der letzten Grenze der Kultur die wilde Feldgraswirtschaft und reine Weidewirtschaft antreffen. Darüber hinaus kann nur noch der auf reine Naturalwirtschaft gestellte Squatter existieren: er gehört als Landwirt nicht mehr zur Volkswirtschaft, weil ihn die Höhe der Transportkosten vom Markte ausschliesst. Nur als Jäger, Pflanzensammler und Fallensteller kann er in einer lockeren Verbindung mit dem Markte stehen, weil Arzneipflanzen, Pelzwerk und andere tierische Produkte, z. B. Elfenbein, bei niederem Eigengewicht im Verhältnis zum hohen Tauschwert sehr transportfähig sind.

Wo der Wald seine Stelle in der Bodennutzung finden wird, hängt von dem Grade der Holzverwertung, d. h. dem Holzpreise ab. Dass immer und unter allen Umständen die forstmässige Holzkultur und -Nutzung die zweite innere Zone einnehmen muss, wie im Thünenschen Schema, ist wohl nicht gesagt. Wenn die Transportkosten, z. B. durch Eisenbahnbau, sehr stark sinken, dann kann diese Zone wohl beträchtlich nach aussen rücken.

Jedenfalls zeigt sich, dass unsere nur auf die „natürliche“ Tendenz der Bevölkerung, zum Gleichgewicht zu strömen, gebaute Deduktion zu vollkommen demselben Endergebnis gelangt, wie die aus ganz anderen rechnerischen Grundlagen gewonnene Thünensche. Thünen untersuchte bekanntlich, welche Art von Betrieb dem Landwirte der höchste privatwirtschaftliche Vorteil je nach seiner Marktlage vorschreibe; und fand ebenso, dass die Intensität der Wirtschaft nach aussen zu radiär abnehmen müsse. Dieses Ergebnis ist für uns deswegen besonders wertvoll, weil es uns den ersten Beweis für unsere Grundanschauung liefert, dass in einer ungestört, „rein“ physiologisch funktio-

nierenden Volkswirtschaft das allgemein-wirtschaftlich Nötige auch das privatwirtschaftlich Nützliche ist: der Ausdruck der gewachsenen Harmonie des Organismus und aller seiner Teile.

Dieser Aufriss [der Statik der Gesellschaft genügt für eine allgemeine Betrachtung. Versuchen wir jetzt, uns über die Dynamik klar zu werden, über die Verschiebungen, welche eine Bevölkerungsvermehrung herbeiführt.

Nehmen wir eine gleiche natürliche Vermehrung der Bevölkerung in Stadt und Land, d. h. den gleichen Geburtenüberschuss an! Das Getreidebedürfnis der Stadt wird wachsen. Dann wird also auch die Entfernung des letzten Ackerstückes, das zur regelmässigen Versorgung der Stadt erforderlich ist, wachsen müssen, und damit die Transportkosten und der „natürliche Marktpreis.“

Jedoch ist wohl zu beachten, dass die Vermehrung der städtischen Bevölkerung um gleiche Menschenmengen nicht auch eine Vermehrung des Preises um gleiche Höhe bedingt, sondern, dass der Zuwachs des Preises immer kleiner wird. Denn, um eine gleiche Zahl neuer städtischer Konsumenten zu ernähren, muss stets ein neuer äusserer Ring von gleichem Flächeninhalt in die Bebauung gezogen werden. Wächst bei einer Vermehrung der Stadt um a Einwohner der Radius r um x Kilometer, so ist der Flächeninhalt des neu in die Bebauung gezogenen Ringes $= \pi(r+x)^2 - \pi r^2 = 2rx\pi + \pi x^2$. Wächst jetzt die Stadt wieder um a Einwohner, so wächst wieder ein Ring von demselben Flächeninhalte hinzu, dessen Höhe aber geringer ist, als die des vorigen, da er von grösseren Kreisen begrenzt ist. Dem Höhenzuwachs entsprechen die Transportkosten und der Preiszuschlag; folglich steigt der „natürliche Marktpreis“ nicht in einer geraden Linie mit der Bevölkerungsvermehrung, sondern in einer Kurve, die, wenn $r = \text{unendlich}$ würde, mit der Abscisse parallel verlaufen würde, d. h. bei $r+z = \infty$ würde der Preis nicht mehr steigen.

Jedenfalls aber steigt vorerst der natürliche Marktpreis in der Stadt. Damit würde dieselbe einen Ort höheren sozialen Druckes darstellen, von dem die Bevölkerung abströmen müsste, um sich mit der Landbevölkerung ins Gleichgewicht zu setzen, wenn nicht eine Gegenwirkung anderer Art die

Preiserhöhung überkompensierte, nämlich die sekundäre, innergewerbliche Arbeitsteilung. Jeder neue gewerbetreibende Einwohner der Stadt ist nicht nur Konsument, sondern auch Produzent. Zur Produktion steuert er zwei Arme, zur Konsumption einen Mund. Als Konsument erweitert er den Radius des bebauten Kreises, vermehrt den „natürlichen“ Marktpreis, erhöht also den wirtschaftlichen Druck; als Produzent vermehrt er die Arbeitsteilung, erhöht die Produktivität jeder Arbeitskraft, vermindert also den wirtschaftlichen Druck.

Es fragt sich also, welcher Factor überwiegt? Denn davon hängt es ab, ob die Stadt wachsen wird oder nicht. Überwiegt die Druckzunahme, so wird die Stadt nur dadurch sich im Gleichgewicht mit dem Lande halten können, dass sie einen Teil ihres Nachwuchses dahin abstösst. Dieser Bevölkerungszuwachs und ein Teil desjenigen der ländlichen Bevölkerung selbst würden also im „isolierten Staate“ keinen Platz finden, sie müssten zu Grunde gehen oder jenseits der Grenze des Kulturkreises eine neue Heimat als Squatter suchen müssen.

Wir stehen hier vor einer Frage von der ungeheuersten Bedeutung. Von ihrer Beantwortung wird es abhängen, ob in dem Schema des „isolierten Staates“, d. h. unter der Voraussetzung eines unendlichen Agrargebietes, jemals von einer irgendwie gearteten Übervölkerung, von einem Malthusschen Gesetze in irgend einer Fassung die Rede sein kann? Und das wieder entscheidet ganz allein die Stellung, welche der Volkswirt gegenüber den „sozialen Fragen“ einzunehmen hat: ist eine „Übervölkerung“ möglich, kann das Drängen der Bevölkerung gegen den Nahrungsspielraum Wirklichkeit werden, auch unter „reinen“ Verhältnissen der Wirtschaft, dann freilich kann der praktische Volkswirt nur — vielleicht? — lindern, aber nicht heilen.

Was überwiegt also? Die Steigerung des „natürlichen Getreidepreises“, d. h. die Existenzerschwerung, oder die Steigerung der Produktionskraft, d. h. die Existenz erleichterung?

Es erscheint sofort wahrscheinlich, dass das letztere der Fall ist. Zehntausend vereinigte Menschen essen zehntausend Mal so viel, als ein isolierter Mensch, aber zehntausend ver-

einigte Menschen produzieren viel Mal zehntausend Mal so viel, wie ein isolierter Mensch. Das Konsumptionsbedürfnis wächst um ganze Zahlen, die Produktivität um unechte Brüche, jenes arithmetisch, durch einfache Addition, dieses geometrisch, durch Multiplikation.

Unsere Zeit steht staunend vor der ungeheuren Vermehrung der Produktionskraft, welche die Arbeitsteilung und -Vereinigung erzeugt haben. Aber um zu zeigen, dass die Druckverminderung in der Stadt (durch Arbeitsteilung) die Druckvermehrung (durch den höheren Marktpreis) überwiegt, braucht man kein moderneres Beispiel zu wählen, als das berühmte Paradigma Adam Smith' von der Nadelfabrikation. Er schildert eine kleine Fabrik mit nur zehn Arbeitern, unzureichendem Kapital und ungenügenden Maschinen; trotzdem stellte sie an einem Tage über 48000 Nadeln her, also 4800 pro Kopf. Da ein einzelner Arbeiter sicher nicht 20 herstellen könnte, hat die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft sich um mindestens das 240 fache, vielleicht um mehr als das 4800 fache vermehrt.¹⁾

Es ist unnötig, zu betonen, dass niemals und nirgends der Preis des Getreides auf das 240 fache oder gar 4800 fache desjenigen Preises gestiegen ist, welchen es bei fast reiner Naturalwirtschaft gekostet hat.

Aber man könnte uns einwenden, dass die überwiegende Steigerung der Produktivität in einem vereinzelt Gewerbe nichts für das allgemeine Gesetz beweise. Wir ziehen deshalb vor, die Allgemeingiltigkeit des Gesetzes auf eine andere und, wie wir glauben, unwiderlegliche Weise zu erhärten:

Alle Arbeitsteilung, und zwar nicht nur die zwischen Mensch und Mensch, sondern auch die zwischen Mensch und Werkzeug, namentlich Maschine, ist nur möglich bei einer gewissen Grösse des Marktes. Wenn nicht so und so viel Menschen Stecknadeln kaufen, kann sich kein Gewerbe der Stecknadelherstellung in sekundärer Arbeitsteilung als Sonderberuf ausbilden; wenn die Bevölkerung und ihr kaufkräftiger Konsum nicht auf ein neues, höheres Mindeste gewachsen sind, kann sich unmöglich in der Stecknadelabrikation eine neue, tertiäre Arbeitsteilung ausbilden, ist unmöglich

¹⁾ Smith. S. 6.

die Herstellung von Spezialmaschinen rentabel. Um ein Bild von Henry George anzuführen, so ist unzweifelhaft das Dampfschiff dem Ruderboot als Transportmittel überlegen: dennoch ist an einem Flussübergang zwischen zwei kleinen Dörfern die gewöhnliche Ruderfähre wirtschaftlich allein möglich.

Es ist also klar, dass die sekundäre Arbeitsteilung zwischen den Gewerben und die tertiäre Arbeitsteilung innerhalb der Gewerbe die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft um so stärker erhöht, je grösser der Markt, d. h. die Volkszahl ist; oder umgekehrt, dass die Zunahme der Produktivität durch Bevölkerungsvermehrung am geringsten ist, wenn der Markt am kleinsten ist, wenn er also eben anfängt, Markt zu sein. Das tritt ein, wie wir sahen, sobald ein bestimmter Ort anfängt, Getreide zu importieren. Wäre also in diesem Stadium die Vermehrung der Produktivität nicht grösser gewesen als die Verteuerung der Nahrung, so hätte niemals aus dem Dorfe eine Stadt werden können.

Da aber von diesem Punkte an die Produktivität jeder einzelnen Arbeitskraft mit der Grösse des Marktes und der Arbeitsteilung immer stärker zunehmen muss; da auf der andern Seite, wie wir mathematisch gezeigt haben, die Erhöhung des natürlichen Marktpreises immer schwächer zunehmen muss, so wird der Überschuss der Produktionskraft über das Konsumptionsbedürfnis immer grösser. Das heisst, es bleibt dem Städter nach Befriedigung seiner blossen Existenzbedürfnisse eine immer beträchtlichere Menge von Erzeugnissen in der Hand, gegen welche er seine Komfortbedürfnisse eintauschen kann. Ich nenne diesen Überschuss die „Komfortbreite“. Diese muss regelmässig stärker wachsen, als die Bevölkerung. Wenn es erlaubt ist, einen exakt mathematischen Ausdruck als blosses Symbol eines Zahlenverhältnisses anzuwenden, so wird man nicht allzufern von der Wahrheit sein, wenn man den Satz formuliert: „Die Komfortbreite wächst proportional dem Quadrate der Bevölkerung“.

Die Stadt stellt also bei wachsender Bevölkerung nicht ein Maximum des sozialen Druckes dar, sondern im Gegenteil ein Minimum, welches Bevölkerung ansaugt.

Wie wirkt das auf die Landbevölkerung zurück?

Wenn die Stadt sich vergrößert, schiebt sich die Grenze des Anbaukreises hinaus, wächst die Intensität des Landbaues in allen Zonen. Dazu gehören neue Arbeitskräfte. Diese stellt der Nachwuchs der Bauernschaft. Ein Teil strömt in die Stadt, ein anderer Teil bleibt auf der väterlichen Scholle, aber derart, dass die Bevölkerungsdichtigkeit in allen Zonen regelmässig steigt, ein dritter wandert in die unendliche Ebene, um neues Land dem Pfluge zu unterwerfen.

Wir finden also, dass Abwanderung in die Stadt und Auswanderung in neue Kolonialgebiete im „isolierten Staate“ notwendige Lebensthätigkeiten des wachsenden wirtschaftlichen Körpers sind.

Welche Kraft verteilt nun den Zuwachs der ländlichen Bevölkerung derart auf seine drei Standorte, dass überall für gleiche Arbeitsleistung gleiches „Einkommen“ erzielt wird? Der Getreidepreis!

Nehmen wir nämlich an, dass in irgend einem Zeitraume der Zustrom ländlichen Nachwuchses in die Stadt stärker gewesen wäre, als dem Gleichgewicht dienlich ist, so wächst die Nachfrage nach Getreide über das Angebot, steigt also der Getreidepreis über den „natürlichen Marktpreis“. Damit ist die Stadt ein Maximum, das Land ein Minimum wirtschaftlichen Druckes geworden, und die Strömung kehrt sich um: es wandern Städter zurück; oder wenigstens wendet sich der Nachwuchs der Landbevölkerung nicht mehr in die Stadt, so lange, bis das Gleichgewicht des Druckes wiederhergestellt, der Preis auf sein natürliches Niveau herabgegangen ist. Ebenso wirkt umgekehrt eine zu starke Sesshaftigkeit der Landbewohner oder zu starke Auswanderung erniedrigend auf den Marktpreis und stachelnd zur Abwanderung in die Stadt.

Es muss also mit leichten Pendelschwingungen um einen sich stets erhöhenden Gleichgewichtspunkt das „Einkommen“ aller Berufe stets im Durchschnitt das gleiche sein. Je stärker der natürliche Bevölkerungszuwachs ist, um so schneller wächst die „Komfortbreite“. So lange noch unkultiviertes Agrarland zur Verfügung steht, d. h. in einer Entfernung vom Markte vorhanden ist, welche den Transport dahin gestattet, kann von einer „Übevölkerung“ im Sinne Malthus'

und seiner Anhänger gar keine Rede sein. Im Gegenteil! Die Existenzmittel wachsen immer weit stärker als die Bevölkerung. Wir wollen sofort hier bemerken, dass nicht nur in dem Schema des „isolierten Staates“, sondern auch in der Wirklichkeit, in der wir leben, kulturfähiges Land in marktfähiger Entfernung immer noch im Überfluss vorhanden ist, dass also nach dem Ergebnis der „reinen“ Theorie eine „Übevölkerung“ die sozialen Leiden unserer Zeit nicht erklären kann. Eine Übevölkerung könnte erst eintreten, wenn alles kulturfähige Land dieses Planeten in der, seiner Bodenklasse und Marktlage zukommenden, höchsten Intensität bewirtschaftet würde; wie viel Jahrtausende dieser Zeitpunkt selbst bei der stärksten Nativität noch vor uns liegt, mag ein Statistiker schätzen: jedenfalls ist diese Zukunftsmöglichkeit kein Faktor, der in Gegenwartsrechnungen hineingehört — wenn nämlich unsere Schlüsse und die Voraussetzungen, aus denen wir schlossen, richtig sind. Das mag die weitere Untersuchung entscheiden.

Es muss also die primäre Arbeitsteilung zwischen Urproduktion und Gewerbe bei wachsender Bevölkerung das durchschnittliche Einkommen dauernd im Gleichgewicht halten, während sich gleichzeitig das allgemeine Niveau andauernd erhöht. Um dieses Gleichgewicht deutlicher zu erklären, wollen wir die Gewerbeserzeugnisse durch einen Wagen, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch einen Zentner Korn bezeichnen:

Als der Markt noch sehr klein, kaum über das Dorf zum Anfang einer getreideimportierenden Stadt herangewachsen war, war der Handwerker noch Holzfäller, Stellmacher und Schmied in einer Person. Er musste mit primitiven Werkzeugen den Baum fällen, die Bretter schneiden, Leitern und Räder zimmern, Sprossen und Speichen schnitzen, Nägel und Radkranz, Achse und Nabe schmieden. Der fertige Wagen kostete ihn einen Monat Arbeit: und eines Monats Arbeit, einen Zentner Korn, erhielt er als Gegenleistung.

Nach so und so vielen Generationen ist der Markt eine grosse Stadt geworden. Tausende von Wagen finden Absatz. Die sekundäre Arbeitsteilung hat sich mächtig entfaltet. Der Holzfäller legt den Baum nieder, der Fuhrmann bringt ihn zur Sägemühle, der Müller teilt ihn in Bretter. Der

Drechsler dreht Sprossen und Speichen, der Nagelschmied liefert die Nägel, der Radschmied den Spurkranz, der Schlosser die Nabe und Achse. Innerhalb der einzelnen Gewerbe hat die tertiäre Arbeitsteilung die Produktivität jeder einzelnen Arbeitskraft noch einmal gewaltig vermehrt: zehn vereinigte Nagelschmiede, mit den besten Werkzeugen ausgestattet, liefern mehr als hundertmal so viel Nägel, als vorher ein einzelner hatte liefern können.

Im ganzen arbeiten, so nehmen wir an, in sekundärer und tertiärer Arbeitsteilung tausend Handwerker in der Wagenproduktion. Sie stellen täglich tausend Wagen her, also jeder täglich einen.

Inzwischen ist auch die Produktivität des einzelnen Bauern stark gestiegen. Er hat fast alle Nebenbeschäftigungen aufgeben können, und in seinem Hauptberufe arbeitet er mit vollkommenen Werkzeugen und im Durchschnitt auf schwereren Böden: an Stelle des Holzpfluges ist der Eisenpflug, vielleicht der Dampfpflug, die Drillmaschine, die Walze; an Stelle des Flegels die Dreschmaschine, an Stelle des Messers die Sense und die Mähmaschine getreten. Die allgemeine Arbeitsteilung der Volkswirtschaft hat die Möglichkeit gegeben, einzelne Arbeitskräfte in wissenschaftlicher Thätigkeit zu erhalten: und der Landmann hat gelernt, die Bodenkraft seiner Felder zu verbessern, ihren Ertrag zu steigern. Natürlich hat das seine Grenze, denn nach dem Gesetz der fallenden Erträge steigt der Rohertrag eines Ackers nicht so stark wie die darauf verwandte Arbeit. Aber immerhin repräsentiert jetzt ein Zentner Korn nur mehr $\frac{1}{4}$ Monat = 6 Tage Arbeitsleistung.

Auch jetzt tauscht sich wieder Arbeitstag gegen Arbeitstag, d. h. der Stellmacher zahlt für einen Zentner Korn (6 Arbeitstage) auch 6 Arbeitstage, d. h. 6 Wagen. Der Preis des Getreides hat sich also, ausgedrückt in Gewerbeserzeugnissen, versechsfacht, der Bauer erhält jetzt sechsmal so viel für seine Arbeit, als im Anfangsstadium. Der Städter zahlt jetzt 6 Mal so viel für seine Nahrung als zuvor. Aber im Anfang war der Wert seines Jahresproduktes gleich 12 Zentnern Korn; jetzt ist er gleich 48 Zentnern Korn.

Nehmen wir an, dass die Produktivität des Anfangsstadiums noch keine Komfortbreite liess, sondern gerade die

Existenzbedürfnisse an Nahrung und Gewerbserzeugnissen deckte, so werden diese durch den Wert von 12 Zentner Korn oder 12 Wagen jährlich dargestellt. Jetzt stellt der Bauer 48 Zentner Korn her, hat also eine Komfortbreite von 36 Zentner = 216 Wagen. Der Städter stellt jetzt $12 \times 24 = 288$ Wagen im Jahre her; davon zahlt er mit $6 \times 12 = 72$ seine Existenzbedürfnisse an Nahrung, behält also ebenfalls 216 Wagen = 36 Zentner Korn Wert als Komfortbreite übrig. Es haben also beide genau gleiches Einkommen, nur wesentlich mehr, als früher, in Korn ausgedrückt 4 Mal, in Wagen ausgedrückt 24 Mal mehr.

Genau wie zwischen den beiden Abteilungen der primären Arbeitsteilung muss nun auch in den Unterabteilungen der sekundären und tertiären Arbeitsteilung durch das Wirken der Freizügigkeit, der „freien Konkurrenz“, das Einkommen gleicher Arbeitsleistung gleich hoch gehalten werden, resp. bei wachsender Bevölkerung um gleiche Werte wachsen. Die menschliche Arbeitskraft unterliegt als Ware genau den gleichen Gesetzen, wie jede andere Ware: das in einem bestimmten Zeitpunkt vorhandene Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt den Preis; und jetzt bestimmt der Preis das zukünftige Verhältnis von Angebot und Nachfrage, indem niedrige Preise Arbeitskräfte abstossen, hohe aber anziehen. Und so pendeln alle Preise in kleinen Ausschlägen um ihr „natürliches“ Gleichgewicht.

Gehen wir noch einmal ein Stück zurück. Wir sind bei der Betrachtung der Dynamik einer wachsenden Bevölkerung von der Stadt ausgegangen. Machen wir die Probe auf das Exempel und betrachten der Sicherheit halber, ob eine von der Landwirtschaft ausgehende Untersuchung zu demselben Ergebnisse kommt.

Die erste Zone, diejenige intensivsten Gartenbaues in der unmittelbaren Umgebung der Stadt, ist in ihren innersten Abschnitten mit Menschen gesättigt. Die Wirtschaftsart hat die letzte, technisch erreichbare Höhe erklommen, und der überschüssige Nachwuchs der sehr dichten Bevölkerung findet hier keinen Platz. Hier würde eine Stauung der Bevölkerung die Betriebseinheiten um sehr viel mehr zersplittern, als — Gesetz der fallenden Erträge — der Rohertrag steigen kann. Nun wächst ja freilich auch ohne Zuwanderung die Stadt durch

den eigenen Geburtenüberschuss, und die Preise für Garten-erzeugnisse werden etwas steigen. Da aber diese Erzeugnisse keine absoluten Lebensbedürfnisse sind, wie Korn; da ihr Konsum, an sich schon ein beschränkter, bei stark steigenden Preisen stark absinken würde; da drittens schon eine kleine Erhöhung des Preises für derartige Erzeugnisse relativ sehr grosse neue Flächen in die Gartenproduktion ziehen und das Angebot steigern würde: so kann die schliesslich zurückbleibende kleine Preiserhöhung unmöglich ausreichen, um die einzelne Arbeitskraft in der alten Höhe zu entschädigen.

Dort mindestens müsste also ein Maximum wirtschaftlichen Druckes entstehen; und, da in der Stadt die sekundäre Arbeitsteilung der durch eigenen Nachwuchs steigenden Bevölkerung die Produktivität vermehrt, so steht ihm hier ein Minimum entgegen, welches Zuwanderer ansaugt. Ganz entsprechend, nur gemäss der geringeren Bevölkerungsdichtigkeit schwächer, wirkt dann in den mehr peripherisch gelegenen Zonen dasselbe Gesetz stark sinkender Erträge bei gering steigenden Getreidepreisen bis zu dem Punkte, wo die Aspiration des ausserhalb der bebauten Zone gelegenen Minimum mit dem Wachstum des Marktes stärker wird, als die Ansaugung in die Stadt; wo, gleichsam an der Wasserscheide, der Abfluss zur Auswanderung an die Stelle der Abwanderung tritt.

Wir finden also auch von diesem Ausgangspunkte aus, dass Ab- und Auswanderung „physiologisch“ notwendige Erscheinungen sind. Alles folgende ist oben abgehandelt.

Wie verhält sich nun im wachsenden Volke die Zahl der Städter zu derjenigen der Bauern?

Offenbar können nicht mehr Gewerbtreibende existieren, als von den Nahrungsüberschüssen der Bauern leben können; es können aber auch nicht weniger existieren; denn, wenn einmal weniger existierten, würde der „natürliche Marktpreis“ sinken, die Stadt ein Ort wirtschaftlichen Minderdrucks werden und so lange Bevölkerung ansaugen, bis das Gleichgewicht hergestellt, d. h. aller Kornüberschuss der vorhandenen Bauern auch gebraucht wird. Wenn also die Menge Korn wächst, welche jeder Bauer auf den Markt bringen kann, seine „Kauf-

kraft“, dann wächst auch die Anzahl der Gewerbtreibenden, welche auf jeden Bauern entfallen.

Um dieses Verhältnis rechnungsmässig klar zu legen, wollen wir annehmen, das nackte Nahrungsbedürfnis bleibe stets dasselbe, 12 Zentner Korn pro Jahr und Familie. Wenn dann — im Urdorf — jeder Bauer 13 Zentner Korn herstellt, dann existiert auf je 12 Bauern ein Gewerbtreibender. Wenn, wie in unserem oben angenommenen Beispiele, jeder Bauer 48 Zentner Korn herstellt, von denen er nur 12 selbst verbraucht, so existieren je drei Gewerbtreibende auf einen Bauern.

[Es ist hierbei im übrigen zu bemerken, dass im Sinne der Nationalökonomie jeder Berufsthätige, welcher mehr Nahrungsmittel verbraucht, als er herstellt, auch dann zu den „Gewerbetreibenden“ gerechnet werden muss, wenn er „Urproduzent“ ist. Dahin gehören alle Blumen Gärtner und Winzer; alle, welche Korn, Kartoffeln, Gerste und Hopfen für die Herstellung geistiger Getränke bauen, u. s. w. Die Zone des Gartenbaues gehört daher mindestens so sehr der Stadt, wie dem Lande an; hier vollzieht sich der Übergang von dem einen zur andern ohne Sprung. Die Sache ist nicht eine blossе Wortklauberei, sondern hat ihre grosse Wichtigkeit; denn der „natürliche Marktpreis“ des Kornes steigt nicht nur mit dem Wachstum der eigentlichen Stadt, sondern auch mit dem entsprechenden Wachstum der inneren Zonen, d. h. stärker, als die Nachfrage der Industriellen im engeren Sinne bedingen würde.]

Jedenfalls finden wir also als Eigentümlichkeit eines wachsenden Volkes, dass sich die Zahl der Gewerbtreibenden im Verhältnis stärker vermehrt, als die der Bauern, und zwar genau entsprechend den Überschüssen des platten Landes, d. h. der Kaufkraft des Marktes.

Für Thünens Deduktion genügte es vollkommen, nur eine zentrale Stadt anzunehmen, da er nichts weiter studieren wollte, als die Einwirkung des Marktpreises auf Standort und Betriebsart der Landwirtschaft. Für uns ist es nötig, die Entstehung und Stellung der sekundären Städte zu erkunden.

Nehmen wir die unendliche, überall gleiche Ebene zur

Voraussetzung, so hat sich die Zentralstadt entwickelt an der Stelle der ersten Niederlassung. Die einzelnen Zonen haben sich herumgelegt, erst winzig schmal, dann stetig sich verbreiternd, während mit den Überschüssen der gesamten Landwirtschaft (der Kaufkraft des Marktes) die relative Zahl der Städter, und noch viel stärker ihre Produktivität stieg. Dabei stieg auch der Transportpreis der Landerzeugnisse bis zu dem Markt und der Gewerbeerzeugnisse von dem Markt mit der Entfernung.

Stellen wir uns nun vor, dass ein Gewerbtreibender, sagen wir ein Schmied, nicht in die Zentralstadt ziehe, sondern sich in irgend einem Dorfe niederlasse. Kann er bestehen? Ziehen wir seine Bilanz!

Er hat einen Vorteil von Bedeutung vor dem städtischen Schmiede: er hat sein Korn (welches seine Nahrung repräsentieren soll) billiger. Denn der „natürliche Marktpreis“ jedes Punktes im Anbaukreise ist gleich dem städtischen Marktpreis abzüglich der Transportkosten bis zur Stadt. Steht der Marktpreis in der Stadt hundert Geldstücke, und ist der Transportpreis von dem zur Niederlassung gewählten Dorfe bis zur Stadt zwanzig Geldstücke, so bekommt der Dorfschmied sein Getreide für achtzig, während der Stadtschmied hundert zahlen muss.

Ein ebenso grosser Vorteil erwächst dem Dorfschmied aus Gewinn am Transportpreise von der Stadt bis zu seinem Dorfe. Wenn ein Pflug in der Stadt achtzig kostet, so kostet er dem Bauer in seinem Dorfe durch Transportkosten hundert; hundert zahlt dieser also auch dem Dorfschmiede, der wieder zwanzig gewonnen hat.

Diesen Vorteilen steht ein Nachteil gegenüber: der Stadtschmied ist Mitversorger eines grossen Marktes und geniesst deshalb aller Vorteile einer weitgehenden Arbeitsteilung, d. h. einer hoch gesteigerten Produktivität. Er stellt in der Zeiteinheit sehr viel mehr Waren her als der Dorfschmied, der auf einen kleinen Markt angewiesen ist und deshalb isoliert arbeitet.

Nun giebt es aber in jedem Gewerbe eine Anzahl von Erzeugnissen, bei deren Herstellung die Arbeitsteilung wenig oder gar keine Vorteile gewährt, Erzeugnisse, deren Eigenheit es bedingt, dass sie von einer isolierten Person fast oder ganz

so schnell vollendet werden, wie von vielen arbeitsteilig verbundenen. Dahin gehört von Schmiedearbeiten ausser Reparaturen z. B. der Hufbeschlag, das Anbringen eiserner Beschläge an Fenstern und Thüren u. s. w.

In dieser Art von Arbeiten wird der Dorfschmied zunächst die Konkurrenz der Stadtschmiede schlagen, sobald überhaupt erst einmal ein Markt sich für ihn gebildet hat, kaufkräftig genug, ihn zu erhalten, d. h. bis die Dichtigkeit der umgebenden Landbevölkerung, ihr Bedürfnis nach seinen Erzeugnissen und ihre Überschussproduktion gross genug ist, um einen eigenen Schmied zu ernähren.

Kurz und gut, es ist hier ein neues kleines Minimum wirtschaftlichen Druckes entstanden, in welches die Bevölkerung in dem Masse einströmt, wie die für dieses Minimum verfügbaren Nahrungsüberschüsse mit der steigenden Dichtigkeit der umgebenden Bevölkerung wachsen; in welchem die Produktivität dementsprechend zunimmt, und um welches sich sekundäre, Thünensche Zonen herumlegen. Der Kornpreis wird hier zwar ebenfalls steigen, aber immer schwächer als in der zentralen Stadt, weil er immer mit geringeren Transportkosten beschwert ist; die Gewerbserzeugnisse werden hier zwar ebenfalls im Preise sinken, aber immer noch mehr gelten, als in der zentralen Stadt, weil weniger Transportkosten davon abgezogen werden müssen: und, gestützt auf diese Vorteile, wird die kleinere sekundäre Stadt die Konkurrenz der Zentralstadt in der Herstellung aller derjenigen Waren schlagen, bei denen nicht eine hochentwickelte Arbeitsteilung die Erzeugung noch mehr verbilligt, als die hohen Frachten sie verteuern.

Es tritt also eine Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Städten ein. Die Zentralstadt stellt die Erzeugnisse einer schwach entwickelten Arbeitsteilung nur noch für ihre nächste Umgebung her, deren „sekundärer Markt“ sozusagen sie immer bleibt und die sie, eine Konsequenz der geringen Transportkosten, dauernd beherrschen wird; sie bleibt aber die Werkstatt des ganzen Kreises nur für die Erzeugnisse einer hoch entwickelten, arbeitsteiligen Industrie, für welche die gesamte Bevölkerung als Markt nötig ist.

Bei einem regelmässigen Verlaufe der Entwicklung in der „reinen“ Wirtschaft würde also eine Abstufung der produktiven Thätigkeit sich herausbilden, derart, dass die Zentral-

stadt den ganzen Binnenmarkt mit den Produkten einer sehr hoch gesteigerten Arbeitsteilung versorgt, dass jede sekundäre Stadt ihren Sondermarkt mit den Produkten einer weniger hoch gesteigerten Produktivität ausfüllt, und dass in tertiären Kleinstädten und Dörfern kleine Produktionsgemeinschaften oder einzelne Meister ihren kleinen Markt befriedigen. Es ist sehr interessant, dass gerade jetzt die deutsche Handwerkerstatistik in 7 Bänden den Beweis erbringt, dass das historische Handwerk, so weit es durch die Maschine revolutioniert ist, in den Grossstädten zu Grunde geht, aber in kleinen Städten und auf dem platten Lande noch fröhlich blüht: es ist ein erster Beweis für die Schärfe des Bildes, welches die reine Deduktion entwirft.

Die Entwicklung der sekundären Städte ist aus vielen Gründen für die gesamte Volkswirtschaft sehr heilsam. Es springt in die Augen, dass um so mehr Transportkosten erspart, d. h. Arbeitskräfte für die Erzeugung materieller Werte frei werden, je näher sich Landmann und Handwerker wohnen. Carey würde sagen: Der „Verkehr“ wächst und der „Handel“ nimmt ab. Ferner gestattet und erzwingt die Bildung der Thünenschen Zonen um die sekundären Städte herum eine grössere Volksdichtigkeit: es wird also der gesamte Anbaukreis durchschnittlich dichter besiedelt, und die Zentralstadt weniger dicht bevölkert sein, so dass der entfernteste Bauer, dessen Korn noch für ihre Ernährung nötig ist, aus beiden Gründen näher heran sitzt; es werden also auch hier Transportkosten gespart und produktive Kräfte frei. Schliesslich verfügt der Landmann, wenn zahlreiche Gewerbetreibende in seiner Nähe sitzen, über Hilfskräfte in drängender Zeit, die ihn wenig kosten, weil er sie nur wenige Tage im Jahre zu erhalten braucht; er kann selbst seine freie Zeit, im Winter z. B., als gewerblicher Hilfsarbeiter nutzbringend verwerten; und, last not least, er erhält ohne viel Transportkosten und Verluste im Dünger die Kraft zurück, welche er seinem Boden mit jedem in die Ferne gesandten Korn Getreide und Pfund Fleisch hätte entziehen müssen.

So werden sich also, in strenger Abhängigkeit vom Preise des Korns und der Waren in der Zentralstadt, erst sekundäre, dann tertiäre u. s. w. städtische Centren ganz regelmässig über die unendliche Ebene verbreiten, jede im Besitze eines

eigenen, stetig wachsenden Marktes, den sie monopolistisch gegen die Konkurrenz jeder grösseren Stadt beherrscht, während sie die gröbere Produktion stetig an neu entstehende, kleinere Centren wieder abgibt; jede umgeben von den Thünenschen Zonen in einer ihrer Bevölkerungszahl entsprechenden Breite und Volksdichtigkeit. Und nach dem Gesetz der Strömung wird sich auch hier in Stadt und Land, in primären und sekundären Gewerbscentren und Ackerbauzonen, das Einkommen jeder gleich qualifizierten Arbeitskraft jederzeit auf gleiches Niveau stellen und mit der wachsenden Produktivität stets auf immer höherer Stufe auf gleichem Niveau halten. Es ist nicht mehr erforderlich, das im einzelnen durchzuführen.

Nach dieser allgemeinen Betrachtung der Statik und Dynamik ist es vorteilhaft, noch einige ökonomische Begriffe zu betrachten, die uns aus der uns jetzt umgebenden Wirtschaft geläufig sind.

Wir haben bis jetzt stets so geschlossen, als gäbe es in allen Berufen nur selbständige Unternehmer. Giebt es hier nur solche? Oder giebt es auch unselbständige, erwachsene Arbeiter? — Gewiss wird es solche geben. Es wird immer eine Anzahl Gewerbe geben, in welchen statt der zerstreuten Arbeitsteilung und -vereinigung, wie sie die Volkswirtschaft als ganzes ist, die geschlossene („tertiäre“) Arbeitsteilung und Vereinigung Platz greifen muss. Bei einem Dombau z. B., in einem Bergwerk u. s. w. wird immer ein Arbeitsstrategie über eine subordinierte Armee von Gehilfen befehlen müssen, welche in stark geminderter oder aufgehobener Selbständigkeit ihre Teilarbeit vereinigen. Und je weiter die Beherrschung der Natur vorschreitet, je grössere mechanische Kräfte an einer Stelle dienstbar gemacht werden können, desto mehr wird das Gesetz vom geringsten wirtschaftlichen Widerstande oder mit anderen Worten das Gesetz der höchsten Rentabilität die Vereinigung arbeitsgeteilter Gehilfenscharen erzwingen. Eine solche Vereinigung kann in der Organisationsform der Produktivgenossenschaft mit der freiwilligen Unterordnung unter einen selbst erkorenen Arbeitsgeneral Platz greifen, muss es aber nicht. Es kann die Organisationsform

sehr wohl die uns wohlbekannte der gewerblichen Unternehmung sein.

Aber diese Scheidung der Berufe in Unternehmer und Arbeiter ist durchaus nichts, was im mindesten den oben aufgestellten Behauptungen widerspräche. Denn wir haben nirgends von der Organisation der Gewerbe gesprochen, sondern ausschliesslich von dem Einkommen der Berufstätigen. Und wir wagen die für den modernen Sozialpolitiker allerdings paradoxe Behauptung, dass die Form der Organisation an sich nichts mit dem Einkommen, mit der Verteilung der produzierten Güter zu thun hat.

Wir haben die Unmöglichkeit, aus der Beschäftigung unselbständiger Arbeiter ein Einkommen („Mehrwert“) zu ziehen, welches grösser ist, als der Ertrag der eigenen Arbeitskraft, schon oben für ländliche Verhältnisse dargethan, indem wir zeigten, dass kein ländlicher „Unternehmer“ hier einen „Arbeiter“ erhalten kann, wenn er ihm nicht mindestens den „gesellschaftlich festgestellten Gegenwert seiner Arbeitskraft“ als Lohn bezahlt. Es war dort jede arbeitsteilige Produktionsgemeinschaft, wenn auch vielleicht der Form nach Unternehmergeschäft, so doch dem Wesen nach Produktivgenossenschaft.

Genau so muss sich auch die städtische Unternehmung verhalten. Das Bestreben eines Arbeitsleiters, von unselbständigen Arbeitern „Mehrwert“ herauszudrücken, wird zweifellos jederzeit als latente Energie vorhanden sein: das ist nur menschlich! Aber es wird sich niemals in manifeste Energie umsetzen können; denn es wird unmöglich sein, einen Arbeiter zu finden, der mit weniger zufrieden ist, als dem seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden „Lohn“, der niemals niedriger sein kann, als das Einkommen eines selbständigen Bauern oder Handwerkers.

Nach dem Gesetz der Strömung würde dies folgendermassen auszudrücken sein: es entsteht in den Städten fortwährend ein Ort minderen wirtschaftlichen Druckes, den die Zuwanderung fortwährend, sozusagen in statu nascendi auszugleichen bestrebt ist; es ist also in jedem gegebenen Zeitpunkte der Druckunterschied zwischen Stadt und Land äusserst klein; der kleinste Zuwachs würde genügen, um den Druckunterschied aufzuheben und die Zuwanderung zu verhindern. Ein „Unter-

„nehmergewinn“ im modernen Sinne wäre ein solcher Druckzuwachs; es würde also der einzelne Handwerker, oder die einzelne Stadt, oder die Gruppe von Städten, welche ihre „Arbeiter“ auszubeuten versuchen wollten, keine Zuwanderung mehr erhalten und ihre guten Absichten aus Mangel an Material nicht ausführen können. — Andererseits verlangt aber die gestiegene Kaufkraft des ländlichen Marktes gebieterisch nach neuen Gewerbeserzeugnissen; die für die Versorgung dieses Marktes nötigen Handwerker sind also des Absatzes ihrer Erzeugnisse sicher und lassen sich da nieder, wo man die Mehrwert-Steuer nicht von ihnen beansprucht, d. h. als selbständige Konkurrenten der mehrwertlüsternen Einzelmeister, oder in anderen Städten, oder, wenn alle Städte zu dem merkwürdigen Beschluss gelangt wären, den „Mehrwert“ einzuziehen, auf dem platten Lande. Es könnte also nur die allgemeine Produktivität der Arbeit zurückgehalten und das allgemeine Wirtschaftsbudget mit unnützen Transportkosten belastet werden: aber Mehrwert wird hier niemand jemals erhalten können! Und darum kann auch der Begriff davon gar nicht erst entstehen. Es wird also auch im Gewerbe die der Form nach als Unternehmergegeschäft bestehende Produktionsgemeinschaft dem Wesen, der Verteilung nach, eine echte Produktivgenossenschaft sein müssen.

Ich bin mir wohl bewusst, mit dieser Behauptung Unglaubliches zu wagen. Ich will deshalb lieber hier vorgreifend versprechen, im nächsten Abschnitt die Störung zu zeigen, welche diese Verhältnisse in unserer Zeit von Grund aus umstürzt; und weiter versprechen, genau den geschilderten Zustand der Gesellschaft als geschichtliche Thatsache nachzuweisen. Hier möchte ich nur in Anlehnung an einen Ausdruck Careys vorwegnehmend darauf hinweisen, welcher ungeheure Unterschied zwischen einer Gesellschaft bestehen muss, in welcher „zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen“, und einer solchen, in welcher „zwei Arbeiter einem Meisternachlaufen.“ In der ersten überbieten sich die Meister und zahlen dem Arbeiter den höchsten Lohn, bei welchem ein Unternehmergewinn übrig bleibt: in der letzten unterbieten sich die Arbeiter und acceptieren den niedrigsten Lohn, bei welchem sie eben noch existieren können. Die „reine“ Gesellschaft

ist die erste: hier steigt der „Lohn“ subordinierter Arbeiter in voller Parallelität mit der Produktivität der Arbeit. Die zweite Form der Gesellschaft ist die uns umgebende kapitalistische. Ihre Ursachen werden wir im nächsten Kapitel kennen lernen.

Es war von Unternehmergewinn die Rede. „Ja“, höre ich fragen, „giebt es denn so etwas in einer ‘reinen’ Wirtschaft?“ Gewiss! Der Unternehmergewinn ist das Entgelt für qualifizierte Arbeit. Ein genialer Arbeitsleiter kann durch geschickte Verteilung der Arbeitskräfte, durch Einkauf an der besten Quelle und Verkauf an den besten Zahler, durch verständnisvolle schnelle Anpassung an den Geschmack und das Bedürfnis der Kundschaft den Reinertrag einer Unternehmung enorm steigern. Dieser Reinertrag, d. h. der Ertrag nach Abzug der sachlichen Produktionskosten und des vollen gesellschaftlich festgestellten Arbeitswertes der untergeordneten Arbeitskräfte, ist sein ehrlich erworbenes Eigentum, weil er es geschaffen hat. Wir haben oben stets von gleichem Einkommen für gleiche Leistung gesprochen; das schliesst nicht im mindesten aus, dass ein Gigant des Leibes oder des Hirns für Riesenleistungen auch Rieseneinkommen geniesst. Ein solcher „Unternehmergewinn“ ist genau dasselbe, wie der Gehalt, den eine Produktivgenossenschaft ihrem genialen Leiter wird zahlen müssen, wenn sie ihn im Kampfe der Konkurrenz um solche Kräfte behalten will.

Freilich wird das Einkommen eines Unternehmers, der mit eigenem Kapital arbeitet, noch andere Bestandteile enthalten, nämlich den Zins und die Risikoprämie. Der Unternehmer haftet mit seinem Vermögen für die Richtigkeit seiner Berechnungen. Die Gefahr ist um so grösser, da gerade solche Zweige zum Unternehmergeschäft besonders geeignet sind, welche grössere Anlagekapitalien erfordern. Diese Kapitalien sinken an Wert oder sind verloren, wenn die Nachfrage über-, oder das konkurrierende Angebot unterschätzt wurde. Für diese Gefahr muss eine Risikoprämie bewilligt werden, welche der Konsument im Preise bezahlen muss.

Aber dieser Teil des „Einkommens“ ist nicht „Unternehmergewinn“. Denn gerade so viel müsste der kapital-

lose Unternehmer seinem Darleiher bewilligen. Zins und Risikoprämie müssen zu den Produktionskosten geschlagen werden.

Nur freilich ist jene Gefahr und darum die Risikoprämie hier verschwindend klein. Denn hier hat die „Konkurrenz“ einen Charakter, der von dem des uns bekannten Wirtschaftskampfes durchaus verschieden ist; und ferner ist ein plötzliches gewaltsames Absinken der kaufkräftigen Nachfrage, d. h. sind Krisen unmöglich.

Ich ziehe es vor, um mir Wiederholungen zu ersparen, die erste Behauptung erst im nächsten Kapitel zu beweisen. Dort wird sich die Auseinandersetzung von dem kontrastierenden Hintergrunde der pathologischen Wirtschaft um so klarer abheben. Es liegt ja auch kein innerer Grund vor, Erscheinungen, welche der Physiologie ganz fremd sind, hier abzuhandeln, nur weil sie uns aus pathologischen Verhältnissen geläufig sind.

Dagegen ist es zweckmässig, die Frage der Krisen hier vorläufig zu streifen. Es ist ohne weiteres klar, dass die reine Konkurrenzlehre allgemeine Krisen nicht kennen kann. Wenn ein Sinken der Preise sofort Arbeitskräfte abstösst und somit das Angebot vermindert, ein Steigen der Preise Arbeitskräfte anzieht und somit das Angebot vermehrt, dann muss sich die Produktion stets auf das genaueste der Nachfrage anpassen. Dann ist also wohl eine beschränkte Krise möglich, wenn ein Gewerbeserzeugnis ganz aus der Mode kommt, wie z. B. Perrücken oder Harnische; oder wenn sich die Bedingungen eines Gewerbes durch neue Produktionsquellen vollständig umwälzen, wie es z. B. der Fall war, als der deutsche Silberbergbau durch die Konkurrenz der amerikanischen Minen sein Monopol und seine Rentabilität verlor: aber eine allgemeine Krise ist unmöglich. Es können grosse fixierte Kapitalien verloren gehen, z. B. gerade im Bergbau; aber unter den Verhältnissen reiner Wirtschaft wird die Verbilligung eines wertvollen Bedarfsartikels eine allgemeine Druckverminderung, eine allgemeine Vergrösserung der Komfortbreite hervorrufen, und die frei werdenden Arbeitskräfte werden darum um so mehr begehrt sein.

Wie einen Unternehmergeinn kann es, wie wir sahen,

auch einen Kapitalzins geben. Jedoch wird bei dem ungemein schnell anwachsenden Reichtum das Angebot von Leihkapitalien bald sehr gross sein; der Zins wird also niedrig stehen, was natürlich auf die absolute Zinshöhe keinen Rückschluss gestattet; wir erleben ja Zeiten, wo ein Zins von 1 und $1\frac{1}{2}\%$ noch zu hoch ist, weil niemand hofft, mit dem Kapital mehr erwerben zu können; es kann also unter Umständen ein Zins von 15% niedrig sein, wenn sich 30% damit erwerben lassen. Jedoch wird sich zeigen lassen, dass von einem gewissen Stadium ab der Zinsfuss auch absolut, bis auf den Nullpunkt, wird sinken müssen.

Dieser Zeitpunkt wird nämlich dann eintreten, wenn an Stelle der uns geläufigen und für die Anfänge der Wirtschaft auch natürlichen privaten Kapitalbildung die gesellschaftliche treten wird. Überall, wo unter „reinen“ Verhältnissen der Wirtschaft volle Freizügigkeit besteht, kann die Gesamtheit auf dem Wege der Steuern Produktionsmittel von dem einzelnen erheben und sie zinslos, aber gegen Bürgschaft der Rückzahlung, an privatwirtschaftliche Subjekte ausleihen, ohne diesen doch einen Sondervorteil zu gewähren. Es entsteht dann nur neben den natürlichen ein künstliches Minimum, das sich nach den bereits entwickelten Gesetzen bis zum Gleichgewicht mit Menschen füllt. Eine derartige Gewerbepolitik der „Regierung“ erhöht also Produktivität und Einkommen aller Einwohner ganz gleichmässig, ohne irgend jemandem einen besonderen Vorteil zu gewähren. Nehmen wir z. B. den Fall an, dass die Regierung einer Anzahl von Bauern, welche eine grosse Sumpffläche nutzen, die Mittel zur Entwässerung durch einen sehr kostspieligen Kanal zur Verfügung stelle. Dann gewinnt Jeder, sagen wir tausend Hektar fettesten Landes in beträchtlicher Marktnähe, nehmen wir an in der Zone der Fruchtwechselwirtschaft. Um diese zu nutzen, braucht er Arbeitskräfte. Diese muss er genau so zum vollen durchschnittlichen Einkommen entlohnem, wie der städtische Unternehmer seine Gehilfen. Das heisst, es bleibt ihm kein Gewinn, den er nicht etwa seiner qualifizierten Arbeitskraft verdankt. Andererseits aber ist jetzt eine grosse Fläche in Marktnähe urbar gemacht, welche bis dahin fast nichts in die Stadt lieferte. Darum sinkt der Marktpreis für Korn etwas, nicht auf Kosten der Ur-

produzenten oder Händler, sondern auf Kosten der sachlichen Transportlasten; folglich sinkt in der Stadt die Ernährungslast und steigt die Komfortbreite, und dieser Vorteil verteilt sich auf alle Mitglieder der Gesellschaft. — Um ein technisches Beispiel zu wählen, so mag die Regierung eine Anzahl bedeutender Eisenhütten errichten und Unternehmern zinsfrei, aber gegen Bürgschaft überlassen. Dann wird einerseits der Preis für Eisenfabrikate durch vermehrtes Angebot bei verminderten Reproduktionskosten stark sinken: ein Vorteil für alle Konsumenten; und es wird andererseits durch die Lücken, welche der neue Produktionszweig in den Bestand der verfügbaren Arbeitskräfte reisst, überall der Lohn resp. das Einkommen steigen: ein Vorteil für alle Produzenten, d. h. für die Gesellschaft als Ganzes.

Alle diese Beispiele sind, wie wir immer und immer wiederholen müssen, nichts als Illustrationen zu dem Gesetze, dass jede Bevölkerungsvermehrung und die durch sie erst ermöglichte Verbesserung der Bodenkultur und Technik das Durchschnittseinkommen vermehrt, und dass die volle Freizügigkeit in der „reinen“ Wirtschaft alle natürlichen und künstlichen Druckunterschiede durch die verschiedene Dichtigkeit der Bevölkerung ausgleicht und dadurch mittels Angebot und Nachfrage die Einkommen auch entsprechend der Leistung verteilt.

Darf also der „isolierte“ Staat öffentliche Mittel zu privatwirtschaftlichen Zwecken zinslos herleihen, weil hier volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Interessen durchaus identisch sind, — die Überzeugung der Naturlehre —, so wird er es schliesslich auch thun. Und damit ist der Kapitalzins dauernd beseitigt, der ja nichts ist, als zugleich Belohnung und Anreizung der privaten Kapitalsbildung.

Unter solchen Umständen ist eine entstehende Vermögensungleichheit wohl möglich, und, wenigstens so lange noch Zins gezahlt wird, nicht unwahrscheinlich. Aber grosse Vermögensunterschiede sind nicht denkbar. Das Angebot von Kapital wird immer sehr stark sein und äusserst stark zunehmen. Das Lockmittel privaten Sparens wird also schwach sein, und ebenso schwach das Schreckmittel, das heute so viele Tausende drängt, ihre spärliche Komfortbreite noch zu schmälern, nämlich die Angst vor der sozialen Not. Diese

entfällt völlig in einer Gesellschaft, in welcher es keine Armen geben kann. Darum werden sich bedeutende Vermögensunterschiede kaum herausbilden können, auch nicht, so lange noch Zins verdient wird. Und selbst solche Unterschiede werden sich in einigen Generationen durch Erbteilung und Temperamentswechsel ausgleichen müssen.

Auch über diesen Punkt werden wir die letzte Klarheit erst im nächsten Kapitel geben können, wenn wir über die private Kapitalbildung der „pathologischen“ Gesellschaft handeln werden, soweit sie aus dem erwächst, was in dieser „Unternehmergewinn“ genannt wird.

Dagegen muss hier bereits eine andere Quelle der historischen grossen Vermögen als im „isolierten Staate“ fortfallend nachgewiesen werden: die Vermögensbildung durch Landerwerb. Man muss sich klar machen, dass Boden hier niemals Tauschwert haben kann. Nicht als ob nicht ein Grundstück seinen Preis haben würde; aber dieser Preis wird ausschliesslich den Arbeitswert ersetzen, der darin steckt. Ehe jemand daran geht, ein Stück Urwald zu roden, zu reinigen und zu bessern, wird er selbstverständlich bereit sein, wenn es seine verfügbaren Mittel ihm gestatten, so viel für die Überlassung einer schon geklärten Ackerfläche zu zahlen, als ihm an Arbeitszeit erspart wird. Aber dieser Kaufpreis ist nur die Vergütung des dem Naturboden durch menschliche Arbeit Zugewachsenen, ist nicht anders zu betrachten, wie der Kaufpreis für Gebäude, Umwehrungen, Brunnen und Inventar eines besetzten Bauerngutes. Dagegen wird niemand einen Heller für Überlassung des blossen Eigentumsrechtes an einem bestimmten Bodestücke zahlen, so lange noch unkultiviertes Land in marktfähiger Entfernung vorhanden ist, wie im Schema des isolierten Staates vorgesehen. Niemand wird Land zu spekulativen Zwecken aufkaufen; denn nach dem Gesagten liefern ihm Quadratmeilen nicht mehr Ertrag als Morgen; niemand wird Geld auf Hypotheken ausleihen oder erhalten auf den nackten Eigentumstitel hin, sondern höchstens bis zur Höhe des in Grundstück und Zubehör steckenden Arbeitswertes. Man stelle sich, um diese seltsam klingende Behauptung zu begreifen, vor, dass ein Bauer jemanden gefunden habe, der ihm auf seinen Hof eine Summe lieh,

welche nicht nur den Arbeitswert von Bodenverbesserung, Gebäuden und Inventar bezahlte, sondern auch darüber hinaus einen beträchtlichen Teil des kapitalisierten Ertragswertes. Der Geldgeber soll eine moderne Hypothek erhalten haben, welche die Last der Verzinsung und Abzahlung auf das Grundstück selbst einträgt. Jetzt stirbt der Bauer oder wandert fort. Was macht der Hypothekeninhaber mit seinem Anspruch? Er findet leicht einen Käufer, der die Schuld übernimmt resp. auszahlt, soweit sie den vorhandenen Arbeitswert deckt, aber nie wird es ihm gelingen, jemanden zu finden, der ihm den Rest ersetzt! Findet doch jeder Ansiedelungslustige überall, im Kreise selbst und jenseits seiner Grenze Land genug umsonst! Dem Darleiher bleibt nichts übrig, als das Geld verloren zu geben; denn, selbst wenn er das Grundstück selbst bewirtschaftet, hat er es verloren, weil er für ein Objekt gezahlt hat, das er umsonst erhalten hätte; und, wenn er es bewirtschaften lässt, trägt ihm sein Grundstück keine Zinsen, da der Lohn den Arbeitsertrag völlig verzehrt. Er könnte es also rachsüchtig brach liegen lassen — wenn eben unter solchen Voraussetzungen die ganze Annahme einer Hypothekenschuld auf einen Rechtstitel hin mit ihren Folgen nicht völlig hinfällig wäre.

Es hat also Agrarboden keinen „Wert“ im isolierten Staat. Wie aber verhält es sich mit städtischem Boden?

Das Wohnhaus mit dem Garten, in welchem es steht, nimmt, wie oben gezeigt, in der wirtschaftlichen Ordnung des eben vom Nomadentum zum Ackerbau und zur Sesshaftigkeit übergegangenen Volkes eine Ausnahmestellung ein. Überall, nicht nur in Hellas, Rom und Altgermanien, sondern bei allen Rassen und in allen Zonen findet sich der Kohlgarten am Hause, die „bina jugera“ des römischen Patriziers, das Salland des deutschen Gemeinfreien schon als Sonder Eigentum, wenn das Feldland noch nicht einmal in Sonderbesitz übergegangen ist, sondern noch der periodischen Aufteilung unterliegt. Das Salland ist die dingliche Radizierung des auf „eigenem Thun“ beruhenden Arbeitseigentums des Jägers an seinem Wigwam, des Hirten an seinem Zeltwagen; wenn überhaupt im reinen Tauschrecht ein Eigentumsbegriff an Land entstehen konnte, so entstand er hier: hat sich doch der Rechtsbegriff des „echten Eigen“,

des Allod (Eigentum ist nach Grimm Einzeltum) erst von diesem Punkte aus entwickelt.

Wenn aus dem Dorfe eine Stadt entsteht, so ist also hier schon ein festerer Zusammenhang zwischen Mensch und Boden vorhanden, als irgendwo in der Ebene, wo die Gemeinde ihr Obereigentum in Näherrecht, Flurzwang und unter Umständen Neuvermessung der Anteile („Reebning“) noch Jahrhunderte lang bewahrt, nachdem die regelmässige periodische Teilung der Kampe ausser Übung gekommen ist.

Und trotzdem kann sich hier nichts entwickeln, was dem nutzbaren Bodenmonopol unserer grossstädtischen Hausagrariar im entferntesten ähnlich sieht. Auch in der Stadt erhält der nackte Boden weder das Requisit der Seltenheit, d. h. „Wert“ im allgemeinen, noch einen ziffermässig ausdrückbaren Verkehrswert im besonderen. Das heisst: es giebt unter „reinen“ Verhältnissen in den Städten vielleicht Mietshäuser; die Miete wird aber niemals mehr betragen, als den üblichen Zins für das Baukapital und eine angemessene Amortisations-Quote. Eine „Baustelle“ wird niemals mehr „Wert“ haben, als den der darauf stehenden Arbeitswerte: Abrissbauten, Bäume etc.; aber ein nackter Eigentumstitel wird nie Wert haben. Es wird auch hier kein „Bodenmonopol“, und infolgedessen keine „Ausbeutung“, keine Spekulation, keinen Bodenwucher geben können.

Auch diese unglaubliche Behauptung werde ich erst in dem historischen Teil dieser Arbeit beweisen können. Hier fragt es sich ja nur, ob sie sich als Schluss aus dem „Gesetz der Strömung“ ergibt.

Und das ist in der That der Fall. Hier gelten genau dieselben Erwägungen, die wir oben bei Besprechung des „Mehrwertes“ angestellt haben: Die Städte wachsen durch Zuwanderung, weil sie Orte minderen Druckes sind. Da die Strömung die entstehenden Druckunterschiede immer sofort, gleichsam in statu nascendi, ausgleicht, so sind sie in jedem gegebenen Zeitpunkt äusserst klein. Würde also in einem gegebenen Zeitpunkt das Minderdruckgebiet der Stadt mit einem von aussen stammenden noch so kleinen Druckzuwachs belastet werden, so würde die Strömung augenblicklich aufhören, d. h. die Stadt würde zu wachsen aufhören. Die Erhebung einer Steuer für die Benutzung nackten Bodens

wäre eine solche Druckerhöhung; wenn also eine Stadt auf gemeinsame Verabredung ihrer Bürger Bodenleihe erheben wollte, so würde sie von demselben Augenblicke an für die Abwanderung Hochdruckgebiet sein und nur noch durch ihren eigenen Geburtenüberschuss wachsen.

Eine solche gemeinsame Verabredung ist aber gar nicht denkbar, weil der Gedanke niemals bei einem einzelnen auftauchen könnte. Es könnte jemand sehr gern einen Teil seiner Terra salica vermieten oder verkaufen wollen: er findet nur weder einen Mieter noch einen Käufer. Der Zuwanderer beansprucht aus dem Gemeinlande der Stadt Land für Wohnhaus und Werkstatt ohne Entschädigung. Weigert es ihm die Stadt, so geht er in eine andere.

Es ist die Konkurrenz der Städte um die Arbeitskräfte neuer Bürger, welche einen städtischen Bodenwucher unmöglich macht. Wenn auch keine besonderen wirtschaftlichen Vorteile mit der grösseren Bevölkerung verbunden sind, weil die Erschwerung der Nahrungsbeschaffung die Vorteile grösserer Produktivität wett macht, so sind es doch selbst im tiefsten ewigen Frieden gewisse politische Vorteile, welche der Ehrgeiz des Städters erstrebt. Ganz naturgemäss wird der grösste Markt der politische Vorort der Landschaft.

Aus diesem Grunde öffnet jede Stadt der Zuwanderung ihre Pforten so weit wie nur möglich, erleichtert die Ansiedelung so sehr wie nur denkbar, indem sie die neuen Bürger sofort in alle Rechte der Altbürger auch in wirtschaftlicher Beziehung einsetzt, d. h. ihnen den Nutzbesitz einer „terra salica“ gewährleistet. Wollte eine Stadt es anders halten, so würde sie keinen Zuwanderer mehr erhalten; und der Zuwachs an Bürgern und politischer Bedeutung würde ihren Nachbarn zufließen.

Wenn aber — was selbstverständlich unter solchen Umständen undenkbar ist, es mag aber angenommen werden, um das Prinzip zu beleuchten — wenn aber alle Städte des ganzen Landes gleichzeitig auf den Einfall kämen, eine Bodenmiete zu erheben, dann würde eben keine mehr Zuwanderer erhalten; dann würden überall im Plattlande selbst die nötigen neuen Gewerbetreibenden sich niederlassen, und neue kleine Centren ^{xten} Grades würden wie Pilze aus der Erde schiessen.

Denn die wachsende Kaufkraft der Landbevölkerung verlangt nach neuen Waren; und die für deren Herstellung nötigen Gewerbtreibenden werden sich genau da niederlassen, wo unter den gegebenen Verhältnissen für sie der Ort des geringsten Druckes ist; ist es nicht in der Stadt, so ist es ausser der Stadt.

Wenn nun jemand einwenden würde, unter solchen Umständen würde das Gemeindeland der Stadt bald besetzt sein, so ist zu erwidern, erstens, dass der „reinen Wirtschaft“ die Formation der ungeheuren Millionenstädte fremd sein muss, wie sich im nächsten Kapitel zeigen wird; zweitens, dass die ursprüngliche Mark eines Urdorfes für eine Stadt wie London oder New-York ausreicht; drittens, dass, wenn sie wirklich besetzt sein sollte, die Stadt eben die Nachbardörfer verschlingen und deren Marken für den gleichen Zweck nutzbar machen würde; es würde dann nur wieder ein Stück der ersten Zone aus Gartenland zu Stadtland geworden sein, wie das vom ersten Anfang an Jahr für Jahr geschehen ist; und es wäre die Nutzung dieses Landes von der intensivsten landwirtschaftlichen eben nur zu der noch intensiveren industriellen vorgeschritten.

Boden an sich hat also keinen Wert im isolierten Staate, weder städtischer noch ländlicher. Da das römische Bodeneigentumsrecht sich aber gerade durch Verschuldbarkeit und Realbelastung des Bodens charakterisiert, so kann man sagen, dass unter den Verhältnissen des isolierten Staates das „römische“ Bodeneigentum nie hätte entstehen können. Selbst wenn es aber formell bestände, so würde es praktisch nur alle Eigenschaften des blossen Nutzungsbesitzes deutschen Rechtes haben, das dem Besitzer alle Verfügungsfreiheit lässt, soweit es sich um „Usus“ handelt, aber kraft eines Obereigentumsrechtes der Gesamtheit alles Land wieder einzieht, wenn der Usus zum „Abusus“ wird, d. h. wenn es nicht mehr wirtschaftlich genutzt wird.

Es sei hier ein für alle Male bemerkt, dass juristische Formeln niemals für „reine“ wirtschaftliche Verhältnisse genau passen können; sie sind der Niederschlag von Eigentumsrechten, wie sie sich in der Mischung von Nomadenrecht und Tauschrecht gebildet haben, sind also wirtschaftlich betrachtet „unrein“. Darum dürfte das Bodeneigentumsrecht

im isolierten Staat formell dem geltenden, uns bekannten völlig gleich sein und dennoch einen wirtschaftlich durchaus differenten Inhalt haben, könnte also z. B. das Recht zur Realverschuldung unverkürzt enthalten, ohne dass doch dem Eigentümer die Möglichkeit dazu gegeben wäre. Es könnte dem Eigentümer das Recht zur Zersplitterung durch Verkauf oder Erbteilung oder zur Kommassation geben, während doch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ihm das unmöglich machen. Natürlich würde unter solchen Umständen kein Volk darauf verfallen, ein entsprechendes „Recht“ erst ausdrücklich zu entwickeln; es könnte nur implicite in den allgemeinen Rechtsanschauungen mit enthalten sein.

Unser geltendes Bodeneigentumsrecht ist ein Bastard von Nomadenrecht und Tauschwirtschaftsrecht.¹⁾ Es hätte unter den Verhältnissen „reiner“ Wirtschaftsentwicklung nicht entstehen können; und darum sind seine Begriffe für die Konstruktion des „isolierten Staates“ wertlos. Hier kann sich nie der Rechtsbegriff des römischen Eigentums entwickeln; hier kann die dem Anfang jeder Kultur natürliche Vorstellung nie verschwinden, dass der Grund und Boden, wie Luft und Wasser, der Gesamtheit gehöre, dass jedem, so lange er ihn nützt, das Besitzrecht an seinem Anteil zustehe, dass er aber kraft des Obereigentums der Gesamtheit an diese zurückfalle, sobald die Nutzung aufgegeben werde. Das war der Inhalt des „deutschen Rechtes“, wie man es heute gern nennt, eines Rechts, welches aber in der That das Recht der gesamten Menschheit war, ehe es ein durch die Herrschaft über unterworfenen Sklaven übermächtiger Adel in seinem Klasseninteresse durch das heute geltende Eigentumsrecht ersetzte.

Ich fasse das Ergebnis der Untersuchung zusammen:

Solange noch nicht alles verfügbare Land unter den Pflug genommen ist, kann im isolierten Staate von einer Übervölkerung durchaus keine Rede sein. Im Gegenteil nimmt die Komfortbreite zu „proportional dem Quadrate der Bevölkerungsvermehrung.“ Die Freizügigkeit muss die Verteilung der Bevölkerung jederzeit derart bewirken, dass für gleiche Arbeit gleiches Einkommen gewonnen wird.

¹⁾ Vgl. meine Siedlungsgenossenschaft. S. 258.

Die logische Deduktion führt uns also zu demselben Ergebnis, wie den Schöpfer der Naturlehre: steigender Volksreichtum und volles Gleichgewicht der Kräfte, d. h. die „Harmonie aller Einzelinteressen“. Volle Identität zwischen den privatwirtschaftlichen Interessen und dem allgemeinwirtschaftlichen Nutzen, zwischen Produktivität und Rentabilität ergibt sich auch uns aus der Voraussetzung, dass das Gesetz der Strömung die wirtschaftliche Welt beherrscht, wie das Gesetz der Schwere die kosmische.

Nun steht in der Wirklichkeit die Sache so, dass in der That noch ungeheure Strecken Bodens der Kulturmenschheit zur Verfügung stehen.

Trotzdem ist weder die Harmonie der Interessen, noch die stärker als die Bevölkerung wachsende Komfortbreite vorhanden. Der Reichtum der einzelnen ist nicht entsprechend der Produktivität gestiegen. Die Verteilung der Güter ist äusserst ungleich.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Nur zwei Möglichkeiten giebt es:

Entweder war die Voraussetzung falsch, d. h. die Welt der Wirtschaft wird nicht von dem Gesetze der Strömung beherrscht; die Menschen sind nicht wie die Tropfen einer Flüssigkeit, wie die Moleküle einer Gasmasse als gleichartig anzunehmen, sondern von einer so grossen Verschiedenheit der Begabung und Leistungsfähigkeit, des Temperaments und Charakters, dass ihr wirtschaftliches Handeln unter gleichen Einwirkungen ganz verschiedene Richtungen einschlägt. Und darum ist die Hoffnung, ein allgemeines Grundgesetz der wirtschaftlichen Bewegung aufzufinden, aussichtslos. Es giebt weder ein solches, noch eine daraus resultierende Harmonie der Interessen.

So argumentieren die Schulen, welche heute, in Deutschland wenigstens, die volkswirtschaftliche Wissenschaft beherrschen. Aus diesem Standpunkte folgt logisch nach der negativen Seite hin der Hass gegen die „freie Konkurrenz“, nach der positiven Seite hin die Neigung, aktiv in das Wirtschaftsgetriebe einzugreifen: Kommunismus und Staatssozialismus, der in der praktischen Politik zu allerlei Experimenten am corpus vile der Wirtschaft führt.

Aber die sämtlichen Vertreter dieser Schulen haben eine

Kleinigkeit übersehen. Wenn aus einer Voraussetzung ein falsches Ergebnis folgt, so kann die Ursache freilich darin stecken, dass die Voraussetzung falsch war. Es giebt aber noch eine zweite Möglichkeit: man kann auch aus einer richtigen Voraussetzung **durch fehlerhafte Schlüsse** zu einem falschen Resultat gekommen sein.

Und diese letzte Möglichkeit liegt hier in der That vor. Es lässt sich leicht zeigen, dass Adam Smith das wichtigste der Hindernisse, welche der Wirkung der „freien Konkurrenz“ im Wege stehen, nicht als solches erkannt hat, das agrarische Grossgrundeigentum. Es lässt sich leicht zeigen, dass gerade nach den Gesetzen der Naturlehre in einer Gesellschaft, welche ein bedeutendes Grossgrundeigentum enthält, nicht die „Harmonie der Interessen“ das Ergebnis des freien Wettbewerbes sein muss, sondern im Gegenteil genau diejenige Disharmonie der Interessen, welche wir heute als „soziale Frage“ beklagen.

Hätte Adam Smith es versucht, das Bild der harmonischen Gesellschaft, wie er sie von der Entfesselung des freien Wettbewerbes erwartete, bis in die Einzelheiten hinein gedanklich auszugestalten, so hätte er ohne weiteres die Erkenntnis gewinnen müssen, dass das Grossgrundeigentum nicht, wie er annahm, ein legitimes Kind des „Tauschrechtes“, sondern ein Bastard des Gewaltrechtes ist, und dass es die Entfaltung des Völkerwohlstandes und die Ausgleichung der Interessen viel schwerer stört, als alle Prämien und Schutzzölle, Privilegien und Monopole, Beschränkungen der Freizügigkeit und Zunftrechte.

Von seinen Nachfolgern hat niemand seinen Schliessfehler entdeckt.

Ich werde diesen Beweis jetzt deduktiv führen, aus nichts, als den Voraussetzungen der „Naturlehre“.

Drittes Kapitel.

Grundlegung der Pathologie des sozialen Organismus der Tauschwirtschaft.

(Die kapitalistische Wirtschaft.)

Voraussetzung unserer Deduktion bleibt hier, wie im vorigen Kapitel, das Gesetz der wirtschaftlichen Strömung, nämlich:

Die Menschen strömen vom Orte höheren wirtschaftlichen Druckes zum Orte geringeren wirtschaftlichen Druckes auf der Linie des geringsten Widerstandes.

Aus diesem grundlegenden Axiom hat die Naturlehre, der wir folgen, jene zwei Gesetze abgeleitet, welche die beiden Hauptabteilungen der Tauschwirtschaft, Erzeugung und Verteilung, beherrschen, und deren Illustration im einzelnen das vorige Kapitel gewidmet war:

I. Das Gesetz der Verteilung lautet in der Fassung, welche A. Smith selbst ihm gegeben hat, folgendermassen: „Wenn in derselben Gegend irgend eine Beschäftigung augenscheinlich entweder vorteilhafter oder weniger vorteilhaft wäre, als die übrigen, so würden in dem einen Falle so viele herzuströmen und in dem anderen so viele sich von ihr abwenden, dass ihre Vorteile bald wieder mit denen anderer in eine Linie kämen. Dies würde wenigstens in einer Gesellschaft stattfinden, wo man den Dingen ihren natürlichen Lauf liesse, wo vollständige Freiheit herrschte, und wo jedermann durchaus frei wäre, die ihm passend scheinende Beschäftigung zu wählen und dieselbe beliebig oft wieder zu wechseln.“¹⁾

Dieser Satz ist bekanntlich die Quintessenz der „Harmonielehre“: Abstossung von Arbeitskräften aus Berufen, in welchen ein unterdurchschnittlicher Gewinn erzielt wird;

¹⁾ A. Smith. Wealth of Nations. Dtsch. v. Loewenthal. I. 106.

Folge: verringertes Angebot, steigende Nachfrage, vermehrte Preise und Gewinne. Umgekehrt: Anziehung von Arbeitskräften in Berufe, in welchen ein überdurchschnittlicher Gewinn erzielt wird; Folge: vermehrtes Angebot, sinkende Nachfrage, verminderte Preise und Gewinne. Gesamtergebnis: Ausgleicheung der Einkommen für gleiche Arbeitsleistung in allen Erwerbszweigen.

[In Parenthese sei auch hier wieder¹⁾ ausdrücklich bemerkt, dass die Richtung auf eine äusserst weitgehende Ausgleicheung sämtlicher Einkommen eines Wirtschaftskreises die Naturlehre des A. Smith als erstes wissenschaftliches Denkmal des Sozialismus kennzeichnet. Der ursprüngliche wirtschaftliche Liberalismus ist mit dem ursprünglichen Sozialismus schlechthin identisch. Gegensätze sind nur die beiderseitigen Zerrbilder, der Fabrikfeudalismus dort, der das Löwenfell des Liberalismus über seine Esels-haut gezogen hat; und der Kommunismus hier, welcher sich für den einzigen möglichen Vertreter der sozialistischen Richtung ausgiebt.]

II. Das Gesetz der Erzeugung lautet folgendermassen: Bei Völkern, welche an Zahl zunehmen, wächst mit der Volksdichtigkeit der Markt, mit ihm die Arbeitsteilung, mit ihr die Produktivität jeder einzelnen Arbeitskraft; d. h. es wächst die Masse der pro Kopf hergestellten, also auch der pro Kopf verteilbaren Güter; folglich wächst nach dem Gesetze der Verteilung der Wohlstand jedes einzelnen schneller als die Bevölkerung.

[In Parenthese: Dieser Satz besagt also genau das Gegenteil des sog. Malthusschen Gesetzes. Danach wächst nämlich die Bevölkerung schneller als ihr Nahrungsspielraum; d. h. die für jeden einzelnen verfügbare Menge von Unterhaltsmitteln wird bei steigender Zahl immer geringer; nach dem Erzeugungsgesetz der Naturlehre wächst umgekehrt der Nahrungsspielraum schneller als die Bevölkerung, d. h. die für jeden einzelnen verfügbare Menge von Unterhaltsmitteln wird bei steigender Bevölkerung immer grösser, so lange mindestens, als nicht alles fruchtbare Land des Planeten unter dem Pfluge ist.]

¹⁾ Vgl. meine Siedlungsgenossenschaft. S. 550.

Wir haben im vorigen Abschnitt die Mechanik der Bevölkerungsverteilung in ihren einzelnen Stadien entwicklungsgeschichtlich betrachtet. Aus einem Anfangsstadium voller Gleichartigkeit der einzelnen wirtschaftlichen Subjekte, d. h. fehlender Differenzierung und Integrierung, entwickelte sich zuerst die primäre Arbeitsteilung zwischen Nahrungsmittel-erzeugung (Urproduktion) und Gewerbe (Stoffveredlung). Ein zweites Stadium entwickelte die sekundäre Arbeitsteilung innerhalb dieser Hauptabteilungen; es sonderten sich die einzelnen Gewerbe ebenso von einander wie die einzelnen Zweige der Urproduktion (Feld-, Gartenbau, Vieh-, Geflügelzucht, Jagd, Fischfang etc.). Schliesslich brachte ein weiteres Stadium die tertiäre Arbeitsteilung, als welche wir die Differenzierung einzelner Teilarbeiten desselben Erzeugungsprozesses innerhalb derselben Werkstatt bezeichneten.

Wir konnten weiterhin klar legen, dass die ausschlaggebende Bedeutung für die Erhaltung des gesamten Strömungsgleichgewichts der primären Arbeitsteilung (zwischen Urproduktion und Gewerbe) zukommt. Das Gleichgewicht der Einkommen innerhalb der primären Abteilungen der Erzeugung kann sich natürlich nur einstellen, nachdem es zwischen ihnen eingestellt ist.

Wir haben im vorigen Kapitel Statik und Dynamik einer in solchem Gleichgewicht befindlichen Gesellschaft untersucht, und zwar unter Ausschaltung jeglicher von aussen hereingetragenen Störung.

Jetzt werden wir die — sozusagen — Versuchsbedingungen ändern. Wir werden Störungen durch das Nomadenrecht in die Rechnung einführen und untersuchen, wie das Gesetz der Strömung unter diesen Umständen auf Verteilung und Einkommen der Bevölkerung wirkt.

Die Theorie des einseitigen Druckes.

Was würde z. B. eintreten, wenn ein Kriegervolk an den Grenzen unseres „isolierten Staates“ erschiene und dem — nehmen wir an — kampfungewohnten oder besiegten Volke

einen Jahrestribut von zehn Prozent jedes Einkommens in Stadt und Land auferlegte?

Dann würde offenbar zwar der soziale Druck um zehn Prozent zu-, das Einkommen um zehn Prozent abnehmen; aber es würde keine Druckdifferenz zwischen Stadt und Land eintreten, keine Gleichgewichtsstörung, keine Veränderung der Aus- und Abwanderung in Zahl und Richtung.

Ich wünsche hier ein Bild einzuführen, welches auch die folgenden Auseinandersetzungen erleichtern wird. Stadt und Land gleichen zwei kommunizierenden Röhren, in welchen sich die Flüssigkeit (nach dem Gesetz der Strömung zum Orte des geringsten Widerstandes) stets auf gleiches Niveau einstellt. Im ungestörten „isolierten Staate“ stehen sie unter einfachem Atmosphärendruck. Die auf das ganze Volk gleichmässig gelegte Tributzahlung wirkt, wie eine auf beide Röhren gleichmässig wirkende Erhöhung des atmosphärischen Druckes; sie senkt in beiden das Niveau (Einkommen), aber sie senkt es gleichmässig; es tritt keine Strömung von einer in die andere Röhre ein.

Betrachten wir jetzt weiterschreitend ein Beispiel einseitig wirkenden Druckes, wie etwa eine dem Landvolke isoliert auferlegte Steuer, eine Massnahme, die zur Zeit der Bildung der Territorialfürstentümer zu den gewöhnlichsten Akten der Staatskunst zählte, wählen wir eine Grundsteuer von 10 % des Jahresreinertrages.

Damit ist das Land ein Ort sozialen Mehrdrucks geworden, von dem die Bevölkerung abströmt. Ein Teil zieht in die Stadt und ergreift Gewerbe; dadurch steigt der „natürliche Marktpreis“ und macht an der Peripherie neue landwirtschaftliche Betriebe nötig und möglich; diese besetzt ein anderer Teil der abströmenden Landbevölkerung. Das setzt sich so lange fort, bis das Gleichgewicht hergestellt ist. Und zwar verläuft das im einzelnen folgendermassen:

Vor der Besteuerung tauschte sich der Reinertrag eines Arbeitstages in der Stadt gegen den eines Arbeitstages auf dem Lande, $\frac{1}{6}$ Zentner Korn gegen 1 Wagen. 50 Zentner seien des Bauern, 300 Wagen des Städters Jahresreinertrag gewesen. Vom Moment der Steuerbelastung an hat der Bauer 5 Zentner an seinen Landesherrn abzutragen; es entsteht eine Druckdifferenz von 5 Zentnern = 30 Wagen. Jetzt beginnt

die Abwanderung. Es vermindert sich die Nachfrage nach Wagen, weil der ländlichen Abnehmer weniger geworden sind, es vermehrt sich das Angebot von Wagen, weil der Erzeuger mehr geworden sind. Umgekehrt steigt die Nachfrage nach Korn, weil der Verbraucher mehr, und sinkt sein Angebot, weil der Erzeuger weniger geworden sind. Es treffen also alle Umstände zusammen, um eine Werterhöhung der Urprodukte, eine Wertverminderung der Gewerbsserzeugnisse herbeizuführen. Korn gewinnt, Ware verliert an Kaufkraft.

Das muss sich so lange fortsetzen, bis der Druck auf beiden Seiten wieder gleich geworden ist. Dies ist der Fall, wenn die beiderseitige Komfortbreite sich wieder gleich hoch gestellt hat. Der Bauer behält von seinem Rothertrage jetzt nur noch 45 Zentner, der Städter, als nicht besteuert, seine vollen 300 Wagen. Das Gleichgewicht ist erreicht, wenn Jahresreinertrag sich wieder mit Jahresreinertrag tauscht, also 45 Zentner mit 300 Wagen. Der Wagenpreis muss fallen von $\frac{3}{18}$ auf $\frac{3}{20}$ Zentner, der Zentner steigen von $\frac{18}{3}$ auf $\frac{20}{3}$ Wagen. Vorher behielt der Bauer nach Befriedigung seiner Existenzbedürfnisse $50 - 12 = 38$ Zentner à 6 Wagen = 228 Wagen zur Verfügung, jetzt nur noch $45 - 12 = 33$ Zentner à $6\frac{2}{3}$ Wagen = 220 Wagen. Früher zahlte der Städter für seine Existenzbedürfnisse (12 Zentner à 6 Wagen) = 72 Wagen und behielt 228 Wagen zur Verfügung; jetzt zahlt er für 12 Zentner à $6\frac{2}{3}$ Wagen = 80 Wagen und behält nur noch 220 Wagen Komfortbreite. Das Niveau steht also wieder gleich, nur beiderseits tiefer, um 8 Wagen oder $\frac{24}{20}$ Zentner.¹⁾

Um ganz exakt zu sein, sei bemerkt, dass in Wirklichkeit die relative Verschiebung von Warenpreis und Kornpreis noch grösser sein muss, als wir hier berechnet haben. Wir haben nämlich, um die Rechnung nicht zu verwirren, ausser

¹⁾ Anm. Man sollte glauben, dass Städter und Bauer je 5% von ihrem Einkommen einbüßen müssten, um 10% Grundsteuer zusammen aufzubringen; das ist aber natürlich nur dann der Fall, wenn die Zahl beider gleich gross ist. In unserem Beispiel aber, wo jeder Bauer 38 Zentner Korn Überschuss hat, ernährt er $3\frac{1}{6}$ Gewerbetreibende. Das Verhältnis steht also 6:19. Die Steuer beträgt 5 Zentner pro Bauer. Diese verteilt sich so, dass 6 Bauern und 19 Städter je $\frac{24}{20}$, zusammen also $\frac{25 \cdot 24}{20} = 30$ Zentner aufbringen, d. i. die Steuer der 6 Bauern.

Acht gelassen, dass die Produktivität des Städters durch die Zuwanderung etwas steigt, die des Bauern durch die Abwanderung etwas sinkt, so dass auch dadurch die Druckdifferenz noch erhöht, die Strömung in die Stadt verstärkt und die Kaufkraft des Kornes für Waren vermehrt wird.

Um den Vorgang an unserem Beispiele von den kommunizierenden Röhren klar zu machen, so gleicht die einseitige Steuer einem in die eine Röhre hineingepassten und mit einem bestimmten Gewicht belasteten Stempel. Dieser treibt die Flüssigkeit so lange in die offene Röhre, bis der Druck der Flüssigkeit hier dem Druck der Flüssigkeit, des Stempels und des Gewichtes dort wieder die Wage hält.

Fassen wir die Folgen der einseitigen Steigerung des sozialen Druckes noch einmal kurz zusammen:

Wir haben eine unternormale Dichtigkeit der Bevölkerung des platten Landes und dementsprechend eine übernormale Dichtigkeit derjenigen der Stadt; haben eine übergrosse Ausdehnung des angebauten Kreises, einen unter dem natürlichen Preise stehenden Waren- und einen darüber stehenden Kornpreis, und als Endergebnis ein unternormales Niveau der Einkommen: alles gemessen am Normalpegel des „isolierten Staates“.

Wir heben den gewaltigen Unterschied hervor, welcher zwischen der allseitigen und der einseitigen Belastung besteht. Dort gleichfalls ein Sinken des Wohlstand-Niveaus, aber ohne Verschiebung der Bevölkerungsverteilung, ohne Störung des Gleichgewichtes der Organe der Volkswirtschaft. Bei allseitigem Druck eine auf alle Organe gleichmässig verteilte Last, welche den Körper belästigen, vielleicht erdrücken, aber nicht krank machen kann. Bei der einseitigen Belastung aber nicht nur Sinken des Wohlstand-Niveaus, sondern das Gleichgewicht, nur künstlich erhalten durch eine Verschiebung der Bevölkerung, welche das eine Organ, das Gewerbe, zur Hypertrophie, das andere, die Landwirtschaft, zur Atrophie führt. Der Verlust eines Teils der Landbevölkerung erzwingt nämlich eine weniger intensive Bewirtschaftung, einen geringeren Nahrungsüberschuss der bebauten Flächeneinheit; es dehnt sich daher der Anbaukreis übermässig; und das erzwingt eine Belastung der Volksbilanz mit reinen Transportspesen, eine

Vergeudung von Arbeitskraft, welche für die Herstellung von materiellen Gütern hätte eingesetzt werden können.

[Die allseitige Belastung wird sozusagen auf dem Kopfe oder dem Rücken der Volkswirtschaft getragen und lässt sie gesund; die einseitige Belastung wirkt wie ein, vielleicht an sich leichteres, Gewicht, das unter einem Arme getragen wird. Es ruft auf die Dauer Rückgratverkrümmung und noch ernstere Komplikationen hervor.]

So lange jedoch die einseitige Belastung nicht wächst, wird der Wirtschaftskörper sich ihr nach einer gewissen Zeit angepasst haben, namentlich bei wachsender Volkszahl. Hier wächst die Komfortbreite unaufhörlich; sie wird ihren alten Stand nach einer gewissen Zeit erreicht haben und dann überschreiten. Zwar wird die relative Übervölkerung der Gewerbe und Untervölkerung des platten Landes, die Überdehnung des Anbaukreises und die Vergeudung von Arbeitskraft für unnötige Transporte, der relative Tiefstand des Preises der Gewerbeserzeugnisse und der relative Hochstand der Urprodukte bestehen bleiben: aber es ist, um medizinisch zu reden, eine Kompensation eingetreten, eine volle Anpassung an die Störung hat sich vollzogen, es ist eine neue Harmonie der einzelnen Organfunktionen, eine Art neuer Physiologie geschaffen.

Ganz anders aber, wenn die einseitige Belastung sich regelmässig steigert; um bei unserem Bilde zu bleiben, wenn das den Stempel in der Ackerbauröhre niederpressende Gewicht ohne Aufhören vermehrt wird. Dann kann das Überströmen in die kommunizierende Gewerberöhre natürlich kein Ende finden, der Druck muss sich beiderseitig stetig vermehren, oder, was dasselbe ist, das durchschnittliche Einkommen stetig vermindern.

Betrachten wir der Einfachheit halber zuerst den weniger verwickelten Fall einer wachsenden einseitigen Drucksteigerung in einer Gesellschaft, welche an Volkszahl als nicht steigend angenommen wird. Nehmen wir z. B., um alle menschliche Verschuldung auszuschliessen, den Fall an, dass eine neue Vergletscherung, eine dritte Eiszeit, vom Nordpol her über Europa herziehe und in langsamem, aber unaufhaltsamem Vorrücken das Klima von Jahr zu Jahr verschlechtere, die Rohrerträge der Landwirtschaft verringere. Dann entsteht von

Jahr zu Jahr eine neue Druckdifferenz zwischen Stadt und Land, welche Jahr für Jahr die Hypertrophie der Gewerbe, die Atrophie der Landwirtschaft, die Überdehnung des Anbaukreises, die unproduktiven Transportkosten, die Verzerrung der natürlichen Preisbildung, die wir entwickelten, steigert. Hier kann keinerlei Anpassung stattfinden, und der Schluss der Tragödie muss schliesslich der wirtschaftliche Tod des ganzen Gemeinwesens sein. Zuerst sinkt die Komfortbreite der Bauern ab, welche zwar immer höhere Preise für ihr Korn erzielen, aber doch nicht hoch genug, um die Verringerung der Ernten auszugleichen: mit ihnen parallel sinkt die Komfortbreite der Gewerbetreibenden, die einen immer grösseren Teil ihres Jahresproduktes auf die Beschaffung der Existenzbedürfnisse verwenden müssen. Zeigte sich das Kennzeichen der fortschreitenden Volkswirtschaft darin, dass immer mehr Gewerbetreibende auf einen Bauern kamen, d. h. dass die Abwanderung immer stärker war, als die Auswanderung, so kehrt sich hier das Verhältnis um. Je weniger Überschüsse der einzelne Bauer an Nahrungsmitteln in die Stadt liefern kann, um so mehr Bauern sind notwendig, um jeden einzelnen Städter zu ernähren. Die Anbauzone dehnt sich also reissend, der „natürliche Marktpreis“ des Kornes nimmt immer schneller zu, während die Steigerung der Arbeitsteilung und die Produktivität der Arbeit in der Stadt immer langsamer wächst. Schliesslich wird der Punkt erreicht, wo die Druckzunahme die Druckabnahme überwiegt. Jetzt kehrt sich die Strömung um, die Stadt entvölkert sich; und von jetzt an verläuft der ganze Prozess durch alle Stadien rückwärts, bis er wieder auf der ersten Stufe der mangelnden Organisation angelangt ist. Die „Auflösung“ erfolgt genau wie beim eigentlichen, individualen Organismus: statt dass die Teile des Organismus einander immer unähnlicher werden, werden sie sich ähnlicher; statt dass sie immer straffer in Arbeitsvereinigung zusammen treten, wird ihre Verbindung immer lockerer; den Schluss bildet ein unorganisches Haufwerk ganz gleicher Stoffteilchen, unverbundener, von roher Beraubung der Natur lebender Familiengruppen oder gar einzelner Wilder. — So ungefähr muss man sich das Ende der irdischen Kultur vorstellen, wie es eintreten wird, wenn dereinst die strahlende Wärme der Sonne abnimmt und die Eispanzer der beiden Pole sich über

die Erde hinschieben, bis auf dem Äquator der letzte Eskimo erfriert, wie es Madatsch in seiner „Tragödie des Menschen“ dargestellt hat.

Kehren wir jetzt zu unserer Untersuchung zurück. Wir haben soeben den Fall untersucht einer andauernd wachsenden, einseitigen Drucksteigerung unter der Voraussetzung einer stabilen Volkszahl. Wir gehen jetzt weiter zur Betrachtung des verwickelteren Falles einer einseitigen, wachsenden Drucksteigerung bei zunehmender Volkszahl.

Hier sind drei Fälle denkbar. Erstens: die Zunahme des Druckes ist geringer, als die nach dem Gesetz der Erzeugung mit zunehmender Volkszahl notwendig eintretende Druckverminderung. Dann wird augenscheinlich eine Kompensation eintreten können, ganz wie in dem Falle von stabilem Druck bei zunehmender Volkszahl, den wir oben abgehandelt haben, nur mit einer entsprechend grösseren Verzerrung der „reinen“ Verhältnisse.

Oder zweitens: die Zunahme des Druckes ist grösser als die Verminderung: dann entsprechen offenbar die Verhältnisse ganz dem eben abgehandelten Falle von zunehmendem Druck bei stabiler Volkszahl: und der Tod des Wirtschaftskörpers muss eintreten, wenn auch langsamer als dort.

Oder drittens: die einseitige Druckvermehrung ist genau so gross, wie die durch die Volksvermehrung erfolgende Druckverminderung.

Diesen Fall müssen wir besonders ins Auge fassen. Er hat eine weit grössere Bedeutung, als alle anderen, denn es ist der Fall des modernen Organismus der Weltwirtschaft. Genau so, wie in der Hypothese unserer Versuchsanordnung, wirkt **das agrarische Grossgrundeigentum**: es vermehrt den einseitigen Druck auf die Landbevölkerung genau in derselben Masse, wie die Zunahme der Volksdichtigkeit ihn vermindert.

Unter „agrarischem Grossgrundeigentum“ verstehe ich jedes landwirtschaftlich genutzte Stück Boden, dessen Ertrag derart geteilt wird, dass die darauf wirtschaftlich arbeitenden Subjekte ein unveränderliches, oder doch nur wenig ver-

änderliches Fixum, der Inhaber des juristischen Eigentumstitels aber den ganzen Rest erhält.

Diese Definition schliesst die mittlere und kleine Bauernwirtschaft aus, sofern sie im regelmässigen Betriebe keine gemieteten Hilfsarbeiter beschäftigt: denn hier ist wirtschaftendes Subjekt und juristischer Eigentümer eine Person — sie schliesst ferner das mittelalterliche Feudal-Ober-eigentum, die „Grossgrundherrschaft“ aus: denn hier war im Gegenteil der Titulareigentümer mit einem unveränderlichen oder nur wenig veränderlichen Fixum am Ertrage beteiligt, während die wirtschaftenden Subjekte den Rest erhielten. Dagegen fällt unter den Begriff nicht nur das „Grossgrundeigentum“ engeren Sinnes unserer geltenden Statistik, sondern auch mittleres und sogar „kleines“ Grundeigen, wenn zu seinem regelmässigen Betriebe Lohnarbeiter verwendet werden, wie in Weinbergen, Handelsgärten u. s. w. Jedoch geht schon aus dem in den vorigen Kapiteln gesagten hervor und wird später noch genauere Erörterung finden, dass dieses „Grossgrundeigentum“ kleinen Umfangs ebenso wie das nahe verwandte grossstädtische Bodeneigentum seine Fähigkeit, fremde Arbeit auszubeuten, nur da erhalten kann, wo ein bedeutendes agrarisches Grosseigentum in seinem engeren Sinne in demselben Wirtschaftskreise (also nicht etwa in denselben politischen Grenzen) vorhanden ist. Darum richtet sich unsere Anklage nur gegen dieses letztere.

Unter den Verhältnissen „reiner“ Wirtschaft erhöht sich, wie wir oben gezeigt haben, nach dem „Gesetz der Erzeugung“ das Einkommen jedes wirtschaftenden Subjektes mit steigender Volksdichtigkeit. Wo aber Grossgrundeigentum existiert, da kommt dieser Zuwachs an Einkommen nicht den dasselbe bewirtschaftenden Subjekten zu gute, sondern ausschliesslich dem Titulareigentümer. Der Tagelöhner des Grossgutsbetriebes erhält seinen Standard of life; und auch der Pächter der nach englischem Brauch als Pachtungen vergebenen Latifundien erhält auf die Dauer und im Durchschnitt nicht mehr als den Standard of life seiner Klasse: alles aber, was dem Ertrage — und mithin dem Werte des Bodens aus allgemein-wirtschaftlichen Verhältnissen zuwächst: durch Vergrösserung der Kaufkraft des wachsenden Marktes, Absinken der vom Produzenten zu tragenden Transportkosten, speziell Eisenbahn-

bau, Kanalbauten, Handelsverkehr, Sinken des Zinsfusses, wissenschaftliche Fortschritte u. s. w. u. s. w., alles das wächst dem Eigentümer zu. Ich werde diesen Zuwachs, der ohne Zuthun des Eigentümers aus der wachsenden Arbeitsteilung der ganzen Gesellschaft folgt, in Zukunft als „Zuwachsrente“ bezeichnen; und bemerke ausdrücklich, dass diejenige Vermehrung eines Gutsertrages, welche aus der Tüchtigkeit des selbstwirtschaftenden Besitzers oder aus glücklichen Kapitalinvestitionen stammt, nicht unter den Begriff der „Zuwachsrente“ fällt, sondern unter die Kategorien: „Arbeitslohn“ und „Unternehmergewinn“ der reinen Ökonomie. Dagegen gehört jeder Zuwachs, welcher aus besonderen gesetzlichen Begünstigungen der Grundbesitzer stammt — einseitige Steuerentlastung und Zuschüsse aus dem Steuersäckel, Schutzzölle, Prämien und Kontingente — zur „Zuwachsrente“.

Da die „Zuwachsrente“ alle Vorteile der fortschreitenden Volksdichtigkeit an sich nimmt, so haben wir hier thatsächlich die Verhältnisse, wie in unserer Versuchsanordnung: dauernde einseitige Verminderung des auf der Stadtbevölkerung lastenden relativen Druckes; oder, was ganz das gleiche ist: dauernde einseitige Vermehrung des auf der Landbevölkerung lastenden relativen Druckes genau um den Betrag der durch die fortschreitende Arbeitsteilung jeweilig verursachten Druckverminderung.

Versuchen wir, auch diesen „Fall“ zu analysieren!

Wir schreiten auch hier vom einfacheren zum verwickelteren vor:

Der einfachste Fall, der sich konstruieren lässt, scheint folgender zu sein:

Der „isolierte Staat“ hat in ungestörter Entwicklung ein Stadium erreicht, in welchem das Einkommen jedes einzelnen Familienvaters durchschnittlich 1000 Geldstücke ausmacht. Jetzt kommt ein fremder Eroberer aus einem Lande, welches in keinerlei Wirtschaftsbeziehungen zu dem isolierten Staat steht, besiegt ihn und erklärt die gesamte unendliche Ebene für sein Eigentum, bebautes und unbebautes Land.

Er lässt den Bauern ihre Komfortbreite unverkürzt, beansprucht und erhält aber von jedem Landmann den vollen Überschuss dessen, was er von jetzt an über 1000 Geldstücke einnehmen wird, d. h. die volle Zuwachsrente; oder was ganz dasselbe ist, er zahlt fortan jedem seiner Bauern 1000 Geldstücke jährlich und zieht die ganze Ernte an sich. Das erste System entspricht der englischen Verpachtung, das zweite dem ost-deutschen Grossgutsbetrieb. Die Stadt bleibt steuerfrei, die Freizügigkeit unangetastet. Um die Rechnung nicht mit Nur-Konsumenten zu belasten, nehmen wir vorläufig an, der Erroberer residiere und verbrauche die gesamte Steuer in seinem Stammlande, halte auch keine Soldaten oder Beamte in dem eroberten Lande. Es sind hier nach wie vor ausschliesslich Produzenten mit ihren Versorgten.

Im Augenblick, wo er auferlegt wird, ist dieser milde Tribut gleich Null, ändert also auch nichts an der gewöhnlichen Strömung zum Gleichgewicht. Aber auch nur einen Augenblick! Denn sofort, wie sich die Bevölkerung vermehrt, wird ja (durch die gesteigerte Produktivität) die Stadt dem Lande gegenüber ein Ort wirtschaftlichen Minderdrucks. Und da jetzt die „Zuwachsrente“ verhindert, dass das Gleichgewicht sich herstellt durch Vermehrung des Druckes über der Stadt und gleichzeitige Verminderung über dem Lande, so stellt sich das Gleichgewicht her allein durch Druckvermehrung über der Stadt. Die Abwanderung wird stets so stark sein, dass des Städters Einkommen nicht höher steigen kann, als das des Bauern, nicht über die „konzessionierte Komfortbreite“, wie ich es nennen will, von 1000 Geldstücken. [Auch hier wieder soll die Ziffer nur die Gesamtsumme aller materiellen und sozialen Annehmlichkeiten bedeuten, nicht etwa eine für Alle gleiche Geldsumme.] Das heisst also: die Produktivität der städtischen Arbeit kann sich von jetzt an noch so sehr vermehren: die Städter müssen doch immer das ganze Mehr ihrer Jahresproduktion hingeben, um ihr Korn einzutauschen, ihre Komfortbreite bleibt trotz aller Zunahme ihrer Leistungsfähigkeit unveränderlich auf tausend Geldstücken stehen, wie die der Bauern. Alle Fortschritte der Arbeitsteilung kommen nicht dem Produzenten in Stadt und Land zu Gute,

sondern ausschliesslich dem Nutzniesser der „Zuwachsrente.“¹⁾)

Das ist das Schlussergebnis, der Ausgleich. Er kommt zustande wie bei jeder einseitigen Druckvermehrung: Übernormale Aus- und Abwanderung, Verschiebung des Preisniveaus zu Ungunsten der Industrieerzeugnisse und zu Gunsten der Ackererzeugnisse, Überdehnung des Anbaukreises, Vergeudung von Transportkosten. Aber es besteht der grosse Unterschied zwischen einer festen Belastung (z. B. der zehnprozentigen Grundsteuer unseres ersten „Versuches“) und der dauernd zunehmenden Belastung: dort wird der künstliche Druckunterschied im Verhältnis immer kleiner, je mehr die Komfortbreite Aller wächst: hier wird er immer grösser, je mehr die Zuwachsrente wächst. Darum finden wir die pathologischen Erscheinungen, die wir dort als kompensierbar erkannt haben, hier zu einer immer furchtbareren Intensität gesteigert.

Die Bevölkerung ist selbstverständlich jederzeit so verteilt, dass der entfernteste Bauer, dessen Zufuhren für die Stadt noch erforderlich sind, nach Abzug der Transportkosten gerade noch 1000 Geldstücke Einkommen hat, also steuerfrei ist. Denn bis dahin reicht das Gebiet gleichen sozialen Drucks, reguliert durch den städtischen Marktpreis und seine Wirkung auf Aus- und Abwanderung.

Aus dieser Betrachtung ergibt sich eine interessante Folgerung. Offenbar ist nämlich die Steuer, welche der Herrscher von der Flächeneinheit zieht, am grössten in der Umgebung der Stadt, weil dort die meisten Steuerzahler sitzen, fällt nach aussen hin und wird, wie eben gezeigt, an der Grenze des Anbaukreises gleich Null. Diese Steuer unterliegt also genau denselben Gesetzen, wie v. Thünens Landrente,²⁾ und ist auch in der That mit ihr identisch. Wächst mit der Stadt der Anbaukreis, so entsteht an der ehemaligen Peripherie, gerade so, wie nach Thünen die Landrente, unsere „Zuwachsrente.“

¹⁾ Der „Zuwachsrente“, nicht aber dem Eroberer. Es wird erst später nachgewiesen werden können, dass nun auch in den Städten „Zuwachsrente“ entsteht, welche Anderen zufliesst.

²⁾ Isolierte Staat, I. S. 227 und passim.

In welcher Weise wächst nun dieser Tribut der „Zuwachsrente?“

Bei Erlass der Verfügung ist er, wie schon gesagt, gleich Null. Dann wächst er stärker als die Bevölkerung, weil ja auch die Produktivität der Arbeit, d. h. das Einkommen der Einzelnen, nach dem „Gesetz der Erzeugung“, stärker wächst als die Bevölkerung. Waren also beispielsweise im Augenblick der Eroberung 100 000 Bauern vorhanden, die nichts zahlten, so sind nach x Jahren 200 000 vorhanden, welche jeder a , und nach $2x$ Jahren 400 000, welche jeder a mal b Geldstücke steuern. Es wächst nicht nur die Zahl der Steuerzahler ganz regelmässig, sondern auch ebenso regelmässig, nur weit stärker, die einzelne Steuerleistung.

Es wird also das gesamte Volkseinkommen derart zwischen Volk und Herrscher geteilt, dass diesem ein Jahr für Jahr wachsender Prozentsatz des wachsenden Gesamtreinertrages zufällt; oder mit anderen Worten: der ausschliesslich für die Beschaffung der „Zuwachsrente“ thätig gedachte Prozentsatz der Bevölkerung wächst fortwährend, während der für die Beschaffung der „konzessionierten Komfortbreite“ thätig gedachte Prozentsatz fortwährend sinkt. Ich nenne jenen ersten Teil die „Zuwachsbevölkerung“.

Was wird nun aus der Zuwachsrente?

Diese Frage ist, auf ihre abstrakteste Fassung zurückgeführt, die berühmte Frage nach der Bedeutung der Luxus-Konsumption der Nur-Konsumenten.

Wir haben angenommen, dass der Herrscher seine Zuwachsrente gänzlich ausserhalb des „isolierten Staates“ verzehre.

Dann sind drei extreme Fälle möglich:

Erstens: er nimmt die Steuer in Form von Getreide aus dem Lande.

Zweitens: er nimmt sie in Form von Gold aus dem Lande.

Drittens: er nimmt sie in Form von Waren aus dem Lande.

Erster Fall: Nehmen wir der Bequemlichkeit halber an, die Steuer sei in dem Augenblicke auferlegt worden, wo die Komfortbreite des Bauern genau doppelt so gross war,

wie seine Existenzbreite, d. h. wo jeder Bauer die Lebensmittel für je einen Gewerbtreibenden verkaufen konnte.

Wird von diesem Augenblick an alles Korn, das der Bauer mehr herstellt, in natura exportiert, so muss augenscheinlich das Verhältnis der Bauernzahl zu dem der Städterzahl in alle Ewigkeit wie 1:1 bleiben, während es sich in der reinen Wirtschaft fortwährend zu Gunsten der städtischen Bevölkerung verschiebt. Die Stadt kann nicht mehr durch Abwanderung zunehmen, sondern nur durch ihren eigenen Geburtenüberschuss. Folglich bleibt der „natürliche Marktpreis“ für Korn hinter der Norm zurück. Folglich kann sich auch der Anbaukreis nicht so weit durch Auswanderung strecken, wie in der Norm. Das heisst: der grösste Teil des Nachwuchses der Bauernschaft hat weder in der Stadt noch in der bisher unbebauten Ebene Raum: er ist „überzählig“ — und es muss entweder die pro Kopf der Bevölkerung verteilbare Unterhaltsquote sich so lange vermindern, bis „vice and misery“ als apokalyptische Todesreiter die Unterhaltsmittel mit der Bevölkerung dadurch im Gleichgewicht halten, dass sie die Überzähligen vernichten; oder es muss ein „moral restraint“ das Entstehen der Überzähligen verhindern; oder schliesslich: der Überschuss muss aus dem „isolierten Staate“ durch Auswanderung im eigentlichen Sinne verschwinden. Bei der Voraussetzung voller Freizügigkeit wird hier der letzte Fall eintreten. Denn es besteht ein Ort starken sozialen Minderdrucks da, wo das als Tribut exportierte Getreide auf Abnehmer wartet, welche Gewerbszeugnisse dagegen tauschen wollen.

Das heisst also: wenn der Herrscher die Zuwachsrente in Gestalt von Getreide exportiert, so exportiert er eben dadurch auch die „Zuwachsbevölkerung“. Sie geht dem „isolierten Staate“ und seinem produzierenden Volke verloren.

Zweitens: Der Herrscher fordert die Steuer in Gold. Dann deckt der Bauer aus seiner Ernte zuerst seine eigenen Existenzbedürfnisse. Den Überschuss vertauscht er zu einem Teil gegen diejenigen Waren, welche seine konzessionierte Komfortbreite ausfüllen, und den Rest, die „Zuwachsrente“, gegen soviel Gold, wie er Steuer zu zahlen hat.

Der Städter deckt aus seiner Warenproduktion zuerst seine eigene Komfortbreite an Waren, die ebenso gross ist,

wie die des Bauern. Den ganzen Rest seiner Produktion muss er hingeben, um seine Existenzbedürfnisse beim Bauern zu kaufen und zwar zum einen Teil direkt, Ware gegen Korn, zum anderen Teil indirekt, indem er vom Goldproduzenten Gold gegen Ware eintauscht und dieses Gold dem Bauern gegen Korn zur Steuerzahlung überlässt.

Oder aber: der Bauer tauscht den Betrag seiner Steuer in Korn direkt gegen das Gold des Goldproduzenten; dieser giebt den Überschuss an Korn über seine Existenzbedürfnisse dem Gewerbtreibenden, Korn gegen Ware, und kommt so zu seinem Deputat an Nahrung und Komfort.

Dieses ganze Gold wird nun exportiert. Was wird daraus?

Der Herrscher kann das Gold in seinem Stammlande gegen Waren eintauschen, kann es aber auch im „isolierten Staat“ ausgeben.

Im ersten Fall wird augenscheinlich die ganze „Zuwachsbevölkerung“ gezwungen sein, für Herbeischaffung des nötigen Steuergoldes zu arbeiten. Ob sie es direkt aus Minen gewinnt, oder ob sie es für Korn oder Waren aus dem Auslande importiert, macht dabei keinen Unterschied. Exportiert sie Korn für Gold, so muss, wie in Fall eins, die gesamte Zuwachsbevölkerung auswandern; exportiert sie Waren für Gold, so haben wir Fall drei.

Dritter Fall: Es ist nämlich genau das gleiche, ob die Waren in Substanz an den Fiskus oder im Handelswege gegen Gold des Auslandes exportiert werden, welches der Fiskus erhält. Wenn also der Herrscher seinen Tribut in Waren aus dem „isolierten Staate“ nimmt, so bleibt zwar die „Zuwachsbevölkerung“ demselben erhalten; aber der für die konzessionierte Komfortbreite produzierende Rest des Volkes wird in seinem Einkommen davon so wenig berührt, wie wenn sie ausgewandert wäre. Zwar ist die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft bei Anwesenheit der Zuwachsbevölkerung grösser, als bei Abwesenheit; aber der Vorteil davon fliesst lediglich als höhere Rente in die Kasse des Fiskus.

Daran ändert sich, wie wir sofort bemerken wollen, aber auch nichts, wenn der Nutzniesser der Zuwachsrente seine Residenz im Lande selbst hat. Er selbst hat einen Vorteil, da er die Transportkosten spart; aber für das Einkommen

des Produzenten ist sein Nur-Konsumentenverbrauch ohne jede Bedeutung. (Wir reden hier selbstverständlich von blossen Drohen, deren Einkommen keinerlei notwendige politische und militärische Leistung gegenübersteht.) Ob die Zuwachsrente im Lande oder ausser Landes aufgezehrt wird, ob sie in Gold, Waren oder Korn erhoben wird, — oder ob sie in einer dieser Formen pure vernichtet wird, ist für den Tauschwirtschaftskörper völlig gleichgiltig. Die Luxuskonsumption der Nur-Konsumenten erhöht den Wohlstand des arbeitenden Volkes nicht um einen Deut, die Anwesenheit der für die Nur-Konsumenten thätigen Bevölkerung erleichtert weder ihre eigene noch der andern Produzenten Last um das geringste.

Nach dieser Feststellung fassen wir den Fall noch näher ins Auge, dass der Nutzniesser seine Zuwachsrente in Form von Waren erhebt, resp. das Steuergold im Lande selbst gegen Waren umtauscht.

In diesem Falle ist also die gesamte Zuwachsbevölkerung für die private Konsumtion des Herrschers thätig. Es ist klar, dass sich damit die Art und Richtung der Erzeugung einschneidend ändern muss. Denn diese passt sich jederzeit der kaufkräftigen Nachfrage an. Bis zu dem Augenblicke der Eroberung wuchs die kaufkräftige Nachfrage der Masse auf zweierlei Weise: durch Addition und gleichzeitige Potenzierung, d. h. es wuchs die Zahl der Landleute, und noch stärker die Kaufkraft jedes einzelnen. Darum richtete sich die Erzeugung naturgemäss auf Massenprodukte des täglichen Gebrauchs und bürgerlichen Wohllebens.

Jetzt wächst, vom Augenblicke der Eroberung an, die Kaufkraft des bäuerlichen Binnenmarktes nur noch durch Addition. Da die Produktivität der Stadt wächst, so sinkt also die Zahl der Städter, welche diese Kaufkraft (die konzessionierte Komfortbreite) mit ihrer Produktion ausfüllen, relativ zu der der versorgten Bauern. Diese, durch die steigende Produktivität der Arbeit freigesetzte Gewerksbevölkerung zusammen mit der überschüssigen Zuwanderung in die Stadt, eben die „Zuwachsbevölkerung“, ist für den Absatz ihrer Erzeugnisse auf die kaufkräftige Nachfrage eines Mannes angewiesen. Dieser hat einen sehr geringen Bedarf an Massengütern des täglichen Gebrauchs und des bürger-

lichen Wohllebens. Der ganz überwiegende Teil der ihm zufließenden „Zuwachsrente“ wird also verwendet für Luxus-Konsumption. Ob er dabei den ganzen Betrag der Rente in materielle Werte umsetzt (Bauten, Geschmeide, Kleider, Geräte) — oder ob er den ganzen Betrag in Dienste umsetzt (Diener, Harem, Soldaten, Leibwächter, Theater), d. h. ob er die von ihm aus seiner Zuwachsrente ernährten Menschen produktiv oder unproduktiv beschäftigt, ist wieder für die Gesundheit der Volkswirtschaft und das Einkommen der produzierenden Arbeiter von keiner anderen Bedeutung, als wenn er die ganze Zuwachsrente ins Meer versenkte oder in Flammen aufgehen liesse.

Jedenfalls aber werden wir als weitere Folge des Bestehens der „Zuwachsrente“ festzuhalten haben: zunehmende Luxusproduktion und zunehmende Beschäftigung von Arbeitskräften in unproduktiven Berufen: Dienerschaft und Schmarotzertum aller Art.

Zum Schlusse dieser ersten grundlegenden Betrachtung wollen wir der rein-mathematischen noch eine psychologische Feststellung folgen lassen:

Da jeder Bauer den vollen Überschuss seines Einkommens über 1000 Geldstücke abzugeben hat, resp. nur diese Summe für seine Arbeit erhält, so hat niemand ein Interesse daran, aus seiner Ackerfläche mehr als diesen Betrag zu erarbeiten. Er wird also so schlecht und liederlich wie nur möglich arbeiten, wird keine arbeitfordernden Verbesserungen des Betriebes und des Bodens vornehmen, zu denen er nicht durch äussere Gewalt veranlasst wird. Es wird also die Ergiebigkeit des Bodens, d. h. der Überschuss von Nahrungsmitteln über den Selbstverbrauch, d. h. die Kaufkraft des Marktes tief unter dem nach Massgabe der „reinen“ Verhältnisse möglichen Stande gehalten, eine Thatsache, welche jedoch lediglich die „Zuwachsrente“ niedriger hält, der Komfortbreite des Volkes jedoch keinen Abbruch thut. Dagegen wird dadurch die Volksdichtigkeit beeinflusst, da natürlich bei gleich bleibendem Geburtenüberschuss und gleich bleibender Komfortbreite die bebaute Fläche einen viel grösseren Kreis einnehmen muss bei schlechter, als bei sorgfältiger Wirtschaft. Und so steigert die „Zuwachsrente“ auch noch aus dieser

psychologischen Ursache die Überdehnung des Anbaukreises und somit — zu ihren eigenen Lasten — die Vergeudung von Transportkosten.

Wir nähern uns jetzt durch Einführung neuer Bedingungen in das Experiment Schritt für Schritt den Verhältnissen der Wirklichkeit.

Wir ersetzen zunächst den einen Nutzniesser der „Zuwachsrente“ durch eine ganze Klasse, einen grundbesitzenden Adel, dem das gesamte Gebiet gehört. Dadurch werden die allgemeinen Erscheinungen des einseitigen, dauernd zunehmenden Druckes augenscheinlich nicht verändert. Nur die „Zuwachsrente“ wird geteilt. Dadurch wird die Richtung der Erzeugung der Zuwachsbevölkerung etwas modifiziert: je zahlreicher die Rentenbezieher, um so mehr Massenproduktion, je weniger zahlreich, um so mehr Luxusproduktion!

Während aber das Volk, trotz aller Zunahme seiner Zahl, Arbeitsteilung und Leistungsfähigkeit ewig verdammt ist, mit Sieben in das Fass der Danaiden zu schöpfen, kann es nicht ausbleiben, dass innerhalb der Klasse der Rentennutzniesser es durch rein-ökonomische Ursachen zu grossen Verschiedenheiten des Einkommens und der Vermögen kommt.

Nehmen wir an, nicht ein Eroberer, sondern ein Erobererstamm habe den isolierten Staat unterworfen und nach gleichem Masse geteilt.

Jedem sind gleich viel Hufen mit ihren Bauern zugewiesen worden, deren Überschüsse er als „Zuwachsrente“ empfängt, resp. die er gegen festen Lohn beschäftigt. Jeder hat also ein auf eine bestimmte Fläche radiziertes nutzbares Recht. Ein solches kann nach dem, nach der Voraussetzung in allem übrigen geltenden freien Tauschrecht vererbt und veräussert werden. Wir haben also die Rechtsform, wie sie unsere, von allen Feudalservituten befreiten, modernen Rittergüter darstellen.

Unter solchen Verhältnissen muss das Gesetz der Anhäufung des Reichtums in Kraft treten. Die eine adlige Familie, welche die Kunst begriffen hat, jederzeit nur einen Erben zu produzieren, ist nach wenigen Generationen reicher, als zuvor, weil die Zuwachsrente stark gestiegen ist, die andere

ist weitverzweigt, aber verarmt. Dort sind die Güter in einer Hand geblieben, hier in Fetzen zerrissen oder enorm mit Pfandverschreibungen belastet. Denn die Erbteilung kann gerade so gut, wie durch Realteilung, durch Anweisungen der weichenden Erben auf einen genau umschriebenen Teil der Zuwachsrente erfolgen.

Gerade so gut wie bei der Erbteilung kann aber auch unter Lebenden der Gutsherr Rentensubstrat oder Rente veräussern, d. h. das Gut ganz oder teilweise verkaufen oder Schulden aufnehmen, für welche das Gut selbst haftet: Hypotheken.

Diese Rechtsbildung muss unter allen Umständen zu einer stetig wachsenden Hypothekarverschuldung des Grossgrundeigentums führen. Auf der einen Seite haben grosse Eigentümer, welche sparsam und geschäftsklug sind, Überschüsse aus ihrer Zuwachsrente, welche sie weder gegen Ware noch gegen Dienste umzusetzen gesonnen sind; auf der anderen Seite haben kleine Eigentümer nicht mehr die Möglichkeit, aus dem ihnen zufließenden Rententeil den adligen Standard aufrecht zu erhalten. Wir haben also einerseits Angebot von Geld, andererseits Nachfrage danach; aus dem Verhältnis dieser beiden Kräfte ergibt sich rein ökonomisch die Höhe der Leihgebühr, des reinen Hypothekenzinses.

Wenn ein regelmässiger Hypothekenmarkt entstanden und der Zinsfuss fixiert ist, dann erst erhält das „Rittergut“, d. h. der darauf radizierte Rentenniessbrauch einen ziffernmässig auszudrückenden Verkehrswert. Dieser Wert ist etwas höher, als die kapitalisierte Rente. Um ein Beispiel zu wählen: wenn bei einem Zinsfuss von 5% ein Gut 5000 Geldstücke Rente trägt, so ist es nicht 100 000, sondern etwa 120 000 Geldstücke wert.

Dieser Mehrwert über den kapitalisierten Rentenrertrag ist die „Spekulationsrate.“ Da nämlich die „Zuwachsrente“ unter normalen Verhältnissen regelmässig wachsen muss, so muss der Kauflustige einen Zuschlag anbieten, welcher einen Teil des zukünftigen Rentenzuwachses kapitalisiert.

Das heisst: der Verkehrswert der Güter steht immer höher als ihr Ertragswert.

Bei Vererbungen, Käufen und Luxusverschuldung wird der Gutsherr jederzeit gedrängt werden, die Pfandbelastung

bis an die Grenze des Verkehrswertes vorzuschieben; dieser steigt sprungweise mit jeder Zinsfussherabsetzung: und so wächst nicht nur die Höhe der Hypothekensumme, sondern auch die Belastung mit Zinsen andauernd. Unter gewöhnlichen Umständen wird also derjenige, welcher ein Gut neu erwirbt, nur dann bestehen können, wenn die Getreidepreise regelmässig weiter steigen, und kann erst lukrieren, wenn der Ertragswert den von ihm bezahlten Verkehrswert überholt hat. Er ist ruiniert, wenn die Preise fallen.

Ehe wir in die Untersuchung eintreten, ob und wann es zu einer solchen Preiskrise kommen wird, wollen wir die Bedingungen des Experimentes noch mehr der Wirklichkeit annähern.

Wir stellen uns vor, dass nur ein Teil des Gebietes des „isolierten Staates“ in das Privateigentum des Eroberer-Adels übergegangen sei. Nehmen wir zunächst, um übersichtliche Verhältnisse zu schaffen, an, der Anbaukreis sei genau halbiert worden, die östliche Kreishälfte dem Tribut unterworfen, die westliche freigelassen worden.

Dann stehen, sobald die Steuer anfängt zu wirken, dem Hochdruckgebiet der östlichen Hälfte nicht mehr zwei, sondern drei Tiefdruckgebiete gegenüber: die Stadt, die unbebaute Ebene und die westliche Hälfte des Anbaukreises.

Wenn wir uns vorstellen, dass jeder Zuwanderer im westlichen Kreise Zugang zu Land und Arbeit erhalten würde, so würde sich offenbar die Bevölkerung auch hier dauernd auf die konzessionierte Komfortbreite beschränkt sehen. Die Zuwanderung aus der besteuerten Hälfte würde sich dauernd fortsetzen, die Grösse der einzelnen Bauernstelle fortwährend zusammenschrumpfen, so dass auch hier wieder, wie in der Stadt, die Komfortbreite von 1000 Geldstücken das Mass eines durchschnittlichen Einkommens bilden würde. Im einzelnen würde das Ergebnis so zustande kommen, dass das dicht besiedelte und daher äusserst intensiv bearbeitete Land dieses steuerfreien Gebietes mehr Nahrungsmittel in die Stadt liefern würde; dass infolge dessen — geringere Transportkosten — die Ernährung der Stadt leichter, ihre Einwohnerzahl grösser sein würde, als in dem vorhin abgehandelten Falle ausschliesslichen Grossgrundeigentums; die Produktivität des Städters würde also grösser sein; und da die gesamte

Zuwachsproduktivität der Zuwachsrente zufließt, so würde also auch der steuerfreie Landmann für die „Zuwachsrente“ arbeiten.

Diese Entwicklung verbietet sich aber aus dem Charakter des dem Tauschrecht eigentümlichen bäuerlichen Besitzrechtes. Dieses gewährleistet dem Bauer die Nutzung, so lange diese dauert; und zieht sein Land erst wieder ein, wenn es ungenutzt liegt. Der Bauer hat also keine Veranlassung, zusammenzurücken, um neuen Ankömmlingen Platz zu machen. So ist zwar das steuerfreie Bauernland Ort eines wirtschaftlichen Minderdrucks; aber die aus der östlichen Hälfte Abströmenden finden den Weg gesperrt; das Minimum ist auf der „Linie des geringsten Widerstandes“ nicht erreichbar. Die Bauern der westlichen Hälfte bleiben somit im Genuss des bei steigender Volkszahl wachsenden Einkommens.

Oder besser: die westliche Bauernschaft als Gesamtheit bleibt im Genuss der auf ihr Gebiet entfallenden Einkommensvermehrung. Aber es kommt doch auch hier zu verhängnisvollen Verschiebungen:

Erinnern wir uns der Verhältnisse bei „reiner Wirtschaft“. Der Geburtenüberschuss der Bauernschaft verteilte sich auf drei Gebiete: Stadt, (Abwanderung), unbebautes Land (Auswanderung) und den schon angebauten Kreis selbst, der in allen seinen Teilen von Jahr zu Jahr intensiver bewirtschaftet wurde und darum mehr Arbeitskräfte erforderte. Der steigende Getreidepreis gewährleistete dem Bauern, die noch höher steigende Produktivität dem Städter eine höhere Komfortbreite, als die vorige Generation sie gehabt hatte.

Jetzt sind dem Nachwuchs der westlichen Hälfte die beiden Gebiete der Ab- und Auswanderung gesperrt, wenn er nicht in der Komfortbreite sinken will. Denn in der Stadt ist es unmöglich, über tausend Geldstücke zu kommen; und die überströmende Auswanderung aus dem Grossgrundeigentumsbezirk hat die ganze Ebene ringsum, auch um den steuerfreien Halbkreis natürlich, so weit mit Landleuten gefüllt, dass es auch durch Auswanderung nicht möglich ist, die konzessionierte Komfortbreite zu überschreiten, da schon jetzt die entferntesten Bauern ringsum darauf beschränkt sind.

Die Bevölkerung der steuerfreien Hälfte staut sich also.

Sie findet sich in einem Gebiete wirtschaftlichen Minderdrucks, welches ringsum von Hochdruckgebieten umgeben ist, kann also nicht abfliessen; und, da Zuwanderung ausgeschlossen, werden ihre eigenen Geburtenüberschüsse schliesslich das Gebiet so ausfüllen müssen, dass es mit der Umgebung ins gleiche Niveau kommt, gerade, als wenn die Zuwanderung möglich wäre.

Bis das erreicht ist, kann sich aber die bisher notwendig erhalten gebliebene wirtschaftliche Gleichheit nicht bewahren. Denn auch hier treten jetzt rein ökonomische Faktoren ins Spiel. Bisher war die Kinderzahl sehr gleichgiltig. Was nicht Platz hatte im Kreise, fand seine ebenso gute Nahrungsstelle in der Stadt oder im Kolonisationsgebiet; jetzt aber treten genau dieselben Veränderungen ein, wie wir sie oben beim Grossgrundeigentum schilderten. Der Boden erhält einen Wert, bald auch einen bezifferbaren Verkehrswert, [der sogar, auf das Flächenmass bezogen, grösser sein wird als beim Rittergut; denn hier arbeitet ein lustloser Mann ohne Interesse am Werk, dort ein Nutzniesser alles dessen, was sein Boden trägt;] also wird auch hier die hypothekarische Belastung mit Erb-, Kauf- und Verschwenderschulden, wird auch hier die Zersplitterung in Bodenfetzen auf der einen Seite, die Accumulation von grossen Höfen auf der anderen Seite durch Heirat, Kauf und Wucher sich einstellen müssen. Auch hier die Häufung des Reichtums um einzelne Kerne!

In der „reinen Wirtschaft“ hatten wir es für wirtschaftlich nutzlos erkannt, einen grösseren Besitz in einer Hand zu vereinigen. Denn der grössere Besitz forderte gemietete Arbeitskräfte — und diese kosteten so viel als sie einbrachten, so lange freies Land jedem zur Verfügung stand. Jetzt ist das anders geworden: das Land ist so weit hinaus besiedelt, dass es dem neuen Ansiedler höchstens 1000 Geldstücke Einkommen bringt, wenn er auswandert; freies Land ist also „wohl vorhanden, aber nicht verfügbar,“ wie ich es einmal bezeichnet habe;¹⁾ es ist vorhanden, aber zu weit vom Markte, ist ein Ort wirtschaftlichen Überdrucks, in den die Bevölkerung nicht strömen kann.

¹⁾ Freiland in Deutschland S. 58. Vgl. auch v. Thünen, isol. Staat II. 128.

Jetzt sind aber in der westlichen Hälfte für 1000 Geldstücke jährlich so viel Arbeitskräfte erhältlich, als man will. Es stellt sie die durch Erbzersplitterung oder durch Erbverschuldung, durch Leichtsinn, Unwirtschaftlichkeit oder böse Konjunkturen verarmte Urbevölkerung des Kreises selbst, oder, wenn diese nicht ausreicht, die Abwanderung aus der östlichen Hälfte. Nun entfällt aber mit steigender Stadtbevölkerung auf die Flächeneinheit des Bauernlandes von Jahr zu Jahr mehr an Reineinkommen, weil der Getreidepreis dauernd wächst. Folglich lohnt es, Arbeiter zu mieten, die nur tausend Geldstücke erhalten, aber mehr als tausend erarbeiten: Es entsteht also auch hier, wo ein Bauernhof durch Zusammenlegung oder durch Eintritt in eine Stufe intensiverer Wirtschaft in die Verfassung kommt, im regelmässigen Betriebe Lohnarbeiter beschäftigen zu können, „Zuwachsrente“; der Bauernhof wird Grossgrundeigentum.

Es hat sich also hier thatsächlich aus „rein ökonomischen“ Ursachen erstlich eine tiefgreifende Verschiedenheit der Besitzgrösse und der Einkommen gebildet; neben grossen Bauernhöfen steht die armselige Zwergwirtschaft, neben dem Dorfkρόςus der Bettler. Es hat sich ebenso aus „rein ökonomischen Ursachen“ dasjenige entwickelt, was man im modernen Sprachgebrauch als „wirtschaftliche Ausbeutung“ des Schwachen bezeichnet: aber diese rein ökonomischen Faktoren konnten ihre Wirkung nur entfalten auf der Grundlage einer Einrichtung, welche aus „rein ökonomischen Gründen“ nicht entstehen kann, des Grossgrundeigentums.

Wir werden diese Erscheinung noch einmal feststellen (und dann noch genauer untersuchen,) wenn wir die ganz analoge Entwicklung in der Stadt betrachten werden. Für jetzt wollen wir den Vergleich der beiden Halbkreise, des östlichen und des westlichen, noch etwas weiter führen.

Wie verhält sich die Quantität der Aus- und Abwanderung der besteuerten zur steuerfreien Hälfte, oder modern ausgedrückt, des Grossgrundbesitzbezirkes zum Bauernbezirke?

Wir wissen, dass der Grossgrundbesitz-Halbkreis einen Ort konstanten wirtschaftlichen Druckes darstellt, weil seinen Bewohnern die Zuwachsrente dauernd entzogen wird. Im Bauernhalbkreis wächst aber der Betrag den Produzenten

selbst zu; er stellt also ein Gebiet konstant sinkenden Druckes dar. Wenn nun auch hier durch die Stauung des Geburtenüberschusses und die Zuwanderung aus dem Grossgutsbezirk das allgemeine Niveau immer wieder ausgeglichen wird, so dass jede Arbeitskraft, welche nicht mit dem jetzt zum Monopol gewordenen grösseren Landbesitz ausgestattet ist, auf die konzessionierte Komfortbreite beschränkt ist, so bleibt doch die Thatsache bestehen, dass immer im Bauernhalbkreis ein grösserer Teil des Geburtenüberschusses Platz hat, als im Grossgutsbezirk. Aus- und Abwanderung werden also aus dem Grossgutsbezirk immer stärker sein, als aus dem Bauernbezirk.

Diese Differenz wird noch aus einigen anderen Gründen gesteigert werden. Die erste, weniger wichtige, wird bedingt werden durch den, wie es scheint, konstant geringeren Geburtenüberschuss relativ wohlhabender Bauernschaften. Mag es durch spätere Eheschliessung, durch geringere Fruchtbarkeit üppig ernährter Frauen, mag es durch self-restraint oder künstliche Mittel verursacht sein: wir finden fast durchweg in Bauernschaften nicht nur geringere Kinderfrequenz, sondern auch trotz wesentlich geringerer Sterblichkeit einen geringeren Überschuss der Geburten. Für den Naturforscher, welcher die Gesellschaft als ein organisches Wesen ansieht, hat die Thatsache nichts auffälliges: er weiss, dass besonders stark abgenutzte Organe des Leibes sich schneller reproduzieren als andere; (auch sie „proliferieren“ stark, ganz wie der „Proletarier“); und er findet darin nur das Gesetz bestätigt, dass solche Species, welche der Kampf ums Dasein besonders bedroht, auch eine besonders starke Fruchtbarkeit aufweisen. Wenn dieses empirische Gesetz auch hier gilt, wird Ab- und Auswanderung aus dem Bauernbezirke im Verhältnis noch schwächer sein, als es der Druckunterschied der Zuwachsrente allein bedingen würde. Ich will jedoch auf diesen Punkt keinen Wert legen. Viel wichtiger ist für die relativ kleinere Zahl der Wanderung aus dem Bauernbezirke eine andere Thatsache, und zwar die verschiedene Entwicklung der städtischen Ansiedelungen hier und dort.

Wir nähern uns mit dieser Frage wieder um einen Schritt

den Verhältnissen der Wirklichkeit. Bisher haben wir an der Konstruktion der einen zentralen Stadt festgehalten; wir lassen diese jetzt fallen.

Wir nehmen also zunächst an, wir hätten neben der zentralen Stadt in jedem der beiden Halbkreise mehrere sekundäre, tertiäre u. s. w. Städte, deren Entwicklung wir in der „reinen Wirtschaft“ kennen gelernt haben.

Zur Zeit der Eroberung standen diese Centren naturgemäss bei den ganz gleichen Verhältnissen des Thünenschen Schemas auf genau derselben Stufe der Entwicklung, d. h. ihre Volkszahl war die gleiche, ebenso ihre Produktivität, die Erstreckung ihrer sekundären Zonen und ihre Preisgestaltung.

Betrachten wir je eins dieser sekundären Gewerbscentren in dem östlichen Grossgutsbezirk und dem westlichen Bauernbezirk in ihrer Entwicklung vom Zeitpunkte der Eroberung an.

Wir erinnern uns der Feststellung, dass eine Stadt nur wachsen kann proportional der Kaufkraft, d. h. den Nahrungsüberschüssen ihres Marktgebietes. Wie wächst also die Kaufkraft?

Zunächst sind die Nahrungsüberschüsse des Grossgutsbezirks kleiner als die des Bauernbezirks, weil erstens die Arbeitsleistung aus schon erörterten psychologischen Ursachen minderwertiger ist, und weil zweitens die Bevölkerung durch Ab- und Auswanderung dünner ist, als drüben. Es ist aus beiden Gründen der Boden weniger intensiv genutzt, als im Bauerngebiete, d. h. die Überschüsse kleiner, und die gesamte Kaufkraft geringer.

Es muss also schon aus diesem Grunde die Stadt im Osten an Einwohnerschaft hinter der im Westen zurückbleiben. Aber sie wird das noch viel stärker aus einem anderen Grunde:

Der sekundären Stadt im Osten geht nämlich von der an sich schon im Verhältnis stark verringerten Kaufkraft ihres Marktgebietes noch ein grosser Teil verloren, und zwar fast die ganze „Zuwachsrente“. Wir haben oben gezeigt, dass sich die Nachfrage der grossen Renten-Nutznieser vorwiegend auf Luxuserzeugnisse richten muss, weil sie die ihnen zufließenden Einnahmen unmöglich gegen Massenartikel um-

tauschen können. Luxusartikel erfordern aber eine sehr grosse Arbeitsteilung zu ihrer Herstellung: der Handel muss die seltensten Rohstoffe von aller Herren Ländern heranschaffen, viele verschiedene Künstler und Handwerker müssen sich zu ihrer Herstellung vereinigen. Eine derartige Arbeitsteilung giebt es im Lande nur in der Zentralstadt; dort befriedigt also der „Adel“ seine Nachfrage, und die sekundären Städte im Osten verlieren diesen Teil der Kaufkraft ihres Marktgebietes.

Anders in der Stadt im Westen! Hier hausen überwiegend Bauern; nur einzelne kleine „Grossgrundbesitzer“ entwickeln sich, deren Nachfrage nach Luxusartikeln aus der Zentralstadt verschwindend klein ist. Die grosse Masse der Nachfrage richtet sich nach wie vor auf Massenartikel des täglichen Gebrauchs und des bürgerlichen Wohllebens; und wenn auch die Überschüsse der Bevölkerung an Nahrung kleiner geworden sind, weil sie gestaut ist, d. h. mehr Landleute von der Rohernte ernährt werden müssen, so sind doch in dem Marktgebiet erstlich viel mehr Menschen, die den grössten Teil ihrer Komfortbreite aus der Stadt beziehen, als im Osten; und es wird zweitens fast der gesamte Zuwachs dort gegen Waren umgesetzt.

Die Städte im Westen werden also viel schneller wachsen als die im Osten, die Thünenschen Zonen um sie herum werden mit ihnen wachsen und einer stets vermehrten bäuerlichen Bevölkerung Aufnahme gewähren.

Das ist die letzte und vielleicht wichtigste Ursache, welche es verschuldet, dass Aus- und Abwanderung aus dem Grossgutsbezirk sehr viel stärker sein muss, als aus dem Bauernbezirk. Aber es resultiert aus der verschiedenen Entwicklung der sekundären Städte noch einmal eine Ursache für eine stärkere Wanderung im Osten.

Wo man nämlich kauft, muss man auch verkaufen. Da sich die Luxusnachfrage der Nutzniesser der Zuwachsrente in der Zentralstadt befriedigt, so wohnen dort auch die Verzehrer des für die Luxuswaren getauschten Kornes. Je grösser die Entfernung zwischen dem Gute und der Zentralstadt wird, um so geringer wird die Möglichkeit, die dem Boden entzogene Kraft durch Rücktransport von Dünger ihm wiederzuerstatten. Der kostbare Stoff — nach Mac-

queens Statistics p 12¹⁾ wurde 1850 auf den britischen Ackerboden für 103 369 139 Pfund Sterling = 2 Milliarden und 67 Millionen Mark Dünger gebracht — wird in die Flüsse oder das Meer vergeudet: nach Prof. Johnston²⁾ beträgt der Wert des in die See geleiteten Düngers nordamerikanischer Städte pro Kopf und Jahr 13 Dollars! — Oder er vergiftet den Boden der Zentralstadt und macht ihn zu einer unerschöpflichen Brutstätte bössartiger Seuchen.

Der Agrarboden des Grossgutsbezirkes verarmt also allmählich durch Export seiner Pflanzen-Nährstoffe; er wird unergiebig, d. h. ein Ort höheren Drucks: und die Auswanderung und Abwanderung wird auch dadurch noch vermehrt.

Nähern wir uns nun noch mehr der Wirklichkeit, indem wir uns die Gebiete des Grossgrundeigentums und der Bauernwirtschaft nicht mehr streng geschieden, sondern in Gemengelage vorstellen und zwar durchaus unregelmässig, so dass in dem einen Verwaltungsbezirke das eine, im andern die andere vorwiege.

Dann wird zwar unter sonst gleichen Verhältnissen die Wanderung von der Flächeneinheit jedes einzelnen Grossgutes gleich stark sein: aber sie wird in den Zahlen der Gesamtwanderungsbewegung des betreffenden Verwaltungsbezirkes in ausserordentlich verschiedener Stärke zur Erscheinung kommen, je nach dem Prozentgehalt des Bezirkes an Grossgütern. Wenn wir einen Bezirk, dessen Grundfläche zu 10% von Grossgütern eingenommen ist, vergleichen mit einem solchen, der 90% Grossgrundeigentum enthält, dann wird die Zahl der Tagelöhner im ersten sich zu derjenigen der Bauern nicht wie 10:90, sondern wie weniger als zehn zu mehr als neunzig verhalten, weil das Grossgrundeigentum unterdurchschnittlich bevölkert ist; es befinden sich z. B., wenn Bauernland doppelt so stark bevölkert ist, nicht 10%, sondern nur 5,26% der Bewohner des Bezirkes im Gebiete des wirtschaftlichen Überdrucks: und ihre Wanderungsziffer kann das Gesamtergebnis nur wenig beeinflussen. Da zudem hier sekundäre und tertiäre Städte mit ihren Zonen stark entwickelt sind,

¹⁾ Citirt nach Carey, Grundl. d. Sozialwissensch. p. 351.

²⁾ " " " " " " " " p. 253.

so findet auch noch ein Teil dieser Wanderung im Verwaltungsbezirke selbst Unterkunft und erscheint nicht in der Gesamtziffer der Wanderung.

Wo aber das Grossgrundeigentum 90% der Fläche einnimmt, da finden sich, wenn das Bauernland auch hier doppelt so stark bevölkert angenommen wird, fast 82% der Bevölkerung auf dem Orte des wirtschaftlichen Überdrucks: [Auf jedem Quadratkilometer des Grossgutsbezirkes sitzen x Menschen, also im Bauernbezirk $2x$, also durchschnittlich auf 10 Quadratkilometer $11x$ Menschen. Von diesen sind $9=81,81\%$ im Überdruckgebiet.] Diese geringe Differenz macht sich im Gesamtergebnis der Wanderung um so weniger bemerkbar, als die sekundären und tertiären Städte des betr. Verwaltungsbezirkes und ihre Zonen wenig Aufnahmefähigkeit besitzen.

Wenn man also die Verwaltungsbezirke in einer Tabelle nach dem Prozentsatz ihres Grossgrundeigentums ordnet, so werden die Ziffern für Aus- und Abwanderung mit dem Prozentgehalt und zwar wesentlich stärker, als dieser, steigen. Wenn es wieder erlaubt ist, einen exakt mathematischen Ausdruck als das Symbol einer ungefähr so verlaufenden Zahlenbewegung zu gebrauchen, so wird man der Wahrheit mit folgender Fassung sehr nahe kommen: die Wanderung wächst proportional dem Quadrate des Grossgrundbesitzes.

Ich dürfte meine Aufgabe hier als gelöst ansehen. Denn ich habe hier mit dem deduktiven Verfahren denselben Punkt erreicht, von welchem aus ich die gesamte weitere pathologische Entwicklung der modernen Wirtschaft ableiten konnte, nachdem ich ihn auf dem Wege der Induktion, namentlich der Statistik, erreicht hatte. Ich konnte im ersten Kapitel des zweiten Buches meiner „Siedlungsgenossenschaft“ zeigen, dass es möglich ist, die gesamte soziale Not von der einen zentralen Tatsache aus zu erklären, dass das Grossgrundeigentum seine Bevölkerung auf die Wanderung treibt; und zwar liess sich aus der Auswanderung die Agrarfrage in allen ihren Verzweigungen, aus der Abwanderung

die Industriefrage in allen ihren Verzweigungen ohne weiteres als notwendige Konsequenz ableiten.¹⁾

Es ist mir jetzt gelungen, die schon seit langer Zeit feststehende, international bestätigte und nirgend mehr bestrittene Thatsache, dass die Bevölkerung des Grossgrundeigentums massenhaft ab- und auswandert, zu erklären. Es hat sich gezeigt, dass es nicht Ursachen ausserhalb dieser Rechtsinstitution sind, welche die Bevölkerung entwurzeln, sondern eine Ursache, die in ihrer eigensten Natur begründet ist: die konstante Vermehrung des einseitigen wirtschaftlichen Druckes.

Damit ist alles erreicht, was ich aus dem deduktiven Verfahren zu erreichen hoffen konnte:

Erstens die Bestätigung meiner induktiv gewonnenen Auffassung, dass das Grossgrundeigentum unmittelbar [und mittelbar das Recht, auf dem es beruht, das geltende Bodeneigentumsrecht der Kulturvölker] die Ursache der Erkrankung des modernen Wirtschaftskörpers ist.

Zweitens. Folgende Feststellung: wenn man aus den Gesetzen der „Naturlehre“ richtig, d. h. logisch deduziert, so ergibt sich bei Vorhandensein von Grossgrundeigentum neben Freizügigkeit durchaus nicht die „Harmonie der Interessen“, sondern es folgen ganz im Gegenteil Schlüsse, welche mit der Wirklichkeit durchaus übereinstimmen. Daraus darf man entnehmen, dass die Voraussetzung der Deduktion richtig war. Ich hoffe also, damit der Naturlehre den verlorenen Kredit wiedergeschaffen zu haben und darf weiter hoffen, dass nunmehr auch die im vorigen Kapitel gemachte Deduktion eines reinen, d. h. von Nomadenrecht und Grossgrundeigentum freien Wirtschaftskörpers mit seiner „Harmonie der Interessen“ auf weniger Unglauben stossen wird, als bisher.

Ich dürfte also hier abbrechen, um meine Meinung nun auch mittels der dritten und letzten Methode der Nationalökonomie, der historischen, zu beweisen. Ich ziehe es jedoch vor, die reine Deduktion bis zu Ende zu führen, schon um zu beweisen, welchen Wert diese jetzt so verachtete Methode hat, wenn sie richtig gehandhabt wird.

¹⁾ Vgl. meine Siedl.-Genoss. S. 213—262 und die Einleitung dieses Buches.

Nach zwei Richtungen hin haben wir die deduktive Betrachtung noch zu führen: es fehlt uns noch die Entwicklung der Industrie und die Ursache der agrarischen Preiskrise.

Wir haben bis jetzt, um die Untersuchung nicht unnütz zu verwirren, die Stadt resp. die Städte als Orte betrachtet, deren sämtliche Einwohner unter gleichem wirtschaftlichem Drucke stehen. Wir sahen, dass die durchschnittliche Komfortbreite der Städter nicht höher stehen konnte, als die der Bauern, dass auch sie die „Zuwachsrente“ steuern mussten.

Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass auch innerhalb der städtischen Bevölkerung von dem Augenblicke der Eroberung an eine Differenzierung der Art Platz greifen muss, wie wir sie schon beim Grossgrundeigentümerstand und dem steuerfreien Bauernstand entwickelt haben.

Diese Differenzierung geht auch hier aus vom **B o d e n - b e s i t z**.

Wir haben oben gezeigt, wie in den von der Zuwachsrente freien Bauerndistrikten der Verkehrswert des Bodens mit der Möglichkeit, von unselbständigen Arbeitskräften „Mehrwert“ zu ziehen, entstand. Indem auf der einen Seite der Betrag des auf die Flächeneinheit entfallenden Durchschnittseinkommens andauernd stieg, während andererseits die Abwanderung aus dem Grossgutsbezirk und die innere Differenzierung der Vermögen der Bauernschaft beliebig viele Arbeitskräfte auf den „Arbeitsmarkt“ warf, bereit, für den Betrag der konzessionierten Komfortbreite zu arbeiten: blieb dem Eigentümer einer bestimmten Nutzfläche, auf welcher gemietete Arbeitskräfte regelmässig thätig waren, ein arbeitsfreies, stetig wachsendes Einkommen, eine „Zuwachsrente“ sekundärer Art, weil sich sein Besitz in ein „Grossgrundeigentum“ sekundärer Art verwandelt hatte.

Genau dasselbe geschieht aber auch in den Städten! Auch hier war in der reinen Wirtschaft eine Ausbeutung nicht möglich, weil die für gewerbliche Bethätigung frei werdenden Arbeitskräfte mühelos ausweichen konnten, so lange Land noch verfügbar war. Das ist jetzt, wie oben geschildert, nicht mehr der Fall; die unendliche Ebene ist so weit besiedelt, dass der äusserste Bauer auch nur die konzessionierte Komfortbreite erwirbt; und in dem schon be-

siedelten Ring, insofern er Bauernschaften gehört, ist Zugang zu Land nicht mehr möglich. Wenn die Bauerngemeinden überhaupt noch Zuwandernden Aufnahme gewähren, so nehmen sie sie nicht mehr als Genossen, sondern als Arbeiter auf; sie geben ihnen einen Fetzen Land, gross genug, um ihnen einschliesslich des Tagelohns die konzessionierte Komfortbreite zu gewährleisten, aber schliessen sie von dem Genuss des Gemeindevermögens aus: die politische Gemeinde trennt sich von der „Real- oder Gerechtsamegemeinde,“ der Patrizier vom Plebejer.

Die vom Lande abwandernde Bevölkerung kann also jetzt nicht mehr ausweichen. Ihr bleibt im ganzen Gebiete der Volkswirtschaft nur ein Ort, zu dem sie „Gefälle“ hat, ein Ort minderen wirtschaftlichen Druckes: die Stadt. Und jetzt entsteht auch in der Stadt „Grossgrundeigentum“ und „Zuwachsrente“.

Auch hier wird mit der wachsenden Volksdichtigkeit und der noch stärker wachsenden Produktivität das auf die Flächeneinheit fallende Durchschnittseinkommen immer grösser, auch hier finden sich Arbeiter in beliebiger Menge auf dem „Arbeitsmarkt“, bereit, für den Betrag der konzessionierten Komfortbreite zu arbeiten, auch hier entsteht also ein arbeitsloses Einkommen, zunächst in der Gestalt der Bodenmiete. Die Gesamtmiete, welche die Hausbesitzer einer Stadt erhalten, ist ökonomisch genau dasselbe, wie das Einkommen sämtlicher Grossgrundbesitzer: nämlich das gesamte Einkommen der auf ihrem „Eigentum“ thätigen Bevölkerung nach Abzug des ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Lohnes (im Durchschnitt der konzessionierten Komfortbreite) und der gesellschaftlich festgestellten Vergütung für den Einsatz ihres eigenen Kapitals. Der industrielle Unternehmer, der zur Miete wohnt, befindet sich in keiner anderen Lage als der grosse englische Pächter; auch er wird von Mietstermin zu Mietstermin „gesteigert“, sodass der ganze gesellschaftliche Zuwachs seines Einkommens als „Zuwachsrente“ in die Taschen des „Hausagrariers“ fliesst: ihm selbst bleibt ausser dem Gegenwert seiner hochqualifizierten Arbeit nur Zins und Risikoprämie für sein eigenes Kapital.

Je mehr Menschen auf einer gegebenen Fläche thätig

sind, um so höher steigt natürlich die „Zuwachsrente“. Sie ist deshalb, ganz wie Thünens „Landrente“ in den inneren Zonen grösser als in den äusseren, in grossen Städten höher als in kleinen, im Zentrum der Städte, wo sich alle Produktion zusammendrängt, grösser als an der Peripherie.

Daraus ergibt sich, dass es falsch ist, die Rente vom städtischen Hausbesitz aus anderen Ursachen erklären zu wollen, als die „Landrente“. Eine Feldfläche steigt unter den Verhältnissen pathologischer Wirtschaft ganz allmählich im Werte von dem Augenblicke an, in welchem sie zu einem Markte in Beziehungen tritt, bis zu dem Augenblicke, wo sie als höchst intensiv bebautes Gartenland vor den Stadthoren liegt; und diese Wertsteigerung erfolgt ebenso allmählich weiter, wenn sie als Bau- und Wohnland in die Stadt selbst einbezogen ist. Der wirtschaftliche Erklärungsgrund ist immer derselbe: es nimmt die Zahl und Abgabe der zuwachssteuerpflichtigen Arbeiter zu, welche gerade dieses Grundstückes zu ihrer Produktion bedürfen, resp. es nimmt der Anteil des allgemeinen Volkseinkommens zu, welcher gerade auf dieses Grundstück entfällt. Es besteht also kein Unterschied der Qualität zwischen Landrente und Hausrente; die scheinbar plötzlichen ungeheuren Wertsteigerungen der letzteren bezeichnen nur die Differenz zwischen zwei Punkten einer sehr schnellen Aufwärtsbewegung des Bodenwertes in rapide wachsenden Grossstädten; und werden ausserdem noch durch sehr hoch bewilligte „Spekulationsraten“ vergrössert, welche einen Teil der in Zukunft sicher zu erwartenden weiteren Wertsteigerung vergüten.

Jedenfalls wird mit Entstehen der Bodenleihe in den Städten die Zahl der Zuwanderung vom Lande die Resultante vier verschiedener Kräfte: die Druckdifferenz zwischen Stadt und Land (d. h. das Gefälle, mit welchem die Landbevölkerung einströmt) wird vermehrt von seiten der Stadt durch die Steigerung der Produktivität und von seiten des Landes durch die „Zuwachsrente“; und diese Druckdifferenz wird immer sofort in statu nascendi ausgeglichen von seiten des Landes durch die Steigerung des natürlichen Marktpreises für Korn und von seiten der Stadt durch die Bodenmiete.

Da die Ausgleichung der, aus der wachsenden Produktivität der Stadt entstandenen, Druckdifferenz durch die

Steigerung des natürlichen Marktpreises den Gesetzen der „reinen Ökonomie“ unterworfen und daher schon erörtert ist, so interessiert uns hier nur, inwiefern das Verhältnis der beiden pathologischen Faktoren die Richtung und Masse der Wanderung beeinflusst.

Es sind drei Fälle mathematisch denkbar:

I. Die Drucksteigerung in der Stadt ist grösser, als auf dem Lande. Dann würde sich offenbar die Wanderung umkehren müssen; und die städtischen Bodeneigentümer erhielten nicht nur überhaupt keine Mieter, sondern würden auch noch durch das Absinken der allgemeinen Produktivität geschädigt. Eine so hohe Stadtmiete ist also undenkbar.

II. Die Drucksteigerung in der Stadt wäre genau so gross, wie die auf dem Lande. In diesem Falle hätten wir nicht den Fall einseitiger dauernder, sondern gleichseitiger dauernder Drucksteigerung über beiden Abteilungen der Volkswirtschaft. Dann würde das Gleichgewicht der Organe und ihrer Funktionen nicht gestört; die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, die Preisgestaltung u. s. w. würden den Verhältnissen der „reinen Wirtschaft“ sehr ähnlich sein, nur dass auch hier die bevorrechtete Klasse der Nur-Konsumenten vorhanden wäre, die dort fehlte. Die gesamte Ab- und Auswanderung würde sich in den Grenzen halten, wie sie der Physiologie zukommen; nur, dass die Luxusnachfrage der Nutzniesser sie mehr in die primären und weniger in die sekundären Städte treiben würde, als unter reinen Verhältnissen.

Kurz und gut: unsere ganze Deduktion, welche auf der Annahme eines einseitigen, dauernd wachsenden Druckes beruht, würde in sich zusammenfallen, wenn die städtische Bodenmiete den Druck auf die Stadt immer um genau ebensoviel vermehren würde, als die Zuwachsrente den auf dem ländlichen Grossgrundeigentum lastenden Druck.

Eine einfache Überlegung zeigt aber, dass das ganz unmöglich ist, dass der dritte Fall Wirklichkeit ist, wonach der Druck in der Stadt geringer ist, als auf dem Lande; und zwar, weil selbst bei der dichtesten Bevölkerung, die irgend ein Land ernähren könnte, das Angebot von Land zu Wohnzwecken immer die Nachfrage ganz ungeheuer übersteigen muss, während umgekehrt aus den geschilderten

Gründen die Nachfrage nach Land zu landwirtschaftlichen Produktionszwecken ungeheuer hinter dem Angebot zurückbleibt. Es konkurrieren nicht nur die vielen Einzeleigentümer einer Stadt, sondern auch die Städte unter einander, und zuletzt noch die in der Nähe der Städte begüterten Landeigentümer um den kostbaren Menschenstrom, welcher allein den Wert ihres Eigentums vermehren kann. Sie unterbieten sich so weit, dass ihnen eben nur noch ein Vorteil bleibt. Die dem produzierenden Volke auferlegte städtische Zuwachsrente ist infolgedessen verhältnismässig gering.

Es sei hier sofort bemerkt, dass die enormen Mieten, welche vorübergehend bei überstarker Zuwanderung gezahlt werden, keine „Zuwachsrente“ darstellen, sondern eine rein ökonomische Bildung sind, und zwar eine hohe Preissteigerung von Wohnräumen, (nicht von baufähigem Lande), weil die Nachfrage das Angebot plötzlich sehr stark übersteigt. Solche Wohnungsnot verschwindet denn auch sehr schnell durch Herstellung von Neubauten; wir aber sprechen hier nur von dauernden Erscheinungen; und wenn freilich der Bodeneigentümer auch in diesem Falle den Vorteil hat, so ist doch dieser Gewinn Konjunktur- und nicht Monopolverginn.

Und ferner sei hier vorweggenommen, dass die enormen Mietsgewinne, welche in den bevorzugten Gegenden einer Grossstadt erzielt werden, nicht unmittelbar von der produktiven Arbeit erhoben werden, sondern nur mittelbar: es ist der Anteil, welchen sich das Bodeneigentum an dem pathologischen Unternehmergewinn sichert; er wird ermöglicht durch den Charakter des pathologischen Wettbewerbs, der entarteten Konkurrenz. Wir werden an der geeigneten Stelle auseinandersetzen, dass in der reinen Gesellschaft nicht nur die Bildung der hypertrophischen Riesenstädte, sondern auch die Ausgestaltung einer auf Reklame und begünstigte Läden etc. angewiesenen Konkurrenz unmöglich ist.

Kehren wir jetzt zu unserer Untersuchung zurück, so hat sich also ergeben, dass die städtische Bodenrente den wirtschaftlichen Druck nicht um so viel vermehren kann, dass die Druckdifferenz gegen das Land aufgehoben würde. Es besteht also in der That ein einseitiger, dauernd wachsender Druck: und so bleiben unsere Schlüsse bestehen. Quali-

tativ ist alles, wie oben geschildert: nur quantitativ wird die Bevölkerungsverschiebung geringer sein, als bei der Annahme mietsfreien Zugangs zum Stadtboden, die wir oben gemacht hatten: es stellt sich die städtische Bodenrente heraus als eine an sich zwar krankhafte, aber im Sinne der Kompensation einer primären Krankheit heilsame, sekundäre (reaktive) Veränderung eines korrespondierenden Organs, eine in der menschlichen Pathologie überaus häufige Erscheinung.

Die Ausbildung eines Wertes an sich und bald auch eines bezifferbaren Verkehrswertes des städtischen Baulandes ruft nun aus den schon zweimal geschilderten, rein ökonomischen Ursachen ebenso wie bei dem adligen Grossgrundbesitz und dem bäuerlichen Gutseigentum eine fortwährend an Schuldsummen und Zinslast wachsende Hypothekarverschuldung hervor; ebenso wie dort entwickelt sich eine weitgehende Differenzierung der Vermögen und Einkommen, deren Extreme auf der einen Seite ein verarmtes Stadtproletariat, und auf der anderen eine im Genuss mächtig aufgehäuften Besitzes üppige patrizische Aristokratie darstellen. Auch hier entstehen reine Rentner, die ihr arbeitsloses Einkommen aus dem Zinsgenuss abgezweigter Teile der Zuwachsrente, aus Hypotheken, beziehen.

Hier nun liegt die Hauptwurzel einer zwar auf dem Boden der Allgemeinkrankheit, aber doch aus thatsächlich physiologischen, d. h. rein tauschrechtlichen Ursachen wachsenden ökonomischen Übermacht, des Kapitalismus, des Unternehmertums.

Wir haben im vorigen Kapitel gezeigt, dass Unternehmertum und Unternehmergewinn an sich der reinen Tauschwirtschaft angehören. Wir fanden, dass die Form der geschäftlichen Einzelunternehmung überall da neben der Produktivgenossenschaft ihre Berechtigung hat, wo die Natur eines Betriebes die Ko- und Subordination einer Anzahl arbeitsteilig verbundener Kräfte erfordert. Wir fanden weiter, dass diejenige Steigerung der geschäftlichen Rentabilität und Produktivität, welche der verantwortliche Leiter durch Einkauf an der besten Quelle, Leitung des Produktionsprozesses auf der Linie der geringsten Reibung und Verkauf auf dem besten Markte erzielt, dass dieser „Unternehmergewinn“ in der That nur Arbeitsertrag einer hoch qualifizierten Kraft

und darum nach reinem Tauschrecht legitim ist, da er verbleibt nach einer Entlohnung der Hilfskräfte, welche keinerlei „Mehrwert“ abzieht.

Ausser aus diesem „Unternehmer-Arbeitslohn“ besteht, so lange die private Kapitalbildung noch nicht durch die gesellschaftliche ersetzt ist, das Einkommen des Unternehmers der reinen Wirtschaft noch aus dem Zinse und der Risikoprämie für sein eingesetztes Kapital. Aber dieses Einkommen ist nicht „Unternehmergewinn“; wenn der Unternehmer mit Leihkapital arbeitet, so erhält ja diesen Teil der Darleiher.

Erinnern wir uns nun der Wirkung, welche eine starke Vermehrung der Produktivität in einer einzelnen Unternehmung in der „reinen Wirtschaft“ hatte. Es war z. B. der Markt einer Stadt so weit gewachsen, dass in einem Gewerbe, sagen wir der Weberei, die tertiäre Arbeitsteilung vereiniger Handwerker in einer Werkstatt unter Leitung eines Unternehmers Platz greifen konnte, die Manufaktur. Schon dadurch wurde die Produktivität jeder einzelnen Arbeitskraft stark gesteigert, einmal, weil an den Bau- und Unterhaltskosten (Licht, Heizung, Amortisation, Versicherung etc.) der einen Werkstatt viel weniger an Produktionskosten in Abzug zu bringen war, als bei vielen getrennten Werkstätten; weil ferner der Einkauf der Rohstoffe en gros und der Vertrieb unter günstigeren Bedingungen und mit weniger Verlust an nutzbarer Arbeitszeit geschehen konnte; und schliesslich, weil die spezialisierte Beschäftigung der einzelnen Arbeiter mit einfacheren Handgriffen, weil die Ersparung der Zeit, welche mit dem Wechsel der Arbeit und des Werkzeugs, mit der Willensanpassung an den neuen Handgriff verbunden ist, auch eine auf die Zeiteinheit des eigentlichen Fabrikationsprozesses entfallende grössere Leistung ermöglichte.

Damit war die erste Stufe der Grossindustrie erreicht. Die vielgestaltige Thätigkeit des Urhandwerkers konnte von einer mechanischen Vorrichtung unmöglich übernommen werden, aber der stets wiederholte Handgriff des spezialisierten Manufakturarbeiters konnte von der Maschine ausgeführt werden, und die Maschine, erst jetzt möglich geworden, trat als gewaltiger revolutionierender Gehilfe in die Produktion

ein. Die Produktivität der mit dem neuen Werkzeug bewaffneten Arbeitskraft schnellte mächtig in die Höhe.

Wie verteilt sich in der „reinen Wirtschaft“ der Produktionsertrag? Nun, genau wie in der pathologischen! Der Besitzer der Maschine zahlt seinen Arbeitern ihren „Lohn“ und behält den ganzen Überschuss über Löhne und Produktionskosten für sich. Nur ist der Lohn dort identisch mit dem Ertrage der Arbeit, während er in der kranken Wirtschaft identisch ist mit der „konzessionierten Komfortbreite.“ Was der Unternehmer dem Erfinder und Erbauer der Maschine zahlt, gehört gleichfalls zu den „Löhnen,“ was er übrig behält, ist reiner, legitimer Arbeitsertrag.

Wie wirkt die technische Revolution nun auf die Gesamtwirtschaft zurück? Es sind zwei extreme Fälle denkbar: entweder handelt es sich um einen Artikel, dessen Verbrauch nicht steigerungsfähig ist, oder um einen solchen, dessen Verbrauch beliebig steigerungsfähig ist.

Im ersten Falle, wenn also eine Steigerung des Verbrauches pro Kopf nicht eintreten kann, vernichtet die Fabrik schnell die älteren Produktionsformen dieses Gebietes. Sie kann, um in unserem Beispiel zu bleiben, den Handweber unterbieten. Das heisst mit anderen Worten: der Verbraucher zahlt für einen Teil der Bedürfnisse seiner Komfortbreite weniger, als zuvor; ein entsprechender Teil seiner eigenen Produktion wird frei und kommt als Nachfrage auf den Markt, als Nachfrage nach Waren anderer Art. Derselbe Prozess, der diese Nachfrage frei gesetzt hat, hat aber auch die zu ihrer Befriedigung erforderlichen Arbeiter freigesetzt; sind diese Arbeiter durch die plötzliche Verbilligung ihres Produktes einen Augenblick auf einen Ort gesteigerten wirtschaftlichen Druckes geraten, so öffnet sich in demselben Augenblick neben ihnen ein neues Minimum, in welches sie einströmen können. Allmählich werden nun durch die zugreifende Konkurrenz die Konjunkturgewinne des ersten Unternehmers auf das durchschnittliche Niveau gedrückt, während gleichzeitig die Komfortbreite der sämtlichen Verbraucher und ihre freigesetzte Nachfrage nach anderen Waren entsprechend wächst: und das Resultat ist schliesslich wieder das volle Gleichgewicht, aber auf höherem Niveau jedes Einkommens. Das heisst, es ist während dieser

ganzen Entwicklung die Komfortbreite aller „Arbeiter“ fortwährend gewachsen. Jede neue Vermehrung der Produktivität durch technische Fortschritte hat das gleiche Ergebnis: und so wächst der Lohn unselbständiger Arbeiter in voller Parallelität mit der Ergiebigkeit ihrer Leistungen.

Im zweiten Falle, wenn der Verbrauch steigerungsfähig ist, wird die ganze, bisher mit minderwertigen Werkzeugen bewaffnete Arbeiterschaft des betr. Gewerbes allmählich mit dem vervollkommenen Werkzeug ausgestattet, vielleicht werden sogar noch anderen Gewerben Arbeitskräfte entzogen. Auch dadurch wächst die Komfortbreite sämtlicher Verbraucher und mit ihr nach dem Gesetze der Strömung diejenige der in der neuen Produktion thätigen Arbeiter, so dass auch hier ihr Lohn mitsteigt. Da keine Arbeiter freigesetzt sind, so brauchen sich in diesem Falle keine neuen Gewerbe zu eröffnen, können es auch nicht, weil die freigewordene Nachfrage der Verbraucher sich an Waren derselben Art sättigt.

Unter den pathologischen Verhältnissen wachsenden, einseitigen Druckes wird nun aber dieser gesunde und heilsame Entwicklungsprozess unheilbar gestört.

Es sind nämlich als Folge der übermässigen Abwanderung vom Lande jederzeit Arbeitskräfte auf dem Markte zu haben, die für ein ganz bestimmtes, niemals steigerungsfähiges Fixum von 1000 Geldstücken zum Arbeitsdienst bereit sind. Wenn jetzt in der Manufaktur oder Fabrik die Produktivität der einzelnen Arbeitskraft stark vermehrt wird, so fliesst, genau wie in der „reinen Wirtschaft“, der gesamte Überschuss dem Unternehmer zu, der sich mit Ingenieur und Kapitalisten abzufinden hat: aber, und das ist das entscheidende, das Einkommen des Arbeiters wächst nicht mit der Produktivität mit, sondern bleibt ewig bei seinem Fixum, der „konzessionierten Komfortbreite“.

Zwar wird auch hier das Bedürfnis des Verbrauchers, zunächst des Tagelöhners im Grossgutsbezirk, billiger befriedigt, als zuvor; aber darum wächst nicht seine kaufkräftige Nachfrage, sondern lediglich die „Zuwachsrente“ des Grossgrundeigentümers. Und so wächst auch freilich die Luxurnachfrage dieses Rentners, aber die neu entstandene Druckdifferenz treibt so viel Landbewohner in die Stadt, dass

in der Konkurrenz um die Arbeitsgelegenheit der städtische Lohnarbeiter doch nur immer die konzessionierte Komfortbreite erlangen kann, während der Vorteil der gewachsenen Nachfrage zunächst dem Unternehmer zufließt.

Das ist der Unternehmergewinn der pathologischen Gesellschaft. Er enthält neben dem legitimen Bestandteile der reinen Wirtschaft, dem Lohn qualifizierter Arbeit, noch einen Anteil aus der Zuwachsrente, den „Mehrwert“.

Jedoch ist dieser Mehrwert flüchtiger Natur. Er geht schnell verloren. Wir sprechen hier nicht von der Ermässigung der Gewinne, welche durch die einsetzende Konkurrenz erfolgt, wenn eine technische Verbesserung eingeführt worden ist; denn die ersten Gewinne aus einer siegreichen neuen Organisation resp. einem neuen Werkzeug sind nicht Mehrwert, sondern Arbeitsgewinn resp. Konjunkturgewinn, Risiko-prämie. Aber der eigentliche Mehrwert, d. h. die Differenz zwischen dem Arbeitsertrage und dem Lohne der Arbeiter, wird bald ganz verschlungen von der Bod en r e n t e.

Diese Thatsache wird dadurch verschleiert, dass die Unternehmer, wenigstens die grossen, meistens selbst Eigentümer des Bodens sind, auf dem sie produzieren lassen. Sie wird es noch mehr durch den kaufmännisch vielleicht richtigen, nationalökonomisch aber unsinnigen Gebrauch grosser Werke, ihre Grundschuld ganz oder fast ganz abzuschreiben. So erscheint in den Einnahmen als Mehrwert, was im Grunde Bodenmiete ist. Wenn die Kruppschen Werke einmal als Debetposten in ihre Bilanz einstellen wollten, was sie an Miete zahlen müssten, wenn der Grund und Boden einem fremden Eigentümer gehörte; wenn sie ferner den Zins des wirklich noch nicht amortisierten, nicht bloss des noch zu Buch stehenden Anlagekapitals einsetzen würden: wie viel „Mehrwert“ würde dann wohl übrig bleiben, trotz der Monopolstellung, welche das Rieseninstitut besitzt?!

Wo aber der Unternehmer Mieter ist, da zeigt es sich klar, dass das Bodeneigentum ihm gerade so wie dem britischen Grosspächter sein gesamtes Einkommen aus Mehrwert abnimmt und ihm nur seine „legitimen“ Einnahmeposten der reinen Wirtschaft lässt, indem es ihn von Periode zu Periode durch „Steigerung“ der Zuwachsrente beraubt. Es

ist eine der wunderlichsten Verirrungen des menschlichen Geistes, dass Marx und seine ganze Schule diese Thatsache so wenig erkannt haben, wie alle ihre Vorgänger.

Nachdem wir so den Begriff und das Schicksal des „Unternehmers“ in der pathologischen Wirtschaft gezeichnet haben, wollen wir uns der näheren Betrachtung der Frage zuwenden: woher stammt der Unternehmer?

Wir sollten besser fragen: woher stammt das Unternehmerkapital? Denn je mehr die Wirtschaft vorschreitet, je kostspieliger die technische Ausstattung konkurrenzfähiger Betriebe wird, um so mehr treten die persönlichen Eigenschaften, welche den Unternehmer ausmachen, d. h. eine durch kaufmännische Geschicklichkeit oder organisatorische Strategenbegabung oder technische Leistungsfähigkeit hoch qualifizierte Arbeitskraft — zurück gegen das Accidens der Kapitalausstattung.

In der „reinen Wirtschaft“, namentlich auf niederer Stufe der Arbeitsteilung und technischen Ausstattung, kam dieses Accidens kaum in Betracht. Fast jeder Bürgersohn, der selbständiger Meister werden wollte, jeder Bauernsohn, der der Stadt zuwanderte, brachte wohl aus den Ersparnissen seines Elternhauses oder den eigenen der Gesellenzeit genug „Kapital“ zur Selbständigkeit mit. Denn man darf nicht vergessen, dass die Zeit einer durchschnittlich noch schmalen Komfortbreite auch die Zeit geringer technischer Ausstattung ist, so dass, wenn wenig Kapital erspart werden kann, auch wenig Kapital genügt. Wenn sich später bei steigender Technik die Grösse des nötigen Anlagekapitals stark vermehrt hätte, so wäre vielleicht in diesem Stadium schon die gesellschaftliche Kapitalbildung an Stelle der privaten getreten, und somit alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt gewesen.

Aber selbst, wenn das noch nicht der Fall gewesen wäre: in der reinen Gesellschaft wäre auch der private Kredit für jeden leicht zugänglich gewesen. Die Unmöglichkeit von Krisen, die Sicherheit, dass jeder fleissige und ordentliche Arbeiter bei immer steigendem Niveau sein Einkommen haben muss, hätte die privaten Kapitalien leicht in den Dienst jedes Mannes gestellt, der die persönliche Kreditfähigkeit durch seine Kenntnisse und seinen Charakter besass, zumal mit steigender Komfortbreite jedes einzelnen die Produktion von

Kapital stets mit dem Bedarf mindestens gleichen Schritt halten musste.

Von alledem ist in der pathologischen Wirtschaft keine Rede. Die ungeheure Mehrzahl derjenigen, welche zum Alter der Selbständigkeit gelangen, haben weder vom Elternhause her eine Mitgift, noch haben sie während der eigenen Lehrzeit aus der schmalen Komfortbreite nennenswerte Ersparnisse zurücklegen können. Je höher die Anlagekapitalien werden, um so mehr bleibt die Kapitalbewaffnung der Masse zurück: und so wird die Unternehmung nahezu zum Monopol einer bestimmten Schicht der Bevölkerung.

Es sind das zunächst die sämtlichen Nutzniesser der „Zuwachsrente“ in Stadt und Land, und zwar sowohl die Inhaber des juristischen Eigentumstitels selbst, als auch die mit festen Anteilen an der Zuwachsrente versehenen Inhaber der realen Schuldverschreibungen. Diese Kapitalien verdanken also ihr Dasein dem „Nomadenrecht“, dem, was Karl Marx „die ursprüngliche Accumulation“ nennt. Damit aber mischen sich, juristisch davon nicht zu trennen, andere Kapitalien, welche aus dem legitimen Tauschrecht entstanden sind: es sind dies die Ersparnisse, welche „Arbeiter“ jeder Art aus ihrer Komfortbreite gemacht haben, seien es leichte Ersparnisse aus der mächtigen Komfortbreite einer hoch qualifizierten Kraft, eines Ingenieurs, Künstlers, freien Gelehrten, seien es die mühseligen Ersparnisse aus der schmalen Komfortbreite eines durchschnittlichen, „konzessionierten“ Einkommens. Dazu kommen die Ersparnisse aus der Komfortbreite der halb im Tauschrecht, halb im Nomadenrecht stehenden unproduktiven Berufe: Höflinge, Diener, Maitressen etc. Da nun legitime Ersparnisse sehr häufig zum Erwerb von Grossgrundeigentum und städtischem Hausbesitz verwandt werden, da städtische Zuwachsrente in Gemeinschaft mit dem Konjunkturen- und Arbeitsgewinn städtischer Unternehmer ländliche Hypotheken oder die Güter selbst erwirbt, und ländliches Rentenkapital sich wieder in städtische Unternehmungen einsetzt: so entsteht eine so innige Verflechtung von im Sinne der reinen Wirtschaft legitimem und illegitimem Kapital und Grundvermögen, dass kein Mensch mehr im Einzelfalle das eine vom anderen scheiden kann. Und so wird es begreiflich, dass die eine Schule der National-

ökonomie im Kapital das Werkzeug des Segens, die andere den Urquell allen Fluches erblickt — und dass beide Recht haben, der eine mit seinem „Entbehrungslohn“, und der andere mit seinem bitteren Spott über die Millionäre, die bei Sekt und Austern Entbehrungsersparnisse machen.

Die Schicht der Kapitalisten-Unternehmer ist also nach unten hin nicht hermetisch geschlossen. Es kann eine sehr hoch qualifizierte Kraft immer einmal hineindringen; nur wird es immer schwerer, je höher die für eine erfolgreiche Selbstständigkeit erforderlichen Mittel mit der fortschreitenden Technik werden. Nur wird es ferner immer schwerer, je mehr Kapital schon die Vorbildung eines künftigen Unternehmers erfordert; mit dem Steigen der Ansprüche an Wissen und erprobte vielseitige Erfahrung, welche heute im Kampfe um die wirtschaftliche Existenz gestellt werden müssen, geht der kapitallosen Arbeiterschaft fast auch noch die letzte geringe Aussicht verloren, sich emporzuarbeiten. Der Wettkampf zwischen dem armen ungebildeten Sohne des Volkes und dem vortrefflich vorgebildeten, mit Kapital reich ausgestatteten Sohne der oberen Klassen wird mehr und mehr zum Wettlauf zwischen einem Fussgänger und dem Reiter eines Vollblutpferdes; der Läufer kann immer noch einmal siegen: aber die Zahl der mit solchen Lungen und Schenkeln Ausgestatteten ist doch äusserst klein.

Es hebt sich also höher und höher über die Arbeiterschaft eine durch Bildung und Kapitalbesitz nach unten hin immer schärfer abgegrenzte Herrenschaft, ein neuer Adel, das Unternehmertum, die „Schlotbaronie“. Und gleichzeitig nimmt der wirtschaftliche Wettbewerb einen Charakter an, welcher aus dem legitimen Wettbewerb der reinen Wirtschaft eine Karikatur macht und die furchtbarsten Erscheinungen der modernen Wirtschaft hervorruft: nach der rein ökonomischen Seite die „Krisen“ mit ihrem entsetzlichen Gefolge, dem Arbeiterelend und dem verzweifelten Kampf um die wirtschaftliche Existenz innerhalb der Unternehmerklasse; nach der ethischen Seite hin die unlautere Konkurrenz, die Schwindelmanöver, die betrügerischen Bankerotte, die Börsenexzesse, die Pressskandale der modernen Unternehmerklasse und das Verbrechen, die Prostitution der modernen Arbeiterklasse; nach der hygienischen Seite hin

die furchtbare Steigerung der Wahnsinnsstatistik bei der herrschenden Schicht, die grauenhafte Kinder- und Arbeitersterblichkeit bei der beherrschten.

Mit dieser Entwicklung werden wir die reine Deduktion der städtischen Verhältnisse beenden dürfen.

Das Wesen der entarteten (pathologischen) Konkurrenz und ihr Wesensgegensatz gegen den „reinen Wettbewerb“ ist, soweit ich sehen kann, zum erstenmale begrifflich klar in einer systematischen Unterscheidung erkannt worden, welche von mir in die Theorie eingeführt worden ist.

Ich denke, die schwierige Materie am klarsten darstellen zu können, wenn ich die Entwicklung des Gedankens historisch berichte:

Als ich in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ daran ging, das Genossenschaftswesen systematisch neu zu fundamentieren, fand ich die bekannte Einteilung in distributive und produktive Genossenschaften vor. Man rechnete zu der ersten Form den Konsumverein, die Kredit-, Rohstoff-, Werk-, Magazin- und Baugenossenschaft, zu der letzten die Produktivgenossenschaft. Diese Einteilung erwies sich als unhaltbar. Denn es war ohne weiteres klar, dass die Magazingenossenschaft in eine Gruppe mit der Produktivgenossenschaft gehöre, weil sie derselben Verwandlung in eine „parasitäre“, kapitalistische Unternehmungsform unterliegt, welche ich als „Transformation“ bezeichnet habe.

Dadurch aufmerksam geworden, fand ich weiter, dass die geltende Einteilung auf einer wissenschaftlich unhaltbaren Deutung der Worte: Produktion und Distribution beruhte. Man hatte den logischen Schnitzer der „quaternio terminorum“ begangen. Das Wort „Distribution“ hat zwei verschiedene Bedeutungen: „In seiner einen Bedeutung steht es der Produktion scharf gegenüber. Bezeichnet hier das Wort: Produktion das Zu-Markt-bringen der Erzeugnisse eines ganzen Kulturkreises, so erschöpft das Wort Distribution hier den ganzen Rest wirtschaftlicher Beziehungen, indem es die Gesetze umschliesst, nach welchen sich die Verteilung dieser Erzeugnisse auf die Einzelnen vollzieht. Diese Gesetze haben nicht das geringste zu thun mit jenen Einrichtungen, die man

nun ebenfalls als „Distribution“ bezeichnet und welche nicht mehr umfassen, als den Akt der Aushändigung jener durch die Gesetze der anderen „Distribution“ bestimmten Anteile.“¹⁾)

Dieser Akt der „Aushändigung“ gehört nun aber nach dem übereinstimmenden und zweifellos richtigen Urteil aller Systematiker zur „Produktion“, welche alle Thätigkeiten der Bearbeitung und Bewegung des Stoffes umfasst, bis das Produkt in den Besitz des letzten wirklichen Verzehrers gelangt ist. Dazu gehört auch der Verkauf im Laden u. s. w.

Es sind also „Distribution“ in diesem missbräuchlichen Sinne und „Produktion“ nur Teile derselben wirtschaftlichen Thätigkeit; es existiert kein Gegensatz, und so lässt sich auch darauf keine systematische Einteilung gründen.

Als richtige Einteilung ergab sich mir: Genossenschaften solcher wirtschaftenden Subjekte, welche Waren durch Kauf vom Markte nehmen, um sie innerhalb ihres Kreises weiter zu verteilen; — und Genossenschaften solcher wirtschaftenden Subjekte, welche innerhalb ihres Kreises Waren herstellen, um sie zum Verkauf auf den Markt zu bringen. Kurz: Genossenschaften von Käufern und von Verkäufern.²⁾ Zu den letzteren zählen Produktiv- und Magazingenossenschaft, zu den ersteren die übrigen fünf Formen.

Indem ich nun den Ursachen nachging, welche es verschulden, dass nur die Verkäufergenossenschaften der „Transformation“ unterliegen, kam ich darauf, den Unterschied zwischen „Käufer“ und „Verkäufer“ begrifflich schärfer zu fassen, als bisher in der nationalökonomischen Systematik geschehen ist; und ich glaube in der That, damit den Schlüssel der letzten systematischen Rätsel gefunden zu haben.

Ich werde ziemlich wörtlich zitieren:³⁾

„Der Unterschied (zwischen Käufer und Verkäufer) bedingt einen tiefen Gegensatz. Denn nichts in der Wirtschaft steht sich schroffer gegenüber als das Interesse des

¹⁾ Siedl. Genossenschaft S. 123.

²⁾ „ „ S. 42 und 126.

³⁾ „ „ S. 126 f.

Käufers und des Verkäufers. Ist doch das Widerspiel dieser beiden Interessen die bewegende Kraft, die durch Angebot und Nachfrage die Preise bestimmt, die Produktion regelt und die Verteilung der Produkte ausführt.

„Der erste Gegensatz liegt auf der Hand. Vulgär ausgedrückt: der Käufer will möglichst billig einkaufen, der Verkäufer möglichst teuer verkaufen. Wissenschaftlich ausgedrückt: der Käufer will dem Verkäufer einen möglichst geringen Profit bewilligen; der Verkäufer vom Käufer einen möglichst hohen Profit erhalten.

„Damit aber ist der Gegensatz nicht erschöpft:

„Des Käufers Interesse ist mit dem Preise einer sehr grossen Anzahl von Warenarten verknüpft, die er zur Befriedigung seiner verschiedenen Bedürfnisse eintauschen muss.

„Des Verkäufers Interesse ist mit dem Preise nur einer einzigen Warenart verknüpft, derjenigen, welche er herstellt, um sie gegen die Befriedigungsmittel seiner Bedürfnisse zu vertauschen.

„Weil des Käufers Interesse mit sehr viel verschiedenen Waren verknüpft ist, ist es mit dem Preise der einzelnen Ware nur sehr lose verknüpft. Ja, brauchte der Käufer gleiche Wertmengen von allen Warenarten, so würde ihm der Preis der einzelnen Ware sehr gleichgiltig sein; denn ein Steigen des Preises der einen Ware, weil die Nachfrage das Angebot übersteigt, kann nur möglich sein, weil in einer anderen Ware das Angebot überwiegt, also dort der Preis sinkt. — Da aber der einzelne Käufer nicht von allen Warenarten und nicht gleiche Wertmengen braucht, so kann ihn ein starkes Sinken der Preise für seine hauptsächlichsten Befriedigungsmittel in einen höheren Komfort, das Steigen derselben in einen niedrigeren Komfort versetzen. Sinkt der Preis für unentbehrliche Befriedigungsmittel, so wird er sekundäre Bedürfnisse befriedigen, steigt der Preis, so wird er sekundäre unbefriedigt lassen. Steigt Wolle im Preise, so wird er sich in Leinwand oder Baumwolle kleiden; steigt Korn im Preise, so wird er sich mit Kartoffeln sättigen. So kann er entbehren, vielleicht hart entbehren, wenn er gewohnte Bedürfnisse gar nicht oder nur mit ungewohnten Mitteln befriedigen kann; aber er beherrscht, so weit seine Kaufkraft reicht, den ganzen Warenmarkt, und seine Existenz ist unter

gewöhnlichen Umständen nicht bedroht, so lange es noch ein Ersatzmittel für die, ihm durch die Preissteigerung unzugänglich gewordenen, Befriedigungsmittel giebt.

„Des Verkäufers Interesse ist ein ganz verschiedenes. Es ist mit dem Preise einer einzigen Ware und darum unlösbar verknüpft. Steigt dieser Preis, so vermindert kein Sinken eines anderen Warenpreises seinen Vorteil, denn er ist mit den anderen Preisen durch sein Interesse als Verkäufer nicht verknüpft. Im Gegenteil! Dieser Preissturz der anderen Waren kommt ihm in doppelter Beziehung zu gute, in seiner Eigenschaft als Verkäufer, weil dadurch die allgemeine Kaufkraft für seine eigenen Waren grösser wird; und als Käufer, weil er sein eigenes Bedürfnis nach jenen anderen Waren billiger decken kann.

„Fällt aber der Preis seiner eigenen Ware, so ist nicht sein Komfort, sondern seine Existenz in Frage. Für ihn giebt es kein Ersatzmittel. Er beherrscht den Warenmarkt einzig und allein mit seinem Produkt, das seine Kaufkraft bedingt.

„Und der dritte Gegensatz ist folgender:

„Der Profit, den der Käufer möglichst vermindern, und der Profit, den der Verkäufer möglichst vermehren will, sind zwei ganz verschiedene Dinge.

„Dem Käufer liegt nur daran, die auf die Wareneinheit entfallende Rate des Profits herabzudrücken. Damit ist sein Vorteil erschöpft. Er kann nicht mehr Einheiten einer bestimmten Ware verzehren, als das Verhältnis seiner Bedürfnisse zu seiner Kaufkraft bestimmt. Beides ist individuell eng begrenzt, und damit der Vorteil, den er am Einkauf einer bestimmten Ware erringen kann.

„Dem Verkäufer aber liegt am Gesamtprofit, d. h. es liegt ihm nicht nur daran, die auf die Wareneinheit entfallende Rate des Profits zu erhöhen: damit ist sein Vorteil nicht erschöpft. Sondern er will auch so viel wie möglich von diesen Profitraten für sich gewinnen. Er strebt danach, so viel Einheiten seiner Ware zu verkaufen, als die gesamten Käufer aufnehmen können. Das ist zwar auch eine Begrenzung, aber eine gesellschaftliche und ungeheuer weite, ist für den einzelnen praktisch unbegrenzt.“

Wenn man diese Charakteristik des Verkäufers in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft mit derjenigen des Verkäufers in der „reinen Wirtschaft“ vergleicht, so stellt sich heraus, dass sie nur in einem einzigen Punkte übereinstimmen, nämlich darin, dass der Käufer möglichst billig einkaufen, der Verkäufer möglichst teuer verkaufen will. Den Ausgleich zwischen diesen anscheinend unvereinbaren Ansprüchen vollzieht die „Strömung zum Gleichgewicht“, indem bei überwiegendem Angebot die Verkäufer sich unterbieten, bei überwiegender Nachfrage die Käufer sich überbieten; weil dadurch dort Arbeitskräfte abgestossen, hier angezogen werden, stellt sich das Niveau zwischen Nachfrage und Angebot, zwischen den Einkommen der gesamten Wirtschaft ins Gleichgewicht.

Dieser Gegensatz gehört also der „reinen Wirtschaft“ an.

In allem übrigen aber gleicht der Verkäufer der reinen Wirtschaft dem Käufer der kapitalistischen (und der reinen) Wirtschaft:

In der „reinen Wirtschaft“ ist auch des Verkäufers Interesse nicht unlösbar mit dem Preise einer einzigen Ware verknüpft. Sinkt der Preis seiner Erzeugung dauernd unter das allgemeine Niveau, so gerät er zwar, wie oben gezeigt, für einen Augenblick auf einen Ort wirtschaftlichen Überdrucks; aber es eröffnet sich durch denselben Prozess unmittelbar ein Ort minderen Drucks, das Minimum eines neuen Gewerbes, das ihn aufnimmt: und der ganze Verlauf endet schliesslich mit einer Erhöhung seines Einkommens, weil die Gesamt-Komfortbreite gewachsen ist. Er hat also jederzeit Ersatzmittel, wie der Käufer, und seine Existenz ist nicht bedroht. [In Parenthese sei bemerkt, dass ein solcher Wechsel der Beschäftigung nicht damit als unmöglich nachgewiesen wird, dass ein Violinist nicht Grobschmied und ein Goldarbeiter nicht Gärtner werden kann. Erstens wird der Preissturz nicht sofort die sämtlichen Erzeugnisse einer grossen Gewerbsabteilung ergreifen, sondern nur einzelne Branchen, sodass der Bandweber z. B. zur Tuchweberei, der Knopfdrechsler zur Möbeldrechslerlei übergehen kann u. s. w. Zweitens ist zu erwägen, dass, je mehr Maschinen verwendet werden, der Übergang sogar von einer grossen Gewerbsabteilung zur anderen verhältnismässig immer leichter wird, da die Hand-

griffe schnell zu erlernen sind; und drittens, dass die Ausgleichung selbst sehr grober und durch Beschäftigungswechsel nicht ohne weiteres ausgleichender Druckunterschiede in den einzelnen Gewerben sehr schnell dadurch erfolgt, dass der Nachwuchs sich den begünstigteren Branchen mehr zuwendet, als den darniederliegenden. Die häufige Gepflogenheit, die Smithsche Theorie des Ausgleichs durch Strömung mit der Schwierigkeit des Berufswechsels ad absurdum zu führen, ist einer der schlagendsten Belege für die hilflose Verlegenheit der Gegner dieser grandiosen Lehre.]

Und ebenso gleicht der Verkäufer der reinen Wirtschaft dem Käufer der kapitalistischen Wirtschaft in seinem Verhältnis zum Profit.

Auch ihm liegt nur an der auf die Wareneinheit entfallenden Rate des Profits und nicht am „Gesamtprofit“.

Die Profitrate ist der Unterschied zwischen den Herstellungskosten der Wareneinheit und dem Verkaufspreise. Dieser Unterschied ist in der „reinen Gesellschaft“, wie wir gesehen haben, nichts als Arbeitslohn, selbst in denjenigen Produktionsgemeinschaften, welche die Form der Unternehmung haben. Der „Unternehmergewinn“ ist dort lediglich Arbeitslohn für eine hoch qualifizierte Kraft. Wir haben also die Verteilung der reinen Produktivgenossenschaft: „Unternehmer“ wie „Arbeiter“ beziehen nur Arbeitslohn. Dem Verkäufer liegt also hier nur daran, möglichst viel Arbeitslohn zu erhalten, d. h. die Rate des Profits, auf die Wareneinheit berechnet, möglichst hoch zu halten. Dagegen kann er unmöglich danach streben, „möglichst viel Profitraten für sich zu gewinnen“, d. h. „so viel Einheiten seiner Ware zu verkaufen, als die gesamten Käufer aufnehmen können“. Denn seine Produktionskraft ist genau so „individuell eng begrenzt“, wie die Konsumtionskraft des Käufers.

In der pathologischen Gesellschaft ist aber der Unternehmergewinn ganz anders zusammengesetzt. Er enthält neben dem legitimen Bestandteil des Arbeitslohnes ein Stück „Zuwachsrente“ in Gestalt des „Mehrwertes“. An jeder Wareneinheit gewinnt hier der Unternehmer nicht nur Arbeitslohn, sondern auch Mehrwert. Je mehr Waren er also verkauft, um so mehr „Gesamtprofit“ fließt ihm zu.

Der Unternehmer der „reinen Gesellschaft“, welcher bei sinkenden Preisen seine Produktion noch ausdehnen würde, würde ganz unsinnig handeln. Er würde die Preise noch tiefer drücken und, da er seinen Arbeitern den vollen durchschnittlichen Arbeitsertrag zahlen muss, obgleich der Wert ihrer speziellen Erzeugung bei sinkenden Preisen unter dem Durchschnitt bleibt, so müsste er den Lohn jedes einzelnen aus seinem eigenen „Arbeitslohn“ zur Durchschnittshöhe ergänzen, würde also sein eigenes Einkommen schmälern und sein eigenes Vermögen schädigen.

Der „kapitalistische Unternehmer“ aber, welcher bei sinkenden Preisen seine Produktion noch ausdehnt, handelt durchaus richtig.

Jeder seiner Arbeiter schafft ihm täglich „Mehrwert“, und diesen Mehrwert zieht er täglich von den Konsumenten als „Profiträte“ ein. Er kann also besser fahren, wenn er von vielen Arbeitern und an vielen Wareneinheiten niedere Profiträten, als wenn er von wenig Arbeitern und Einheiten hohe Profiträten einzieht. Belief sich die Profiträte z. B. auf 1000 Geldstücke pro Arbeiter und Jahr, und beschäftigte er hundert Arbeiter, so war sein Gesamtprofit bei hoher Konjunktur 100 000 Geldstücke. Sinkt die Profiträte auf 600 Geldstücke, und stellt er jetzt 100 neue Arbeitskräfte ein, so beträgt sein Gesamtprofit bei niederer Konjunktur 120 000 Geldstücke, ist also noch gestiegen.

Wir entsinnen uns, dass der „Unternehmer“ nur dadurch zum „kapitalistischen Unternehmer“ wurde, dass ihm die Zuwachsrente Arbeiter auf den Markt trieb, die für das unveränderliche Fixum der konzessionierten Komfortbreite in Dienst zu treten gezwungen waren. Nur so konnte dem legitimen „Unternehmergewinn“ der reinen Wirtschaft „Mehrwert“ zuwachsen. Jetzt sehen wir, dass auch das Streben nach dem „Gesamtprofit“ nur möglich ist in einer Gesellschaft, in welcher der einseitige Druck die Landarbeiter in die Städte treibt; denn nur hier ist es möglich, beliebig viel Arbeitskräfte in den Betrieb einzustellen, welche auch noch bei sinkenden Preisen „Mehrwert“ schaffen.

Der Gegensatz zwischen Käufer und Verkäufer, wie er oben geschildert ist, ist also auch der Gegensatz zwischen dem „Verkäufer“ der reinen

und dem der pathologischen Wirtschaft. Und eine ganz einfache fernere Deduktion aus den gewonnenen Begriffen giebt nun ohne weiteres zum erstenmale eine genügende Erklärung des Charakters der entarteten Konkurrenz nach ihrer ökonomischen und ethischen Seite, und fernerhin zum erstenmale eine genügende Erklärung der vom Standpunkte einer organischen Wirtschaftsauffassung ganz unverständlichen „antisozialen“ Massenpsychologie.

Diese Erklärung ist in den folgenden Worten enthalten, welche ich fortfahrend aus meinem ersten Werke zitiere.¹⁾

„Dieser Gegensatz bedingt einen anderen von grösster Bedeutung:

„Die Stellung des einzelnen Käufers (einer Ware) zu der Gesamtheit der Käufer (dieser Ware) ist himmelweit verschieden von der Stellung des einzelnen (kapitalistischen) Verkäufers zu der Gesamtheit der Verkäufer.

„Wenn der Preis der Ware steigt, so ist es das solidarische Interesse der Gesamtheit der Käufer (dieser Ware), den Preis zu drücken. Dazu verfügen sie nur über ein Mittel: Verminderung der Nachfrage.

„Und genau zu der entsprechenden Handlungsweise führt den einzelnen Käufer sein eigenes Interesse: seine eigene, individuelle Nachfrage einzuschränken, indem er seine Bedürfnisse nach Möglichkeit durch Ersatzmittel deckt.

„Wenn der Preis der Ware aber sinkt, so ist es das solidarische Interesse der Gesamtheit der Verkäufer (dieser Ware), den Preis zu treiben. Dazu verfügen sie nur über ein Mittel: Verminderung des Angebotes.

„Aber genau zu der entgegengesetzten Handlungsweise führt den einzelnen Verkäufer sein eigenes Interesse: Vermehrung des Angebotes. Der Profit, den er erstrebt, ist nicht die Profitrate an der Wareneinheit, sondern die Summe von vielen möglichst hohen Profitraten an möglichst vielen Wareneinheiten (resp. Mehrwert von möglichst vielen Arbeitern); und er muss danach streben, den durch das Sinken des Preises bedrohten Gesamtprofit dadurch auf der Höhe zu

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 129, f.

erhalten, dass er von mehr Einheiten als bisher die verkürzte Profitrate einzieht.

„So ist also der Vorteil des einzelnen Käufers mit dem der Käufergesamtheit identisch.

„Und so ist auf der anderen Seite der Vorteil des einzelnen Verkäufers dem der Verkäufergesamtheit gerade entgegengesetzt.

„Die ganze Grösse dieses Gegensatzes wird in dem Augenblicke klar, wo man sich einen der seltenen Fälle vergegenwärtigt, in welchen das Interesse der Menschen, insoweit sie Konsumenten sind, mit einer einzigen Art von Waren unlösbar verknüpft ist, so dass von dem Preise dieser Waren ihre Existenz abhängt.

„Das am meisten einleuchtende Beispiel ist das Verhalten der Einwohner einer Stadt, der im Laufe einer Belagerung die Lebensmittel zu fehlen beginnen.

„Sobald hier der Preis der Lebensmittel eine Höhe erreicht, welche die Existenz der Käufer bedroht, ändert sich das Aussehen des Marktes durchaus. An Stelle des leidenschaftslosen Einkaufs tritt der leidenschaftliche Wettkampf um das unentbehrliche: das Angebot, die Ware.

„Und weil die Verkäufer sich schon unter gewöhnlichen Umständen in derselben Lage befinden, dass ihre Existenz von der Preisbildung einer einzigen Ware zu Glück und Unglück bestimmt wird, deshalb herrscht unter ihnen auch unter gewöhnlichen Umständen nicht der leidenschaftslose Verkauf, sondern der leidenschaftliche Wettkampf um das unentbehrliche: die Nachfrage, die Kundschaft.“

Hier ist die Psychologie der entarteten Konkurrenz in ihrer knappsten Formulierung gewonnen; und gleichzeitig gezeigt, wie sehr sie sich von dem Wettbewerb der „reinen Wirtschaft“ unterscheidet.

Denn jener Interessengegensatz besteht nicht zwischen dem einzelnen Verkäufer und der Gesamtheit der Verkäufer in der „reinen Wirtschaft“. Hier, wie in der kapitalistischen Gesellschaft hat die Gesamtheit aller Verkäufer einer Ware allerdings auch das solidarische Interesse, den Preis zu treiben, wenn er sinkt. Hier, wie dort, verfügt sie nur über ein Mittel; die Verminderung des Angebotes.

Aber in der reinen Wirtschaft führt auch den einzelnen Verkäufer sein eigenes Interesse zu einer genau entsprechenden Handlungsweise: nämlich sein eigenes, individuelles Angebot einzuschränken. Denn er erstrebt nicht einen Gesamtprofit aus Mehrwert, sondern den Profit an seiner eigenen Arbeitseinheit; und diesen kann er nur verringern, wenn er bei sinkenden Preisen sein Angebot erhöht. (Genau in dieselbe Richtung drängt ihn übrigens auf der anderen Seite die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes. Denn sinkende Preise einer Ware sind hier ja nur möglich, wenn andere Waren im Preise steigen. Diese Zweige saugen die wenigen verfügbaren Arbeitskräfte auf: und unser Unternehmer hätte also gar nicht die Möglichkeit, seine Erzeugung zu vermehren, selbst wenn er diese unsinnige Absicht hätte. Das psychologische Motiv und die äussere ökonomische Lage wirken hier eben durchaus in einer Richtung und erzwingen überall die gleiche Handlungsweise trotz aller Verschiedenheit der „empirischen Menschennatur“.) Es wird also der „Unternehmer“ bei sinkender Konjunktur „Arbeiter“ entlassen, resp. es werden Mitglieder einer Produktivgenossenschaft sich lohnenderen Gewerben zuwenden.

In der reinen Wirtschaft ist also auch des einzelnen Verkäufers Interesse mit dem der Gesamtheit identisch. Da diese Interessenidentität aber sogar in der entarteten Gesellschaft zwischen den „Käufern“ vorhanden ist; — und da die Menschen im reinen Tauschrecht nur als Käufer und Verkäufer zu einander wirtschaftliche Beziehungen haben, so ergibt sich hier auch aus der psychologischen Betrachtung wie aus der mechanischen die volle „Harmonie der Interessen“. In der reinen Wirtschaft ist das privatwirtschaftliche Interesse identisch mit dem volkswirtschaftlichen.

Diese Entdeckung ist nicht nur theoretisch von der grössten Tragweite, wie die weitere Deduktion zeigen wird, sondern vor allem praktisch. Sie gestattet zum erstenmale, die Frage mit Sicherheit zu beantworten, ob und unter welchen Umständen ein „sozialer Staat“ psychologisch möglich ist.

Bisher kannten wir nur die Massenpsyche der „kapitalistisch-entarteten“ Tauschgesellschaft und mussten die Frage

verneinen. Jetzt haben wir die Ursache der allgemeinen „Antisozialität“ entdeckt, und dürfen sagen, dass die „soziale Gesellschaft“ massenpsychologisch durchaus gesichert ist, wenn es gelingt, die reine Wirtschaft herzustellen und zu erhalten. Bedingte dort ein mächtiger Interessengegensatz die Disharmonie, so muss hier die absolute Interessenidentität die Harmonie bedingen. Der Mensch handelt antisozial oder sozial, je nachdem es sein Vorteil bedingt. — Wir kommen auf diesen Punkt noch ausführlich zurück.

Ehe ich in der Deduktion fortfahre, möchte ich einiges zur Terminologie bemerken.

Der Entwicklungsgang meiner „Siedlungsgenossenschaft“ brachte es mit sich, dass ich die Ausdrücke „Käufer“ und „Verkäufer“ einführte und beibehielt. Sie sind nicht sehr glücklich gewählt. Denn sie geben wohl den Wesensgegensatz wieder, welcher zwischen „Käufer“ und „Verkäufer“ in der „entarteten Wirtschaft“ besteht, aber sie enthalten nichts von dem gleichen Wesensgegensatz, welcher zwischen dem „Verkäufer“ der reinen, und dem der pathologischen Ökonomie vorhanden ist. Aus diesem Grunde sind sie auch vielfach missverstanden — und, so viel ich sehen kann, — nirgends ganz verstanden worden. Zwar war meine Definition der beiden Begriffe so scharf gefasst, wie es mir nur möglich war, zwar habe ich in der späteren Entwicklung ausgeführt, dass der Bauer „Käufer“, ¹⁾ die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft ²⁾ und die Siedlungsgenossenschaft ³⁾ „Käufergenossenschaften“ seien, dass sogar die industriellen Produktivgenossenschaften innerhalb der Siedlung ebenfalls Genossenschaften von „Käufern“ seien; ⁴⁾ dass es in „Vineland“ ⁵⁾ und im ganzen Mittelalter ⁶⁾ nur „Käufer“ gegeben habe, obgleich alle diese Wirtschaftssubjekte Waren zum Verkauf auf den Markt brachten. Denn sie alle waren nicht mit ihrer Existenz, sondern nur mit ihrem Komfort an die

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 318.

²⁾ „ S. 368.

³⁾ „ S. 490 ff.

⁴⁾ „ S. 512 ff.

⁵⁾ „ S. 572.

⁶⁾ „ S. 198.

Preisbildung einer einzelnen Ware geknüpft, sie alle erstrebten nicht Gesamtprofit, sondern die Profitrate an ihrer eigenen Arbeitsleistung. Meine Kritiker haben dennoch vielfach, soweit sie sich zu dieser Sache äusserten, ihren eigenen, durch Gewohnheit geheiligten Begriff von „Verkäufer“ meinem scharf begrenzten untergeschoben; und einer der Herren hat ihn sogar dem „Unternehmer“ gleich gesetzt, obgleich natürlich auch jede meiner „Käufergenossenschaften“, z. B. ein Konsumverein, Unternehmerin ist.

Um solche Missverständnisse auszuschliessen, muss ich die Terminologie ändern. Ich habe dafür in der „Siedlungsgenossenschaft“¹⁾ selbst die Ausdrücke „Selbstwirt“ und „Marktwirt“ gewählt; sie sind womöglich noch unglücklicher. Dagegen habe ich an anderer Stelle²⁾ die Termini „Käufer-Verkäufer“ und „kapitalistischer Verkäufer“ gebraucht. Diese Worte sagen ungefähr, was sie sagen sollen: das erste enthält die Identität der Interessen in der reinen Wirtschaft, das andere zeigt wenigstens an, dass nicht der „Verkäufer“ schlechthin gemeint ist, sondern eine spezifische Abart der kapitalistischen Ära. Wollte man genetisch benennen, so wären die Ausdrücke: „Nomadenrechts- oder Gewaltrechts-Verkäufer“ und „Tauschrechtsverkäufer“ zu erwägen; ich werde jedoch in dieser Schrift bei den oben genannten Ausdrücken stehen bleiben und hoffe, jetzt vor Missverständnissen sicher zu sein.

Ich fahre jetzt in der Deduktion fort:

Der Gegensatz der Interessen zwischen dem einzelnen kapitalistischen Unternehmer und seinen sämtlichen Konkurrenten zeigt sich zunächst in dem Charakter der Konkurrenz. In der „reinen Wirtschaft“ äussert sich der Wettbewerb nur darin, dass der Produzent sich bemüht, durch Vervollkommnung seiner Werkzeuge und seiner technischen Ausbildung erstlich mehr und zweitens bessere Erzeugnisse zu Markte zu bringen, als seine Nebenbuhler. Er erstrebt also, durch geschickten Einkauf und vollkommenste Ausnutzung des Rohstoffes mit geringeren Produktionskosten auszukommen; durch Anwendung der besten Werkzeuge und Einsatz aller Kraft eine höhere Produktivität zu erzielen; und durch zweck-

¹⁾ Fussnote auf S. 519.

²⁾ Die Siedl. Genossenschaft. Separatabzug aus „Neuland“. 1897. Fontane & Co.

mässige, geschmackvolle Formengebung und Einsatz aller Kunst und Sorgfalt einen Kaufpreis zu erzielen, der über dem Durchschnittspreis liegt: kurz, er erstrebt den höchsten Arbeitslohn für seine Zeiteinheit. Mehr kann er nicht erstreben; denn seine Produktionskraft reicht immer nur aus, um einen kleinen Teil der gesamten Nachfrage des Marktes nach den Erzeugnissen seines Gewerbes zu befriedigen; alle seine Konkurrenten sind dazu gerade so unentbehrlich wie er selbst; er hat das Interesse, besser bezahlt zu werden, als sie; aber er hätte keinen Vorteil davon, wenn sie aufhörten, zu produzieren, weil er ihre Stelle nicht besetzen kann.

Aber der „kapitalistische Verkäufer“ hat neben dem „legitimen“ Interesse, seinen Arbeitslohn so hoch wie möglich zu halten, das viel grössere „illegitime“ Interesse, seinen Gesamtprofit so hoch wie möglich zu halten. Sein Wunsch ist erst erfüllt, wenn er die Nachfrage aller Abnehmer allein befriedigt, wenn er das Monopol des Marktes hat. Und das kann er nur erlangen durch die wirtschaftliche Vernichtung seiner Konkurrenten. Erst, wenn kein anderer selbständiger Unternehmer auf seinem Gebiete mehr Mehrwert zieht, kann er ruhen; dann erst sind nicht nur alle erreichbaren Profitraten sein eigen, sondern er kann auch die Höhe der einzelnen Profitrate bestimmen, d. h. nicht nur seine Arbeiter, sondern auch den Konsumenten ausbeuten.

Dieses notwendige Streben nach dem Monopol, notwendig, weil es gleichzeitig der einzige Weg der Selbsterhaltung gegen das gleichgerichtete Streben der Konkurrenten ist, führt zu zwei verschiedenen Erscheinungen, welche aber schliesslich zu demselben Resultat führen: es sind dies der wirtschaftliche Vernichtungskampf und das monopolistische Bündnis.

Das häufigere und primäre ist der Kampf auf Tod und Leben. Ist der Wettbewerb in der „reinen Wirtschaft“ dem friedlichen Wettspiel zu vergleichen, in welchem man um Kostbarkeiten und häufig genug nur um eine gesteigerte bürgerliche Ehre seine besten Kräfte einsetzt, so gleicht die Konkurrenz der entarteten Gesellschaft dem tollen Morden der Drachensaat Jasons, jenem wahnwitzigen Gemetzel, in dem jeder des anderen Todfeind ist; nur mit dem Unterschied, dass jener

Kampf mit ehrlichen Waffen geführt wurde, während der Wirtschaftskampf mit allem Hass und aller Grausamkeit, welche der struggle for life erfordert, und gleichzeitig mit aller Hinterlist, Feigheit, Schamlosigkeit und Gemeinheit geführt wird, welche die *Auri sacra fames* leider in der Menschenbestie entfesselt.

In diesem Kampfe ist kein Mittel zu schlecht. Man reisst sich die Kundschaft fort, nicht, wie in der „reinen Wirtschaft“ durch bessere Waren, sondern durch Lug und Trug und Kunststücke aller Art. Man täuscht die ungewandte Menge in ihrem Vertrauen, indem man ihr Schundware für gute Ware unterschiebt, man spekuliert auf dieselbe Unerfahrenheit, indem man sie durch äusserst niedrige Preise verführt, unbrauchbares Zeug zu kaufen. Man erfindet gute Appreturen für schlechte Stoffe, glänzende Verpackungen für jämmerlichen Schund; man mietet Läden in den Hauptstrassen und stattet sie mit blendendem Prunk aus und treibt dadurch die grossstädtischen Bodenpreise ins Sinnlose; man verausgabt Millionen für Zeitungsreklame und züchtet dadurch eine kranke, das Volk demoralisierende Presse, welche die nacktesten Ausbeuterinteressen vertritt, weil sie von den Inseraten allein lebt. Auf diesem Umwege dient der „Mehrwert“, in „öffentliche Meinung“ verwandelt, wie Armee, Polizei und Justiz zur Festigung der Stellung der relativ immer kleiner werdenden Herrenklasse.

Doch wozu alle diese Dinge aufzählen? Sie sind bekannt genug.

In diesem wilden Kampfe unterliegt natürlich der Schwächere. Das ist fast immer der kapitalsärmere. Die Werkstatt schwindet vor der Manufaktur, diese vor der kleinen Fabrik, die kleine vor der grossen; die grosse vor dem Riesen.

Diese Entwicklung wird durch die schändlichen Mittel des Kampfes jedoch nur beschleunigt: entschieden wird sie durch rein ökonomische Verhältnisse.

Erstens nämlich produziert der grössere Unternehmer *ceteris paribus* billiger als der kleinere. Er kauft den Rohstoff, die Werkzeuge und den Kredit billiger, er gewinnt der tertiären Arbeitsteilung eine höhere Produktivität des einzelnen Arbeiters ab, streicht also von jedem mehr an Mehrwert ein und

hat auch noch beim Aufsuchen des besten Marktes Vorteile, z. B. die Spedition en gros. Ausserdem ist sein Gesamtprofit bedeutend grösser, da er mehr Arbeiter beschäftigt.

Er kann also den Kleinen unterbieten, ihm den Markt entreissen, weil er bei niedrigen Preisen noch mehr an der Einheit verdient, als jener bei hohen; er kann sogar zu Preisen verkaufen, die jenem weder Mehrwert, noch Arbeitslohn lassen, ja, ihm nicht die Produktionskosten ersetzen: und sein Gesamtprofit ist immer noch gross genug, um im Komfort zu leben. Wenn aber der nur etwas schwächere Feind doch widersteht, dann bleiben dem ganz grossen Unternehmer noch Reserven, deren frische Kraft die Schlacht entscheidet: er zieht sein Privat-Vermögen ins Gefecht und verkauft so lange unter den Produktionspreisen, bis der schwächere Gegner zerschmettert am Boden liegt, und der Sieger seine Kriegsentschädigung auf Grund seines teuer erkauften Monopols vom — Publikum einzieht.

Diese Art des Kampfes gleicht der Kriegsführung eines Herrschers im Stadium der ersten Bildung der Reiche, wenn die „natürlichen Grenzen“ noch nicht gefestigt sind, und die Naturalwirtschaft noch nicht von der Geldwirtschaft abgelöst ist. Hier ist Jeder des Anderen Feind und überfällt ihn, um seinerseits nicht überfallen zu werden: denn einer allein kann die „Welt“ beherrschen. Und hier tritt dieser Ausbreitung keine Erwägung ökonomischer Natur in den Weg: denn noch vernichtet ein Krieg nur Menschen, aber kaum Güter und wirtschaftlich wertvolle Beziehungen. Was konnten die Hunnen oder Tataren verlieren?! — Wenn aber ein gewisser Wohlstand des Volkes erreicht ist, beginnen die Herrscher vor der Kriegserklärung eine Wahrscheinlichkeitsbilanz von Gewinn und Verlust aufzustellen; sie gewöhnen sich daran, gewisse Grenzen anzuerkennen und mächtige Nachbarn als ihres Gleichen zu betrachten: die Diplomatie beginnt. Der ersten Periode gehören jene Sendschreiben voll überströmenden Hochmutes an, wie sie z. B. noch vor wenigen Jahrhunderten der Sultan an den deutschen Kaiser richtete: „Ich, der Kaiser aller Kaiser, Beherrscher aller Gläubigen, dein Herr, befehle dir, du Hund eines Hundes, niedrigster meiner Knechte, binnen drei Monaten nach meiner Residenzstadt Stambul zu kommen, um dir deinen Kopf abschlagen

zu lassen.“ In der zweiten Periode ist dann die Anrede: „Freundwilliger Vetter und Bruder“, und an Stelle des Mordkrieges tritt das Bündnis und das „europäische Gleichgewicht“.

Genau so in der Grossindustrie, und zwar nach dem Grundsatz: gleiche Ursachen haben gleiche Wirkungen! Es wird gezeigt werden, dass das politische Leben genau denselben pathologischen Gang nimmt, wie das wirtschaftliche; und wir haben den Vergleich nur aus diesem Grunde so weit ausgesponnen. Auch in der Industrie werden die Werte, die in dem wirtschaftlichen Kriege bedroht sind, immer grösser; auch hier ergibt jeder Friedensschluss die grössere Wahrscheinlichkeit, dass ein magerer Vergleich einem fetten Prozess vorzuziehen ist: und so tritt denn das wirtschaftliche Bündnis der Machthaber, die Erhaltung des ökonomischen Gleichgewichtes, neben den Kampf: Trusts, Syndikate, Ringe etc. schiessen zusammen, mit der dreifachen Absicht, an Kriegskosten zu sparen, schwächere selbständige Dynasten des Industriegebietes gemeinsam zu unterwerfen und vor allem die „Unterthanen“, d. h. das Publikum, durch das Marktmonopol zu besteuern. Jedoch pflegen solche Bündnisse auch nur so kurze Zeit zu dauern, wie die „ewigen Friedensbündnisse“ der Politik, weil jede Verschiebung der relativen Macht den absoluten Herrscher gerade so wie den industriellen „Verkäufer“ zwingt, auch sein Gebiet entsprechend zu erweitern.

Aus diesem Grunde sind denn auch die wirtschaftlichen Bündnisse vorerst nur einige schnell wieder versinkende Inseln in dem stürmischen Meere des allgemeinen Wettkampfes und kommen für seine allgemeinen Konsequenzen so wenig in Betracht, dass wir sie in der weiteren Rechnung als quantité négligeable betrachten dürfen.

Welches nun sind die Folgen des Wirtschaftskampfes, die wir nach ihrer ethischen Seite hin schon beleuchtet haben, nach ihrer wirtschaftlichen Seite hin?

Die nächste Folge sind, kurz gesagt, die **Krisen**, aus denen dann wieder andere Erscheinungen folgen.

In der reinen Wirtschaft erkannten wir eine allgemeine Krise als unmöglich. Sinkende Preise mussten sofort Arbeitskräfte anderen Gewerbszweigen zuführen, das Angebot der

betr. Ware sich vermindern, die Nachfrage und die Preise wieder steigen. Oder, wenn ein Gewerbe durch eine völlig veränderte Richtung der Nachfrage ganz in Verfall geriet, (Perrückenmacher, Harnischschmiede, Silberbergbau), dann konnten wohl stehende Kapitalien verloren werden, aber kein Notstand der Produzenten entstehen. Entweder starben sie allmählich mit der sinkenden Nachfrage aus oder sie wandten sich der Erzeugung begehrterer Waren zu.

„Es tritt also das ein, was nötig ist, um das Angebot jederzeit der Nachfrage anzupassen: sobald die Preise einer Ware steigen, wächst die Erzeugung derselben — doch das geschieht auch in der kranken Wirtschaft; — sobald aber die Preise fallen, wenden sich Produzenten von dieser Art der Erzeugung ab und das Angebot vermindert sich — und das eben geschieht in der kranken Wirtschaft nicht, wenigstens nicht sofort und sehr selten freiwillig.“¹⁾

Nämlich „in der kranken Wirtschaft setzt sich die Konkurrenz nicht unmittelbar durch, sondern erst auf Umwegen, mittelbar“. Die „kapitalistischen Verkäufer“ produzieren gerade bei fallenden Preisen um so toller darauf los, weil dies das einzige Mittel ist, den Gesamtprofit auf der Höhe zu halten. „Und da das Alle gleichzeitig thun, galoppiert die Erzeugung selbstmörderisch dem Verbrauch voran; der Verbrauch hinkt der immerschneller galoppierenden Produktion in immer weiterem Abstände nach, bis diese, die nur gedeihen kann, wenn der Verbrauch mit ihr Schritt hält, plötzlich wie ein niedergerittenes Pferd gelähmt zusammenbricht. Allmählich kommt der Verbrauch heran, haucht der Produktion mit einiger Nachfrage neuen Lebensodem ein: und „hurree, hurree, hopp, hopp, hopp!“ nach wenigen vorsichtigen Schritten geht's wieder „fort im sausenden Galopp“, bis Kraft und Atem wieder versagen.“²⁾

Ich darf an dieser Stelle ferner folgende Worte aus dem ersten Werke wiederhersetzen: „Verfasser ist sich wohl bewusst, hier eine ganz neue Krisentheorie zu geben. Der Rahmen dieser Arbeit verbietet ihm, kritisch zu den vorhandenen

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 519.

²⁾ „ S. 517.

Stellung zu nehmen. Es sei nur soviel gesagt, dass ihm die vorhandenen lediglich die Veranlassungen aufzudecken scheinen, nicht aber die Ursache. Sie zeigen den Ursprungsort der Funken auf, die in das Pulverfass fliegen, sind aber ausserstande, zu erklären, woher die latente Energie stammt, die sich in der Explosion plötzlich entladet. Diese Erkenntnis scheint uns zum ersten Male durch die Aufdeckung des Zwiespaltes der Interessen ermöglicht, welcher den „kapitalistischen Verkäufer“ zwingt, in seinem Privatinteresse gegen das Interesse seines gesamten Gewerbes zu handeln und so den Ast abzusägen, auf dem er selber sitzt.“¹⁾

Diese Betrachtung erklärt vollkommen das Entstehen der Krisen, und ihre Periodicität. Dagegen verlangen noch einige Züge ihres allgemeinen Charakters, ihrer Erscheinung und Wirkung eine genauere Betrachtung:

Es ist klar, dass die Entwicklung der Industrie nur in denjenigen Gewerben zur höchsten Ausbildung im gesunden und kranken erfolgen kann, welche für den grossen Markt arbeiten. Nur hier kann die tertiäre Arbeitsteilung und Maschinenverwendung im grossen Stile möglich sein. Es sind also im wesentlichen die Gewerbe der Produktion für die Bedürfnisse der grossen Volksmasse.

Da jedes einzelne Mitglied dieser grossen Volksmasse dauernd auf seine konzessionierte Komfortbreite angewiesen bleibt, so wächst ihre Kaufkraft nur durch Addition: 200000 konzessionierte Komfortbreiten haben genau doppelt so viel Aufnahmefähigkeit als 100000. Aber die Produktivität in der Industrie wächst durch Potenzierung: 200000 Arbeitskräfte haben viel mehr als doppelt so viel Erzeugungsfähigkeit als 100000.

Je dichter also die Städte bevölkert sind, um so schneller ist das Tempo, in welchem die Erzeugung dem Gebrauche vorangaloppiert, um so länger dauert es, bis der Verbrauch die niedergebroschene wieder einholt, um so kürzer sind also die Zwischenräume zwischen zwei Krisen, und um so länger und schwerer diese selbst.

Auf diese Weise erklärt sich auf das einfachste der gefährlichste und auffälligste Charakterzug der Krisen.

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 519. Anm.

Noch aber bleibt zu erklären, wie es kommt, dass eine beschränkte Krisis in einem der grossen Gewerbszweige zur allgemeinen Krisis werden kann, die alle oder fast alle ergreift.

Betrachten wir einen „Cyklus“ dieser merkwürdigen Erscheinung. Die Zeit des Darniederliegens der Gewerbe nähert sich dadurch ihrem Ende, dass für einen Zweig der Grossindustrie sich wieder etwas Nachfrage zeigt, ein Zeichen, dass der Marktmagen endlich diesen Teil der in ihn hineingestopften „Ingesta“ verdaut hat. Damit lebt die Kaufkraft der in diesem ersten Zweige beschäftigten Arbeiter und Unternehmer wieder auf und nimmt die Waren anderer Zweige um so schneller aus dem Markte, weil die Entbehrungen der toten Zeit ihr Bedürfnis nach diesen anderen Waren auf eine überdurchschnittliche Höhe gebracht haben. Sie haben „Hunger“ gehabt und nehmen jetzt, wo der Tisch sich deckt, eine doppelte Mahlzeit. Auf diese Weise teilt sich die Belebung einem Gewerbe nach dem anderen mit, und zwar in immer schnellerem Tempo, weil die Nachfrage jedes neu belebten Gewerbes vorwärts und rückwärts wirkt, bis alle in vollem Flor, in angestrengter Thätigkeit sind: die „Blüte“ ist eingetreten.

Aber wieder wächst für die grosse Industrie die Kaufkraft des Marktes nur durch Addition, aber die erzeugenden Kräfte durch Potenzierung. Die Preise sinken für irgend eine Hauptware des Marktes, und damit sinkt die Kaufkraft ihrer Erzeuger. Die Unternehmer aber produzieren nur immer um so toller, um den Gesamtprofit zu erhalten und den Konkurrenten niederzuwerfen; das glückt schliesslich, die schwächeren decken als wirtschaftliche Kadaver die Wahlstatt, und sie selbst so gut wie ihre Arbeiter stehen ohne Beschäftigung und Einkommen da.

Damit sinkt die Kaufkraft des Gesamtmarktes um die gesamte Nachfrage dieser Brotlosen. Sofort wird das Angebot des nächsten Gewerbes, welches bis dahin gerade der Nachfrage genügt hatte und normale Preise hatte, um diesen Betrag der fortgefallenen Kaufkraft zu gross, und die Preise sinken auch hier. Derselbe Prozess setzt sich weiter durch, und so teilt sich der Niedergang einem Gewerbe nach dem anderen mit, und zwar in immer schnellerem Tempo, weil die sinkende Kaufkraft jedes Gewerbes vor- und rückwärts wirkt. Überall brechen die schwächeren Betriebe nieder und Menschen stehen

mittellos und beschäftigungslos da. Ungeheure stehende Kapitalien gehen verloren, verfallen mit Baulichkeiten, verrosten in Maschinen, verderben als fertige Waren in den Speichern, werden verwüstet in dem Verfall häuslicher Gebrauchsgegenstände. Und vielleicht noch grösser ist der Verlust, welcher der Volkswirtschaft dadurch erwächst, dass Hunderttausende produktiver Kräfte brach liegen und, statt durch ihre Mitarbeit das Einkommen Aller zu erhöhen, durch ihre erzwungene Nur-Konsumtion das Einkommen Aller vermindern.

Aber die Schwere dieser Verheerung wird noch gesteigert durch einen anderen Faktor, welcher allein der kranken Wirtschaft angehört und den wir jetzt zum erstenmale näher ins Auge fassen müssen, nämlich durch den pathologischen Prozess, welcher die Zirkulation ergriffen hat.

Die wirtschaftliche Zirkulation ist an sich, genau wie der Umlauf des Blutes, ein rein mechanischer Vorgang. Er kann nur gestört sein, wenn die Organe krank sind, sei es das „flüssige Organ“ (im Körper das Blut, im Wirtschaftskörper das Geld) selbst, oder eines der festen Organe, welche das flüssige bilden, bewegen und reinigen. So kann es nicht ausbleiben, dass die schwere Erkrankung der gesamten Organe der Volkswirtschaft auch Störungen der Zirkulation verursacht: wir haben eine Anämie der atrophischen Organe (breite Volksmasse, Landwirtschaft im allgemeinen und absterbende Gewerbszweige) und Hyperämie (Plethora) der hypertrophischen Organe (Zuwachsrentner und Grossindustrie). So lange das Gleichgewicht auf der pathologischen Grundlage („Stadium der Kompensation“) anhält, also in der Zeit der „Blüte“, so lange macht sich die Störung der Zirkulation nicht sonderlich bemerkbar; aber jedes Abschwanken vom Gleichgewicht bringt hier Umwälzungen hervor, welche, gerade wie bei menschlichen Krankheiten, nun ihrerseits auf die Organe störend und zerstörend zurückwirken.

Orientieren wir uns vorerst wieder an den physiologischen Verhältnissen der „reinen Wirtschaft“.

Von einer gewissen Höhe seiner Entwicklung an braucht der Markt ein Mass, an dem die Wertverschiebungen der Waren gemessen werden können. Es muss dies ein bestimmtes Gewicht einer relativ seltenen und darum

hochwertigen Ware sein, deren Erzeugung also nicht ohne weiteres beliebig gesteigert werden kann; es muss der vorhandene Vorrat stets ungeheuer viel grösser sein, als der in der Zeiteinheit mögliche Zuwachs; denn nur dadurch erhält die Ware einen von der wechselnden Höhe der Erzeugung ziemlich unabhängigen inneren Wert, d. h. einen im Verhältnis zu anderen Waren ungefähr konstanten Preis. Um dieser Forderung zu genügen, muss die Ware sehr beständig sein, unvernichtbar, und schliesslich aus klaren Gründen genau und leicht in gleiche Teile teilbar.

Diesen Anforderungen entsprechen von allen Waren nur die edlen Metalle, als deren Repräsentanten wir von jetzt an das Gold wählen. Es ist selten, fast unvernichtbar, so dass die Ausbeute von Jahrtausenden noch wenig verkürzt vorhanden ist, und selbst der stärkste Zuwachs einer kurzen Zeit den sichtbaren Vorrat nicht so stark vermehrt, um einen bedeutenden Preisfall herbeizuführen; und es ist sehr genau und leicht teilbar.

Diese Ware hat von dem Augenblick an, wo sie Wertmesser wird, einen Doppelcharakter, als Ware und als Mass.

Als Ware folgt sie den Gesetzen aller Waren. Sie hat ihren „natürlichen Preis“, d. h. den Preis, welcher den Goldproduzenten die Produktionskosten ersetzt und den gesellschaftlichen Durchschnitt des Einkommens gewährt. Steigt der Preis, in Waren ausgedrückt, höher, dann wenden sich der Erzeugung dieser Ware mehr Produzenten zu, im entgegengesetzten Falle aber von ihr ab, und so stellt sich der „natürliche Marktpreis“ jederzeit wieder ins Niveau.

Nebenher geht die Allgemeinfunktion des Goldes als Wertmesser, als Zirkulationsmittel. Hier ist es ausschliesslich Mass, unentbehrlich für den Marktverkehr wie Meter, Liter und Kilogramm, und doch gerade wie diese nicht eigentlich Gegenstand des Marktverkehrs. Genau so, wie der Weinhändler fortwährend mit Litern, der Kornhändler mit Kilogrammen zu thun hat, ohne doch mit Litergefässen oder Kilogrammgewichten zu handeln, genau so hat jedes wirtschaftende Subjekt auf dem Markte fortwährend mit Massgoldeinheiten zu thun, ohne doch mit Gold zu handeln. Es giebt Goldproduzenten und Goldkonsumenten (Juweliere, Münzstätten), wie es Gewichtsgiesser, Literdrechsler und Aich-

ämter giebt; für diese allein ist das Gold Ware, Gegenstand des Marktverkehrs, für alle anderen nur Mittel des Marktverkehrs. Und für diese ändern tritt es gar nicht mit Notwendigkeit in den Geschäftsgang ein. Es misst jeder Produzent lediglich sein Produkt an der Goldelle und tauscht 100 Goldmasseinheiten Korn gegen 100 Goldmasseinheiten Tuch, Ware gegen Ware.

Technisch wird dieser Tausch in der entwickelten Geldwirtschaft vollzogen durch den sogenannten „Kreditverkehr.“ Die „Kaufkraft des Marktes“, d. h. der Überschuss der Landwirtschaft wandert in die Stadt gegen Anweisungen auf ebenso viel Goldmasseinheiten in Waren. Der Überschuss der Warenproduzenten tauscht sich zuerst unter einander, bis jeder seine Komfortbreite gefüllt hat; was übrig bleibt, wandert auf das Land, genau so viel Goldmasseinheiten, wie von Korn hinausgegangen sind. Die Zirkulation ist vollendet, ohne dass ein Goldstück in den Verkehr eingetreten zu sein braucht.

Dieser Prozess kann in der reinen Wirtschaft nirgend gestört werden. Angebot und Nachfrage müssen sich jederzeit genau ausgleichen, jede Ware, ebenso wie die Goldware selbst, jederzeit ihren „natürlichen Marktpreis“ haben. Es kann eine einzelne Ware durch Absinken der Reproduktionskosten (d. h. grössere Produktivität des Gewerbes), durch Minderung der Nachfrage (Harnische) oder Vermehrung des Angebots (Silber) im Preise sinken; dann verliert sie aber nicht nur an Kaufkraft für Gold, sondern auch genau ebenso an Kaufkraft für alle anderen Waren, d. h. es stellt sich ein neuer natürlicher Marktpreis her. Dass Gold im Verhältnis zu allen anderen Waren plötzlich an Kaufkraft gewinnt, ist in der reinen Wirtschaft unmöglich.

In der kranken Wirtschaft liegen die Dinge anders. Freilich — im Stadium der Kompensation, d. h. in der Zeit der Blüte, geht der Tausch: Ware gegen Ware, gemessen an der Goldelle, fast ebenso ungehindert vor sich, wie in der reinen Wirtschaft. Denn auch hier wie dort ist (oder scheint doch wenigstens) Jeder kreditfähig, so lange die Blüte währt. So vollzieht sich der Austausch Ware gegen Ware glatt: Gold ist nur Wertmesser, Geld nur Rechengeld. Der Bauer

giebt sein Korn für eine Anweisung auf ebenso viele Goldmasseinheiten der Ware des Gewerbtreibenden u. s. w.

Wenn aber die Kompensation durch die Krise gestört wird, wenn das Missverhältnis zwischen erzeugtem Vorrat und kaufkräftiger Nachfrage offenbar wird, wenn der Tausch gestört wird, weil die konzessionierte Komfortbreite der Masse gesättigt ist; und wenn die Erzeugung dann stockt, weil sie in ihrem eigenen Vorrat erstickt, dann stürzen alle Warenpreise und es giebt in der ganzen Volkswirtschaft nur eine Ware von universaler Bedeutung, deren Nachfrage ebenso enorm steigt wie die aller anderen fällt, nämlich das Gold. Diese Ware konnte ja nur Wertmass werden, weil eine Überproduktion unmöglich war; und darum tritt jetzt eine fortwährend wachsende Verschiebung des Tauschwertes von Gold einerseits und Ware andererseits ein: Gold ist in seinen Warencharakter umgeschlagen und zeigt dem erschreckten Produzenten statt des Wertmesser-gesichtes seines Januskopfes das drohende Medusenantlitz der Ware. Gold wird immer teurer und Ware immer billiger.

Hier ist ein klassischer *circulus vitiosus*, in welchem sich Ursache und Wirkung fortwährend verstärken. Weil alle anderen Waren im Überangebot vorhanden sind, hat Gold an Kaufkraft gewonnen; weil es an Kaufkraft gewonnen hat, wird es mehr begehrt; darum sinken die Preise weiter und erhöhen die Kaufkraft des Goldes noch mehr, so dass die Preise wieder sinken; und dieser Prozess setzt sich so lange fort, bis fast der gesamte Tauschverkehr mit einem „Krach“ auseinanderbricht.

Hier liegt der Schlüssel des letzten Geheimnisses der Krisen, welches die Verfechter der alt-liberalen Wirtschaftstheorie nicht lösen konnten, von Tucker und Quesnay bis auf die neueste Zeit.¹⁾ Sie sahen in einer eigentümlichen optischen Täuschung die kranke Wirtschaft mit ihrer Spaltung der Interessen der „kapitalistischen Verkäufer“ für die gesunde Wirtschaft mit ihrer Interessenidentität der „Käufer-Verkäufer“ an. Infolge dessen leugneten sie die Möglichkeit von Krisen überhaupt. Jedes Angebot von Waren sei gleichzeitig Nachfrage nach anderen Waren; jeder, der verkaufe,

¹⁾ Vergl. v. Bergmann. Geschichte der Krisentheorien. Kap. II.

wolle auch kaufen. Das Geld sei ausschliesslich Rechengeld, Tauschvermittler und könne keine Störung verursachen: „Zu beachten ist, dass, sobald ein Produkt erzeugt ist, dasselbe sofort für den ganzen Betrag seines Wertes anderen Produkten einen Absatzweg eröffnet“, sagt Say.

All das ist für die „reine Wirtschaft“ durchaus richtig, aber nicht für die pathologische. Denn hier hat das Produkt durch die sinnlos gesteigerte Produktion bei sinkenden Preisen überhaupt jeden „Wert“ verloren, weil es keiner Nachfrage mehr begegnet, soviel „geronnene Arbeit“ es auch enthält; es „eröffnet zwar immer noch für den ganzen Betrag seines Wertes anderen Produkten einen Absatzweg“, aber dieser ganze Betrag ist gleich Null und darum der „débouché“ gesperrt. — Und auch hier ist freilich jedes Angebot von Waren gleichzeitig eine Nachfrage, aber nicht nach anderen Waren, sondern immer nur eine Nachfrage nach Gold, der einzigen Ware des grossen Marktes, welche nicht übermässig produziert werden konnte und daher aus Rechengold in Warengold umschlägt.

In diesen zerstörenden Prozess werden nun alle Produzenten hineingezogen; denn alle stehen durch den sog. „Kreditverkehr“, d. h. den an Rechengold geregelten Austausch von Ware gegen Ware, in Verbindung. Wenn Rechengold in Warengold umschlägt, schlagen auch die Anweisungen auf Rechengold in solche auf Warengold um. Und damit schliesst sich die Kreditkrise an die Warenkrise an. Jeder soll mit Gold zahlen, denn Anweisungen auf Waren verlieren Tag für Tag an Wert; Gold aber kann nicht so schnell durch die Kanäle laufen, wie Kreditgeld; es muss gezählt und gewogen und transportiert werden, es lässt sich nicht telegraphisch anweisen u. s. w. So steigt die Nachfrage nach Gold, und steigt sein Preis noch einmal auch aus diesem rein mechanischen Grunde, und so wälzt sich die Lawine der Krise immer vernichtender und schneller über die gesamte Wirtschaft. Eine grosse Zahlungseinstellung reisst die ganze Kette gegenseitiger Verpflichtungen auseinander, ein Fallissement zieht zehn andere nach sich, das Gold zieht sich aus dem Industriemarkte in Strümpfe, Hypotheken und Staatsanleihen zurück, der Zinsfuss und Bankdiskont wachsen sprungweise; wer noch fest stand, aber mit

fremden Kapitalien arbeitete, fängt an zu wanken und viele stürzen.

Jedoch wir wollten die Krise nicht schildern. Wir können hinsichtlich der näheren Charakterzüge auf vorhandene Studien verweisen und ebenso hinsichtlich der Veranlassungen, welche die Lawine ins Rollen bringen, wie Erntekrisen, Kriege und Zollkämpfe u. s. w. Wir wollten die Ursache der Krise zeigen; zeigen, wie sich die latente Energie aufhäuft, die sich dann auf irgend einen äusseren Anstoss hin (vielleicht etwas früher) entladet, als sie es aus inneren Verschiebungen gethan hätte. Wir haben diese Ursache in dem Interessenzwiespalt des „kapitalistischen Verkäufers“ gefunden, dem das Grossgrundeigentum „freie Arbeiter“ zur Ausbeutung auf den Markt wirft, und damit ist unsere Aufgabe gelöst.

Aus derselben Wurzel wächst die Spekulation.

Was wir heute „Konjunktur“ nennen, kann offenbar in der reinen Wirtschaft nur andeutungsweise existieren, wenn es keinen Mehrwert, keine Überproduktion, keine Krisen, kein Umschlagen des Rechengoldes in Warengold geben kann. Die Warenpreise schwanken in ganz kleinen Ausschlägen stets um ihren „natürlichen Preis“; der Arbeitslohn der „Unternehmer“ und ihrer „Arbeiter“ ist bald eine Kleinigkeit höher, bald ein wenig tiefer, als der gesellschaftliche Durchschnitt. Es sind dies die leisen Wellen, welche eine regelmässige Niveauerhöhung in einem stehenden Wasserbecken hervorruft.

Auch in der reinen Wirtschaft wird die fortschreitende Entwicklung Börsen hervorrufen, Märkte fungibler Waren, grosse Regulatoren für die grossen Massenprodukte, die keine oder unwesentliche Unterschiede der Qualität aufweisen. Hier wird das Angebot eines ganzen Kulturkreises auf die Nachfrage desselben Kreises stossen; die Preise werden dadurch für den ganzen Kreis reguliert, und es ist Gelegenheit gegeben, das Risiko, welches im Handel mit Waren liegt, deren Angebot stark wechselt, namentlich landwirtschaftlichen Produkten und deren Abkömmlingen (Korn, Kaffee, Zucker, Spiritus etc.), durch eine Art von Versicherung auf Gegenseitigkeit zu verteilen: Terminhandel und Zeitgeschäft. Der Konsument wie der Produzent, Bauer wie Müller und Händler sichern sich dadurch Durchschnittspreise und entgehen den Schwankungen der Konjunktur, den Schlägen der „orphanischen

Kette“ Lassalles. Solche Zeitgeschäfte sind der Windkessel der Spritze: sie verwandeln den unregelmässigen Zufluss in einen ununterbrochenen Strom. Nur so ist es möglich, dass der Verkehr in Nahrungsmitteln Verträge auf längere Zeitabschnitte abschliesst. Die Produktenbörse ist das wirtschaftliche Mittel des Ausgleichs der wechselnden Naturergiebigkeit.

Dagegen ist eine Effektenbörse undenkbar. Es giebt keinen „Mehrwert“, daher keine Kursgewinne, daher keine Effekten und Kurse. Was es einzig geben kann, ist ein Geldmarkt, auf welchem sich Angebot und Nachfrage von Kapital ausgleicht. Der Zinsfuss wird einmal höher und einmal tiefer stehen; aber wie er auch stehe, das Kapital wird niemals auf die Dauer einen Anteil am Ertrage eines Unternehmens haben können, welcher den Zins samt der Risiko-prämie übersteigt. Und für den Zweck des Kapitalmarktes genügt eine oder wenige grosse Zentralbanken, welche durch ihren Diskont Angebot und Nachfrage regulieren.

All das entartet in der kranken Wirtschaft. Hier besteht nicht das Gleichmass einer organischen Höherentwicklung, das jede Wette unmöglich macht, weil für gleiche Kräfte alle Chancen gleich sind, sondern eine Menge von Zufälligkeiten, die zum Wetten geradezu herausfordern. Der Konkurrenzkampf der einzelnen Industriellen unter sich ist so reich an Wechselfällen, wie ein Pferderennen; jeder Renner bekommt seinen Wettkurs, die Effektenbörse ist der Totalisator, und der Gewinn ist gross, wenn ein Outsider durchs Ziel geht. Es wird gewettet, wie lange die Blüte oder die Krise noch dauern wird: Haussiers und Baissiers setzen am Totalisator; es wird gewettet, ob eines der Ungewitter, welche zu Krisen führen können, eine Kriegserklärung, eine Kampfzollmassnahme, eine schlechte Ernte eintreten wird oder nicht: und die Börse wird zum nervösen Manometer der politischen Lage. Ein ungeheures Hazardspiel begleitet das Auf und Ab der wirtschaftlichen Kräfte.

Dass sich bei diesem Spiel auch massenhaft Falschspieler finden, ist notwendige Begleiterscheinung jedes Spieles überhaupt. Daher die gefälschten Telegramme, die Sensationsnachrichten, die bestochenen Börsenreferenten, die Schwindelgründungen, welche gar keinen ernstesten Absichten zu produ-

zieren ihre Entstehung verdanken, sondern nur der Absicht, an künstlich getriebenen und gedrückten Kursen Spielgewinne auf Kosten derjenigen zu machen, welche nicht aussterben. Auch diese Dinge wollten wir nicht schildern, sondern erklären.

Wenn wir schliesslich fragen, wer denn in diesem Spiele der Gewinner ist, so stossen wir auch hier wieder auf jenes Gesetz der Häufung des Reichtums um vorhandene Kerne, welches wir auf der Stufe der Nomadenwirtschaft zuerst als Häufung des Herdeneigentums in einer Hand, auf der ersten Stufe des historischen Ackerbaus als Häufung des Landeigentums in einer Hand kennen gelernt haben, hier als Häufung des Kapitaleigentums in einer Hand. Die grossen Unternehmer vernichten die kleinen, die grossen Kapitalisten saugen die kleinen auf, weil sie auf der ersten Stufe der Konjunktur besser gewachsen sind, auf der zweiten Stufe die Konjunktur beherrschen, auf der letzten Stufe sie machen. Wie sie die „öffentliche Meinung“ mittels der Presse beherrschen, so beherrschen sie zuletzt auch die Regierungen. Davon werden wir in der Skizze der politischen Organisation reden müssen, welche der kranken Wirtschaft eigentümlich ist.

Der Goldbesitzer bleibt als Sieger auf der Wahlstatt des industriellen Kampfes und entschädigt sich für seine Kriegskosten mit dem Monopol; der Goldbesitzer heimst die Ernten der Krisen ein, weil er mit seinem enorm im Werte gestiegenen Eigentum die enorm im Werte gefallenen Waren, Genussgüter und Kapitalsgüter, an sich bringen kann. Der Goldbesitzer setzt sich in Besitz des städtischen Wohn- und des ländlichen Feldbodens und zieht den Ertrag der stetig steigenden Zuwachsrente. So geschieht es, dass in Handel, Industrie und Grundbesitz der selbständige Mittelstand mehr und mehr zusammenschmilzt, dass die Zahl der Nutzniesser der Zuwachsrente im Verhältnis immer kleiner, und ihr Einkommen immer ungeheuerlicher wird, so dass der Druckunterschied zwischen Reich und Arm immer grösser und die Zwischenglieder immer spärlicher werden. In der Sprache der Meteorologie: der „Gradient“ zwischen dem Orte des sozialen Meist- und Mindestdruckes wird immer grösser, d. h. die Trichterwand immer höher und steiler.

Wir haben noch einer Folge der „Krisen“ zu gedenken, nämlich ihrer Rückwirkung auf die industrielle Arbeiterklasse.

Es ist klar, dass, wenn die Unternehmer bei sinkenden Preisen ihre Produktion zum Galopp spornen, sie das *ceteris paribus* nur thun können, indem sie neue Arbeiter ans Werk setzen. Während in der „reinen Wirtschaft“ jedes Sinken der Preise in der Stadt sofort die Abwanderung so lange zurückhalten und die Auswanderung vermehren würde, bis das Gleichgewicht wiederhergestellt ist, werden in der „kranken Wirtschaft“ gerade dann Arbeiter im Überschuss vom Lande in die Stadt gezogen, wenn die Krise bereits einsetzt. Der Zusammenbruch wirft darum noch viel mehr Arbeiter brotlos aufs Pflaster, als die Tollheit der Überproduktion an sich notwendig gemacht hätte: und um so furchtbarer ist natürlich das Schicksal dieser Elenden, die durchaus nirgend hin ausweichen können. Sie sind gezwungen, sich selbst und ihre Frauen und Kinder auf dem Sklavenmarkte der Industrie zu jedem Preise loszuschlagen, sind gezwungen, ihre Frauen und erwachsenen Töchter auf dem Fleischmarkt der Prostitution stückweise zu verkaufen; die Versuchung, d. h. die Strömung zum Gleichgewicht, welche sie vom Orte des höchsten, unerträglich gewordenen wirtschaftlichen Druckes ins Minimum reisst, zum Orte des mindesten Druckes, an welchem sie ihre Herren sehen, zerreisst die für normale Wirtschaftsverhältnisse ausreichenden sozialen Regulationen, die inneren des Gewissens so gut wie die äusseren des Gesetzes,¹⁾ und treibt sie in Unsittlichkeit und Verbrechen.

Ohne die Krisen würde wenigstens der gesunde junge Industriearbeiter immer die „konzessionierte Komfortbreite“ geniessen. Nur der kranke oder altersschwache Proletarier würde darunter gepresst werden, d. h. ins Elend. Denn die konzessionierte Komfortbreite wird natürlich im Lauf der Zeit zum Standard of life, zur notwendigen Existenzbreite. An sich schon steht sich der Industriearbeiter materiell schlechter als der Landtagelöhner; denn er bezahlt natürlich die grössere soziale Freiheit, den Anschluss an seines Gleichen und vor allem die noch so schwache Aussicht, durch Tüchtigkeit und Glück in die Unternehmerklasse aufzusteigen, mit einem gewissen Mass materieller Güter: darum ist die

¹⁾ Vgl. Siedlungsgenossenschaft. S. 608 ff.

blosse Futterversorgung des Fabrikarbeiters durchschnittlich schlechter als die des Tagelöhners.

Aber die Krisen werfen ihn tief unter seinen Standard. Der Industriearbeiter ist „der Letzte, den die Wölfe fressen“.¹⁾ Ohne die Möglichkeit, auszuweichen, empfängt er die Schläge der „orphischen Kette“ mit geducktem Nacken. Er ist der Unglückliche aus Edgar Poes furchtbarer Nachtphantasie, der Gefesselte im unterirdischen Kerker der Inquisition, über dem eine ungeheure, scharf geschliffene Sichel hin- und her-schwingt, die sich ihm bei jeder Schwingung etwas nähert. Die Sichel ist die Krise, die immer näher und näher schwankt, unaufhaltsam, um ihn wirtschaftlich, physisch und moralisch zu Grunde zu richten. Hier liegen die Wurzeln der grauenhaften Arbeiter- und Kindersterblichkeit, der rachitischen Degeneration ganzer Völker, der psychischen Entartung, welche uns neue, schauerliche Verbrecher- und Narrentypen mitten in die geordnete Rechtsgesellschaft hineingeblättert, hier die Wurzeln der Massenverbrechen und der Massenprostitution.

Dass sich die Arbeiter wehren, ist selbstverständlich. Auch hier waltet das Gesetz der Strömung! Wenn eine Masse unter Druck gesetzt wird, ohne dass sie ausweichen kann, so treten zwei Erscheinungen ein, die man kurz als „Schweissung“ und „Gegendruck“ bezeichnen kann. Schweissung, weil die inneren Gegensätze um so mehr überwunden werden, die gegenseitige Abstossung der einzelnen Elementarteile um so mehr vermindert wird, je mehr der äussere Druck wächst; Gegendruck, weil jede strömende Masse elastisch ist. Die Schweissung zeigt sich als Koalition, der Gegendruck als Revolutionen und Strikes.

Ebenso selbstverständlich ist, dass sich die Unternehmer dagegen auflehnen. Nirgend so klar wie hier zeigt sich, wie wertlos juristische Formeln gegen wirtschaftliche Gesetze sind. Juristisch steht der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nach Tauschrecht gleich; wirtschaftlich ist er so gut sein Sklave nach Nomadenrecht, wie das Mancipium des Römers: das scheinbar überwundene Urrecht schlägt das scheinbar siegreiche Kulturrecht. Der „Staat“, d. h. der Ausschuss der herrschenden Klasse oder Klassen,

¹⁾ Vgl. Siedlungsgenossenschaft. S. 103.

stellt seine Machtmittel in den Dienst des Nomadenrechtes; wie der Grundadel des Karolingerreiches in den Kapitularien Karls des Grossen die geschworenen Fraternitates und Gilden, wie der Feudaladel unter den Staufern die Bürgerzünfte und Städtebünde, wie später die Zunftmeister die Gesellenladen: so verbieten und verfolgen heute die Unternehmer durch ihren Ausschuss, den „Staat“, d. h. den Klassenstaat, die ebenso durch Schweissung entstandene Koalition der Fabrikarbeiter.

Der Gegendruck durch die Streik-Organisationen (Gewerkschaften, Gewerbekammern, Einigungsämter u. s. w.) kann natürlich keinen Erfolg haben! Er richtet sich lediglich gegen die Unternehmer, als wären sie die Drängenden, während sie doch selbst die von dem Bodenmonopol Gedrängten sind. Der einzige Erfolg ist der, die „konzessionierte Komfortbreite“ anders zu verteilen und zwar so, dass der besser gestellte (höher qualifizierte) Arbeiter noch besser, und eben dadurch der geringer qualifizierte Arbeiter noch schlechter gestellt wird. Indem die Gewerkvereine einen Teil des Arbeitsmarktes für ihre Mitglieder monopolisieren, schliessen sie Alle, welche wegen geringerer Leistungsfähigkeit nicht ihre Mitglieder werden können, ganz aus und drücken sie noch tiefer unter die Existenzbreite. Gewerkvereine und Strikes wirken auf die Arbeiterschaft, wie die sozialen Gesetze überhaupt nach Henry Georges prachtvollem Bilde auf die Kulturvölker wirken: sie dringen wie ein riesiger Keil in die gleichartige Masse und heben, was darüber, pressen nieder, was darunter gelangte. Vor der Organisation der Londoner Dockers fanden hunderttausend Arbeitslose in den Docks unregelmässige Beschäftigung; jetzt haben 20000 Mann regelmässige, und 80000 gar keine Arbeit, gar kein Einkommen mehr.

Es wird also durch die Gewerkvereine etc. der „vierte Stand“ in einen vierten und fünften Stand geschieden, in eine Arbeiteraristokratie und ein trostloses Proletariat, welches die Verkommenen und Unglücklichen, das Laster und das Verbrechen umschliesst. Die Schwärmer für den englischen Trade-Unionism übersehen zweierlei; erstens, dass dieser fünfte Stand von den Heilmitteln: Gewerkschaft und Genossenschaft höchstens zum Schlimmeren beeinflusst wird, und zweitens, dass in England ganz ausnahmsweise Verhältnisse bestehen. Dort ist nämlich die Abwanderung absolut

äusserst schwach, weil das platte Land schon so gut wie verblutet ist, und relativ noch viel schwächer, weil auf einen Landbewohner jetzt schon vier Städter kommen. Die Hungerkonkurrenz ist hier natürlich viel schwächer, als da, wo umgekehrt vier Landbewohner auf einen Städter kommen.

Englands Exportindustrie verliert Markt auf Markt. Wenn erst die Einschränkung der Produktion fühlbar werden wird, dann werden wir ja sehen, was aus der Arbeiteraristokratie der Gewerkschaften und dem „sozialen Frieden“ werden wird. Augenblicklich haben wir schon eine Vorprobe des kommenden in dem Verzweiflungskampf des ältesten, reichsten und konservativsten Gewerkvereins, der „amalgamated engineers“, erlebt.

Wie weit diese Kampforganisationen in Wahrheit davon entfernt sind, dem sozialen Staate der Zukunft näher zu führen, erhellt daraus, dass sie in letzter Instanz den Kapitalismus stärken. Ein Strike wirft, wie Konkurrenz, Krise und Spekulation, die schwächeren Unternehmer nieder, ohne die starken zu gefährden. Er wirkt also mit zur Anhäufung der Kapitalvermögen um immer weniger Kerne. Und darum ist jeder siegreiche Strike ein Pyrrhussieg für die organisierte Arbeiterschaft. Sie verlieren immer mehr die Möglichkeit, das „divide et impera“ gegen ihre Feinde anzuwenden, sehen sich immer mehr nur solchen Gegnern gegenüber, deren Gold sie wie ein sturmsicherer Panzer umgiebt.

Wenn Arbeiterorganisationen überhaupt einen Erfolg in dem wirtschaftlichen Kampfe erringen wollen, dann müssen sie endlich lernen, die Überschwemmung sozusagen mit der Wasserbautechnik zu überwinden. Gewerkschaften und Strikes sind Deiche in den Inundationsgebieten; sie erhöhen nur die Gefahr, weil sie bewirken, dass das Strombett sich fortwährend erhöht, so dass jeder Deichbruch — und jeder Deich bricht einmal — nur um so grössere Zerstörungen erzeugt. Zweckmässig ist es allein, den Strom an seinen Quellen zu fangen und zu verbauen. **Die Industriearbeiterfrage ist nur vom Lande her zu lösen.** Das haben die britischen Gewerkvereine schon vor 20 Jahren eingesehen, als sie den Versuch aufgeben mussten, die „unskilled labour“ zu organisieren. „So lange die Zuwanderung nicht aufhört, wird es immer sehr schwer und meist ganz unmöglich sein, die

Lage der unqualifizierten Arbeiter zu heben.“ Hoffentlich wird auch die deutsche Arbeiterschaft bald weit genug vorgeschritten sein, um sich aus dem Netz der Marxschen Dialektik zu befreien und den Weg zu betreten, der zur Rettung führt.

Aber es wäre schlimm, wenn die grosse Entwicklung des organischen Lebens durch Irrtümer aufgehalten und nur durch richtige Erkenntnis gefördert werden könnte. Sie schreitet vor, unaufhaltsam und unaufgehalten, mit der majestätischen Folgerichtigkeit eines kosmischen Vorgangs.

Wir haben den Symptomen-Komplex der sozialen Krankheit, ihre Ursache, ihren Aufstieg zur Höhe (Akme) und ihre Höhe selbst aus dem Gesetz der Strömung abgeleitet. Aber jede Krankheit hat ihr Ende, Tod oder Genesung. Diese Krankheit endet in Genesung! Auch das lässt sich noch aus dem Gesetze der Strömung deduzieren. Bekanntlich ist jedes Stadium der Krankheit zugleich Fortschritt zur Heilung. Die ganze Entwicklung läuft darauf hinaus, den Fremdkörper (fremden Rechtes), das agrarische Grossgrundeigentum, aus dem Organismus der freien Tauschwirtschaft auszustossen. Damit hat der einseitige, dauernd wachsende Druck sein Ende erreicht, und der pathologische Prozess mündet in den der Gesundheit wieder ein.

Das letzte Symptom der sozialen Krankheit, das wir noch zu betrachten, resp. aus dem Gesetz der Strömung abzuleiten haben, ist auch der letzte Fortschritt der Heilung, es leitet die „Krisis“ ein. Es ist das die durch einen unheilbaren Preissturz des Kornes verursachte Agrarkrisis.

Wir orientieren uns wieder am Thünenschen „isolierten Staate“, um diesen Verlauf abzuleiten:

Den „natürlichen Marktpreis“ des Kornes fanden wir zusammengesetzt aus Selbstkosten, Durchschnittseinkommen und Transportkosten des letzten Bauern, welcher für die Versorgung der Stadt nötig ist. Die Transportkosten waren bisher als feste Grösse angenommen. Wir lassen auch diese letzte Abstraktion noch fallen und betrachten die Folgen einer Veränderung dieses Faktors.

Es sei zu irgend einem Zeitpunkte das Durchschnittseinkommen wieder 1000 Geldstücke. Der entfernteste Bauer, dessen Zufuhren der Markt noch braucht, sei hundert Kilo-

meter entfernt; er stelle zwanzig Tonnen Korn zum Verkauf her unter Aufwand von 200 Geldstücken Produktionskosten. Die Transportkosten betragen pro Tonne und Kilometer je ein Geldstück. Dann müssen die zwanzig Tonnen bringen: $1000 + 200 + 2000 = 3200$. Der natürliche Marktpreis pro Tonne ist also 160 Geldstücke, und 60 der Bruttogewinn des Bauern. Dann hat ein Wirt, der nur zehn Kilometer von der Stadt sitzt, also pro Tonne nur 10 Geldstücke Transportkosten hat, von der Tonne einen Bruttogewinn von 150 Geldstücken, 90 mehr als der entfernteste Bauer, oder, wenn man seine Produktionskosten mit 20 Geldstücken pro Tonne doppelt so hoch veranschlagt, weil er intensiver wirtschaftet (Gesetz der sinkenden Erträge), 130 Geldstücke pro Tonne Reingewinn. Er stellt also nicht 20, sondern nur schätzungsweise 7,7 Tonnen her, um auf das gleiche Reineinkommen zu gelangen.

Stellen wir uns nun ein plötzliches Sinken der Transportpreise vor, auf die Hälfte. Dann ist der Preis für 20 Tonnen $1000 + 200 + 1000 = 2200$, der natürliche Marktpreis 110 Geldstücke. Der entfernteste Bauer behält seinen Reingewinn unverkürzt, 50 pro Tonne, 1000 pro Jahr. Der nahe Bauer spart pro Tonne 5 Geldstücke am Transport, büsst aber am Marktpreise 50 ein, verliert also $45 \times 7,7 = 346,5$ Geldstücke, das ist mehr als ein Drittel seines Reineinkommens.

In der reinen Wirtschaft kann aus dieser Ursache keine nachhaltige Störung des Gleichgewichtes entstehen. Erstlich spielen hier die Transportkosten aus den verschiedensten Gründen eine verhältnismässig untergeordnete Rolle. Der Anbaukreis ist nicht durch eine übermässige Wanderung überdehnt, das Land viel dichter besiedelt und besser angebaut, als in der kranken Gesellschaft, die Industrie viel gleichmässiger über das gesamte Gebiet verteilt, d. h. die grossen Städte kleiner, die kleinen grösser und zahlreicher. Es kommt also einerseits von der Flächeneinheit viel mehr Nahrungsüberschuss heraus; und andererseits ist der Weg vom Urproduzenten nach seinem gewerblichen Markt nicht so krankhaft weit gestreckt. Trotzdem erfolgt ja auch hier eine Erstreckung des Anbaukreises, und es werden auch hier die Transportkosten sinken müssen, da eine Verbesserung der Produktivität der Transportmittel nach dem „Gesetz der Er-

zeugung“ mit dem steigenden Markte, d. h. der wachsenden Zufuhr erfolgen muss (vgl. unten). Aber diese Erstreckung und Verbesserung erfolgt hier ganz allmählich, so dass das Absinken der Transportkosten von Anfang an als wirkende Kraft in das Kräftespiel eintritt, welches die Bevölkerung verteilt. Es wird dadurch keine qualitative Verschiedenheit hervorgerufen; denn es bleibt dem näher wohnenden Landmanne ja unter allen Umständen noch ein Vorteil; die Bevölkerung schichtet sich also auch hier in Form eines Kegels auf, dessen Spitze und höchste Erhebung die Stadt, dessen Peripherie und Nullhöhe der Ring der äussersten Bauern ist. Aber der Kegel ist weniger steil, d. h. die Bevölkerung ist gleichmässiger geschichtet, die Besitzgrössen von geringerer Verschiedenheit, die Zonen breiter.

Wenn wir uns aber selbst ein plötzliches Sinken der Transportpreise in der reinen Gesellschaft vorstellen wollen, so kann dennoch keine dauernde Verschiebung der Einkommen entstehen. Der Preissturz bedeutet eine starke Druckverminderung über der Stadt, weil der Gewerbtreibende jetzt seinen Kornbedarf für einen geringeren Teil seiner Jahresproduktion eintauscht. Es setzt also eine verstärkte Strömung in die Stadt ein, das Nahrungsbedürfnis steigt, der Kornpreis entsprechend, die Zone des Gartenbaus verbreitert sich, der Kornpreis steigt auch aus diesem Grunde. Dadurch entsteht ein neues Minimum jenseits der Grenze in der noch nicht angebauten Ebene, und der Abstrom der ländlichen Bevölkerung in diese beiden neu aufgerissenen Niederdruckgebiete ist so stark, dass sich in kurzer Zeit auch hier wieder das Gleichgewicht des Einkommens und der Besitzgrössen herstellt.

Anders in der kranken Gesellschaft. Hier ist der Anbaukreis überdehnt, der Anbau noch ausserdem, eine Folge der Interesselosigkeit der Tagelöhner, unter dem Niveau, die Transportkosten infolge dessen hoch. Ferner hat die Luxurnachfrage der Zuwachsrentner die Gewerbe in wenige grosse Centren zusammengedrängt, während sekundäre und tertiäre Städte selten, klein und kaufschwach sind: auch dadurch ist der Weg vom Urproduzenten zum Industriellen überdehnt. Hier ist die Bilanz der Volkswirtschaft also äusserst schwer mit Transportkosten belastet. Hier kann nicht nur, hier muss eine rapide Ermässigung dieser Ausgabe eintreten.

Denn die Kornzufuhren in die grossen Städte steigen reissend an Masse. Die Stadt ist also für Transportdienste ein gewaltiger Markt. Darum setzt auch hier die Arbeitsteilung ein, die Produktivität der Transporteure steigt, d. h. ihre Leistung verbilligt sich ebenso rapide. Es kommt ein erstes Stadium, wo eine Chaussee besser rentiert als Feldwege; ihm folgt ein zweites, in welchem die Massentransporte ausreichen, um einen Kanal zu verzinsen und zu unterhalten, und schliesslich treten Eisenbahn und Dampfschiff auf den Plan. Und alle diese Verbesserungen der Technik haben noch eine Eigenschaft, welche für die Landwirte um so verderblicher ist, je näher sie dem Markte wohnen: sie senken den Preis nicht nur im ganzen, sondern sie senken ihn auch noch ungleichmässig; je ferner der Produzent dem Markte wohnt, um so mehr, je näher er wohnt, um so weniger spart er an seinen Transportkosten; denn diese setzen sich zusammen aus den Kosten des Ein- und Ausladens, welche zwar für alle gleich gross sind, aber bei kleinen Strecken ganz anders ins Gewicht fallen, als bei grossen; und den Kosten des eigentlichen Transportes, welche aus natürlichen Gründen nach Art des Zonentarifes mit der Entfernung fallen.

Auf diese Weise sinkt also das Reineinkommen des Landwirtes um so mehr, je näher er dem Markte sitzt.

Aber es ist nicht die Auswanderung allein, welche durch ihre massenhaften Zufuhren auf ihren Urheber, das agrarische Grossgrundeigentum, vernichtend zurückwirkt, sondern auch die Abwanderung, und zwar in ihren beiden Folgen, der Überproduktion und der Spekulation.

Aus der Überproduktion entwickelt sich folgerecht der Exportindustrialismus. Wenn der gesamte Binnenmarkt des Wirtschaftskreises, den wir bisher als „isoliert“ angenommen haben, in Krisenzeiten mit Waren gesättigt ist, sucht der Kaufmann neue Märkte für sie und findet sie bei Völkern mit Naturalwirtschaft. Er vertauscht sie gegen Korn und lädt dieses Korn als Ballast in seine Schiffe. Er kann es fast zu jedem Preise auf den Markt bringen; denn er hat für wenig Gold viel Waren exportiert, die hier ihre Kaufkraft verloren hatten, sie aber dort noch besaßen, und hat für die Rückfracht keine oder sehr wenig Kosten gehabt, weil er das Korn nur als Ballast rechnen kann.

Der Konkurrenzkampf steigert diese Verheerung der Preise noch, indem er die Preise der Lokomotiven, Dampf- und Kohlen, die Versicherungssätze etc. immer tiefer drückt und dadurch, sowie durch die gleiche Konkurrenz der Spediteure unter sich die Frachten immer mehr ermässigt. All das wird wieder durch die Spekulation in Industrie- und Handelsunternehmungen in Blütezeiten übertrieben; und schliesslich kann die Spekulation in Getreide auch vorübergehend und lokal die Preise durch Überangebot reeller oder fiktiver Ware noch tiefer werfen.

Jedenfalls aber bleibt ein dauernder Nachteil für den marktnahen Landwirt, ein Verlust am Einkommen. Und das ist sein Ruin, wenn er bloss Landwirt und nicht noch nebenher Kapitalbesitzer ist. Denn er ist verschuldet nach dem Ertragswerte des Gutes zur Zeit der hohen Preise und darüber: Spekulationsrate. Von dem Augenblicke des Preissturzes an ist sein Untergang entschieden. Er verliert zuerst den kleinen Teil sekundärer „Zuwachsrente“ („Mehrwert“), welchen ihm sein eigenes Kapital vielleicht abwarf, dann Stück für Stück seinen „Arbeitslohn“, und schliesslich sinkt sein Ertrag unter die „Produktionskosten“, d. h. sachlichen Selbstkosten, Arbeitslöhne und Hypothekenzinsen.

Bis es soweit kommt, spart er an den Produktionskosten, wo er irgend kann. Er lässt festes und bewegliches Inventar, Gebäude, Maschinen und Herden verfallen, er saugt seinen Boden bis auf das letzte aus und entlässt Arbeiter, d. h. extensiviert den Betrieb. Damit schmiedet er aber nur neue Nägel zu seinem Sarge; denn die Ersparung an den nötigen Kapitalaufwendungen wird sich nach kurzer Zeit in einer empfindlichen Verminderung der Roherträge rächen; und seine ausgetriebenen Tagelöhner vermehren nur noch die Auswanderung und das Angebot von Getreide aus der Ferne.

Eine Besserung aus der Entwicklung selbst heraus ist nicht abzusehen. Denn jede kleine Erhöhung der Preise, wenn die Stadt wächst, zieht sofort wieder neue Korngebiete im Auslande in den Markt hinein und wirft die Preise so tief, dass der entfernteste Produzent nicht mehr Einkommen hat, als der Tagelöhner des Grossgutsbezirkes.¹⁾ Und durch Vermehrung der Transportkosten von diesem entferntesten

¹⁾ Daher die Not der nordamerikanischen Farmer!

Bauern her wird der Marktpreis auch nicht mehr bedeutend wachsen. Denn der Radius r des Anbaukreises ist schon so enorm gross, dass der Zuwachs z (Höhe des hinzukommenden Ringes) äusserst klein ist; und dieser kleine Zuwachs wird meist noch überkompensiert durch das anhaltende Sinken der Frachten.

Künstliche Massregeln, wie Schutzzölle, Prämien etc. können nichts helfen; denn sie steigern zwar den Preis des Kornes für kurze Zeit, rufen aber sofort eine Mehrproduktion durch erweiterten und intensiveren Anbau hervor, welche den Preis noch tiefer wirft, als zuvor; und die kurze Periode trügerischen Wohlstandes lässt nur einen bitteren Rückstand in Gestalt gesteigerter Schuldenlasten und Schuldzinsen zurück, welche in der Periode des Niedergangs die dann im Besitze befindlichen Eigentümer um so sicherer vernichten.¹⁾

So bleibt also schliesslich nichts als die Zwangsversteigerung; und den Erstherrn kein anderer Ausweg, als der, die Güter an selbstwirtschaftende Bauern aufzuteilen, welche im eigenen Interesse, also fleissiger, sorgfältiger und sparsamer wirtschaften, welche am Preise der Weltmarktprodukte nicht interessiert sind, weil sie nur so viel Korn herstellen, als sie selbst verbrauchen, und ihre Komfortbreite durch Erzeugung und Verkauf solcher Dinge ausfüllen, welche der Weltmarktskonkurrenz nicht unterliegen, weil sie nicht hoch transportfähig sind, kurz an Bauern, welche nicht „kapitalistische Verkäufer“, sondern „Käufer-Verkäufer“ sind. Damit ist das agrarische Grossgrundeigentum ausgestossen, und der Wirtschaftskörper gesundet.²⁾

Und so behält die Smithsche Naturlehre selbst in ihrem Irrtum Recht. Die Strömung zum Gleichgewicht führt schliesslich doch zur Harmonie der Interessen, freilich auf dem langen und schmerzlichen Umwege einer Krankheit, die den ganzen Organismus mit Vernichtung bedroht, aber doch durch die Krankheit zur Gesundheit. Das Gesetz erweist sich als Grundgesetz der ganzen Wirtschaft: es lässt sich stören, aber nicht aufheben und setzt sich zuletzt gegen die Störung siegreich durch.

Stellen wir uns vor, es würde durch die natürliche Entwicklung der Dinge selbst oder durch staatliche Eingriffe auf

¹⁾ Vgl. Siedlungsgenossenschaft. S. 228 f.

einmal ein beträchtlicher Teil des Grossgrundeigentums Bauern zur Verfügung gestellt, dann würde sofort die Abwanderung und Auswanderung vom Grossgrundbesitz aufhören, denn jetzt ist hier ein Minimum entstanden. Es wäre also in kurzer Zeit die „Reserve-Armee“ in den Städten aufgesaugt. Die neuen Bauern würden dem Lande höhere Nahrungsüberschüsse entreissen, als der Grossgrundbesitz, also höhere Kaufkraft haben und eine starke Nachfrage in den Städten ausüben. Dagegen würde in den Städten das Angebot von Arbeitskräften stark vermindert sein, und bei hoher Nachfrage nach und geringem Angebot von Arbeitern würden bald „zwei Meister einem Gesellen nachlaufen“, um sich zu überbieten, und die Löhne würden riesenhaft steigen. Der Nachwuchs der Bauernschaften, der sich jetzt in der Heimat staut, um auf zerfetzten Zwergwirtschaften sein Leben zu fristen, würde in die Städte und das ehemalige Grossgrundeigentumsgebiet Vorflut erhalten und abströmen (Max Webers „Bevölkerungsklystier“), die bäuerliche Zersplitterung resp. Erbverschuldung könnte nicht mehr wachsen. Und so würde sich schnell genug das Gleichgewicht herstellen.

Diese eine, wie mir scheint, unanfechtbare Erwägung wirft m. E. das gesamte Gedankengebäude des Marxismus, wonach die Ursache der sozialen Krankheit lediglich in der „Anarchie“ der riesenhaft gewachsenen Produktion zu suchen sein soll, wie ein Kartenhaus zusammen. Denn in dem doch schliesslich realisierbaren Falle, dass ein verfassungsmässiger oder revolutionärer Akt das Grossgrundeigentum auskaufte oder enteignete, würde die soziale Not verschwinden, während die Ordnung der Produktion die gleiche bliebe.¹⁾

Damit ist unsere Deduktion aus dem Gesetze der Strömung beendet. Wir lassen jetzt jeden Rest der Abstraktion fallen und tragen die gewonnenen Ergebnisse in ein reales, geo-

¹⁾ Ich habe dieselbe Betrachtung schon in meiner Siedlungsgenossenschaft S. 255/56 angestellt. Die sozialdemokratische Presse hat mein Buch nicht besprochen bis auf eine sogenannte „Kritik“ in einem kleinen fast unabhängigen Blatte, in welcher ein grober Ignorant aus seinen eigenen Missverständnissen einen Popanz zusammenschusterte, auf den er dann lustig einhieb. Auf meine grundsätzlichen Feststellungen ist er nicht eingegangen.

graphisches Gebiet ein. Aus erklärlichen Gründen wählen wir Westeuropa.

Hätte hier von Anfang an reines Tauschrecht bestanden, so hätte sich die Bevölkerung nach dem Drucke ins Gleichgewicht gesetzt, derart, dass in natürlichen Minimis die Bevölkerung dichter war, als in Maximis. In der Ebene, auf fruchtbarem Boden, in mildem Klima hätten die Menschen dichter gesessen als auf leichtem Boden, im Gebirge, in rauhem Klima. In primären (naturgegebenen) und sekundären (natur- und kulturgegebenen), später in noch mehr untergeordneten Orten besonders niederen Druckes hätten sich gewerbliche Centren, Städte, entwickelt.

Nun sei in irgend einem Stadium der Grund und Boden in derjenigen Ausdehnung und geographischen Lage in die Hand eines grossgrundbesitzenden Adels gefallen, wie es die heutige Karte von Westeuropa zeigt, ohne Beschränkung der Freizügigkeit. Wie wird sich nach einigen Generationen das Bild gestaltet haben?

Wir haben, alles beherrschend, eine Anzahl von Riesenstädten, welche durch eine enorme Abwanderung von Jahr zu Jahr gewaltiger anschwellen; und auf der anderen Seite eine ebenso enorme Auswanderung, welche das nächst zugängliche, noch nicht bebaute kulturfähige Land, für Westeuropa also Amerika, in ungeheurer Überdehnung des Anbaukreises unter den Pflug gebracht hat. Der weitaus grösste Teil dieser Völkerwanderung strömt von den Grossgrundeigentumsbezirken aus; die Wanderung aus den einzelnen Ländern resp. Landesteilen ist (cum grano salis) proportional dem Quadrate ihres Gehaltes an Grossgrundeigentum.

Die Bevölkerung ist äusserst ungleich verteilt. Wo das Grossgrundeigen vorherrscht, ist sie dünn, wo Bauernbesitz vorherrscht, dicht gesät. Die Städte dort sind klein, wachsen wenig, haben eine wenig entwickelte Industrie und geringe Kaufkraft; hier sind sie gross, wachsen stark, haben hoch entwickelte Industrie und grosse Kaufkraft.

Weil das Land dichter besiedelt ist, stärkere Eigenmärkte in der Nähe hat und schliesslich von Eigentümern im Selbstinteresse bewirtschaftet wird, ist der Stand der Landeskultur im Bauernbezirke viel höher, als im Grossgrundbezirke.

Überall, im ganzen Binnenlande und im Auswanderungsgebiet ist der nicht landbesitzende, weitaus grösste Teil der Bevölkerung auf das Einkommen der ländlichen Tagelöhnerklasse reduziert (wobei das Einkommen in materiellen Gütern da noch niedriger ist, wo die immateriellen Güter der Freiheit und Hoffnung mitgewogen werden, also in der Stadt und im Auswanderungsgebiet); jede unter durchschnittliche Arbeitskraft bleibt auch unter dem Durchschnittseinkommen und lebt also im Elend, wenn die konzessionierte Komfortbreite zum notwendigen Standard geworden ist, wie das natürlich der Fall ist. Die landbesitzende Bevölkerung zieht den gesamten Zuwachs der Produktivität, die Zuwachsrente, und zwar in dem Grossgrundbesitz die Gutsherren, im Bauernbezirk die Grossbauern resp. Mitglieder der Realgemeinden, in den Städten die Hausbesitzer. Fast aller Grundbesitz ist infolge rein ökonomischer Vorgänge bis an und über die Ertragsgrenze verschuldet und durch die „Spekulationsrate“ überbewertet.

Aus den Nutzniessern und Anteilsberechtigten der Zuwachsrente hat sich in den Städten der Stand der kapitalistischen Unternehmer gebildet, welche als Mehrwertbezieher zu einem verzerrten Wettbewerbe, zum Konkurrenzkampf getrieben werden; die Folgen sind die Krisen, die Spekulation und der Exportindustrialismus. Die Krisen drücken den freien Arbeiter noch unter die konzessionierte Komfortbreite und zermalmen den produktiven Mittelstand; sie treten um so häufiger und schwerer auf, je mehr die produktiven Kräfte mit der Bevölkerung wachsen; und wirken mit zu dem Ziele der Anhäufung des Kapitalreichtums um immer weniger vorhandene Kerne: Pauperismus, Kriminalismus, Prostitution, schwere hygienische Missstände, Kinder- und Arbeitersterblichkeit, Anschwellen der Wahnsinnsstatistik sind die Folgen.

Das ist das Bild Westeuropas, wie es sich aus dem Gesetz der Strömung ergibt, wenn die Gesellschaft Grossgrundeigentum bei voller Freizügigkeit enthält. Dieser Zustand, und nicht die Harmonie der Interessen, folgt aus den Voraussetzungen der Naturlehre. A. Smith und seine sämtlichen Nachfolger haben falsch deduziert; hier ist durch ein richtiges Schlussverfahren ein Ergebnis gewonnen, welches Punkt für Punkt mit der Wirklichkeit übereinstimmt: folg-

lich ist die Voraussetzung richtig. Die Menschen unterliegen, wie Gase und Flüssigkeiten, dem Gesetze der Strömung. Vor dem Gesetze der Strömung verschwinden alle Verschiedenheiten ihrer individuellen Begabung und Leistungsfähigkeit als *quantité négligeable*. Die Menschen sind, wirtschaftlich betrachtet, so gleich, wie Tropfen eines Stromes oder Moleküle einer Gasmasse. Wie es für das Fliessen eines Stromes ohne Bedeutung ist, dass einer seiner Tropfen Eisen, der andere Kalk enthält, dieser mit Amöben, jener mit Bakterien, der dritte mit Schlamm erfüllt ist: so wenig wird der majestätische Strom der Wirtschaft dadurch in seinem Laufe und seiner Wirkung verändert, dass seine Menschentropfen ein wenig innere Verschiedenheiten haben. Sie alle haben bei aller Verschiedenheit doch ein gemeinsames: das Strömen zum Gleichgewicht; und dieses gemeinsame entscheidet allein: weil sich alle Verschiedenheiten gegenseitig aufheben, erscheint als Diagonale aus dem Parallelogramm der Millionen einzelner Kräfte nur die eine gemeinsame Richtung, bergab ins Minimum! Die „abstrakte Menschenatur“ ist trotz alledem der Ausgangspunkt der Nationalökonomie.

Und diese eine Strömung führt dann auch die Heilung herbei, indem sie den Fremdkörper, den Körper fremden Rechtes, ausstösst, das Grossgrundeigentum. Auch diese Deduktion entspricht vollkommen dem Bilde der Wirklichkeit. In der That sind die ganzen Kämpfe der Gegenwart nichts als die Krämpfe und Fieberschauer, welche die „Krisis“ im Sinne der Pathologie, die Überwindung und Ausstossung des Krankheitserregers aus dem Wirtschaftsorganismus begleiten. Von diesem Standpunkte aus ist die sonnigste Prognose der Zukunft, der höchste Optimismus, gerechtfertigt.

Man wird mir hier einen Einwurf machen können: ich habe die reine wie die gestörte Wirtschaft herzuleiten versucht aus einem ausschliesslich mechanischen Gesetze, dem Gesetz der Strömung. Hier aber ist fortwährend von einem Organismus die Rede. Man betrachtet im allgemeinen die Begriffe: „Mechanismus“ und „Organismus“ als Gegensätze. Wie ist dieser Zwiespalt zu versöhnen?

Die Lösung liegt im Begriffe der organischen Naturwissenschaft. Denn deren Aufgabe ist gerade, das Organische mechanisch zu erklären! Die Naturwissenschaft hat die prae-historischen Konjekturen von einer mystischen „Lebenskraft“, d. h. einer dem Leben allein eigentümlichen, mit keiner der anorganischen Kräfte auch nur verwandten übernatürlichen Potenz, fallen lassen. Sie steht und fällt mit der Kausalität des Geschehens; sie bemüht sich mit Erfolg, das Leben auf einfache mechanische, d. h. chemische und physikalische Kräfte zurückzuführen.

Auch die von der „Naturlehre“ begründete Auffassung der menschlichen Wirtschaft ist eine echte Naturwissenschaft von organischem Leben. Auch ihr ganzer Inhalt ist, ein als organisch Erkanntes mechanisch zu begreifen. Genau, wie die Physiologie des lebenden Einzelwesens sich die Aufgabe stellt, die Harmonie der organischen Funktion als das zweckmässig geordnete Ineinandergreifen einfachster Kräfte zu verstehen, genau so bemüht sich die national-ökonomische Naturlehre, die organische „Harmonie der Interessen“ aus dem einfachen Gesetze der Strömung zu begreifen. Hier ist eine der grossen Synthesen, welche Gegensätze in einer Einheit höherer Ordnung versöhnen.

Aus dieser Erkenntnis geht aber gleichzeitig hervor, wie falsch die Angriffe sind, welche man gegen die heute so viel verlästerte Theorie richtet. Man wirft ihr vor, alle organischen Zusammenhänge der Menschheit auseinanderzureissen, die Völker zu „atomisieren“, den nacktesten „Individualismus“ zu predigen, d. h. alle antisozialen Triebe für souverain zu erklären, den einen Menschen im wütesten Interessenstreit auf den anderen zu hetzen.

Nun ist es in einem gewissen Sinne auch richtig, die Naturlehre „individualistisch“ zu nennen. Denn sie geht thatsächlich aus von dem „Individuum“ und seinem wirtschaftlichen Eigennutz, als dem Substrat und der treibenden Kraft der ökonomischen Verknüpfungen. Nur hat dieser „Individualismus“ durchaus nicht diejenige Bedeutung, welche ihm die „sozialethische“ Schule beizulegen pflegt.

Auch hier wieder begeht man, verleitet durch den Doppelsinn eines Wortes, den logischen Fehler der „Quaternio

terminorum“. Das Wort „Individuum“ hat nämlich zwei polar entgegengesetzte Bedeutungen.

In dem einen Sinne bedeutet es den „Einzigsten“ Stirners, den „Übermenschen“, die „prachtvolle blonde Bestie“ Nietzsches, den „Renaissancemenschen“, welcher sein „individuelles“ Gesetz ohne Rücksicht für seine Nebenmenschen auf neue Gesetzestafeln schreibt, nachdem er als „Brecher, als Verbrecher“ die „Tafeln der alten Werte“ zerbrochen hat. In diesem Sinne ist die Naturlehre, trotz allen Sozialethikern, nicht individualistisch. Denn, weil sie organisch ist, kennt sie die grossen Gesetze, welche es wirksam und dauernd verhindern, dass des einen Organteiles Sondernutzen zum Anderschaden ausartet. Wie jede Zelle im Organismus nur für sich sorgt, ohne Rücksicht auf andere; und wie gerade dadurch die Gesundheit und Kraft des Gesamtwesens am sichersten gewährleistet ist: so will die Naturlehre alle Kräfte entfesseln, weil sie von der unerschütterlichen organischen Identität des wirtschaftlichen Sondervorteils mit dem Gesamtvorteil, des privatwirtschaftlichen mit dem volkswirtschaftlichen Interesse überzeugt sein darf. Für sie wie für die Physiologie ist das Wachstum eines Organes auf Kosten anderer eine Krankheit, ein pathologisches Abirren von der Norm.

Nur im zweiten Sinne, soweit sie auf das Individuum und seinen Eigennutz als Ausgangspunkt ihrer Beobachtung zurückgreift, soweit sie mechanistisch ist, ist sie wirklich „individualistisch“ zu nennen. Aber hier fasst sie das Individuum im Sinne der Naturwissenschaft. Es ist hier lediglich die letzte Einheit, mit welcher die exakte Forschung zu thun hat, wie der Chemiker mit dem Atom, der Physiker mit dem Molekül; es ist das Massenteilchen, dessen „individuelle“ Eigenschaften vor dem Grundgesetz der betreffenden Disziplin als *quantité négligeable* verschwinden, es ist, kurz gesagt, das Individuum ohne Individualität, eben die „abstrakte Menschennatur“ Schmollers. Wie das Gesetz der Gravitation für Urnebel, Zentralsonnen, Sonnen, Planeten, Trabanten, Kometen und Sonnenstäubchen ganz die gleiche Geltung hat, mögen sie aus einem oder aus hundert Urstoffen bestehen, mögen sie in Weissglut strahlen oder im Eispanzer als erloschene Welten kreisen:

so beherrscht das Gesetz der Strömung alle wirtschaftenden Menschen, Starke und Schwache, Kluge und Dumme, Gute und Böse. Vor diesem Grundgesetz sind sie gleiche „Individuen“, einfache Massenteilchen; nur innerhalb der Geltung dieses Gesetzes wird ihre wirtschaftliche (und politische) Lebensstellung durch ihre „Individualität“ bestimmt, und innerhalb der Geltung dieses Gesetzes rechnet dann auch die Naturlehre damit. Beruht doch die ganze Grundlage ihrer praktischen Anwendung, das Gesetz der Arbeitsteilung, auf der Verschiedenheit der menschlichen Neigung, Kraft und Begabung.

Jenes Grundgesetz gewann das Genie A. Smith in einem Sprunge durch die gewaltigste Kraft, welche dem Menschengeiste verliehen ist, durch die Synthese, das intuitiv sichere Zufassen des von einer weltumspannenden Phantasie beflügelten Geistes. Man verachtet diese Kraft heute vielfach im Hochmut des spezialistisch entarteten Banausentums. Dafür ist es interessant, dass Smith selbst bei der kontrollierenden Analyse in der Sackgasse eines logischen Fehlers stecken blieb, und dass alle seine Nachfolger diesen Fehler ihm nachgemacht haben, obgleich sie die Wirkungen der Freizügigkeit schon kannten und die Wanderungsstatistik in der Hand hatten. Man sieht, dass eine richtige Synthese weiter bringt, als die vielgepriesene Analyse, — wenn man sie falsch anwendet.

Jedenfalls stehe ich aber fest auf dem Boden der Naturlehre, wenn ich den sozialen Körper als einen echten Organismus ansehe. Ich kann es wohl begreifen, dass die beweglichen Zellen des Riesenorganismus sich sträuben, diese demütigende Thatsache anzuerkennen: es würde auch so leicht keines der freibeweglichen, fressenden und verdauenden Leukocyten des Tierkörpers sich von der Thatsache überzeugen lassen, dass es lediglich ein winziges Elementarteilchen eines übergeordneten Wesens ist.

Ich meine, dieses ganze Kapitel ist eine einzige Kette von Beweisen für diese Auffassung. Wie charakteristisch ist es, dass, genau wie in der Pathologie überhaupt, die Krankheit keine einzige qualitativ neue Erscheinung zeigt, sondern lediglich eine quantitative Verzerrung solcher Erscheinungen, welche aus der Physiologie bekannt sind. Sind doch gerade die

Hauptthatsachen, Ab- und Auswanderung, auch der reinen Wirtschaft eigentümlich; nicht dass sie da sind, sondern dass sie übertrieben sind, macht sie zu Symptomen einer Krankheit. Wenn ich also von Organismus, Krankheit, Heilung, Gesundheit, von Organen, Organteilen und Funktionen spreche, so ist das für meine Auffassung kein Vergleich, sondern objektive Darstellung. Und eine solche lässt sich nicht umgehen. Wenn einer meiner Kritiker, Herr Wiedenfeld, sich darüber beklagt, dass die Lektüre meiner „Siedlungsgenossenschaft“ durch häufige medizinische und naturwissenschaftliche „Vergleiche“ gestört werde, so ist der Schluss nicht von der Hand zu weisen, dass seine diesbezügliche Vorbildung nicht ausreicht. Es liegt eine gewisse Härte darin, dem Autor daraus einen Vorwurf zu machen.

Um nun die „soziale Krankheit“ in ihre richtige Kategorie zu bringen, so sei gesagt, dass ein Volk von mancherlei Leiden befallen werden kann. Ein Krieg gleicht völlig einer traumatischen Erkrankung, und die Sprache, die viel weiser ist, als die meisten Weisen, spricht sehr richtig von den „Wunden, die er dem Volke schlägt.“ Eine schwere Seuche, wie z. B. der schwarze Tod, oder eine geistige Massenverirrung, wie die Flagellantenseuchen, die spanische Inquisition, die Judenhetzen, kann man als Infektionskrankheit resp. Geisteskrankheit des Volkes bezeichnen.

Die soziale Krankheit, von der wir handelten, gehört in die Kategorie der Entwicklungskrankheiten. Es scheint, als sei das Stadium erzwungener Sklavenarbeit nötig gewesen, um die Menschen überhaupt zur systematischen Lebensfürsorge zu erziehen. Die unter Nomadenrecht geordnete Gesellschaft war demnach eine notwendige Entwicklungsstufe der heranwachsenden Menschheit. Sonach ist die ganze soziale Krankheit nichts als die unter abnormen Erscheinungen mancher Art im Körper sich vollziehende Umwandlung aus einem Stadium in das andere. Wer Analogieen aus der menschlichen Pathologie sucht, mag sich der schweren Erscheinungen erinnern, welche häufig der Eintritt der Pubertät bei beiden Geschlechtern erzeugt; und ein noch viel schlagenderes Analogon ist das notwendige Werkzeug der

Kindheit, das Milchgebiss, welches für den reifen Körper zum echten Fremdkörper wird, wie das Grossgrundeigentum für den Körper der Tauschwirtschaft; und welches, gerade wie das Grossgrundeigentum, aus dem erwachsenen Körper unter Schmerzen und zuweilen schweren Allgemeinerscheinungen dadurch ausgestossen wird, dass das bleibende Gebiss schon fertig vorgebildet unter ihm versteckt liegt und es wachsend heraushebt.

Diese gesamte Auffassung gewährt statt des Bildes einer zwecklosen und grausamen Unordnung den Anblick eines grandiosen, majestätischen Entwicklungsvorganges, dessen Ende ein gesteigertes Glück aller Erdgeborenen, eine kraftstrotzende Gesundheit der reifen Jugend sein wird. Ich wenigstens kenne neben der Harmonie der Sphären kein Bild von so wundervoller Grösse und Klarheit, wie diese Aufwärtsentwicklung, welche durch den Kampf ums Dasein die organische Materie von dem farblosen Schleimklumpen bis zum sozialen Staate leitet, zu der Gesellschaftsordnung, in welcher der Kampf ums Dasein sich selbst überwindet und zur blossen Erinnerung wird.

Zum Schlusse noch ein Wort über die politische Organisation der kranken Wirtschaftsgesellschaft.

Wir haben gesehen, dass die äussere Organisation des staatlichen Lebens völlig der inneren Gliederung der wirtschaftlichen Lage entspricht, wie diese dem Recht. Beim Jägerstamme fehlt eine solche Klassengliederung durchaus; er kann kein Kapitalvermögen und daher weder Adel noch Sklaventum entwickeln: alle seine Mitglieder sind ökonomisch und daher auch politisch durchaus gleich, d. h. es ist die politische Gliederung diejenige der freiesten Demokratie. Es giebt Ämter, sogar hier und da erbliche Ämter, aber keine Fürsten. Das Verhältnis zu den Nachbarstämmen ist der Regel nach ein feindliches, weil die noch rein occupatorische Wirtschaft mit steigender Volksdichtigkeit eine gewaltsame Ausdehnung der Jagdgründe fordert; die Kriege werden geführt auf der Stufe des Kannibalismus als Jagden auf Menschenwild, später als Eroberungszüge zur Gewinnung

neuer Jagdgründe, beides im Interesse der Ernährung des ganzen Stammes.

Der Nomadenstamm entwickelt Kapitalvermögen und damit die Sklaverei. Er enthält eine ökonomisch und darum auch politisch rechtlose Schicht. Seine Organisation ist daher die Herrschaft, das Patriarchat, das Eigentum des Geschlechtsoberhauptes nicht nur an Sklaven und Herden, sondern auch an den freigeborenen Geschlechtsangehörigen. Es giebt hier schon einen Blutsadel mit politischen und wirtschaftlichen Vorzugsrechten, die Sprösslinge „echter Ehen“. Das Verhältnis zu den Nachbarstämmen ist ebenfalls feindlich; denn auch der Hirte lebt fast nur von der Occupation der Natur, es verengt sich also sein Nahrungsspielraum mit der Vermehrung der Bevölkerung; und er muss sich gewaltsam auf Kosten der Nachbarn ausdehnen, um neue Weiden zu erringen. Hier ist bereits eine Schicht — die Sklaven — gänzlich vom Ertrage der Beute ausgeschlossen, welche sie vielfach mit erkämpfen muss; und den Löwenanteil erhält hier bereits die oberste Schicht, welcher mehr Sklaven und Viehhäupter zugewiesen werden. Aber die politische Thätigkeit nach aussen hin geschieht doch immer noch mit im Interesse des eigentlichen berechtigten „Volkes“, der Gemeinfreien; und noch ist ihre vereinigte Macht stärker, als die des einzelnen Adligen: wir haben eine wirtschaftlich auf Sklavenarbeit aufgebaute Republik mit einer vorwiegend amtsberechtigten Aristokratie, welche zuweilen in eine monarchische Spitze ausläuft; es liegt jedoch die eigentliche Souveränität noch bei der Versammlung der waffenfähigen Vollfreien. In dieser Form erscheinen die wandernden Germanen; die gotischen Heerversammlungen entthronen und erkiesen ihre Könige souverän, ja, verurteilen sie gegebenen Falls zum Opfertode.

In dieser Verfassung kommt der Hirtenstamm zur Sesshaftigkeit. Der sklavenhaltende Adel erhält grosse Landstrecken. Dadurch wird er allmählich aus einer bevorrechteten zur alleinherrschenden Klasse; diese Entwicklung ist entschieden, wenn seine bewaffnete Hausmacht, aus seinen Blutsfreunden, Sklaven, Klienten (Fuidhirs) und Schuld knechten bestehend, stärker geworden ist, als die Heerversammlung der Vollfreien; ein Prozess, der dadurch be-

schleunigt wird, dass der zum Bauer gewordene Freie seine Waffentüchtigkeit verloren, der durch seine Sklaven ernährte Adlige sie sich in Jagd und Fehde erhalten hat. Von diesem Augenblicke an wendet sich der Land- und Sklavenhunger des Adels gegen die Genossen des eigenen Gaus; sie werden durch Gewalt und Rechtsmissbrauch in den Stand der Hörigen hinuntergepresst, bis nur noch eine einzige Herrscherklasse vorhanden ist, der grundbesitzende Adel. Und in dessen ausschliesslichem Interesse wird fortan der „Staat“ verwaltet, nach innen durch eine Rechtsausbildung, welche die faktischen Vorrechte gesetzlich heiligt und polizeilich schützt, und durch eine Verteilung der Staatslasten, welche den Adel eximiert; nach aussen durch eine Politik, welche nur dem Adel zu gute kommt, d. h. durch Beutekriege, deren Vorteil ihm zufließt, während die Wehrpflicht die „Plebejer“ in Ruin und Schuldknechtschaft wirft, so gut in Rom wie im Reiche Karls des Grossen.

Da die Wurzel, der Existenzgrund dieser Grundaristokratie die Herrschaft über Land und Leute ist, so ist fortwährende Erweiterung der Machtsphäre ihr natürliches Bestreben. Einer nur kann über alle herrschen. Daher die fortwährenden Grenzfehden aller lokalen Machthaber mit einander. Da keiner in Ruhe leben kann, so lange noch ein unabhängiger Nachbar vorhanden ist, so liegen Edeling, Grafen, Herzoge, Könige und Kaiser, Bischöfe und Äbte fortwährend im Kampfe. Diese Fehden und Kriege werden ausschliesslich im dynastischen Interesse geführt, aber das „Volk“ blutet und zahlt.

Das Zeitalter der Naturalwirtschaft ist also charakterisiert durch eine streng aristokratische Verfassung, die Herrschaft eines grundbesitzenden Adels mit dem Stärksten als Adelshaupt an der Spitze bei fast voller Rechtlosigkeit der Beherrschten; nach innen Ausbeutung und Fehdewesen, nach aussen dynastische Kriege.

In selteneren Fällen, welche aber als Parallelen einer späteren typischen Gestaltung wichtig sind, entwickelt sich der Nomadenstamm nicht zum Ackerbau-, sondern zum Handelsvolke. Er gelangt an die Seeküste, lernt die Schifffahrt und geht von jetzt an, statt auf dem Lande, auf der See auf den Beutekrieg, das, was Lippert charakteristisch den „bedui-

nischen Erwerb“ nennt. Der Land-Beduine wird Wiking, der Tuareg „Rifpirat“ und treibt Seeraub statt Landraub. Daraus entwickelt sich ein Handel und aus dem Handel Gewerbe und Städte. Hier herrscht der ehemalige Hirtenadel als städtisches Patriziat über eine Schicht halbberechtigter Beisassen, Metoeken oder Plebejer, und ganz rechtloser Sklaven; die innere Verfassung, Rechtsentwicklung u. s. w. gleichen dem naturalwirtschaftlichen Ackerbaustaate sehr, nur das Interesse des Patriziats ist ein anderes: es braucht nicht Land und Sklaven als Selbstzweck, sondern es braucht das Monopol des Handels und der Seefahrt; es führt die Kriege gegen seine Konkurrenten, es erobert Produktionsgebiete und Absatzgebiete. Ein klassisches Beispiel dieser Kaufmannsaristokratie ist Karthago, später Venedig, Genua, die Hansa. Beide Interessen verschmelzen sich in der Grundeigentümeraristokratie von Athen und Rom. Auch hier ist das „Staatsinteresse“ identisch mit dem Interesse der herrschenden Klassen, das Recht ein Klassenrecht, die Justiz eine Klassenjustiz, die äussere Politik Klassenpolitik.

Was diese Staaten einzig und allein von den späteren „Industrie- und Handelsstaaten“ der neueren Geschichte unterscheidet, ist die Thatsache, dass Grundbesitz und Handel in der Hand einer ungeteilten Klasse liegen. Es besteht also kein Interessengegensatz.

Wenn aber in dem naturalwirtschaftlichen Ackerstaat mit der Entwicklung der aus dem freien Tauschrecht erwachsenden Städte das kapitalistische Unternehmertum sich bildet, dann entsteht eine zweite herrschende Klasse, welche über „freie“ Arbeiterscharen kommandiert. Sie gerät natürlich in Interessengegensatz zu dem Grundadel; denn sie braucht niedrige, jener hohe Kornpreise; sie braucht Frieden, jener Krieg; sie braucht eine starke Polizei, dieser gar keine; sie braucht vor allem ein Recht, welches die Klassenvorrechte des Adels nicht enthält. Da der neue Unternehmeradel auf keine ererbten Vorrechte übernatürlichen Ursprungs als Rechtsgrund seiner Ansprüche fussen kann, so kleidet sich sein Kampf ganz naturgemäss in die Formen des Streites für allgemeine Menschenrechte gegen Klassenrechte, für Freidenkerei gegen Gottesgnadentum. Der Liberalismus erhebt den Kampfschild.

Von jetzt an zeigt der Stand der Politik nach aussen und innen, des Rechtes, der Justiz und Verwaltung lediglich an, wie das Verhältnis der beiden Kräfte zu einander steht. Die jeweilige Regierung und ihre Richtung ist fortan jederzeit das Ergebnis eines Kompromisses der beiden Gegner. Da die Gewerbe (Handel immer einbegriffen) bei wachsender Volksdichtigkeit fortwährend an Zahl und Reichtum im Verhältnis zum Grundadel wachsen, wird ihr spezifisches Klasseninteresse immer mehr der massgebende Faktor. Das heisst: es treten die dynastischen Kriege immer mehr gegen solche Kriege zurück, welche um Produktionsgebiete und Märkte geführt werden, namentlich also Kolonialkriege. Die Steuerpolitik eximiert mehr und mehr auch die Unternehmerklasse und wälzt alle Lasten auf die Beherrschten, städtisches und ländliches Proletariat; das Recht beseitigt die Klassenvorrechte formell und spricht die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze aus; aber die Justiz und Verwaltung erkennen diese Gleichheit nur an, soweit es sich um Mitglieder der beiden herrschenden Klassen handelt. Alle innere wie äussere Staatstätigkeit erfolgt zu Gunsten der beiden Herrscherklassen und zu Lasten der Beherrschten. Die charakteristische Staatsform dieses Kompromisses ist der Konstitutionalismus, kein dauernder Frieden, sondern ein Waffenstillstand im Staatsleben; der Kriegszustand ist in Permanenz erklärt, und die Feindseligkeiten beginnen immer wieder, sobald eine Partei wieder stärker zu sein glaubt, als die andere.

Das ist das innere Wesen. Die im übrigen gänzlich belanglose äussere Form des Staatswesens kann dabei verschieden sein. So lange der Adel das Übergewicht hat, wird im allgemeinen sein Ausschuss, das Königtum, seine sichtbare Spitze bilden. Je schwächer der Adel wird, um so mehr wird er sich um das Königtum drängen, um von der historischen und religiösen Sanktion, die es umgiebt, zu profitieren. Wenn das Unternehmertum endgiltig das Übergewicht errungen hat, kann das Königtum überhaupt fallen, namentlich, wenn der Sieg gewaltsam, durch eine Revolution, entschieden wurde. Verläuft aber der Prozess friedlich, so kann es der Unternehmeradel nützlicher finden, das Königtum als sichtbare Spitze zu reinen Repräsentativzwecken zu erhalten, um es seinerseits als deckenden Schild gegen die Empörungs-

versuche der Beherrschten zu gebrauchen. Aber ob die Firma laute: „Demokratische Republik“ oder „Konstitutionelle Monarchie“: sie deckt dasselbe Wesen: Ausbeutung des „Staates“, d. h. seines Menscheninhaltes und Gütergehaltes, seiner Machtmittel, zu Gunsten einer oder zweier Herrscherklassen.

Der charakteristische Ausdruck dieser Kompromisswirtschaft im Übergangsstadium vom reinen Nomadenrecht zum reinen Tauschrecht ist die Handelspolitik. Es sei gestattet, an zwei Beispielen zu beweisen, wie scharf sich die von uns gegebene Theorie jeder Politik als einer Klassenpolitik mit der Wirklichkeit deckt:

So lange der englische Grundadel Korn exportierte, war er freihändlerisch. Als die englische Industrie mit dem Handel erstarkte und die Kornimporte nach England begannen, wurde der Grundadel schutzzöllnerisch; und sein Ausschuss, der „Staat“ schützte die „nationale Produktion“ mit Importzöllen und Exportprämien, welche die beherrschte Masse dem Adel steuern musste. Als die Industrie stark genug geworden war, um ihrerseits zu exportieren, brauchte sie billiges Brot daheim für ihre Arbeiter und offene Märkte im Auslande: der Kampf des Freihandels gegen den Schutzzoll begann mit A. Smith und währte bis zu Cobden; und als endlich das Unternehmertum endgiltig stärker geworden war, als der Grundadel, fiel jeder Zoll, und der englische Exportindustrialismus richtete vorurteilsfrei durch seine Korneinfuhren die englische Landwirtschaft zu Grunde. Fünfzig Jahre lang, so lange England unbeschränkte Herrin des Weltmarktes war, war free-trade ein Dogma, ein Axiom, das in Grossbritannien kein anständiger Mensch bezweifeln durfte. Aber England verlor allmählich sein Monopol als „the worlds workshop“: seine ehemaligen Abnehmer wurden selbst Producenten und deckten nicht nur ihren eigenen Bedarf, sondern fingen an, auch ihrerseits zu exportieren, wurden empfindliche Konkurrenten Englands: und die Folge ist, dass die Wissenschaft umkehrt, dass das Unternehmertum Englands den Freihandel abschwört und sich daran begiebt, seine Kolonien durch einen Zollbund von dem auswärtigen Wettbewerb abzusperren — während der Cobden-Club Beifall klatscht. Vorher war das Klasseninteresse der Unternehmer der

Freihandel, jetzt das Protektionssystem: das ist das Motiv des Umschwungs, den man natürlich mit der Fürsorge für das Wohl des „Volkes“ wissenschaftlich zu erklären versucht.

Ein zweites Beispiel: Preussen war vor 1870 ein Getreide ausführender Staat, seine herrschende Klasse der Grundadel. Der Frankfurter Frieden gliederte ihm Süd- und Westdeutschland an, welches Getreide einfuhrte. Hier herrschte bereits der Unternehmeradel. Vorher war der preussische Adel freihändlerisch, weil er Getreide ausfuhrte, jetzt wurde er schutzzöllnerisch, weil er das Monopol eines kaufkräftigen Marktes begehrte. Die westdeutsche Industrie war ebenfalls schutzzöllnerisch, weil sie noch nicht exportfähig war und das Monopol eines kaufkräftigen Marktes durch Zölle gegen die westlichen Industriestaaten, namentlich England und Belgien, schützen wollte. Die Interessen waren also die gleichen; die Herrscherklassen einigten sich auf landwirtschaftliche und industrielle Schutzzölle: das „Kartell“ trat zusammen.

Aber die Interessen gingen sehr bald auseinander. Denn der Binnenmarkt, den die Landwirtschaft in der Industrie besass, wurde immer kaufkräftiger und wichtiger, je mehr jene erstarkte; aber eben dadurch hatte die deutsche Industrie bereits das faktische Monopol des deutschen Binnenmarktes erkämpft und brauchte keinen Schutz mehr, hatte aber ein sehr gesteigertes Interesse an billigem Korn und offenen Grenzen im Auslande, weil sie exportfähig geworden war. Die Unternehmerklasse brach also in ihrem Interesse das Kartell und setzte die Handelsverträge durch; und der ganze politische Kampf der Gegenwart dreht sich nur um die eine Frage, welche Klasse stärker ist und ihr Sonderinteresse durchsetzen wird. Dass in diesem Kampfe die eine Partei die „Menschenrechte“ und die andere das „Gottesgnadentum“ auf ihr Banner schreibt; und dass beide versuchen, die urteilslose Menge, welche den Kampf schliesslich entscheiden wird, durch allerhand „wissenschaftliche“ Darlegungen einerseits und Schreckgespenster andererseits auf ihre Seite zu ziehen, ist Charakteristikum jedes politischen Kampfes überhaupt. Man versucht von jeher, durch Massensuggestionen religiöser, patriotischer, moralischer Art Kämpfer

in seine Reihen zu ziehen: daher die Schlagworte „feudales Junkertum“, „mittelalterliche Rechtsbegriffe“ auf der einen; — und „soziale Revolution“, „Umsturz von Religion, Sitte und Ordnung“ auf der andern Seite! Das Motiv des Kampfes ist auch hier ausschliesslich Klasseninteresse; und, wie er auch ende, das „Volk“ wird die Kriegssentschädigung zahlen müssen.

Schlusswort.

Der soziale Staat und der Malthusianismus.

Der soziale Staat, die Sehnsucht der einen, der Spott der anderen Hälfte der Kulturmenschheit, ist er möglich, kann er Wirklichkeit werden?

Die Frage ist in letzter Instanz eine solche der Massenpsychologie.

A. Smith hatte noch keinen Zweifel daran, dass die zivilisierten Völker fähig seien, im Sozialismus zu leben: denn das Zukunftsbild, welches er entwirft, die Gesellschaft mit sehr weitgehender Ausgleichung der Einkommen und der „Harmonie aller Interessen“, ist der soziale Staat.

Seine Nachfolger haben diesen Glauben sämtlich verloren. Für sie hat sich aus den bitteren Erfahrungen eines Jahrhunderts die Meinung zum Dogma erhoben, dass der Staat der sozialen Gerechtigkeit unvereinbar sei mit der „freien Konkurrenz“. Manchestertum, Staatssozialismus und Marxismus stimmen in der Überzeugung durchaus überein, dass in dem wirtschaftlichen Wettbewerbe jederzeit der Begabtere und Stärkere den Untüchtigeren unterdrücken und „ausbeuten“ wird und muss.

Das Manchestertum und der Staatssozialismus stimmen weiterhin darin überein, dass sie die „freie Konkurrenz“ für unentbehrlich und darum jeden sozialen Staat für unmöglich erklären. Sie unterscheiden sich darin, dass das erstere trotz alledem die Konkurrenz so frei wie möglich halten will; es beruft sich auf das „Interesse der Produktion“ und hält, was die Distribution anlangt, an der Behauptung fest, dass sich auch das Einkommen der „ausgebeuteten Klasse“ ziemlich schnell hebe — eine nicht zu leugnende Behauptung! — Im Gegensatz dazu will der

Staatssozialismus die „freie Konkurrenz“ grundsätzlich zwar bestehen lassen, aber durch allerhand behördliche Kunstmittel „in ihren Auswüchsen beschneiden“. Er beruft sich mit den Sozialisten auf das wirtschaftliche, moralische und hygienische Elend der Arbeiterklasse und konstatiert mit ihnen, dass die Kluft zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft der Völker immer weiter klafft.¹⁾

Der Marxismus hält zwar ebenfalls den sozialen Staat für unvereinbar mit der „freien Konkurrenz“, glaubt aber dennoch an seine Möglichkeit. Er kommt konsequenterweise zu dem Schlusse, dass der wirtschaftliche Wettbewerb mit- samt dem Markte abgeschafft und durch die behördlich organisierte Erzeugung und Verteilung ersetzt werden müsse.

Damit aber hat das eigentliche Problem keine Lösung, sondern nur eine Verschiebung erfahren. Denn die Gegner behaupten nach wie vor, dass der Staat der „sozialen Gerechtigkeit“ ein massenpsychologische Unmöglichkeit sei. Ja, von diesem Gesichtspunkt aus ist die Stellung des Marxismus eher noch ungünstiger geworden. Denn wenn die Gegner bisher der Meinung gewesen sind, dass nur der „soziale Staat“ mit der empirischen Menschennatur unvereinbar sei, so sind sie jetzt überzeugt, dass mit dem Kollektivismus überhaupt kein vorgeschrittenes Staats- und Wirtschaftswesen vereinbar ist, weder ein gerechtes noch ein ungerechtes. Ich teile diese Meinung durchaus.

Eine Versöhnung der einander ausschliessenden Meinungen der Sozialisten und „Bourgeois-Ökonomen“, um die beiden anderen Schulen zusammenzufassen, war bisher unmöglich. Denn eine Einigung über eine Frage kann erst dann erfolgen, wenn dieselbe einer objektiven Untersuchung zugänglich gemacht und dadurch dem blossen subjektiven „Fürwahrhalten“ der Temperamente entzogen ist. Bisher entschied sich einfach der Optimist für, der Pessimist gegen die Möglichkeit eines Staates der sozialen Gerechtigkeit. Alle „Gründe“, mit denen

¹⁾ Die beiden Ansichten enthalten keinen Widerspruch: Die absolute Menge der auf den einzelnen Arbeiter entfallenden wirtschaftlichen Güter steigt, während die relative Menge (im Verhältnis zur Gesamterzeugung) fällt. [Ein Drittel von sechs ist mehr als die Hälfte von drei.]

sie ihre Überzeugung zu stützen suchten, waren entweder nur Scheingründe oder entbehrten der durchschlagenden Beweiskraft.

In meiner „Siedlungsgenossenschaft“ ist es mir zum ersten Male gelungen, den archimedischen Punkt aufzufinden, von dem aus dieses gewaltige Problem bewegt werden kann.

Ich konnte zeigen, dass es zwei ganz verschiedene Organisationen der Wirtschaftsgesellschaft giebt, eine, in welcher „freie“, d. h. kapitallose Arbeiter auf dem Markte zu haben sind, und eine, in welcher dies nicht der Fall ist. In der ersten, der uns geläufigen „kapitalistischen“, „laufen stets zwei Arbeiter einem Meister nach“ und unterbieten sich: dadurch stehen sich die Warenproduzenten als „kapitalistische Verkäufer“ feindlich gegenüber und werden durch ihr Sonderinteresse in den Wettkampf gehetzt. — In der zweiten, der wissenschaftlich bisher unbekannten „reinen Wirtschaft“, „laufen stets zwei Meister einem Arbeiter nach“ und überbieten sich: dadurch stehen die Warenproduzenten als „Käufer-Verkäufer“ friedlich zusammen in voller Solidarität aller Interessen und stehen nur im genossenschaftlichen Wettbewerb um die Palme der höchsten Leistungsfähigkeit.

In der ersten Organisation macht die massenpsychologische Grundlage den „sozialen Staat“ unmöglich; in der zweiten Organisation verhindert gerade die massenpsychologische Grundlage jede „Ausbeutung“ und erzwingt die „soziale Gerechtigkeit“.

Pessimist und Optimist haben beide Recht und beide Unrecht. Die empirische Menschennatur verhindert die soziale Gerechtigkeit in einer durch Reste des Nomadenrechtes verzerrten Tauschwirtschaft; aber dieselbe empirische Menschennatur erzwingt die soziale Gerechtigkeit in der reinen Tauschwirtschaft. Diese Menschennatur braucht nicht eine Umwandlung in den Charakter von „Engeln“ zu erfahren, um die „soziale Gerechtigkeit“ zu verkörpern, sondern es muss nur die Organisation der Gesellschaft eine Änderung erfahren: dann muss derselbe Eigennutz, der heute die Disharmonie erzeugt, die Harmonie erzeugen. In der kapitalistischen Gesellschaft handelt der Mensch antisozial, weil es fast unmöglich ist, sozial zu handeln: in der reinen

Gesellschaft wird er sozial handeln, weil es ihm unmöglich sein wird, antisozial zu handeln. Dort bringt ihm das soziale Verhalten Nachteil, das antisoziale Vorteil, hier umgekehrt das soziale Verhalten Vorteil, das antisoziale Nachteil. Wer nach dem Dargelegten noch daran festhält, dass der Mensch auch in der „reinen Gesellschaft“ antisozial handeln wird, der behauptet, dass er aus purer Bosheit sich selbst schädigen und vernichten wird. In der reinen Gesellschaft ist es gerade so unmöglich, fremde Arbeit auf gesetzlichem Wege „auszubeuten“, wie es dem schweifenden Beduinen Zentralarabiens unmöglich ist, Wechsel zu fälschen.¹⁾ Fehlt hier der Geldmarkt, so fehlt dort der Menschenmarkt.

Aus dieser Erkenntnis geht klar hervor, dass die gemeinsame Grundauffassung der drei heute herrschenden nationalökonomischen Lehren, des Manchestertums, des Staatssozialismus und des Marxismus falsch ist: **die „soziale Gerechtigkeit“ ist durchaus vereinbar mit der „freien Konkurrenz“, ja, ist ohne sie unmöglich, freilich nur in der „reinen Gesellschaft“.**

Ich habe nun ferner zeigen können, dass jede Tauschgesellschaft, in welcher das Nomadenrecht weder unmittelbar, noch — durch seinen Abkömmling, das Grossgrundeigentum, — mittelbar störend in die Wirtschaft eingreift, eine solche Gesellschaft ist, in welcher immer „zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen“, und daher eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit darstellt.

Um diese Behauptung zu sichern, muss ich mich noch mit der bekannten Lehre abfinden, welche behauptet, dass in jeder denkbaren Organisation der Gesellschaft die natürliche Volksvermehrung immer „freie“, d. h. kapitallose Arbeiter auf den Markt werfen muss, weil die Bevölkerung stets stärker zu wachsen bestrebt ist, als die Subsistenzmittel, mit dem Malthusianismus.

Ich habe in den obigen Blättern diese Lehrmeinung des öfteren gestreift. Der reinen Theorie ist sie nicht nur fremd, sondern läuft ihr schnurstracks entgegen. Für die reine Theorie ist eine dichte Bevölkerung Quelle des Reichtums, nicht aber der Not. Nachdem es mir gelungen ist, die

¹⁾ Vgl. Siedlungsgenossenschaft. S. 610.

sämtlichen Erscheinungen des sozialen Elends ohne Zuhilfenahme des malthusianischen Gedankenkreises vollständig befriedigend von einem ganz anderen Ausgangspunkte aus abzuleiten, dürfte ich eigentlich die damit ganz haltlos gewordene Theorie ihrem Schicksal überlassen, zumal hoffentlich ein Teil meiner Leser jetzt schon wieder ein genügendes Vertrauen zu dem deduktiven Verfahren gewonnen haben dürfte.

Aber Irrtümer haben ein zähes Leben. Ich will nicht der Gefahr ausgesetzt sein, dass man mir den folgenden Einwand macht: „Die Bevölkerungsvermehrung wirft unaufhörlich neue „freie Arbeiter“ auf den Markt und macht eben dadurch jede Tauschgesellschaft zu einer solchen, in welcher „stets zwei Arbeiter einem Meister nachlaufen“, in welcher also die soziale Gerechtigkeit undenkbar ist.“

Um diesem Einwande zuvorzukommen, der natürlich ein Unsinn ist, so lange man das oben entwickelte System nicht in seiner Totalität als falsch nachweist, der aber trotz alledem mit astronomischer Sicherheit erhoben werden würde, darf ich es mich nicht verdrriessen lassen, die berühmte und berüchtigte Theorie auch noch in der Front anzugreifen. Hier werde ich sie theoretisch abzuthun versuchen; im folgenden Teile werde ich dann an schlagenden Beispielen zeigen können, dass sie auch historisch überflüssig und falsch ist.

Es ist eine heikle Aufgabe, die zu verrichten ist. Denn der Malthusianismus ist schon lange nicht mehr Hypothese oder sogar Theorie, sondern Dogma. Elster erklärt in seinem Referat (im Hdwb. d. St. Art. Bevölkerungswesen, Bd. II S. 515), „dass die meisten Volkswirte in unseren Tagen die Malthussche Lehre als im wesentlichen richtig anerkennen, zwar nicht in ihren einzelnen Sätzen, wohl aber in ihrem Kern, dass nämlich die Bevölkerung die Tendenz habe, sich schneller zu vermehren, als die Unterhaltungsmittel anwachsen können.“ Eine Opposition gegen die so gefasste Theorie hat also die gesamte zünftige Wissenschaft zu Gegnern.

Machen wir uns darum den Inhalt dieses modernen Malthusianismus auf das sorgfältigste klar:

Wenn der Lehrsatz überhaupt einen Sinn haben soll, so

kann es nur folgender sein: die Bevölkerung kann natürlich unter keinen Umständen stärker wachsen, als ihre Unterhaltsmittel: aber sie hat jederzeit die Tendenz, stärker zu wachsen, d. h. der natürliche Bevölkerungszuwachs ist jederzeit grösser, als der natürliche Nahrungszuwachs, so dass immer ein Teil der ins Leben getretenen Bevölkerung wieder vernichtet werden muss, um dem Rest das Existenzminimum zu lassen. Diese Vernichtung geschieht durch Laster und Not (*vice and misery*) so lange, bis die „moralische Selbstbeherrschung“ die Tendenz beseitigt haben wird.

Das Wort „Tendenz“ bezeichnet hier also nicht ein beliebiges „Streben“, das man so oder so fassen kann, wie es gerade dialektisch bequem ist, sondern es ist ein exakt mathematischer Ausdruck: der einzig mögliche Ausdruck für die Anschauung, dass die Masse der Bevölkerung mindestens von dem Zeitpunkte an, wo sie ihr Gebiet voll besiedelt hat, immer und unter allen Umständen auf ein unveränderliches Lebensminimum an Unterhaltsmitteln angewiesen ist, und dass trotzdem immer und unter allen Umständen ein beträchtlicher Teil des natürlichen Zuwachses vernichtet werden muss, weil „an der Tafel des Lebens für sie kein Couvert gedeckt ist.“ Es ist der exakt mathematische Ausdruck für die deutlichere bildliche Darstellung, dass die Bevölkerung jederzeit und unter allen Umständen „gegen ihren Nahrungsspielraum pressen muss“. Jede andere Deutung des Wortes „Tendenz“ ist missbräuchlich.

Nach dieser Theorie kann das „Pressen gegen den Spielraum“ augenscheinlich nur durch besondere Ereignisse einmal für kurze Zeit aufhören, und zwar, wenn die Bevölkerung plötzlich sehr stark vermindert oder die Unterhaltsmittel plötzlich sehr stark vermehrt werden. In beiden Fällen wird eine gewisse Zeit erforderlich sein, um den relativ weit gewordenen Spielraum wieder auszufüllen.

Mit diesen Einschränkungen aber beansprucht die Theorie Allgemeingiltigkeit, d. h. sie tritt nicht als Zukunftsprophezeiung auf, sondern als Gesetz jeder Gesellschaft, nicht nur der Zukunft, sondern auch der Vergangenheit und der Gegenwart. Die soziale Not der Vergangenheit, die soziale Not der Gegenwart beruhen danach auf dem Pressen der Völker gegen ihren Spielraum; auch die Zukunft wird keine Gesellschaft des

sozialen Glücks und sozialen Friedens zeitigen können, weil das unerbittliche Gesetz der Bevölkerung immer mehr Menschen ins Leben setzen wird, als die Lebensweide ernähren kann.

Worauf stützt sich diese verzweiflungsvolle Theorie?

Auf das sicherste, was es in der Welt giebt — sagen die Anhänger — auf ein international erhobenes, statistisches Material. Wir sehen alle Völker, deren Zahl wir statistisch fassen können, zwar in sehr verschiedenem Masse, aber ausnahmslos im Wachstum begriffen. Nach der Tabelle I, die Elster giebt,¹⁾ schwankt der jährliche Geburtenzuwachs von 3,1 pro mille (in Frankreich), bis zu 21 pro mille (in den United States).

Aber, ob schwach, ob stark, überall wachse die Bevölkerung gegenwärtig durch den eigenen Geburtenüberschuss. Wir wollen die Behauptung als Thatsache acceptieren, ohne ihre Grundlagen weiter zu prüfen. Wir wollen diesen Beweis als erbracht betrachten.

Diesem dauernden Wachstum der Konsumenten steht nun auf der anderen Seite das „Gesetz der sinkenden Erträge“ gegenüber. Es ist das ein agrar-ökonomisches Gesetz, welches folgendes besagt: Wird auf ein Ackerstück ein Mehr von Arbeit oder Kapital verwendet, so wächst zwar auch der Rothertrag, aber in einer kleineren Proportion. Wenn z. B. 1 Arbeit und Kapital 1 Rothertrag liefern, so liefern 4 Arbeit und Kapital 4 minus x Rothertrag (wobei x eine rationale positive Zahl darstellt).

Auch dieses Gesetz geben wir zu, betrachten es als bewiesen.

Damit ist alles zugegeben, was der Malthusianismus beansprucht. Von hier aus kommt er zu folgenden, durchaus einleuchtenden Schlüssen:

1. Würde der Ertrag des Ackers stärker wachsen, als die darauf verwendete Arbeit (Kapital im folgenden immer mitverstanden), so würde der „Nahrungsspielraum“ immer grösser werden, weil die pro Kopf verteilbare Quote immer grösser würde. — 2. Würde der Ertrag gerade so stark

¹⁾ Elster. I. c. S. 523.

wachsen, wie die Arbeit, so würde die Quote immer die gleiche bleiben. 3. Da aber der Ertrag immer weniger wächst als die Arbeit, so muss die Quote dauernd sinken, wenn die Bevölkerung wächst. Da aber die menschliche Existenz an ein bestimmtes Nahrungsminimum geknüpft ist, so muss immer ein Teil der in jedem Augenblick vorhandenen Volksmasse zu Grunde gehen, um dem Reste die Minimalquote zu belassen, und zwar durch Not oder Laster (*vice and misery*) so lange, bis die „moralische Selbstbeherrschung“ die Tendenz selbst vernichtet.

Das ist so ungemein plausibel, dass es nicht Wunder nehmen kann, wenn die ganze Wissenschaft zu dem „Bevölkerungsgesetz“ schwört.

Und dennoch ist es ein Trugschluss. Das lässt sich nicht nur behaupten, sondern auch beweisen.

Ich werde erst die Thatsachen feststellen, welche mit der Theorie durchaus unvereinbar sind; und dann die Erklärung folgen lassen, welche den Trugschluss auflöst.

Eine Prüfung der Thatsachen aus Geschichte und Gegenwart beweist mit absoluter Sicherheit, dass bei wachsenden Völkern die Unterhaltungsmittel immer stärker wachsen, und bei abnehmenden Völkern immer stärker abnehmen, als die Bevölkerung.

Für die vorgeschichtliche Zeit bezweifelt niemand, dass das von mir formulierte „Gesetz der Bodenkapazität“ Geltung hat, wonach „die Bodenfläche eines Landes anwächst proportional seiner Bevölkerung“. Damit sollte gesagt sein: „Entsprechend dem Wachstum eines Volkes wächst auch die Zahl der selbständigen Wirte, welche sein Boden ernähren kann.“¹⁾ Niemand zweifelt, dass die zweitausend Angehörigen eines Jägerstammes einen kleineren und unsichereren Nahrungsspielraum haben, als die zwanzigtausend Hirten, und diese wieder, als die zweihunderttausend Naturalbauern, die auf demselben Areal leben.

Sobald aber einmal dieser Zustand der dauernden Sesshaftigkeit erreicht ist, soll das Gesetz sich umkehren.²⁾ So

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 259. Vgl. o. S. 62.

²⁾ Vgl. W. lf. S. 366.

sagt die Theorie! Die Geschichte sagt das Gegenteil. Sie zeigt uns, dass bei Völkern mit Naturalwirtschaft die Hungersnöte um so seltener werden, je dichter sie ihr Land besetzt halten. Ein paar Beispiele! Unter den Karolingern, namentlich den späteren, entvölkerte sich das Frankenreich auf eine furchtbare Weise; und diese ausserordentlich verdünnte Bevölkerung hatte in den 247 Jahren zwischen 779 und 1026 nicht weniger als 144 Hungerjahre durchzumachen.¹⁾ Dann stieg die Volkszahl ganz ungeheuer — und die Hungersnöte verschwanden. — Als Philipp II. den spanischen Thron bestieg (1556), hatte Spanien 10½ Millionen Einwohner und deckte seinen Brotbedarf mit Leichtigkeit; am Ende der Regierung Karls II. († 1700) war die Volkszahl auf 5,7 Millionen gesunken,²⁾ und jetzt konnte Spanien „trotz seines unvergleichlichen Bodens“ diese fast auf die Hälfte zusammengeschrumpfte Bevölkerung nicht mehr ernähren, sondern musste einen beträchtlichen Teil seines Kornbedarfs aus dem Auslande beziehen. „Es ist ermittelt worden, dass Spanien noch zu einer Zeit, wo bereits eine, wenn auch nicht bedeutende Wendung zur Besserung eingetreten war, in den 18 Jahren 1756 bis einschliesslich 1773 für mehr als 115 Millionen Fres. Brotfrucht aus der Fremde bezogen hat.“³⁾

Wenden wir uns von der Geschichte zur Gegenwart, zur Statistik. Deutschland hat 96,7 Einwohner pro Quadratkilometer: und wenn es eine Klage giebt, ist es die, dass das Getreide zu billig ist. Es klingt uns wie ein Märchen aus uralter Zeit, dass 1771/72 in Kursachsen 150 000, in Böhmen 180 000 Menschen von einer Hungersnot dahingerafft worden sind, dass noch 1847/48: 10 % der Bevölkerung der Kreise Pless und Rybnik am Hungertyphus starben. Wir wissen, dass das heute nicht mehr möglich ist. Aber unser Nachbar Russland hat in seinen europäischen Besitzungen nur 19,7 Einwohner auf dem Quadratkilometer, also fast genau den fünften Teil der Dichtigkeit Deutschlands, und es vergeht kein Jahrzehnt, in welchem Russland nicht seine Hungersnot hätte, trotz seiner schwarzen Erde und der unglaublichen Genügsamkeit seiner Einwohner.

¹⁾ Sugenheim. 88.

²⁾ „ 48.

³⁾ „ 63.

Wir können diese grossen Allgemeinthaten auf das befriedigendste durch die spezielle Statistik belegen. Sie ergibt als erste Thatenache, dass die Nahrungsproduktion pro Kopf der Bevölkerung um so grösser ist, je dichter das Land besetzt ist.

Die Bevölkerung Frankreichs betrug 1760: 21 Millionen und der Gesamtertrag an Getreide 94 500 000 hl: es kamen also auf den Kopf der Bevölkerung **4,5 hl.** — 1840 erzeugten 34 000 000 Einwohner Frankreichs 182 516 000 hl: es kamen also auf den Kopf **5,37 hl.**¹⁾ 1876/85 wurden im Durchschnitt 252 065 000 hl geerntet²⁾: bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl dieser Periode von 37,5 Millionen Einwohner kamen also pro Kopf der Bevölkerung: **6,72 hl.**

Während also die Bevölkerung von 1760—1885 wuchs um 78,57%, wuchs die pro Kopf im Inlande hergestellte Unterhaltsquote allein an Getreide um 166,66%.

Allein an Getreide! Dazu kommen aber andere Feldfrüchte, welche 1760 fast ganz unbekannt waren, namentlich die Kartoffel.

Carey führt folgende Statistik von M. de Jonnès (Statistique de l'Agriculture de France) an.³⁾ Es entfielen pro Kopf der französischen Bevölkerung an Litern:

	1760	1840
Weizen	150	208
Geringeres Getreide	300	393
Kartoffeln und Gemüse	—	291
Summa:	450	892

Seitdem ist der Verbrauch an Weizen wieder um mehr als 30%, nämlich bis auf 275 Liter pro Kopf gestiegen.⁴⁾ Es wird nicht aller dieser Weizen im Lande selbst hergestellt, das ist richtig: Frankreich importiert seit einer Reihe von Jahren. Aber es zahlt diese Importe doch zum allergrössten Teile mit landwirtschaftlichen Produkten, mit Wein, Obst, Gemüse, Parfüms etc.

Russland dagegen exportiert Getreide. Es hat 19,7 Einwohner pro Quadratkilometer, während Frankreich

¹⁾ Carey. 102.

²⁾ Wirminghaus. Art.: Getreideproduktion im Hdwb. d. Staatsw. Bd. III. 895.

³⁾ Carey. 102.

⁴⁾ Wirminghaus l. c.

72 hat. Stellt Russland darum mehr Getreide her, als Frankreich? Im Gegenteil! Es produzierte im Durchschnitt der Jahre 1883/87 rund 600 Millionen hl (ohne Polen und Finnland.¹⁾ Diese Gebiete hatten 1885 rund 82 Millionen Einwohner. Es kommt also auf den Kopf 7,3 hl Herstellung, ein bedeutendes Minus gegen Frankreich, das viel mehr von dem nährstoffreicheren und schwereren Weizen baut, als von irgend einer anderen Frucht, während Russland $2\frac{1}{2}$ mal so viel Roggen und beträchtlich mehr von der viel leichteren Gerste baut, als Weizen, von Obst, Wein, Gemüse etc. ganz zu schweigen. Nun exportierte Russland aber 1887 von den vier Hauptfrüchten fast genau 82 Millionen hl; es sank also das pro Kopf verfügbare Quantum auf 6,3 hl. 1889 belief sich die gesamte Ernte inkl. Polen auf rund 541 Millionen hl; exportiert wurden 97,5 Millionen hl. Es blieben also 443,5 Millionen hl für eine Bevölkerung von rund 96 Millionen: pro Kopf 4,62 hl.

Eine überraschende Thatsache! Wie ist sie zu erklären? Aus der höheren Intensität des Anbaus! Der französische Bauer zog 1815: 8,59; — 1879/88 aber 15,04 hl Weizen vom Hektar; in derselben Zeit stieg der Ertrag des Roggens von 7,65 auf 13,95, des Hafers von 14,58 auf 23,36, der Gerste von 12,12 auf 18,21 hl pro Hektar. Russland aber zog 1883/87 von Weizen nur 6,7, Roggen 9,0, Hafer 13,2, Gerste 9,4 hl pro Hektar:

Ertrag pro Hektar in Hektoliter

	Frankreich 1879/88	Russland 1883/87	Frankreich 1815
Weizen	15,04	6,7	8,59
Roggen	13,95	9,0	7,65
Hafer	23,36	13,2	14,58
Gerste	18,21	9,4	12,12

Diese Statistik beweist zum mindesten, dass hier keine natürlichen Unterschiede des Klimas den Ausschlag geben; denn Frankreich hatte vor hundert Jahren dasselbe Klima wie heute und doch fast so geringe Ernten wie das heutige

¹⁾ Wirminghaus l. c. 896.

Russland. Mehr beweist die Statistik nicht; aber wir dürfen doch konstatieren, dass diese sämtlichen Daten und Zahlen durchaus nicht mit dem Malthusianismus stimmen, aber auf das allergenaueste mit der „reinen Deduktion“, welche ihm, wie wir wissen, schnurstracks entgegengesetzt ist, indem sie behauptet, dass die Komfortbreite stärker wächst als die Bevölkerung.

Ich möchte diesen Exkurs nicht mit weiterem statistischen Material überhäufen. Es liegt jedermann vor, und jeder mann kann sich überzeugen, dass *ceteris paribus* jeder Vergleich dasselbe Resultat ergibt.

Soweit also die Thatsachen! Wie steht es mit ihrer Erklärung?

Der Trugschluss löst sich dahin auf, dass das „Gesetz der sinkenden Erträge“ überkompensiert wird durch das „Gesetz der Bodenkapazität“.

Das „Gesetz der sinkenden Erträge“ beruht nämlich auf einem Vergleiche, der angestellt ist zwischen dem Ertrage desselben Ackers einmal bei intensiverem, einmal bei extensiverem Anbau in derselben Gesellschaft von gegebener Volksdichtigkeit, Arbeitsteilung und Kapitalbewaffnung. Es beruht auf der Voraussetzung, dass der mechanische Nutzeffekt der Arbeitseinheit (d. h. der Leistung einer durchschnittlichen Kraft in der Zeiteinheit) und der Kapitaleinheit beide Male gleich gross ist.

Das „Gesetz der Bodenkapazität“ beruht aber auf einem Vergleiche, der angestellt ist zwischen dem Rothertrage desselben Ackers in zwei sehr verschiedenen Gesellschaften von sehr verschiedener Volksdichtigkeit, Arbeitsteilung und Kapitalbewaffnung. Es beruht auf der Voraussetzung, dass der mechanische Nutzeffekt der Arbeits- und Kapitaleinheit in jedem der Fälle sehr verschieden gross ist.

Das Gesetz der sinkenden Erträge vergleicht die Leistung und den Nutzeffekt zweier gleich ernährter, gleich interessierter und mit denselben Werkzeugen (Kapital) bewaffneter Arbeitskräfte: das Gesetz der Bodenkapazität aber vergleicht die Ergiebigkeit der Arbeit eines Wilden, der mit dem Grabstocke ein paar Furchen in den Sand zieht, mit derjenigen des Urhufners, der seinen Holzpflug führt, mit derjenigen ferner des Bauern, dem kräftige Stiere den Stahlpflug durch die

geklärte Ackerkrume ziehen, und zuletzt mit derjenigen des Maschinisten auf dem Dampfpfluge von vielen Pferdekraften. Sie vergleicht den Nutzeffekt der Arbeit des Urhufners, der zwanzig verschiedene Beschäftigungen hat, mit derjenigen des heutigen Landwirtes, der nur eine Beschäftigung hat; und schliesslich den Mann, der seinen Boden mit seinem Korn auf Nimmerwiedersehen exportieren muss, mit dem anderen, der im Dünger die eigene Bodenkraft zurück erhält und darüber hinaus die Kraft ferner fremder Äcker; sie vergleicht den Mann, der eines Jahres Arbeit für einen Pflug zahlen musste, mit dem Mann, der eines Monats Arbeit dafür opfert.

„Je mehr nämlich ein Volk an Zahl zunimmt, um so grösser wird die Arbeitsteilung, um so vollkommener die Werkzeuge, mit welchen der Landwirt produziert, um so freier von Nebenberufen seine Zeit für seinen Hauptberuf: und darum wächst der Rohertrag seines Ackerstückes. Und gleichzeitig wird die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten seitens der industriellen Bevölkerung, und das Angebot von Gewerbeserzeugnissen immer grösser: und darum wächst in gleichem Masse, von zwei Seiten her, die Kaufkraft der Produkte der Landwirtschaft, also ihr Reinertrag.“¹⁾

Das ist die Begründung meines „Gesetzes der Bodenkapazität“. An anderen Stellen habe ich ausgeführt, dass die Nähe eines starken Marktes dem Landwirt inmitten einer dichten Bevölkerung noch andere bedeutende Vorteile gewährt, welche derjenige in einer dünnen Bevölkerung nicht hat: Schutz vor vollen Missernten durch den Anbau und die Zucht der verschiedensten Urprodukte, Verfügung über billige Hilfskräfte zur Erntezeit, billigen Düngerbezug u. s. w.²⁾

Dass ich damit das „Gesetz der sinkenden Erträge“ nicht antasten wollte, habe ich mehrfach³⁾ ausdrücklich erklärt. Trotzdem bin ich natürlich dem öffentlichen Vorwurf nicht entgangen, es nicht zu kennen.

Ich wiederhole also, dass ich es anerkenne; ich leugne

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 259.

²⁾ „ 490/1.

³⁾ „ z. B. 369. 491.

nur die ihm zugeschriebene Bedeutung für die „Bevölkerungsfrage“.

Der Trugschluss beruht darauf, dass man zwei ganz verschiedene Grössen als gleich angenommen hat, nämlich die „Arbeitseinheit“ (durchschnittliche Leistung einer durchschnittlichen Arbeitskraft in der Zeiteinheit) in der unentwickelteren Gesellschaft — und diejenige in der entwickelteren Gesellschaft, während thatsächlich die letztere unvergleichlich grösser ist.

Bisher hat man geschlossen, als sei die in der „Arbeitseinheit“ steckende „Arbeit“ jederzeit die gleiche. Aus dieser Voraussetzung folgt der Malthusianismus mit Notwendigkeit: eine verdoppelte Bevölkerung würde doppelt so viel Arbeit auf den gesamten Boden verwenden und damit nur weniger als doppelt so viel Ernten erwirtschaften.

Aber die Voraussetzung ist falsch. Die „Arbeitseinheit“ in der dichtereren Gesellschaft ergiebt eine sehr viel grössere „durchschnittliche Leistung“ als in der dünner gesäten.

Mit dieser Feststellung ist jene einfache Relation zweier wachsender Zahlen, des Menschenwachstums und des notwendig geringeren Erntenwachstums, auf welche der Malthusianismus sein System baute, hinfällig. Die Frage lässt sich jetzt nicht mehr durch eine einfache abstrakte Kalkulation lösen, sondern es sind offenbar drei Fälle theoretisch möglich, wenn man ein früheres mit einem späteren Stadium vergleicht.

1. Die auf den gesamten Boden gewandte Arbeit ist trotz der höheren Leistung der durchschnittlichen „Einheit“ nicht ausreichend, um die verteilbare Quote auf der alten Höhe zu halten.

2. Sie ist ausreichend, um die Quote gerade auf der alten Höhe zu halten.

3. Sie ist ausreichend, um die Quote zu erhöhen.

Ist der erste Fall Wirklichkeit, so bleibt der Malthusianismus bestehen, nur quantitativ gemildert; im zweiten Fall ist das „Gesetz der sinkenden Erträge“ kompensiert; im dritten überkompensiert.

Welcher Fall nun Wirklichkeit ist, lässt sich nicht mit unbestimmten, sondern nur mit bestimmten Zahlen entscheiden, d. h. nur mit der Statistik. Und die Statistik zeigt, dass der dritte Fall der Wirklichkeit entspricht:

Das „Gesetz der sinkenden Erträge“ wird thatsächlich überkompensiert. Die Quote sinkt nicht, sondern wächst.

Auf den einzelnen Stufen verläuft die Überkompensation folgendermassen.

Zuerst geht der Anbau von immer leichterem zu immer schwererem Boden (Careys Gesetz): also steigt die Quote.

Wenn das Land in seinen fruchtbarsten Teilen einigermaßen besiedelt ist, ist die Leistung einer Arbeitseinheit und die Kapitalkraft des dichter sitzenden Volkes bereits so gewachsen, dass nunmehr noch auf sehr lange hinaus der Anbau ungünstigerer Böden grössere Roh- und Reinerträge gewährt, als vorher der Anbau günstigerer Böden. Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass unter ungestörten Verhältnissen selbst heute noch sehr viel Raum für neue Urbarungen in allen alten Ländern wäre. Eine Gesellschaft, die für ihre wirtschaftlichen Zwecke die Arme frei hätte, könnte z. B. in Deutschland noch Tausende von Quadratkilometern Unland in fruchtbarste Äcker umwandeln durch Wasserwerke und Wasserverbauungen, die durchaus nicht grossartiger zu sein brauchten, als diejenigen, mit denen uns Ägypten, Assyrien und der Inkastaat beschämen. Nur die unselige Bodenbesitzzersplitterung und die unproduktive Steuervergeudung verhindert diese Entwicklung, welche uns auf lange Zeit von den Ernten des Auslandes unabhängig machen würde, ohne dass die Ernährungsquote pro Kopf einer noch so stark wachsenden Bevölkerung zu sinken brauchte. Diese Werke würden eben den Nutzeffekt der Arbeitseinheit viel stärker vermehren, als die Verkleinerung der pro Kopf entfallenden Nutzfläche ihn nach dem Gesetz der sinkenden Erträge vermindert.

In derselben Richtung ist bisher die Kultur gegangen.

Mit diesem Nachweis ist der eigentliche Malthusianismus widerlegt; derjenige, den ich als die ernste „nationalökonomische Theorie“ bezeichnen will. Diese Theorie wollte aus dem „Bevölkerungsgesetz“ den grössten Teil der Not der Geschichte und fast alle Not der Gegenwart erklären. Mit dem Nachweis, dass sich von Urbeginn an der Nahrungsspielraum der Menschheit immer stärker vermehrt hat, als ihre Kopf-

zahl, ist diese Theorie erledigt, und fallen die daraus von der Geschichte und Nationalökonomie gezogenen Folgerungen in sich zusammen.

Nun giebt es aber noch einen zweiten Malthusianismus, den ich zum Unterschiede den „prophetischen“ nennen will. Er zerfällt in zwei Unterarten, einen, der immerhin noch eine gewisse Grundlage hat, die wir aber als starken Rechenfehler werden nachweisen können; und einen, der nichts ist als eine ganz grund-, zweck- und haltlose Zahlenspielererei.

Die erste Abart des „prophetischen Malthusianismus“ stellt folgende ganz richtige Erwägung an: Die Volkszahl der Kulturländer ist gegenwärtig zum grossen Teil in einem so gewaltigen Wachstum begriffen, dass selbst bei der vorsichtigsten Schätzung bald eine Zahl vorhanden sein wird, die in ihrer Lebenshaltung sinken müsste, wenn sie von der Bodenkraft der Heimat ernährt werden müsste. Es würde schliesslich ein Zeitpunkt eintreten müssen, wo der Anbau auf so geringen Boden gedrängt werden würde, dass trotz aller Vorteile der Marktnähe und der Arbeitsteilung der Reinertrag pro Bauer und der Rohertrag pro Kopf der Gesamtzahl sinken, und das Bevölkerungsgesetz in Kraft treten würde.

Zugegeben! Aber der Malthusianismus sieht nicht, dass die Schlussfolgerung, zu der er soeben gelangt ist, eine solche aus einem „casus hypotheticus irrealis“, aus einer unmöglichen Voraussetzung ist. „Wenn der Zuwachs von der Bodenkraft der Heimat ernährt werden müsste“, war die Voraussetzung — und diese Voraussetzung ist falsch.

Es ist eine grobe optische Täuschung, wenn die malthusianischen Statistiker annehmen, dass z. B. der deutsche Boden jetzt 52 Millionen Einwohner mit Nahrungsmitteln versehen muss, dass „England heute Pflichten gegen 30 Millionen Menschen hat“¹⁾ u. s. w. Ihre Rechnung macht ganz unmotiviert an den Grenzen der Nationalwirtschaft Halt, obgleich wir uns längst mitten in der Weltwirtschaft befinden.

Wir importieren in immer steigendem Masse Nahrungsmittel. Das heisst nichts anderes, als dass wir die-

¹⁾ Vgl. z. B. Wolf. S. 357.

jenigen Flächen, auf welchen sie erzeugt werden, in unseren Wirtschaftskreis einbezogen haben. Und da diese Nahrungsmittel uns aus Ländern zukommen, die bei sehr dünner Bevölkerung noch sehr extensiv wirtschaften, so heisst das nichts anderes, als dass die Zahl der Hektare, welche unserem Produktionsgebiete zugewachsen sind, viel grösser ist, als die Zahl der Mäuler, welche unserem Konsumtionsbedürfnis zugewachsen sind.

Machen wir einen kleinen Überschlag:

Deutschland führte 1875 noch etwas Getreide aus. Es hatte damals eine Bevölkerung von rund 43 Millionen Einwohnern bei einem Getreideareal von 13,3 Millionen ha.¹⁾ Ergiebt pro Kopf **0,309 ha.**

1896 führten wir rund 4 900 000 Tonnen Getreide mehr ein, als aus.²⁾ Deutschland erntet durchschnittlich etwas über eine Tonne Korn vom ha. (17,4 Millionen Tonnen³⁾ auf 13,9 Millionen ha.⁴⁾ Diese 4,9 Millionen Tonnen wären in Deutschland also auf ca. 3,9 Millionen ha. gewachsen. Zuzüglich der 13,9 Millionen ha. binnenländischen Ackerlandes wären also auf jeden Kopf der mittlerweile auf 52,7 Millionen angewachsenen Bevölkerung entfallen: **0,338 ha.**

Das wäre ein Zuwachs von **9,38 %** der pro Kopf entfallenden Ackerfläche binnen 21 Jahren.

Nun muss aber in Rechnung gezogen werden, dass der grösste Teil der uns versorgenden Gebiete nicht wie Deutschland vorwiegend in Fruchtwechselwirtschaft, sondern in Dreifelderwirtschaft, wilder Feldgraswirtschaft, ja sogar Brandwirtschaft thätig ist, und daher von der Flächeneinheit ungleich kleinere Ernten zieht, wie Deutschland. Die Flächen, welche uns zugewachsen sind, sind in der That also viel grösser, als angenommen. Man bleibt ohne Zweifel stark hinter der Wirklichkeit zurück, wenn man annimmt, dass jene 4,9 Millionen Tonnen auf 8 Millionen ha. gewachsen sind, namentlich wenn man, wie nötig, die Brache mit zum Acker-

¹⁾ Sering. Konkurrenz. S. 60.

²⁾ Statist. Jahrb. f. d. d. R. 1897. S. 89.

³⁾ " " " " " " " S. 30.

⁴⁾ " " " " " " " S. 29.

lande rechnet. Bei dieser bescheidenen Annahme würde sich die Rechnung für 1896 folgendermassen gestalten:

52,7 Millionen Deutsche wurden ernährt von 21,9 Millionen Hektaren. Das macht pro Kopf **0,41 ha.** und binnen zwanzig Jahren einen Zuwachs der pro Kopf verfügbaren Ackerfläche von **32,7 %**.

Diese Zahlen beweisen zum mindesten, dass für die Gegenwart und nächste Zukunft das „Gesetz der sinkenden Erträge“ für uns kein Pressen gegen unseren Spielraum zur Folge hat. Denn das Nahrungsareal der Völker ist nicht in dem Masse geschrumpft, wie sie gewachsen sind, sondern hat sich im Gegenteil in einem viel stärkeren Masse erweitert: die grössere Volkszahl versorgt sich also leichter, mit weniger Arbeit mit Nahrung, als früher die kleinere.

Um diese erste Abart des „prophetischen Malthusianismus“ ganz zu beseitigen, fehlt nun nur noch eine Entscheidung:

Es ist festgestellt, dass in unserer Gegenwart die Zahl der Hektare, von welchen die Völker ihre Nahrung ziehen, beträchtlich schneller wächst, als die der Menschen. Ist das ein Zufall oder eine notwendige kausale Verbindung? Wenn es kein Zufall ist, wenn die stark zunehmende Volksdichtigkeit die Ursache ist noch stärker zunehmenden Ackerareales, dann ist auch diese Anwendung der Bevölkerungstheorie nicht mehr haltbar.

Und dieser letzte Nachweis lässt sich führen.

Um Getreide in unsere Speicher zu schaffen, haben wir nur zweierlei nötig: wir müssen es beim Landwirt kaufen und bis an unsere Thür transportieren. Je mehr Waren jeder von uns herstellt, und je mehr Kräfte die Gesellschaft für die Herstellung und Bedienung der Transportmittel unterhalten kann, um so mehr Getreide können wir auch heranschaffen. Die Produktivität der Warenerzeugung und die „Produktivität“, d. h. die Leistungsfähigkeit der Transportmittel ist aber um so grösser, je grösser der Markt, je dichter die Bevölkerung. Wir essen thatsächlich „Garn und Nägel“,¹⁾ wenn wir das Brot und Fleisch essen, das wir dafür eingetauscht haben; oder man sagt vielleicht besser: wir pro-

¹⁾ Vgl. Wolf. S. 368.

duzieren Brot und Fleisch, während wir Garn und Nägel herstellen. Denn der Bauer in Argentinien könnte so wenig Korn herstellen, wenn wir ihm nicht Garn lieferten, wie wir Garn herstellen könnten ohne sein Korn.

Um die Frage mit einem Worte zu umfassen: unser ganzes Westeuropa ist seit dem Erblühen der jungen Weltwirtschaft in diejenige Stellung eingerückt, welche im Thünenschen Schema und der Volkswirtschaft der Vergangenheit die Stadt eingenommen hat. Wir definierten oben die „Stadt“ als Gebiet der Korneinfuhr: und ein solches Gebiet ist ganz Westeuropa heute. Wer es nicht verstehen kann, durch welchen geheimnisvollen Mechanismus es der Bewohner dieser ins Ungeheure erweiterten „Stadt“ fertig bringt, immer mehr Nahrungsmittel gegen den Ertrag einer immer kleineren Anstrengung einzutauschen, der hat noch niemals verstanden, wie ein „Städter“ im gewöhnlichen Sinne das fertig bringt.

Ich leugne also auch hier nicht das „Gesetz der sinkenden Erträge“, aber ich habe bewiesen, dass es selbst dann durch das „Gesetz der Erzeugung“ (resp. seinen Spezialfall, das Gesetz der „Bodenkapazität“) überkompensiert werden wird, wenn der Boden einmal voll besiedelt und in der höchsten Intensität bestellt ist. Denn in diesem Stadium ist das ganze alte Land längst zur „Stadt und ersten Zone“ eines Weltwirtschaftskreises geworden und bezieht als solche immer mehr Nahrungsmittel gegen Hingabe eines immer kleineren Teiles ihrer eigenen Jahresproduktion.

[Ich bemerke übrigens, dass Carey, Henry George, Dühring, Hertzka und andere mehr den Malthusianismus mit ganz ähnlichen Argumenten bekämpft haben. Ich darf kaum auf mehr Anspruch erheben als auf möglichst scharfe Erfassung und möglichst klare Formulierung der Gegensätze.]

Auf diesem Standpunkte stehen wir heute. Wir können unsere Erzeugung an „Garn und Nägeln“ fast ins Grenzenlose steigern und ebenso unsere Erzeugung an Schienenstrassen, Lokomotiven, Kanälen und Dampfschiffen. Diese Werke unserer je dichterem, um so produktiveren Bevölkerung werden uns bald erlauben, jeden auf dem Planeten vorhandenen fruchtbaren Fleck Erde unter Pflug und Egge zu bringen und seine Ernten mit einer Belastung an Transport-

kosten auf unseren Markt zu führen, welche im Verhältnis zu ihrem „Werte“ und unserer „Kaufkraft“ ohne Bedeutung ist. Auf Jahrhunderte hinaus kann und wird noch das für unsere Ernährung verfügbare (d. h. in Transportnähe gebrachte) Areal um Milliarden von Aren wachsen, während die Bevölkerung um Millionen von Köpfen wächst. Behauptet doch Atkinson, dass erst ein Zwanzigstel des für Weizenanbau fähigen Landes besetzt sei.¹⁾

Für Vergangenheit, Gegenwart und übersehbare Zukunft hat nichts gewirkt, wirkt, und wird nichts wirken, was dem malthusianischen Gesetze irgendwie verwandt ist. Im Gegenteil, sämtliche Daten entsprechen der ihm schnurstracks entgegengesetzten „reinen Theorie“ auf das genaueste.

Trotz dieser Feststellung sind wir noch immer nicht mit dem Malthusianismus fertig. Der Proteus erscheint uns jetzt in seiner dritten Gestalt als „prophetischer Malthusianismus, der mit Zahlen jongliert.“

Die nicht seltenen Anhänger dieser Theorie sind nicht allzuschwer davon zu überzeugen, dass das Bevölkerungsgesetz in Vergangenheit und Gegenwart nicht in Wirksamkeit getreten ist. Aber sie halten unerschütterlich daran fest, dass es in irgend einer Zukunft in Wirksamkeit treten wird.

Sie stützen sich dabei einzig und allein auf die uns bekannten statistischen Zahlen, welche beweisen, dass gegenwärtig alle Völker in irgend einer Masse wachsen.

Sie bestehen darauf, diese Zahlen als Ausschnitt aus einer regelmässigen Reihe anzusehen, und machen kurzweg den Schluss, dass die Völker in alle Zukunft hinein in irgend einem Tempo weiter wachsen werden, bis die ganze Erde im höchsten denkbaren Masse der Intensität bestellt sein, und dann doch die Ernährungsquote sinken wird.

Die Berechnung, die Elster in der oben angeführten Tabelle giebt, wonach durch den Geburtenüberschuss im Jahre 2000: Deutschland 207 und die Nordamerikanische Union gar 581 Millionen Einwohner haben würde, wenn sie in dem augenblicklichen Tempo weiter wüchsen, soll natürlich, wie er sagt, nicht wörtlich genommen werden, aber doch eine „Tendenz“ veranschaulichen, die unleugbar sei.

¹⁾ Nach Wolf. 372.

Es kann natürlich niemandem entgehen, dass man durch genau dieselbe mathematische Berechnung, wenn man sie, statt vorwärts, rückwärts richtet, zu den unsinnigsten Anfangszahlen kommt. „Man wird natürlich mit demselben Rechte und in der gleichen Weise . . . die Bevölkerungszahl dieses oder jenes Landes in einem früheren Jahrhundert berechnen können. Allein ein solches Exempel, welches zu einer sehr niedrigen Volkszahl führen müsste, hat wenig Wert. Denn man vergesse nicht, dass in den früheren Jahrhunderten die Sterblichkeitsziffer eine bedeutend grössere war“.¹⁾

Es muss gesagt werden, dass die vorwärts gerichtete Rechnung gerade so wenig Wert hat, wie die rückwärts gerichtete. Es ist eine ganz unzulässige Willkür, aus den kurzen Zahlenreihen, welche uns zur Verfügung stehen, irgend einen Schluss zu ziehen. Wir wissen nichts zuverlässiges über den Geburtenüberschuss der Vergangenheit, und ebenso wenig etwas über den Geburtenüberschuss der Zukunft. Wir wissen nichts darüber, ob die Periode, aus welcher unsere Zahlen stammen, einen regelmässigen oder einen Ausnahmecharakter hat. Wir wissen durchaus nichts weiter, als dass sich die zivilisierten Völker seit ungefähr einem Jahrhundert vermehren.

Die Wissenschaft, d. h. die sicher schreitende, nicht die phantastisch schwärmende, kann hier unmöglich zu einer Voraussage kommen. Ihr Verdikt kann nur sein: Non liquet! Ignoramus!

Will man durchaus Konjekturen in die Zukunft hinein thun, so kann man ja unter anderem auch annehmen, dass thatsächlich die Bevölkerung immer weiter und weiter wachsen wird, bis schliesslich der Planet wimmelt wie ein Ameisenhaufen, und nur Krieg, Pest, Not oder weise Selbstbeschränkung die Menschen vor dem Hungertode retten kann. Man kann das annehmen: aber man soll sich klar sein, dass das Dichtung ist und keine Wissenschaft.

Und man soll sich klar sein, dass irgend eine andere Konjektur genau so viel Wert hat, wie diese. Mit demselben Rechte mag sich jemand vorstellen, dass bis dahin die Chemie Stein in Brot zu verwandeln gelernt hat, dass die

¹⁾ Elster I. c.

Menschheit die Mittel gefunden hat, neue Weltkörper zu besiedeln etc.

Man braucht aber durchaus nicht zu derartigen Phantastereien zu greifen. Man kann dem Malthusianismus eine andere Hypothese gegenüberstellen, welche mindestens so viel inneren Wahrscheinlichkeitswert hat. Man braucht sich nur auf den uns allen geläufigen Begriff des Wachstums zu stellen. Wir wissen, dass ein Körper um so schneller wächst, je jünger er ist; dass die Zunahme seiner Masse und Maasse absolut und relativ in einer Kurve verläuft, die schnell vom Maximalpunkt bis zum Nullpunkt fällt, und dass der Nullpunkt erreicht ist, wenn der wachsende Organismus diejenige Grösse erreicht hat, welche sein Nahrungsspielraum erlaubt. Wir finden heute keine grossen Dickhäuter mehr in Sibirien, weil sie dort ihren Nahrungsspielraum nicht mehr haben; und die Riesensaurier sind mit den Riesenwäldern der Kohlenperiode ausgestorben, welche allein den Nahrungsspielraum für solche ungeheuren organischen Massen gewähren konnten.

Diese Auffassung ist die einzige, welche der „Organismus“ haben kann, jene recht gut begründete Hypothese, die die menschliche Gesellschaft für einen echten Organismus hält. Die gegenteilige Annahme eines Wachstums ohne Ende hat „genau so viel Wert, als wenn man aus dem Umstande, dass einem jungen Hunde der Schwanz doppelt so lang wuchs, während er gleichzeitig so und so viele Pfunde an Gewicht zunahm, . . . die ‚sehr auffallende Konsequenz‘ herleiten wollte, dass der Schwanz über eine Meile lang und äusserst schwer zu bewegen sein werde, wenn der Hund fünfzig Pfund wiegen werde, weshalb man die vorbauende Hemmung einer Bandage als einzige Alternative gegen die positive Hemmung fortwährender Amputationen empfehlen müsse.“¹⁾

Nun steht nichts im Wege, die Industrievölker dieses Jahrhunderts als Körper im Stadium des ersten, stürmischen Wachstums zu betrachten. Die Statistik, auf welche sich der Malthusianismus stützt, ist ungefähr gleich alt mit Eisenbahn und Dampfschiff. Ist es nicht klar, dass die Möglichkeit, sich aus einem durch diese Erfindungen ungeheuer erweiterten Kreise mit Unterhaltungsmitteln zu versorgen, den Nahrungsspielraum

¹⁾ Henry George. Fortschritt und Armut. S. 90/91.

der alten Völker plötzlich ungeheuer erweitert hat? Ist es nicht möglich, daraus den Schluss zu ziehen, dass die modernen Völker mit einer Vermehrung, die gerade jetzt weit über den Durchschnitt hinausreicht, in diesen erweiterten Nahrungsspielraum hineinwachsen? (Auch eine Kuh wird ja schwerer, wenn sie mit einem zwanzig Meter langen Strick an ihren Pfahl gebunden ist, als mit einem zehn Meter langen. Im letzteren Falle ist ihr Nahrungsspielraum $100 \pi = 314$ Quadratmeter, im ersteren aber $400 \pi = 1256$ Quadratmeter. Da hat sie nicht nur mehr Futter, sondern kann sich auch das beste aussuchen, und wird darum schwerer.)

Wie gesagt, auch diese Auffassung ist nicht zu beweisen: aber ist sie an sich unwahrscheinlicher, als die malthusische, die auch nicht zu beweisen ist? Stimmt sie zu der Thatsache, dass jetzt, nach mindestens 7000 Jahren verbürgten geschichtlichen Bestehens, die Menschheit diesen Planeten noch lange nicht zu einem Ameisenhaufen gemacht hat, nicht mindestens so gut, wie der Malthusianismus?

Dabei spricht gegen den letzteren noch die bekannte Erfahrung, dass wohlhabende Menschen weniger Nachwuchs haben, als arme. Ob sich darin eine „moralische“ oder anderweite „Selbstbeschränkung“ ausdrückt, kann man nicht wissen; wahrscheinlich ist es der Ausdruck des universalen Gesetzes, dass solche Spezies sehr fruchtbar sind, deren Existenz im Kampfe ums Leben besonders stark bedroht ist, und dass solche Organe sich durch „Proliferation“ ihrer Elementarteile sehr schnell erneuern, welche einer besonders starken Abnutzung ausgesetzt sind. So „proliferieren“ auch die „Proletarier“, die den Namen ja von ihrer Kindermenge tragen. Es ist dies eine sehr verbreitete Art der „Anpassung“. Derartige Anpassungen verschwinden aber regelmässig mit der äusseren Beanspruchung, deren Ergebnis sie waren. Gerade wie die Augen der Höhlentiere mit dem Licht verschwanden, dem sie angepasst waren, so verschwindet die übermässige Fruchtbarkeit mit der Verminderung der Lebensbedrohung, vielleicht durch spätere Verehelichung, vielleicht durch Verfettung der weiblichen Eierstöcke, vielleicht durch ein mit dem Wohlstande immer stärkeres Überwiegen des Verstandespoles über den Willenspol, d. h. des Gehirns über den Sexus. Aber der Mechanismus ist ganz gleichgiltig; jedenfalls sprechen Er-

fahrung und Statistik schon heute dafür, dass eine solche Entwicklung wahrscheinlicher ist, als der „Ameisenhaufen“.

Der „prophetische Malthusianismus“ der zweiten Abart, der mit Zahlen jongliert, hat keine logische und materielle Grundlage, er kann deshalb auch mit logischen und materiellen Gründen nicht widerlegt werden. Er gehört in die Klasse der Glaubensartikel: *credo quia absurdum!*

Aber selbst, wenn man daran festhalten will, ist dieses Dogma für den Historiker und Nationalökonomem durchaus ohne Bedeutung. Es hat bestenfalls einen Zukunftswert für das Jahr 3000 oder 4000. So wenig wie der Einzelmensch sich dadurch von seiner Arbeit für morgen zurückhalten lässt, dass er einmal wird sterben müssen; so wenig wie die Menschheit sich um die verwandten pessimistischen Ausblicke kümmert (Erkaltung der Sonne, Rückkehr der Erde zur Sonne in einer Spiralbahn, Zusammenstoss mit einem Weltkörper etc.): so wenig hat uns der prophetische Malthusianismus zu kümmern.

Zwei Einwände werden der Möglichkeit des „sozialen Staates“ gemacht, derjenige der antisozialen Massenpsyche und derjenige des Malthusianismus. Ich hoffe, beide widerlegt zu haben.

Dennoch würde ich wenig Hoffnung haben, meine Gegner zu überzeugen, wenn ich mich nur auf Logik und Induktion stützen müsste. Logik und Induktion sind sehr willkommen, wenn sie Dogmen beweisen: aber nicht, wenn sie Dogmen widerlegen wollen.

Gegen Dogmen beweisen nicht einmal Thatsachen.

Ich habe in meiner „Siedlungsgenossenschaft“ die Möglichkeit der „sozialen Gesellschaft“ mit mindestens einer Thatsache, einer verbürgten, beweisen können. Es ist der Fall **Vineland**.¹⁾

Hier sammelte sich in zwölf Jahren eine Bevölkerung von elftausend Menschen; ganz gewöhnliche Menschen, durch nichts gesiebt, keine Sektierer, keine Schwärmer, einfache Ansiedler, wie überall sonst auch. Und diese 11000 Menschen lebten in voller Sozialität, ohne Verbrechen,

¹⁾ Siedlungsgenossenschaft. S. 477 ff.

ohne Armut, ohne „Ausbeutung“ in einem stets steigenden Wohlstande, in „reiner“ Wirtschaft! Die Organisation unterschied sich nur in einem einzigen Punkte von allen anderen Orten der Welt: es war der Bezug von **Zuwachsrente** dadurch ausgeschlossen, dass der Grundeigentümer Landis den letzten Acre wie den ersten für 25 Dollars verkaufte. —

Wenn in den Naturwissenschaften eine einzige Thatsache nicht mit einer anerkannten Theorie vereinbar ist, dann fällt die Theorie ohne viel Umschweife. So z. B. hat die eine Thatsache der Interferenzerscheinungen die Newtonsche „Emanationstheorie“ des Lichtes umgestürzt und durch die Huyghenssche „Undulationstheorie“ ersetzt, trotzdem Newton ein wissenschaftlicher Halbgott war.

Wenn aber in den „Geisteswissenschaften“ eine neue Thatsache bekannt wird, welche mit einer anerkannten Theorie unvereinbar ist, dann fällt im allgemeinen nicht die Theorie, sondern — die Thatsache. Sie wird systematisch totgeschwiegen.

Ich habe die Thatsache Vineland noch einmal auf S. 571 meiner „Siedlungsgenossenschaft“ der allgemein anerkannten Theorie von der Unmöglichkeit einer reinen Wirtschaft entgegengestellt, und auf der folgenden Seite, Absatz 3 noch einmal nach meiner Theorie erklärt: „Wir haben entwickelt, dass es eine Form der wirtschaftlichen Einung giebt, in welcher das Interesse des einzelnen mit dem der Gesamtheit in einer Richtung geht, so dass jeder Konflikt ausgeschlossen ist, nämlich die Käufergenossenschaft. Und wir hoffen, gezeigt zu haben, dass da, wo das Monopol des Privateigentums an Grund und Boden durch irgend welche Massregeln auch nur zeitweilig beseitigt ist, für diese Zeit jede menschliche Gemeinschaft eine Käufergenossenschaft darstellt.“ Man hat die Thatsache totgeschwiegen.

Diesen einen Fall Vineland etabliere ich hiermit zum zweiten Male als einen „rocher de bronze“ gegen jeden künftigen Versuch, die „soziale Gesellschaft“ für eine Utopie zu erklären. Wer die Thatsache nicht als falsch nachweisen oder auf andere Weise erklären kann, wird die Möglichkeit der sozialen Gesellschaft nicht mehr leugnen dürfen.

Um aber jeden Einwand, der aus der Vereinzelung des

Falles, aus mangelhafter Berichterstattung, aus der Kleinheit der Verhältnisse u. s. w. abgeleitet werden könnte, unmöglich zu machen, werde ich im zweiten Kapitel des nächsten Buches den Nachweis führen, dass die deutsche Wirtschaftsgesellschaft während der vier Jahrhunderte vom Ausgang des 10. bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts eine Gesellschaft war, in welcher „stets zwei Meister einem Arbeiter nachliefen“; dass infolge dessen die Massenpsychologie vollkommen dem Bilde entsprach, welches die „reine Theorie“ entwirft, d. h., dass von einem feindlichen Wettkampfe keine Rede war, ebensowenig von „Ausbeutung“, Krisen, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlich bedingter Armut und dergleichen; dass trotz enormer Zunahme der Bevölkerung von einem Pressen derselben gegen ihren Spielraum nichts zum Vorschein kam, dass im Gegenteil alle produzierenden Menschen in Gewerbe und Ackerbau sich einer immer grösseren „Komfortbreite“ erfreuten. Ich werde ferner nachweisen, dass der Anfang der Periode damit zusammenfällt, dass das Grossgrundeigentum „latent“ wird, d. h. die Zuwachsrente verschwindet, und dass die Periode ihr Ende findet, während gleichzeitig das Grossgrundeigentum wieder „manifest“ wird, d. h. die Zuwachsrente wieder erhoben wird. Ich werde schliesslich zeigen, dass keine andere Erklärung der Thatsachen vor der Kritik Stich hält, als diejenige, welche der „reinen Theorie“ entspricht, welche also das Vergehen und Wiederauftauchen des Grossgrundeigentums kausal verantwortlich macht für Entstehung und Zusammenbruch der „reinen Wirtschaft“. Mit dem Fall Vineland zusammen dürfte diese Thatsache für den Beweis genügen, dass weder die Massenpsyche noch ein „Bevölkerungsgesetz“ den „Staat der sozialen Gerechtigkeit“ unmöglich machen.

1937 G 1299